

17. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Öffentlicher Teil

18. Sitzung

Freitag, 13. Oktober 2023, 9:30 Uhr

Stuttgart, Haus des Landtags

Plenarsaal
Videokonferenz

Beginn: 9:32 Uhr	(Mittagspause: 12:51 bis 13:49 Uhr)	Schluss: 17:12 Uhr
------------------	-------------------------------------	--------------------

T a g e s o r d n u n g

Teil I – öffentlich

1. **Öffentliche Anhörung**
zum Thema „Auswirkungen akuter Krisen auf
wirtschaftliche Zusammenhänge“ S. 2
2. Beschlussfassung über Anträge zum dritten
Handlungsfeld der Enquetekommission..... S. 125

Teil II – nicht öffentlich.....(gesondertes Protokoll)

1. Bestimmung der in der Sitzung der Enquetekommission am
10. November 2023 anzuhörenden Sachverständigen
2. Bestimmung des in der Sitzung der Enquetekommission am
1. Dezember 2023 zu behandelnden Themas

3. Beschlussfassung über Sitzungstermine im Jahr 2024
4. Verschiedenes

Öffentliche Anhörung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

zum Thema „Auswirkungen akuter Krisen auf wirtschaftliche
Zusammenhänge“

am Freitag, 13. Oktober 2023, 9:30 Uhr
Plenarsaal (Haus des Landtags)

A b l a u f p l a n

(Stand 6.10.2023)

Uhrzeit	Sachverständige / Funktion
09:30 Uhr	Alexander Salomon MdL , Vorsitzender der Enquetekommission
09:35 Uhr	Christian O. Erbe , Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages e.V., Präsident der IHK Reutlingen
09:55 Uhr	Dr. Matthias Voelkel , Vorstandsvorsitzender der Vereinigung Baden-Württembergische Wertpapierbörse e.V., CEO der Gruppe Börse Stuttgart
10:15 Uhr	40-minütige Fragerunde
10:55 Uhr	Prof. Dr. Eckhard Janeba , Professur für VWL, Finanzwissenschaft und Wirtschaftspolitik, Universität Mannheim; Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
11:15 Uhr	Dr. Maïke Gossen , Wissenschaftl. Mitarbeiterin im Fachgebiet Sozial-ökologische Transformation, Technische Universität Berlin; Operative Leitung des Projektverbunds „Green Consumption Assistant“
11:35 Uhr	40-minütige Fragerunde
12:15 Uhr	Mittagspause
13:30 Uhr	Prof. Dr. Anja Feldmann , Professorin für Internet-Netzwerkarchitekturen, Technische Universität Berlin; Direktorin des Max-Planck-Instituts für Informatik, Saarbrücken
13:50 Uhr	Prof. Dr. Martin Wietschel , Leiter des Competence Centers Energietechnologien und Energiesysteme, Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI, Karlsruhe
14:10 Uhr	40-minütige Fragerunde
14:50 Uhr	Prof. Dr. Burkhard Pedell , Inhaber des Lehrstuhls für Controlling und stv. wissenschaftlicher Direktor des Zentrums für interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung (ZIRIUS), Universität Stuttgart; Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Deutschen Instituts für Interne Revision (DIIR)
15:10 Uhr	Dr. Roman Glaser , Präsident und Vorsitzender des Vorstandes des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbands e.V.
15:30 Uhr	Martin Gross , Landesbezirksleiter ver.di Landesbezirk Baden-Württemberg Wolfgang Krüger , Landesfachbereichsleiter Handel ver.di Landesbezirk Baden-Württemberg
15:50 Uhr	60-minütige Fragerunde
~16:50 Uhr	Ende der öffentlichen Anhörung

Teil I – öffentlich (Beginn: 9:32 Uhr)

Punkt 1

**Öffentliche Anhörung
zum Thema „Auswirkungen akuter Krisen
auf wirtschaftliche Zusammenhänge“**

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beginnen fast pünktlich mit unserer 18. Sitzung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“. Heute steht die öffentliche Anhörung zum Thema „Auswirkungen akuter Krisen auf wirtschaftliche Zusammenhänge“ auf der Tagesordnung. Ich darf Sie alle hier vor Ort – die Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien, des Landtags, die Sachverständigen sowie die Abgeordneten – recht herzlich begrüßen, aber auch diejenigen, die uns digital zugeschaltet sind.

Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung. Dann steigen wir direkt in den Ablauf ein. Wir starten mit Herrn Erbe. Er ist Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages e. V. und Präsident der IHK Reutlingen. Herr Erbe, Sie haben 20 Minuten Zeit. – Bitte.

Sv. Herr Erbe: Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete des Landtags von Baden-Württemberg, meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr, heute hier sein zu dürfen, um für die Wirtschaft zu sprechen. Sie haben es gehört: Ich habe die Ehre, seit knapp 15 Jahren Präsident der Industrie- und Handelskammer Reutlingen zu sein. Eigentlich muss es „Reutlingen, Tübingen, Zollernalb“ heißen. Es sind drei Landkreise. Die letzten zwei fallen immer ein bisschen hinten runter. Ich bin aus Tübingen. Deshalb bekomme ich immer sehr viel Kritik. Es ist also die IHK Reutlingen, Tübingen und Zollernalb. Frau Kliche-Behnke weiß, wovon ich rede; der Herr Poreski nicht so sehr, denn Reutlingen passt ja. Außerdem bin ich Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages. Wir sind zwölf Kammern und repräsentieren 650 000 Unternehmen, die bei uns im Rahmen einer Pflichtmitgliedschaft zusammengeschlossen sind. Eine Zwangsmemberschaft haben wir nicht.

Ich möchte aus dem Blickwinkel der Wirtschaft kurz über das Thema „Krisenfeste Gesellschaft“ sprechen. Nach Berechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft hat uns die Pandemie sehr viel Geld gekostet, desgleichen auch der Krieg in der Ukraine, und zwar zwischen den Jahren 2020 und 2022 insgesamt 420 Milliarden € – 420! – an Wertschöpfung. Das entspricht 10 % des deutschen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2022. Gleichzeitig haben sehr viele Unternehmen ihr Recht auf Freiheit an den Staat abgetreten, sind also sehr stark reglementiert worden, um auch dazu beizutragen, die Pandemie zu bekämpfen. Deshalb ist es seitens der Wirtschaft sehr begrüßenswert, dass Sie die Lehren diskutieren, die wir aus dieser Krise ziehen, um es in die Zukunft zu transponieren, damit wir uns entsprechend aufstellen, falls eine nächste Krise kommt; und die nächste Krise kommt bestimmt.

Ich will kurz ein Fazit vorwegnehmen: Die letzten Jahre haben uns verstärkt vor Augen geführt, wie stark vernetzt wir alle sind und wie komplex unsere Welt geworden ist. Deshalb ist es so, dass auch kleinere Schocks, die wir haben, hinsichtlich der veränderten Rahmenbedingungen große Auswirkungen haben, und zwar bezogen auf alle Teile der Wirtschaft. Sie sind also nicht sektional begrenzt, sondern sind sehr breit festzustellen. Dabei waren und sind die Unternehmen in unserem Land auch heute schon mit einer Pluralität von Herausforderungen konfrontiert. Wir sprechen über die Pandemie. Wie Sie alle wissen, haben wir auch eine Inflation, die jetzt gerade ein bisschen zurückgeht, die allerdings immer noch deutlich vorhanden ist. Wir haben die steigenden Zinsen und sehen, welche Auswirkungen sie z. B. für die Bauindustrie haben, die in den nächsten Jahren infolge der steigenden Zinsen verstärkt leiden wird. Über das Thema Energie sprechen wir täglich.

Wir erleben in der Wirtschaft vermehrt Cyberangriffe, und zwar nicht nur auf die Industrie, sondern auch auf die Infrastruktur. Ich selbst komme aus dem Gesundheitswesen. Wir stellen fest, dass Krankenhäuser verstärkt angegriffen werden. Das ist ausgesprochen besorgniserregend. Ich vertrete auch Hochschulen, die ebenfalls Ziel von Cyberangriffen sind. Das ist also sehr ernst zu nehmen.

Für die Wirtschaft kommen Handelshemmnisse hinzu, ebenso wie der vielzitierte und tatsächlich besorgniserregende Fachkräftemangel, der sich mittlerweile zum Arbeitskräftemangel ausgedehnt hat. Was wir nebenher natürlich noch machen dürfen, ist der Umbau der gesamten Wirtschaft im Rahmen des Green Deals der Europäischen Union. Das sind quasi die Hausaufgaben, die man neben der Krisenbewältigung noch durchführen darf.

Den Teufel will natürlich niemand an die Wand malen. Ich wäre hier der Letzte. Aber ich will mit diesen Beispielen kurz demonstrieren, in welchem Umfeld die Unternehmen heute agieren und warum es wichtig ist, dass wir uns krisenfest aufstellen. Das ist natürlich wichtig für die meisten Unternehmen, die nicht nur regional, sondern auch international tätig sind. Sie wissen, dass mehr als 55 % des Umsatzes von baden-württembergischen Unternehmen im Ausland generiert werden. Ich finde, das repräsentiert manche Unternehmen nicht. Mein Unternehmen macht z. B. 86 % des Umsatzes im Ausland, also nur 14 % in Deutschland, und ist entsprechend auch global vernetzt. Globale Auswirkungen haben auch direkte Auswirkungen auf uns in Baden-Württemberg und auch auf die Arbeitsplätze, die wir hier zur Verfügung stellen.

Deshalb ist für den Fall, dass eine Krise eintritt, die Wahrscheinlichkeit hoch, dass diese Krise einen überregionalen Charakter hat. Wir wissen sehr wohl, dass Maßnahmen, die wir vorschlagen und die ich auch erwähnen werde, nicht auf Baden-Württemberg selbst begrenzt sein werden. Sie haben einen überregionalen Charakter und gehen über unser Bundesland hinaus. Der Blick geht in den Bund oder auch in die EU. Aber Sie alle sind gut vernetzt und haben auch Einfluss außerhalb Baden-Württembergs. Deshalb habe ich diese Themen hier nicht ausgeklammert, sondern wir müssen

das Ganze im Rahmen eines koordinierten und gemeinschaftlichen Vorgehens globaler sehen, und zwar die Landes- und Ressortgrenzen ein bisschen ignorierend und darüber hinausgehend. Das war in diesem Gremium, wie ich schon gehört haben, schon des Öfteren Thema.

Ich will meine Ausführungen in zwei Teile gliedern. Zum einen will ich kurz betrachten, was wir bzw. was das Land für den Krisenfall aus der letzten Pandemie lernen kann. Zum anderen will ich einige Hinweise geben, wie die allgemeine Resilienz der heimischen Wirtschaft gestärkt werden kann. Diese Punkte finden Sie auch in unserer schriftlichen Stellungnahme, die Ihnen bereits vorliegt, sodass niemand mitschreiben muss.

Teil 1: Was können wir aus der Pandemie lernen?

Die Zielgruppen für Maßnahmen in der Pandemie, was die Wirtschaft angeht, sind bekanntermaßen hauptsächlich Klein- und Kleinstunternehmen, also die SMEs. Diese stellen 99 % der Empfänger von Unterstützungsmaßnahmen dar. Daher müssen wir deren Realität und auch Möglichkeiten in den Blick nehmen, müssen aber auch bei flächendeckenden Maßnahmen an diese kleinen Unternehmen denken; denn sie haben natürlich weniger Möglichkeiten als die größeren mittelständischen Unternehmen, zu reagieren, und sind deshalb auch durchaus anfälliger in den Krisen. Sie alle haben miterlebt, wie viele dieser Kleinunternehmen die Krise nicht überlebt haben.

Der Ansatz, der hier zum Tragen kommen sollte, nennt sich „Think Small First“-Ansatz. Er beginnt bei der Gestaltung von verständlichen, nachvollziehbaren und umsetzbaren Notverordnungen, verbunden mit einer entsprechenden Kommunikation, die in einem Vorlauf stattfindet.

Ein weiteres Thema, das neben den kleinen Unternehmen ebenfalls relevant ist, ist die Wettbewerbsverzerrung, die unter dem Primat des Gesundheitsschutzes stattfindet und zum Teil auch stattfinden muss; das muss man ganz ehrlich sagen. Diese Wettbewerbsverzerrung müssen wir auch betrachten, weil sie ebenfalls zulasten der kleinen und Kleinstunternehmen geht. Mir wurde z. B. klar vor Augen geführt, dass kleine Spielzeuggeschäfte während der Pandemie schließen mussten. Dann gab es große Ketten, die im Rahmen ihres gesamten Angebots auch die große Spielzeugabteilung am Laufen halten konnten. Das führt zu Wettbewerbsverzerrungen, die uns von den kleineren Unternehmen deutlich geschildert worden sind und die für sie schwierig waren.

Ich glaube, dass Betriebsschließungen möglichst der letzte Schritt sein sollten, ist uns allen klar. Betriebsschließungen sollten nur erfolgen, wenn es unbedingt notwendig ist. Um das beurteilen zu können und um dann auch eine Folgenabschätzung in Bezug auf diese Maßnahmen vornehmen zu können, ist eine gewisse Praxisnähe wichtig. Diesbezüglich lautet meine Empfehlung, auch die Wirtschaftsverbände strategisch in die Krisenstäbe einzubinden, weil sie das entsprechende branchenspezifische Wissen

und das Insider-Know-how haben, wie diesbezüglich vorgegangen werden kann, ohne einen größeren Schaden zu verursachen.

Für Sand im Getriebe sorgten stellenweise uneinheitliche Regelungen zwischen einzelnen Gebietskörperschaften. Dies begann bereits damit, dass kommunale Ordnungsämter Verordnungen unterschiedlich ausgelegt haben und sich dann eben auch unterschiedlich aufgestellt haben. In Bezug auf die Corona-Verordnung ist auf Landesebene unterschiedlich agiert worden ist. Das Gleiche können wir aber auch auf Ebene der EU-Staaten beobachten, wo es ebenfalls nicht homogen war. Damit umzugehen, ist für Unternehmen nicht ganz einfach. Um hier zu differenzieren: Speziell überregional tätige Unternehmen hatten keinen zentralen Ansprechpartner und mussten mit verschiedenen Ämtern Kontakt aufnehmen. Sie haben dann auch unterschiedliche Antworten bekommen. Vor allem wurden auch unterschiedliche Handlungsempfehlungen ausgesprochen.

Es ist wichtig, die regionalen Besonderheiten zu berücksichtigen und auf dieser Basis eine einheitliche Grundlage zu schaffen, um die Unterschiede transparenter zu machen. Ein Beispiel dafür ist das Portal „Re-open EU“, in dem Unternehmen Reisebeschränkungen auf einer interaktiven Karte online einsehen konnten. Das war recht gut gemacht. Da derartige Angebote, die zentral abgerufen werden können, konsistent sind und eine fundierte Krisenkommunikation erlauben, sollten sie möglichst vermehrt eingesetzt werden.

Finanzielle Unterstützung, betrieben in der Pandemie, ist aus unserer Sicht natürlich positiv zu bewerten. Mit dem Verlauf der Pandemie nahm allerdings die Komplexität der Überbrückungshilfen zu. Zuerst gab es die Soforthilfen. Danach kamen die Überbrückungshilfen I, II und III. Es wurde im Fortgang immer komplexer. Auch die Überprüfung war ein Thema. Hier könnte ein Weg Abhilfe schaffen, und zwar das Once-Only-Prinzip – das kennen Sie alle –: dass eine Datenerhebung nur einmal stattfindet, auf die dann alle zugreifen können. Das ist auch ein wichtiger Schritt in Richtung Entbürokratisierung. Wir haben bei den Industrie- und Handelskammern festgestellt, dass häufig Anträge zurückgingen, wo einfach nur Zahlendreher drin waren. Es hat einige Unternehmen insbesondere bei der Beantragung von Soforthilfe bzw. Überbrückungshilfe doch etwas zurückgeworfen, wenn sie sehr lange warten mussten, bis ihr Antrag geprüft und bewilligt wurde sowie dann auch entsprechende Mittel durch die L-Bank geflossen sind. Das wäre also eine Möglichkeit der Vereinfachung.

In Bezug auf die Unterstützungsmaßnahmen ist festzustellen, dass der schnelle, unbürokratische Erhalt eines Bescheids den Unternehmen hilft, weil sie dadurch Planungssicherheit haben. Wenn sie wissen, es kommen finanzielle Mittel, dann können sie ganz anders agieren, als wenn diesbezüglich eine Unsicherheit besteht. Dadurch wird auch die Akzeptanz oder vielmehr Toleranz von beschränkten Maßnahmen erhöht. Die Entwicklung hin zu einer schnellen Auszahlung und zur nachträglichen Prüfung über eine Schlussabrechnung hat sich bewährt. Ich sage immer, man sollte nicht den Blick auf die schwarzen Schafe haben, wenn man eine Schafherde anschaut;

denn wenn man die Politik oder das Agieren des Schäfers komplett auf die schwarzen Schafe auslegt, schadet man den weißen Schafen. Üblicherweise hat man vielleicht 100 weiße und zwei schwarze Schafe. Also sollte man die schwarzen Schafe zunächst lieber ignorieren und sich dann erst im Nachhinein damit befassen. Schwarze Schafe haben Sie immer. Da können Sie machen, was Sie wollen. Da hilft auch der Wolf nichts; das muss man ganz ehrlich sagen.

(Heiterkeit)

Hinsichtlich der Unterstützungsmaßnahmen ist also eine schnelle Auszahlung sehr wichtig. Das kann eigentlich, wie es auch gehandhabt worden ist, als Blaupause für weitere Förderprogramme dienen, so sie notwendig werden sollten, und zwar auch hin zum vermehrten Einsatz von Anzeige- statt Genehmigungsverfahren.

Damit wären wir schon bei der zweiten Fragestellung. 95 % des Krisenmanagements finden bekanntlich vor der Krise statt. Ich glaube, das ist auch der Grund, warum wir heute hier alle zusammen sind. Da stellt sich die Frage: Wie können wir die allgemeine wirtschaftliche Resilienz stärken? Hierzu will ich kurz auf die ersten zwei Sachverständigen verweisen, die Sie gehört haben, und zwar auf Herrn Dr. Bofinger und Herrn Dr. Orphal, die Krisen zum einen durch Unvorhersehbarkeit definieren. Zum anderen haben sie auf die krisenfeste Gesellschaft verwiesen, die – anders als der Name suggeriert – vor allem flexibel und dynamisch geprägt sein muss. Resilienz muss also die noch unbekannte Krise einfach mitdenken, also antizipieren bzw. vorwegnehmen.

Resilient sind Unternehmen, die mehrere Handlungsoptionen haben, z. B. für strategische Investitionsentscheidungen in den letzten Jahren. Allerdings neigt man manchmal dazu, die Handlungsoptionen ein wenig einzuschränken oder – noch besser – vorbereitend Alternativen anzubieten. Dafür gibt es Beispiele. In der Energiewirtschaft schalten wir die Grundlastkraftwerke ab, ohne ausreichend erneuerbare Energien zu haben. Mit den entsprechenden Folgen kämpfen wir heute. Im globalen Handel schränken wir die Zahl der gewünschten Handelspartner durch das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz ein, ohne dass wir Alternativen haben. In diesem Zusammenhang ist Mercosur als Stichwort zu nennen. Ein weiteres Thema – Herr Abg. Reith und ich haben uns gerade darüber unterhalten – ist die PFAS-Problematik. Es sollen ganze Stoffgruppen verboten werden, ohne dafür Alternativen zu haben. Das sind Themen, bei denen wir uns überlegen müssen, wie wir damit umgehen.

Es gibt verschiedene Bereiche. Ein Bereich ist „Entbürokratisierung und Flexibilisierung“. Es ist klar: Bürokratie schafft Struktur und ist Teil des Staates. Allerdings müssen hier natürlich auch Flexibilisierungsoptionen und Ermessensspielräume eröffnet werden. Paradebeispiel ist der Datenschutz während der Pandemie, der in der Krisenbekämpfung als absolut angesetzt worden ist. Dagegen wurden die Grundrechtseinschränkungen, die vorgenommen worden sind, als weniger gravierend eingeschätzt. Da gab es schon genug Kritik, mit der Sie auch haben umgehen müssen. Das sollte uns ein wenig im Gedächtnis bleiben.

Natürlich brauchen wir bei Resilienz auch im legislativen Rahmen Platz, um einen Plan B vorsehen sowie entsprechende Ressourcen dafür vorhalten zu können, und zwar durch verschiedene Maßnahmen wie z. B. Handelsabkommen.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Maßnahmen umzusetzen. Als Erstes ist Innovation zu nennen. Innovation ist immer hilfreich, auch was Lösungen und Kapazitäten angeht, die vor Ort geschaffen werden sollen, also auch die Fertigung vor Ort. Dafür gibt es ein Beispiel: Der Teilverkauf der Firma Viessmann zeigt, dass diese Felder eigentlich zusammen gedacht werden müssen. Das ist ein Beispiel, das wir uns vor Augen führen müssen; denn jede an Bürokratie gesparte Ressource – egal, wo sie eingespart wird – ist hilfreich. Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag hat sich u. a. stark in die Entlastungsallianz der Landesregierung eingebracht, die vom Ministerpräsidenten zunächst nicht unbedingt begrüßt worden ist. Aber da sind wir gemeinsam mit Ihnen auf einem guten Weg, um Entlastung zu schaffen. Die Entbürokratisierung ist für uns ein wichtiges Thema.

Das zweite Thema ist die Digitalisierung bzw. die IT-Infrastruktur. Auch hier hat Corona gezeigt, dass es Verbesserungsbedarf und auch entsprechende Möglichkeiten gibt. In der Digitalisierung liegt sicherlich ein großer Schlüssel. Das gilt für die Betriebe, die dadurch entlastet werden können. Themen sind hier die Standardisierung von Daten, aber auch die Automatisierung, die in den Unternehmen stattfindet. Da spielt natürlich auch unser Megathema, die künstliche Intelligenz, mit hinein, die in diesem Bereich eingesetzt werden kann und auch zu einer Verbesserung beitragen wird.

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Erbe, Sie haben offiziell noch eine Minute zur Verfügung.

Sv. Herr Erbe: Wie Sie sehen, bin ich schon auf Seite 15 von 24.

Vorsitzender Alexander Salomon: Oh, das ist gut.

(Heiterkeit)

Sv. Herr Erbe: Das hätte ich jetzt besser nicht gesagt. Mal schauen, wie resilient Sie sind.

(Heiterkeit)

Dann werde ich mal etwas schneller. – Das Thema Fachkräftesicherung ist ein großes Thema für uns, denn wenn wir keine Fachkräfte haben, können sich die Unternehmen nicht entsprechend weiterentwickeln. Die Stärkung der Ausbildung, die gewerbliche Unterstützung von Bildung und die Fachkräfteeinwanderung sind hier sicherlich die Hauptthemen.

Ein weiteres Thema ist eine konstante Wirtschaftspolitik nach dem Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft. Das werde ich im Sinne der Zeitersparnis nicht weiter ausführen. Das kennen Sie alle sicherlich besser als ich. – Ich blättere und bin jetzt schon auf Seite 21 von 24.

Auch die Förderung des Freihandels und die Stärkung des Binnenmarkts sind Themen, die den Unternehmen, die so international aufgestellt sind, wie wir es sind, stark entgegenkommen. Da ist meine Sorge immer, dass diese starke Internationalisierung von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen wird. Nach wie vor geht der Blick von der Industrie mehr in Richtung Handwerk, was auch wichtig ist, bzw. zum Bäcker an der Ecke, der mit einer Bäckereikette im Wettbewerb steht. Das ist bei uns nicht so, sondern wir stehen mit Nationen wie der Volksrepublik China und auch mit den Vereinigten Staaten von Amerika im Wettbewerb, die ganz klare Wirtschaftsstrategien fahren, die sie auch offen kommunizieren. Eine Wirtschaftsstrategie in der EU kann ich noch nicht so richtig erkennen. Diesbezüglich haben wir einen gewissen Nachteil, den wir aufholen müssen. Deshalb ist es aus meiner Sicht wichtig, dass wir alle uns vor Augen führen, wie international aufgestellt doch die Wirtschaft in Baden-Württemberg ist und dass das Bruttoinlandsprodukt tatsächlich nicht nur in der Bäckereifiliale erwirtschaftet wird, sondern eben auch von den mittelgroßen und großen Playern hier bei uns in Baden-Württemberg, wo es sehr viele namhafte Unternehmen gibt, die global visibel sind. Der Blick geht auf diese, aber nicht so sehr auf den Mittelstand, der jedoch genauso international ausgerichtet ist.

Um es zusammenzufassen: Es gibt fünf Handlungsfelder: Digitalisierung, Bürokratieentlastung, Fachkräftesicherung, Planungsfreiheit und „Globaler Handel“. Wir haben also sehr viel Potenzial, uns hier resilienter aufzustellen. Diese Handlungsfelder müssen priorisiert und strategisch angegangen werden.

Als Folge des aktuellen Vertrauensverlustes in den Standort, der durch die Pandemie entstanden ist, sehen wir, dass einige Unternehmen Verlagerungen ins Ausland ins Auge fassen. Das höre ich häufiger aus der Branche, tragischerweise auch aus meinem eigenen Haus, wo es Empfehlungen gibt, zu verlagern, und zwar nicht nur die Produktion, sondern auch die Forschung, Entwicklung und Logistik. Dagegen müssen wir arbeiten; das dürfen wir nicht zulassen. Auch wenn man das Thema Deindustrialisierung schon nicht mehr hören kann, birgt es eine Gefahr, der wir entgegenwirken müssen. Die Deindustrialisierung geschieht schleichend; davon lesen wir in den Medien nichts. Aber jeder Arbeitsplatz, der erst einmal aus Deutschland weg ist, kommt nicht wieder zurück. Das müssen wir im Hinterkopf haben, denn auch das ist ausgesprochen wichtig für Resilienz. Deswegen bin ich Ihnen sehr dankbar, dass Sie mit Ihrer Arbeit dazu beitragen, den Standort Baden-Württemberg für uns alle, aber eben auch für die Unternehmen weiter zu stärken.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit und freue mich, dass ich noch einen guten Schlusspunkt hinbekommen habe.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Das haben Sie, Herr Erbe. Vielen Dank.

Damit wir keine Zeit verlieren, machen wir auch direkt mit Herrn Dr. Matthias Voelkel weiter. Er ist Vorstandsvorsitzender der Vereinigung Baden-Württembergische Wertpapierbörse e. V. und CEO der Gruppe Börse Stuttgart. Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation [*Anlage 1*] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Voelkel: Vielen Dank, Herr Erbe, auch für Ihren Schlussspurt. – Vielen Dank für die Möglichkeit, mich Ihnen vorzustellen und mit Ihnen über das Thema „Krisenfeste Gesellschaft“ zu sprechen.

Ich bin CEO der Gruppe Börse Stuttgart. Worüber reden wir, wenn wir über die Gruppe Börse Stuttgart sprechen? Wir reden über ein Unternehmen mit 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Zentrale ist hier in Stuttgart. Wir sind aber europäisch aktiv. Wir betreiben neben der Börse in Stuttgart auch eine Börse in Schweden und eine in der Schweiz. Wir können auf eine 160 Jahre lange Historie und sind vollständig reguliert. Wir haben als Haus nie das betrieben, was man „regulatorische Arbitrage“ nennt. Das heißt, wir haben unsere Lizenzen hier in Deutschland – natürlich in Schweden die schwedische Börse und in der Schweiz die Schweizer Börse –, und das ist es.

Warum betone ich das eingangs? Weil es in vielen Industrien und so auch in der Finanzindustrie unterschiedliche Ansätze gibt. Es gibt diejenigen, die sich bewusst einer Regulierung unterwerfen und diese für wichtig halten. Dazu gehören wir. Dann gibt es noch andere Spieler, die versuchen, das zu umgehen. Das ist für uns nicht der Weg, den wir gehen wollen und können, und ich denke, das ist auch nicht der Weg des Erfolgs.

Was ist eine Börse? Eine Börse ist Infrastruktur. Wir sind Kapitalmarktinfrastukturanbieter. Das ist eine Börse. Und wir sind kritische Infrastruktur. Das werde ich im Folgenden ausführen. Wenn die Börse nicht läuft, dann gibt es an vielen anderen Stellen große Probleme, zunächst einmal für die Unternehmen, aber tatsächlich auch für Privatpersonen.

Was ich in diesem Zusammenhang auch noch zu uns sagen möchte: Wir sind Vorreiter im Bereich „Digital und Krypto“, also digitale Assets und Kryptowährungen, wo auch unser Ansatz ist, diese Regulierung anzustrahlen. Auch da haben wir eine Reihe von Lizenzen, und auch da machen wir das sehr reguliert und glauben, dass das gerade in diesen volatilen digitalen Märkten von großer Bedeutung ist.

Die anderen Standorte sehen Sie auch noch: Neben Stuttgart haben wir auch Standorte in Berlin, wo ein Teil unseres Digitalgeschäfts ist, in Stockholm – offensichtlich unsere schwedische Börse –, in Zürich, der Standort unserer Schweizer Börse, sowie in Ljubljana, wo einige unserer IT-Entwickler sitzen. Das Gros der Mitarbeiter ist hier in Stuttgart tätig. Wie Sie sehen, ist unsere Börsengruppe die sechstgrößte Europas – kritischer Infrastrukturanbieter.

Warum sind wir kritischer Infrastrukturanbieter? Was machen wir eigentlich? Was ist unser Beitrag? Wir haben einmal versucht, das auf Papier zu bannen. Wir bündeln Angebot und Nachfrage und bringen das zusammen. Was heißt das? Das heißt, wenn ein Privatinvestor Aktien kaufen oder verkaufen will, dann kann er das bei uns machen, und zwar zu einem fairen, transparenten Marktpreis und nicht zu einem Preis, der irgendwo ausgehandelt wurde, und nicht zu einem Preis, der versteckt ist oder festgelegt wird. Es kommen Angebot und Nachfrage, und man bekommt den besten Preis. Das ist extrem wichtig; denn gerade in der Finanzindustrie bzw. an den Kapitalmärkten gibt es noch das andere Prinzip: das im Shadow Banking oder intransparent zu machen. Und genau das sind wir nicht. Wir sind der transparente Marktplatz mit ganz festen Regeln, die bestimmen: Was ist der Preis? Der Preis bestimmt sich eben danach, wie viele verkaufen und wie viele kaufen wollen. Wir haben eine Handelsüberwachungsstelle und die Orderbuchtiefe. Ich will nicht zu technisch sein, aber das ist hoch reguliert. Dadurch wird sichergestellt, dass das gewährleistet ist, was man Marktpreisgerechtigkeit nennt. Das machen wir.

Das Nächste ist: Wir stellen stabile und effiziente Handelsplätze. Sie können das eben nicht nur an zwei Tagen in der Woche, sondern müssen es von Montag bis Freitag und auch bis in die Abendstunden machen. Auch hier gilt wieder: volle Transparenz. Es ist auch nicht so, dass wir das irgendwann mal abschalten, wenn wir keine Lust haben oder Ähnliches, sondern das muss zur Verfügung gestellt werden. Das ist ganz wichtig.

Ein weiteres Prinzip ist die Gleichbehandlung der Anleger. Egal, ob Sie es sind oder ob es jemand anderes ist – jeder ist an einer Börse gleichberechtigt. Sie bekommen keinen besseren Preis oder einen schlechteren Preis. Große bekommen keinen besseren oder schlechteren Preis – in der Regel wäre es ein besserer Preis – als Privatanleger. Das ist ein ausgesprochen wichtiges Prinzip, übrigens auch regulatorisch abgesichert.

Das Thema „Transparente Kapitalmarktgeschäfte“ hatte ich bereits erwähnt.

Wir wollen Unternehmen Zugang zu Kapital bieten. Ich habe jetzt sehr viel über Privatpersonen gesprochen. Das ist auch etwas, worauf wir großen Wert legen. Aber Börsen sind natürlich auch ganz entscheidend für die Finanzierung von Unternehmen. Wir haben über die krisenfeste Gesellschaft und auch über digitale Transformation oder die grüne Transformation gesprochen. Sie, die Sie hier sitzen, beschäftigen sich sehr viel mit dem Thema. Nehmen wir einmal an, man braucht 200 Milliarden € im Jahr, um die Wirtschaft nachhaltig zu machen. Vielleicht sagt jemand 100 Millionen €,

vielleicht sagt jemand 300 Millionen €, aber es sind nicht nur Millionen, sondern es sind sehr hohe Milliardenbeträge.

Jetzt lautet die Frage: Woher kommt dieses Geld? Es gibt Möglichkeiten, Geld vom Staat zu erhalten. Sie kennen die Größe des Haushalts und wissen, dass das nicht möglich sein wird. Das wollen wir wahrscheinlich alle nicht mit unseren Steuern finanzieren, und die entsprechenden Einschnitte in den Sozialbereich wären politisch nicht gangbar.

Es bleiben also zwei weitere mögliche Quellen, und das sind die Banken oder der Kapitalmarkt. Banken heißt Kredit; Kapitalmarkt heißt Anleihen und Aktien. Ein großer Teil gerade auch der Finanzierung der mittelständischen Wirtschaft läuft über Banken, und das ist auch nicht schlecht. Bevor ich bei der Gruppe Börse Stuttgart angefangen habe, war ich lange Zeit in einer Beratung. Ich bin ursprünglich gelernter Jurist, mache davon aber kaum noch Gebrauch. Ich war lange in einer Beratung und habe dort Bank und Börsen gemacht. Ich habe Börsen für diese Beratung global geleitet. Ich kenne mich also durchaus auch mit Banken aus. Banken heißt, ich gebe einen Kredit. Mit dem Kredit wird etwas gemacht, und er muss zurückgezahlt werden. Damit ist man aber auch vom Zinsniveau abhängig. Kredite waren in den letzten Jahren sehr günstig. Mittlerweile sind die Kreditzinsen hoch. Je mehr man als Unternehmen von Krediten abhängig ist, umso mehr ist man von Banken abhängig. Das ist das eine.

Das Zweite ist: Wann immer wir über Bankenregulierung, über Sicherheitspuffer, Kapitalquoten und Ähnliches sprechen, sagen wir auch, dass entsprechend weniger Kredite ausgegeben werden. Wenn ich die Kapitalquote verdopple, kann ich mit dem gleichen Kapital nur die Hälfte der Kredite herausgeben.

Das heißt, man hat den Bankensektor. Der Bankensektor ist sehr wichtig. Das gilt insbesondere für eine mittelständische Wirtschaft und auch für Familienunternehmen. Dafür ist der Bankensektor extrem wichtig. Es kann aber nicht nur der Bankensektor sein, sondern es muss auch der Kapitalmarkt sein. Da reden wir über Unternehmensanleihen, über Aktien und darüber, dass es sich bei dem, was an Digitalisierung oder nachhaltiger Transformation finanziert werden muss, zum Teil um Risikoinvestitionen handelt. Nicht alles, was man als Start-up im Bereich Green macht, wird zum Erfolg führen. Die Erfolgsquote ist nicht 90 % oder 50 %, sondern die ist geringer. Das ist auch gut so, denn das ist unternehmerisches Handeln, das wir brauchen. Das wird Ihnen aber keine Bank finanzieren. Bei einem Zins von 5 % haben Sie also keine Ausfallquote von 50 %. Das rechnet sich nicht. Auch dafür ist ein Kapitalmarkt da. Da sprechen wir über Venturecapital und Ähnliches.

Das ist neben dem Bereich Anleger, Anlegerschutz, Anlegertransparenz und Zugänglichkeit also der zweite wesentliche Grund, warum es uns gibt. Der Beitrag, den wir leisten, ist der Kapitalmarkt und damit die Finanzierung von Unternehmen, die Finanzierung von digitaler Transformation, von grüner Transformation usw.

Damit komme ich zu der Frage zurück, mit der sich die Enquetekommission befasst: Was ist Krisenmanagement, und was ist dafür wichtig? Um es für uns zu sagen: Das ist tatsächlich Teil unserer DNA. Unsere Ausfallquote ist erheblich geringer als die aller möglichen anderen Infrastrukturen. Wir fallen nicht 10 % aus, wir fallen nicht 5 % aus, wir fallen auch nicht 1 % aus, sondern wir fallen 0,x % aus, und zwar im sehr niedrigen Nachkommastellenbereich. Ausfallen heißt, die Plattform ist nicht verfügbar. Wir garantieren also höchste Zuverlässigkeit. Wenn Sie das mit anderen Infrastrukturen vergleichen, dann ist es dort nicht so. Im Bereich Stromversorgung gibt es z. B. eine ähnlich hohe Zuverlässigkeit, in anderen Infrastrukturen tatsächlich nicht.

Was machen wir? Wir betreiben eine Sicherstellung resilienter Systeme. Das bedeutet einerseits natürlich viel Investition in IT, die wir machen, aber auch viel Investition – das ist angesprochen worden – in Cyber. Wir machen Pentests usw. Das ist absolut wichtig. Das alles sind Sachen, die hier nur aufschlagen, wenn sie nicht funktionieren. Bis jetzt haben sie funktioniert. Das Problem entsteht, wenn wir einen schlechten Job machen. Wir geben uns Mühe, dass wir und insbesondere ich nicht vor Ihnen in dieser Sache sprechen müssen.

Auch das IT-Risikomanagement ist wichtig. Damit sind wir wieder im Finanzbereich. „Three Lines of Defense“ ist da das Thema, also dass das Risikomanagement in allen Bereichen der Institution gedacht wird.

Emergency Playbooks: Wir haben unsere Systeme oben gehalten, wir haben die Märkte offen gehalten – übrigens auch während der Coronapandemie. Es war nicht so: Vorübergehend geschlossen, und wir müssen uns erst sammeln. Ich sage nachher auch, warum es eine Katastrophe gewesen wäre, wenn die Börsen während der Coronapandemie unten gewesen wären. Wir hatten die Märkte tatsächlich offen gehalten und folgen dabei entsprechenden Handreichungen. Wir haben Emergency Playbooks. Wenn irgendein Problem wie z. B. die Coronapandemie auftritt, dann haben wir eine Struktur, der wir folgen. Haben wir Corona vorausgesehen? Natürlich nicht. Aber es gibt ähnlich gelagerte Sachverhalte, auf die wir zum Glück vorbereitet waren.

Bei den fortlaufenden Sicherheits-Audits handelt es sich um Tests, beispielsweise um Angriffstests oder Pentests. Da simulieren wir digital Angriffe von innen und auch von außen. Das ist extrem wichtig. Wir führen regelmäßig Ernstfallsimulationen durch. Wir hatten am Mittwoch einen großen Alert. Wir führen Übungen durch, wo wir Pseudoerpresser und Terroristen einschleusen, um zu schauen, was passiert, wenn eine digitale Erpressung da ist. Da ist alles möglich. Ich möchte nicht zu sehr ins Detail gehen. Nehmen Sie einfach nur mit, dass wir da schon immer sehr viel getan haben und dass eine Krise, eine Ausnahmesituation wie Corona, ein Weckruf ist, das Ganze noch einmal eine Stufe höher zu stellen.

Insgesamt glaube ich, dass die Börsen europaweit einen ziemlich guten Job gemacht haben. Sie haben sichergestellt, dass es zu keinem Ausfall kam, und das, obwohl unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von zu Hause arbeiten mussten. Wir haben Händler. Da musste ganz schnell die digitale Infrastruktur hochgefahren werden. Es war nicht so, dass man sich da erst einmal hätte finden können. Ich habe zwei Kinder, und wenn ich mir überlege, wie lange die Reaktionszeit zum Teil in den Schulen war, bis da irgendetwas passiert ist, dann liegen schon Welten dazwischen. Allerdings sind IT und Risiko auch unser Job.

Was passiert, wenn eine Krise eintritt? Was passiert an den Kapitalmärkten? Starke Preisschwankungen. Während der Coronakrise sind die Aktienmärkte von Februar bis März um 40 % eingebrochen. Das hören Sie dann auch in den Medien: kompletter Einbruch im Aktienmarkt. „Gott sei Dank habe ich keine Aktien“, das ist dann die deutsche Reaktion. Allerdings ist es dummerweise so, dass der Aktienmarkt im Juni dann wieder um 50 % hochgegangen ist.

Warum sage ich das? Wenn Sie als Privatanleger Aktien haben und auf Nummer sicher gehen möchten, dann brauchen Sie einen Platz, wo Sie die Aktien verkaufen können, und zwar nicht erst in vier Wochen, sondern sofort. Und genau das haben wir sichergestellt. Wenn in solchen Schocksituationen kein Marktplatz da ist, dann kommt es zum finanziellen Meltdown, dann kommt die Panik an den Märkten. Man denkt, es geht runter, man kann aber nicht verkaufen. Man sucht sich dann andere Kanäle. Das wird dann im Schattenbankensystem und in Ähnlichem realisiert. Die Kurse purzeln nach unten. An einer Börse gibt es dann genauso die erfahrenen Anleger, die institutionellen Anleger, die in solchen Situationen zukaufen.

Vielleicht noch einmal zu den Privatanlegern: In Deutschland beträgt die Aktienquote in Bezug auf die Privatanleger 18 %. Die Quote in Schweden beträgt 60 %. Ich kann nur dazu ermutigen, sich einmal die Vermögenssituation der Deutschen, das durchschnittliche Vermögen der Deutschen, das Medianvermögen der Deutschen anzuschauen. 42 Millionen der Deutschen sind reicher als diese fiktive Person, 42 Millionen sind ärmer. Diese eine Person genau in der Mitte hat das Medianvermögen. Diese fiktive deutsche Person ist mit ihrem Medianvermögen global nicht unter den Top 20 – nicht unter den Top 20! Da sind sehr viele asiatische und auch sehr viele europäische Länder besser aufgestellt, und zwar signifikant besser. In den USA und in der Schweiz ist es ein ganz anderes Level, aber auch in Italien, in Frankreich etc.

Da sprechen wir auch über Krisenresilienz und darüber, ob eine Bevölkerung ausreichend Vermögen hat. Woran liegt das? Das liegt insbesondere an zwei größeren Faktoren. Das ist einerseits die Immobilienquote, die in anderen Ländern höher ist. Nun muss man fairerweise sagen, dass das auf den Zweiten Weltkrieg zurückzuführen ist. Auch da haben wir noch Aufholpotenzial. Es ist aber auch so, dass es natürlich steuerliche und andere Anreize gibt. Das andere ist, dass die private Altersvorsorge an den Kapitalmärkten in anderen Ländern häufig staatlich gefördert wird, beispielsweise in

Schweden oder in der Schweiz, aber auch in sehr vielen anderen Ländern. Die Liste ist lang.

Diese beiden Faktoren tragen dazu bei. Es ist nicht die geringere Wirtschaftsleistung Deutschlands als Land, und es ist auch nicht die fehlende Fähigkeit der Deutschen, sondern es ist tatsächlich die Frage: Wie gut ist man darin, und wie gut sind die Rahmenbedingungen, die der Staat für den Vermögensaufbau setzt? Schauen Sie es nach: In Bezug auf das Durchschnittsvermögen belegt Deutschland Platz 16. In Deutschland gibt es allerdings ziemlich viel Vermögen oben, und in der Mitte ist gar nicht so viel Vermögen. Das Medianvermögen ist vielleicht nicht schlecht. Wenn Sie aber das Durchschnittsvermögen zugrunde legen, dann belegt Deutschland Platz 16. Wenn Sie das Medianvermögen zugrunde legen, dann ist Deutschland nicht unter den Top 20. Das ist nicht gut.

Ich muss Ihnen auch sagen: Es überrascht mich, dass diese Debatte in der öffentlichen Diskussion nicht stattfindet, weil es auch große soziale Auswirkungen hat. Und vielleicht noch etwas: Gehen Sie davon aus, dass Menschen mit einer guten Ausbildung an Börsen und an Kapitalmärkten überdurchschnittlich aktiv sind. Das gilt nicht für das kurze Spekulieren, sondern für die langfristige Anlage. Diese Menschen halten dann auch Schwankungen aus, weil sie eine entsprechende finanzielle Bildung haben. Je schwächer die soziale Positionierung einer Person ist und desto geringer die finanzielle Bildung ist, umso weniger werden sie diese Möglichkeiten nutzen und umso mehr werden sie in Anlageformen gehen, die bei einer Inflation von immer noch 5 % – wahrscheinlich strukturell über 2 % trotz des EZB-Ziels – Geld vernichten.

Also: starke Preisschwankungen. Unsere Aufgaben sind, Anlegern Sicherheit zu geben, damit sie Aktien verkaufen oder auch kaufen können, wenn es möglich ist, und nicht zu sagen: „Die Börse ist geschlossen“, was in der Folge zu Panik an den Märkten führt.

Vertrauensverlust an den Märkten: Wenn das eben passiert und es Schwankungen gibt: Je weniger man über Bildung – Bildung ist extrem wichtig – verfügt, umso mehr wird man sich natürlich dann auch anstecken lassen.

Verknappung von Krediten: Wir sehen das derzeit: Die Zinsen sind hoch. Die Kapitalbeschränkungen bei den Banken sind hoch. Die Möglichkeit für Unternehmen, an Kredite zu gelangen, ist eine andere als vor zwei oder drei Jahren. Wie ich versucht habe auszuführen, ist dann die Möglichkeit umso wichtiger, über Börsen zu gehen. Zinsanpassungen sind dort der entsprechende Treiber. Wir sehen es jetzt: Das war der Schock, der dazu geführt hat, dass es nach langen Jahren des billigen Geldes, wo man es sich vielleicht auch etwas bequem gemacht hat, jetzt einen Hallo-Wach-Ruf gab. Man hat dann gesehen, dass die Ausgabensituation durch Corona so ist, wie sie ist. Jetzt kommen makroökonomische Krisen hinzu. Das, was wir sehen, ist häufig auch angebotsbedingt – russisches Gas und Ähnliches. Das sind Makroschocks auf

geopolitischer Ebene, und entsprechend führen Zinsanpassungen und anderes zur Inflation. Die Wechselkurse schwanken. Auch das kann Implikationen für die Wirtschaft haben. In der Regel führt das zu einem Fokus auf sichere Anlagen.

Auch das bieten wir übrigens: Wir sind die größte deutsche Börse für Anleihen, die ja gemeinhin als sicherer gelten. Ich möchte Ihnen aber auch sagen, dass die Anleihen, die niedrig verzinst waren, die Sie vielleicht vor drei Jahren gekauft haben, ordentlich eingebrochen sind. Auch das ist eine Reaktion auf das, was wir im Bereich Zinsen sehen.

Das sind also die Auswirkungen, die wir sehen. Ich habe versucht, Ihnen zu erläutern, inwieweit die Börse Stuttgart konkret ihren Beitrag dazu leistet, um das abzumildern. Wir und insbesondere die Kollegen haben in der Krise einen guten Job gemacht, und das, obwohl die Orderlast, also die Transaktionsvolumina, während der Krise extrem war, und zwar dreimal so hoch wie normal. Die Leute wollten kaufen, wollten verkaufen etc. Das waren massive Transaktionsvolumina, und die Maschinen haben gehalten.

Es stellen sich die Fragen: Was kann man denn tatsächlich machen? Was ist wichtig? Ich habe versucht, einen breiteren Blick auf die Bedeutung von Infrastruktur, von kritischer Infrastruktur zu geben, was wir als Börsen ja sind. Ich habe versucht, deutlich zu machen, wie wichtig Regulierung ist – aber bitte: smarte Regulierung. In Deutschland gibt es eine Überregulierung. Wir sind die Letzten, die sich gegen Regulierungen stemmen. Ganz im Gegenteil: Wir finden das extrem wichtig. Man muss aber erstens aufpassen, dass man es nicht übertreibt, und das ist in Deutschland leider der Fall. Zweitens: Je mehr Sie diejenigen regulieren, die guten Willens sind, nämlich wir, umso mehr haben andere einen Grund, das nicht zu machen. Es sollte ein stärkerer Fokus darauf gerichtet sein, sich diejenigen anzuschauen, die Regulierungen bewusst umgehen.

Ich hätte diesbezüglich einige konkrete Ideen. Während der Coronapandemie ist viel Pragmatismus gezeigt worden, auch in der Verwaltung etc. Das sollten wir beibehalten und nicht zurückdrehen. Jede Krise ist also auch eine Chance.

Der Börsenhandel sollte regulatorisch unterstützt werden. Ich hoffe, das habe ich deutlich gemacht. Es ist sehr wichtig, Regulierungsarchitektur zu gestalten und einheitliche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Regulierung ja, aber bitte nicht unfair. Die einen entziehen sich, wir machen es und sind die Dummen.

Ich halte eine Kapitalmarktunion auf europäischer Ebene für sehr wichtig. Mein Vordrucker hat die Firma Viessmann genannt. Was waren große Börsengänge deutscher Unternehmen, über die man berichtet hat? Viessmann, Birkenstock, Linde, das größte deutsche Unternehmen, und BioNTech. Alle vier Unternehmen sind nicht in Europa gelistet worden, sondern in den USA. Und ich sage Ihnen: Das wird auch so weitergehen. Entweder schaffen wir den europäischen Kapitalmarkt und bewegen uns aus diesem naiven Kokon heraus, dass man sagt, um Kapitalmärkte müssen wir uns nicht

kümmern, oder diese Bewegung wird weitergehen. Ich kann Ihnen sagen, was mit einem Unternehmen passiert, das in den USA gelistet ist. Dazu war ich lange genug in der Unternehmensberatung. Dann ist irgendwann die Zentralfunktion da, dann ist alles weg, und irgendwann ist es ganz bestimmt kein deutsches Unternehmen mehr. Dann kann man sich überlegen, das zu beklagen, und kann sagen, die Welt ist schlimm, oder man kann sich überlegen, einfach so gut zu sein, dass die Unternehmen nicht weggehen. Ich würde sehr stark für Letzteres plädieren.

Die gesamte Marktkapitalisierung aller DAX-Unternehmen liegt unter der von Apple. Unter den 50 größten Unternehmen weltweit ist kein deutsches. Das liegt gewiss an den Rahmenbedingungen. Das liegt aber auch an den Kapitalmärkten bzw. an den nicht starken Kapitalmärkten.

Ich will Ihnen noch etwas sagen, und dann schließe ich – ich bin sehr gern bereit, anschließend Fragen zu beantworten –: Ich glaube – das ist eher eine politische Aussage, die jetzt gar nicht so viel mit krisenfester Gesellschaft zu tun hat –, wenn wir die Vorstellung haben, dass das, was wir in Europa, in Deutschland bzw. in Baden-Württemberg machen, eigentlich ein gutes und attraktives Modell ist, und wenn wir dafür stehen, dann sollten wir versuchen, das zu einem Gewinnermodell zu machen. Wenn wir durchgereicht werden, wenn Unternehmen woanders listen, wenn die ganze Welt wächst und wir uns Degrowth überlegen, dann ist das eine Entscheidung, die wir miteinander für uns treffen können. Das ist ein sehr demokratischer Prozess. Aber eines kann ich Ihnen sagen: Wir werden nicht Vorbild für die Welt sein. Ich bin sehr viel international unterwegs gewesen und bin es jetzt auch immer noch. Das europäische Modell und auch das deutsche Modell haben durchaus noch einen Glanz. Aber für ein Modell, über das man sagt, wir werden ja abgehängt, finden Sie keine Fans.

Ich halte es deswegen für wichtig, die Infrastruktur zu schützen. Deswegen finde ich es auch sehr gut, dass es diese Enquetekommission gibt. Wir leisten unseren Beitrag. Zur Wirtschaft ist schon einiges gesagt worden. Die Kapitalmärkte sind ein ganz entscheidendes Element für geopolitische und im Endeffekt politische sowie auch kulturelle Unabhängigkeit. Entweder ist man Koch oder Kellner. Ich finde, wir sollten schauen, dass wir tatsächlich wieder Koch werden. Aktuell sind wir es nicht.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Voelkel. – Dann kommen wir jetzt zur Fragerunde. Zunächst rufe ich für die Fraktion GRÜNE den Kollegen Poreski auf.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Meine ersten Fragen richten sich an Herrn Erbe. Zunächst einmal herzlichen Dank für Ihren Vortrag und auch für Ihre Hinweise, die – so

denke ich – einige unserer Fragen schon ganz gut aufgreifen. Das Thema Entbürokratisierung ist inzwischen, glaube ich, auch ganz oben angekommen und wird auch sehr strukturiert bearbeitet. Danke auch für den Hinweis, dass es Übergänge braucht – Stichwort PFAS. Dazu wird meine Fraktion am Montag einen Fraktionsdialog machen, weil es eben Übergänge braucht. Also, nicht Kopf ab, sondern es geht immer darum, entsprechende Prozesse in Gang zu setzen.

Sie haben zu Recht die Themen Wettbewerbsverzerrung und IRA, den Inflation Reduction Act, der sicherlich einen Anteil daran hat, dass Unternehmen überlegen, sich zu verlagern, angesprochen. Da gibt es dann schon charmante Angebote, die man nicht ablehnen kann. Wenn es dann um Milliarden geht, ist es schon eine echt schwierige Situation. Sie haben zu Recht nicht nur die baden-württembergische Ebene angesprochen, sondern auch die Landesebene. Welche Strategien wären diesbezüglich von unserer Seite machbar?

Meine zweite Frage betrifft die Abhängigkeit von Unternehmen in Bezug auf globale Lieferketten und Märkte. Jedes Unternehmen nimmt individuell eine Risikoabwägung vor: Was muss ich hier vor Ort an Lieferketten oder an Diversifizierung leisten? Das ist sicherlich richtig und wichtig. Dafür gibt es ja auch die IHK und die Politik. Was braucht es denn koordiniert, damit wir uns an dieser Stelle etwas mehr Resilienz erarbeiten? Diesbezüglich haben wir in der Vergangenheit sehr schlechte Erfahrungen gemacht.

Weil es zwar eine europäische Strategie ist, die allerdings auch einen Beitrag dazu leisten kann, wie die anderen Sachverständigen sagen, stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage: Wo stehen wir aus Ihrer Sicht in Baden-Württemberg in Bezug auf die Realisierung einer Circular Economy? Dabei geht es darum, quasi ein eigenes Mining mit Recyclingprodukten zu machen. Welche Anstrengungen werden diesbezüglich von den Unternehmen unternommen? Was braucht es, um hier noch weiter voranzukommen? Mir ist bekannt, dass die IHK entsprechende Arbeitsstrukturen hat. Aber das funktioniert ja nur dann nachhaltig, wenn die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen setzt.

Herr Dr. Voelkel, Sie haben anschaulich dargestellt, warum die Börse aus Ihrer Sicht Teil einer Stabilisierungsarchitektur sein kann. Allerdings haben wir in der Vergangenheit auch andere Erfahrungen gemacht, dass nämlich der Finanzsektor selbst zum Krisenherd geworden ist und Krisen sogar verschärft hat. Was braucht es denn von der politischen Seite her, damit in solchen Situationen stärker gemeinwohlorientiert, ausgleichend und regulierend gearbeitet werden kann?

Vielen Dank.

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Ich habe zwei Fragen an Herrn Erbe. – Sie haben das Once-Only-Prinzip angesprochen. Welche konkreten Schritte könnten wir da denn jetzt machen? Wir versuchen ja, konkrete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

In Ihren Handlungsempfehlungen haben Sie den Wunsch formuliert, den Freihandel zu fördern und den Binnenmarkt zu stärken. Welche Freihandelsabkommen wären dafür nötig? Was wären denn die nächsten Schritte? Was schwebt Ihnen da vor?

Dann habe ich noch drei Fragen an Herrn Dr. Voelkel. – Erstens: Sie haben gesagt, dass Sie die Kapitalmarktunion auf EU-Ebene vorantreiben wollen. Was könnte das Land Baden-Württemberg diesbezüglich konkret machen?

Zweitens: Sie hatten anschaulich dargestellt, welches Risikomanagementsystem die Börse Stuttgart hat, um mit Krisen umzugehen. Wer könnte denn von Landesseite aus Krisenreaktionspläne mit den Finanzinstituten ausarbeiten? Sehen Sie da das Finanzministerium in der Pflicht, oder wer wären die relevanten Akteure?

Drittens: Sie haben ja dieses tolle Risikomanagementsystem. Gibt es irgendwelche andere Krisenszenarien, auf die Sie sich schon jetzt vorbereiten? Dabei denke ich nicht nur an einen Finanzcrash, sondern auch an andere Krisen wie beispielsweise die Coronapandemie. Könnten Sie dazu etwas sagen?

Herzlichen Dank.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Zunächst danke ich Ihnen, Herr Erbe, für Ihre Ausführungen. Ich habe einige konkrete Nachfragen.

Sie haben die Entbürokratisierung bzw. die Verschlinkung der Verwaltung angesprochen. In Baden-Württemberg ist der Normenkontrollrat aufgelöst worden. Mich würde Ihre Einschätzung interessieren, wo wir in Bezug auf die Entbürokratisierung gerade stehen. Haben Sie vielleicht – anknüpfend an meine Vorrednerin – konkrete Vorschläge, wo wir mit Blick auf die Verwaltung bzw. auf die Strukturen ansetzen müssten, um zu klaren Vereinfachungen zu kommen?

Sie haben das Thema Fachkräfte bzw. Fachkräftegewinnung aus Zeitgründen nur kurz gestreift. Deswegen würde ich diesbezüglich gern noch einmal konkret nachfassen. Zum einen danke ich Ihnen für die IHK-Positionierung zum Thema „Studiengebühren für internationale Studierende“. Das ist zwar ein kleiner Punkt, aber eben doch einer, der in der landespolitischen Hoheit liegt. Allerdings gibt es noch einige andere Schnittstellen, wo es tatsächlich konkrete Möglichkeiten landespolitischer Art gibt. Ein wesentlicher Punkt, über den wir sprechen, ist die Fachkräftegewinnung bzw. der Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland. Hat die IHK Wünsche oder konkrete Forderungen, beispielsweise in Bezug auf die Ausländerbehörden? Als Stichworte sind hier andere Strukturen, die Vereinfachung der Anerkennung von Abschlüssen z. B. bei den regulierten Berufen oder etwas in der Art zu nennen. Sehen Sie da Notwendigkeiten?

Es gibt ja doch gewisse Zusammenhänge zwischen Wohnraum und Fachkräftesicherung. Ihr Unternehmen ist in einer Stadt angesiedelt, die davon ganz besonders betroffen ist. Gibt es diesbezüglich aus Ihrer Sicht Wünsche?

Sie haben die Bedeutung der Internationalisierung bzw. der globalen Verflechtung angesprochen und gesagt, dass das häufig nicht ausreichend berücksichtigt oder wahrgenommen wird. Gleichzeitig haben wir insbesondere nach Corona und den anderen Krisen eine etwas anders gelagerte Diskussion in Richtung Regionalisierung und dem Aspekt, wir müssten uns autark machen. Das steht ja zumindest auf den ersten Blick in einem gewissen Gegensatz oder Spannungsfeld zu dem, was Sie gesagt haben, dass wir nämlich die Internationalisierung stärker berücksichtigen sollten; vielleicht ist ja auch beides richtig. Sie haben den Bäckermeister bzw. die Bäckermeisterin angesprochen. Jeder wünscht sich, am liebsten nur noch Mehl aus dem Dorf nebenan und nur noch regionale Produkte zu kaufen. Wie können wir diese Gleichzeitigkeit von Internationalisierung und Regionalisierung schaffen?

Ein Punkt ist mir ein wenig zu kurz gekommen. Sie haben das Stichwort Deindustrialisierung angesprochen, das im politischen Kontext in aller Munde ist. Einer der relevanten Faktoren sind die Energiegewinnung bzw. „Energiereiche Produktion“. Ein wesentliches Handlungsfeld ist für uns die Frage der regenerativen bzw. erneuerbaren Energien. Diesbezüglich sehen wir als Oppositionsfraktion dringenden Handlungsbedarf in Baden-Württemberg. Da würde mich interessieren, ob das aus Sicht der IHK und vor allem der Industrie ebenfalls ein relevantes Themenfeld ist.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von unserer Seite vielen Dank für die Stellungnahmen.

Herr Erbe, meine Fragen betreffen eher den zweiten Teil Ihres Vortrags, der, zeitlich bedingt, etwas schneller ging. Wir haben jetzt aber die Gelegenheit, darauf noch einmal näher einzugehen.

Ich möchte noch einmal das Thema Fachkräftegewinnung konkretisieren und dann auch erweitern. Liegen die Hemmnisse in Bezug auf das Thema Fachkräftegewinnung aus Ihrer Sicht mehr aufseiten der Bürokratie? Oder ist möglicherweise auch die Abgabenlast in Deutschland ein Hemmnis, das dazu führt, dass sich jemand, der die Wahl zwischen Deutschland und anderen Ländern hat, eher gegen Deutschland entscheidet, weil für ihn in anderen Ländern mehr Geld vom Bruttolohn übrig bleibt als in Deutschland? Spielt auch das eine Rolle bei der Anwerbung von Fachkräften? Auch das Thema Bürokratisierung spielt in diesem Bereich eine Rolle.

Das Thema Fachkräftegewinnung hat auch mit der beruflichen Bildung zu tun. Könnten Sie darauf vielleicht noch einmal eingehen? Fachkräfte im eigenen Haus auszubilden, ist eine Stärke in Deutschland und auch eine Stärke in Baden-Württemberg. Ich habe aber den Eindruck, dass sowohl die berufliche als auch die akademische Ausbildung

da durchaus noch Potenzial hat. Vielleicht könnten Sie Ihre Eindrücke schildern, die Sie diesbezüglich haben.

Was die Entbürokratisierung angeht, strukturieren wir neu. Deswegen ist es heute durchaus mit einem direkten Draht verbunden, was neue Strukturen im Normenkontrollrat angeht. Welche Erwartungen haben Sie diesbezüglich? Was war in der Vergangenheit gut? Was hat dort vielleicht nicht so gut funktioniert? Was sollten wir daraus für die Zukunft lernen? Welche Handlungsempfehlungen können wir daraus ableiten? Das ist ja die Aufgabe dieser Enquetekommission.

Vielleicht noch etwas ganz Spezielles, weil das gerade angesprochen wurde. Können Sie etwas zur Kreislaufwirtschaft sagen, die in vielen Bereichen bzw. in vielen Branchen schon sehr weit fortgeschritten ist, beispielsweise in der Verpackungsmittelindustrie? Da kommt von europäischer Seite mit der Verpackungsmittelverordnung durchaus etwas auf uns zu, gerade was die Wellpappenindustrie angeht, wo wir, glaube ich, schon eine sehr hohe Recyclingquote von mehr als 90 % haben. Ich glaube, das wird gerade ein wenig durch feste Quoten konterkariert. Da gibt es ganz aktuell eine feste Quote von Mehrwegverpackungsmaterial. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen.

Herr Voelkel, Sie haben Kryptowährungen angesprochen. Ist das Thema Kryptowährung ein Beitrag zur Krisenresilienz? Wie können wir das einordnen? Wie können wir das auch vor dem Hintergrund der Regulierung oder Deregulierung einordnen? Was brauchen wir da? Wie ist da die Position der Börse Stuttgart?

Was ich sehr spannend und sehr interessant finde, ist das Thema Finanzbildung. Ich glaube, dort geht es los. Welche konkreten Empfehlungen oder Vorstellungen haben Sie diesbezüglich? Wie sollten wir da am besten vorgehen?

Was mich auch bewegt und beschäftigt – Sie haben es angesprochen –: Die letzten großen Börsengänge von deutschen Unternehmen haben nicht in Deutschland und noch nicht einmal in Europa, sondern außerhalb von Europa stattgefunden. Welche konkreten Maßnahmen können und müssen wir treffen, damit das in Zukunft vermieden werden kann?

Vielen Dank.

Abg. Carola Wolle AfD: Vielen Dank für die hervorragenden Vorträge. – Herr Erbe, ich habe diverse Fragen an Sie. Die deutsche bzw. die baden-württembergische Wirtschaft fußt maximal auf Kleinst- und mittelständischen Unternehmen. Das ist die Grundlage. Das ist eigentlich der Motor der Wirtschaft in unserem Land. Deswegen sagen Sie zu Recht: „Think Small First“. Jetzt sind die Unternehmen individuell sehr unterschiedlich. Wäre vielleicht von Ihrer Seite eine Unterstützung hinsichtlich der Ver-

netzung von kleinen Unternehmen zur Vorbereitung auf mögliche Krisen sinnvoll? Unternehmen Sie diesbezüglich bereits etwas? Denn wenn jedes kleine Unternehmen für sich etwas macht, ist es nicht so schlagfertig, als wenn es die Unternehmen gemeinsam machten; denn die großen Unternehmen verfügen über mehr Kapital.

Sie haben beschrieben, wenn kleine Unternehmen schließen, erfolgt die Versorgung über die großen Unternehmen, z. B. bei Spielsachen. Aber geht es nicht auch grundsätzlich um die Versorgung der Bevölkerung? Ist es nicht wichtig, dass die Bevölkerung erst einmal versorgt wird, vielleicht nicht unbedingt mit Spielsachen, obwohl das während der Coronapandemie auch wichtig war, aber vor allem mit Lebensmitteln?

Sie haben zu Recht das Thema Planungssicherheit angesprochen. Planungssicherheit ist ausgesprochen wichtig, und zwar nicht nur in Krisenzeiten. Aber wenn man von Krisenzeiten spricht, ist es dann nicht wichtig, dass insbesondere die Regierung oder die Wirtschaft eine gewisse Stabilität ausdrücken und gewährleisten, um sicher durch die Krise zu kommen?

Dann haben Sie den Themenkomplex „Fachkräftemangel/Fachkräftesicherung“ angesprochen. Das ist ein sehr schwieriger Komplex. Ich denke zum einen, dass die Migrationspolitik, die im Moment betrieben wird, eben nicht die Fachkräfte bringt, die wir tatsächlich brauchen, vor allem nicht in dem benötigten Umfang. Welche Möglichkeiten sehen Sie, diesbezüglich etwas zu machen?

Sie haben zwei wichtige Themen angesprochen, die der Wirtschaft derzeit das Leben eher schwermachen. Das ist zum einen das Thema „Energiewende und Energiesicherheit“, das wiederum mit einer Planungssicherheit verbunden ist. Zum anderen ist es das Thema Lieferkettengesetz. Vor diesem Hintergrund würde mich auch das Thema Hermesdeckung interessieren. Wie stellen Sie sich zu dem auf, was derzeit diesbezüglich geplant ist?

Noch einmal zum Thema Fachkräftemangel: Wie attraktiv ist denn unser Land überhaupt noch für deutsche Arbeitnehmer, insbesondere für diejenigen, die ganz bewusst ins Ausland abwandern? Was können wir tun, um sie zu halten bzw. wiederzugewinnen, außer dass man die Rahmenbedingungen ändert?

Herr Dr. Voelkel, Sie haben davon gesprochen, dass die Finanzmärkte und Börsen infolge der globalen Vernetzung angreifbarer werden könnten. Dabei denke ich an die Themen Cybersicherheit, KI und „Manipulationsversuche von großen Akteuren“. Was können wir tun? Welche Unterstützung können wir leisten, um sicherzustellen, dass das nicht in großem Maßstab möglich ist?

Danke schön.

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Erbe und Herr Dr. Voelkel, Sie haben ungefähr jeweils zehn Minuten Zeit für die Beantwortung.

Sv. Herr Erbe: Ich versuche, die Fragen in verschiedene Punkte zu clustern und zu priorisieren.

Zum Thema Strategie: Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, dass mir eine Wirtschaftsstrategie fehlt, und zwar auf allen Ebenen. Das gilt sowohl für die EU als auch für die Bundesrepublik Deutschland und für das Land Baden-Württemberg. Natürlich sind wir auch mit Frau Hoffmeister-Kraut in engen Gesprächen. Hier gibt es einen Dialog. Die Ansage der großen Weltmächte, die mit uns im Wettbewerb stehen – dabei sehe ich uns jetzt nicht als Baden-Württemberg, sondern als EU –, sind klar. Die Amerikaner sagen: „Inflation Reduction Act“, und wenn man es übersetzt, heißt das: „USA First“. Die Ansage von Donald Trump hat sich nicht geändert, sondern wurde in etwas konziliantere Worte überspielt. Die Aussage ist aber die gleiche. Da müssen wir uns also wirklich aufstellen.

Herr Voelkel, ich habe Ihnen gut zugehört. In den USA läuft die gesamte Alterssicherung über sogenannte 401(k). Das sind Aktienpakete, die man sich kauft. Damit kann man auch spekulieren. Das ist auch bei meinen Mitarbeitern so. Das läuft alles über 401(k). Das hat zwei Effekte: Zunächst einmal bleibt das Vermögen bei der Person. Zweitens generiert es ein Interesse an der Wirtschaft und an den Märkten, weil jeder verfolgt, wie sich sein Aktienpaket für seine Altersversicherung entwickelt. Beides fehlt in Deutschland. Das ist durch das System bedingt. Das System will ich jetzt nicht kritisieren; es ist so, wie es ist. Allerdings hat es zwei Nachteile: Die Menschen interessiert die wirtschaftliche Entwicklung nicht, weil sie abgekoppelt sind. Das Geld liegt beim Staat und bei den Versicherungen, und da liegt es auch gut und sicher. So denkt man – Norbert Blüm lässt grüßen: „Die Rente ist sicher“ –, und dann befasst man sich nicht mehr damit. Das hat dann eben diesen großen, großen Nachteil, den Herr Dr. Voelkel zutreffend dargestellt hat.

Auf der anderen Seite gibt es im Osten die Chinesen, die sagen: „Manufacturing China“. Wir finden es immer klasse, wenn Chinesen bei uns investieren. Da sagen wir, die stärken die deutsche Wirtschaft und bringen Geld hier ins Land. Nein, sie bringen kein Geld ins Land, sondern sie bereiten den Transit der Wertschöpfung aus Deutschland in die Volksrepublik China vor. Da muss man also auch aufpassen. Wir brauchen also eine Gegenstrategie.

Ich war vor nicht allzu langer Zeit in Berlin und habe mich dort mit Vertretern des Ministeriums für Bildung und Forschung unterhalten, die gesagt haben: „Herr Erbe, wir haben ein Förderprogramm aufgelegt: 50 Millionen € für die Medizintechnik. Sie sind doch von der Medizintechnik.“ Da habe ich gesagt: „Ich bedanke mich herzlich. Ich weiß aber auch, dass die Chinesen fünf Strategiefelder benannt haben, u. a. Automo-

tive, Energie, Medizintechnik, und nur für die Medizintechnik haben die ein Fördervolumen von 50 Milliarden Dollar aufgelegt. Also, herzlichen Dank für die 50 Millionen Euro, aber ich glaube, wir haben noch einen Weg zusammen zu gehen.“

Das macht die Relationen deutlich. Deshalb sage ich, dass wir eine Strategie brauchen. Ich sage jetzt nicht, dass wir 50 Milliarden € brauchen. Aber wir brauchen eine Strategie, um gegenzuhalten, und diese Strategie fehlt meiner Ansicht nach.

Lieferketten: Es wird immer darauf hingewiesen, dass unsere Lieferketten brüchig sind und dass wir sehr abhängig sind. Ich sage immer: Wenn man sich unabhängig machen will, darf man nicht monopolisieren, sondern muss man sich breit aufstellen. Das heißt, mein Credo richtet sich gegen die geforderte Zurückholung der Lieferketten nach Deutschland, weil das einfach illusorisch ist. Es kann nicht funktionieren. Wir sind viel zu globalisiert, viel zu breit aufgestellt und würden uns selbst ins Knie schießen, wenn wir diese Strategie wählten. Meiner Ansicht nach ist das der völlig falsche Weg. Vielmehr müssen wir uns breiter aufstellen.

Ich baue beispielsweise gerade eine Einkaufsabteilung in China auf, sodass wir die Produkte, die wir als Komponenten in China kaufen müssen, auch in China selbst beschaffen und auf Mandarin bestellen. Mit Schwäbisch kommt man da nicht weit, sondern das muss tatsächlich vor Ort passen. Man muss differenzieren und muss tatsächlich auch vor Ort sein. Das ist der Weg, den wir gehen müssen, und das muss auch unterstützt werden.

Dagegen steht natürlich das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, weil es das Ganze verkompliziert. Je mehr Lieferanten ich habe, desto komplexer wird das Ganze. Das muss man abwägen. Da gibt es sicherlich einiges zu tun.

Ich bin ein großer Fan von Circular Economy. Wir sind ja schon weit gekommen. Jeder, der dagegen ist, hat, glaube ich, keine Argumente, denn es gibt eigentlich keine Argumente dagegen, außer natürlich Kosten und Aufwand. Damit müssen wir umgehen. Ich glaube, der Ruf, auch von internationalen Kunden, wird mehr und mehr in die Richtung gehen, dass sie sagen, wir müssen mit den Ressourcen, mit den Rohstoffen sehr viel sorgfältiger umgehen, als wir es in der Vergangenheit getan haben.

Wieder ein Beispiel aus der Medizintechnik: Wir haben ein Problem, weil die Einwegprodukte am Patienten und im Patienten angewandt werden, und wenn sie zurückkommen, sind sie kontaminiert. Das heißt, wir können sie nicht einfach auseinanderbauen und wieder recyceln. Aber auch da gibt es Wege. Die Wege müssen aufgebaut werden. Unsere Kunden in den Krankenhäusern fragen auch: „Ich habe hier ein Einweginstrument, das aus vielen Komponenten besteht. Was machen wir denn damit? Wir werfen es in den Müll, und dann? Wir sind nicht bereit, das zu tun. Das ist eine Verschwendung von Ressourcen.“ Und die Kunden haben recht, wenn sie das sagen.

Es ist unsere Aufgabe, das aufzubauen. Wir brauchen dann natürlich auch die Unterstützung in Form von Rahmenbedingungen. Aber eine große Aufgabe liegt auch vor der Industrie selbst. Wir können das nicht abwälzen und sagen, dass wir nichts damit zu tun haben, und das geht alles in den gelben Sack, sondern das ist eine große Aufgabe für die Industrie. Ich glaube allerdings, dass wir einen Return on Investment erzielen, dass das also nicht nur eine Bürde, sondern auch eine große Chance ist, sich zu differenzieren und Kunden zu gewinnen, wenn wir darin investieren. Ich halte das für einen sehr guten und wichtigen Ansatz.

Der Fachkräftemangel ist ein gigantisches Thema. Bis zum Jahr 2035 wird es sieben Millionen Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland geben, die wir allein wegen des demografischen Wandels nicht werden besetzen können. Das heißt, wir müssen aus allen Rohren feuern. Ich sehe uns in ein gigantisches Problem hineinlaufen. Das heißt, wir müssen alles nutzen: Wir müssen die Ressourcen nutzen, die wir haben, wir müssen unsere Mitarbeiter hier bei uns halten, und wir müssen alles dafür tun, dass es denen gutgeht, dass sie sich bei uns wohlfühlen. Da müssen die Unternehmen deutlich mehr machen.

Ein ganz großes Thema ist der Wohnraum. Wo sollen die Menschen wohnen? Dafür gibt es bereits verschiedene Ansätze. Ich habe kürzlich mit Frau Ministerin Razavi gesprochen, weil mir ein Thema unter den Nägeln brennt: das Schaffen von Wohnraum durch Unternehmen. Es gibt die Siemens-Siedlung in Berlin. Siemens hat seinerzeit – jetzt ist es privatisiert – Wohnungen für ihre Mitarbeiter gebaut. Ich denke, es ist an der Zeit, dass die Unternehmen das wieder tun: Wohnraum für ihre Mitarbeiter bauen. Die wenigsten wissen – ich propagiere das gerade –, dass die Landesregierung, also Sie, ein Programm aufgelegt hat, wonach Unternehmen, wenn sie Wohnungen bauen, vom Land einen Zuschuss in Höhe von 2 000 € pro Quadratmeter erhalten. Das ist eine Menge Geld. Allerdings kennt niemand das Programm. Das müssen wir also propagieren und unterstützen.

Dann kommen natürlich wieder die Themen Baugenehmigung und Bürokratisierung. Das muss schneller gehen, und auch da sind die Unternehmen gefragt. Um Wohnraum zu schaffen, ist die Handreichung des Landes ausgesprochen wichtig; denn der Faktor Wohnraum ist limitiert. Um zumindest einen Teil der fehlenden Fachkräfte zu ersetzen, benötigen wir ungefähr 500 000 Zuwanderungen, die durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ermöglicht werden. Das wird uns nie – nie! – gelingen. Das ist ein Wunschgedanke. Aber selbst, wenn es theoretisch gelänge – die Fachkräfte kommen nicht allein, sondern sie haben Familien; das heißt, wir müssen bundesweit mit zwei Millionen Zuzüglern pro Jahr rechnen –, stellt sich die Frage: Wo sollen die wohnen? So viel Wohnraum haben wir gar nicht. Das heißt, wir müssen hier dringendst aktiv werden, um das zu bewerkstelligen.

Außerdem müssen wir uns mit zwei weiteren Themen befassen. Zum einen müssen wir das Thema Willkommenskultur betreiben. Wir Schwaben haben ein ganz großes Herz – wir zeigen es nur nicht. Wenn wir auf jemanden zugehen und den nicht gleich

anbruddeln, dann halten wir das schon für ein hohes Level der Willkommenskultur. Aber interessanterweise wird das von den anderen Menschen nicht so wahrgenommen; das weiß ich auch. Da muss irgendeine interkulturelle Problematik vorliegen. Da können wir also durchaus besser werden.

Es gibt die Willkommenszentren, die dem Land unterstehen. Die IHK Reutlingen führt beispielsweise eines dieser Willkommenszentren; das ist bei uns integriert. Da lernen wir auch viel darüber, wie wir die Menschen besser integrieren können. Es ist natürlich auch nicht hilfreich, wenn wir in Baden-Württemberg 154 untere Ausländerbehörden haben und wenn Zuwanderer bzw. Unternehmen, die Zuwanderer beschäftigen wollen, es in dieser überaus inhomogenen Situation auch noch mit unterschiedlicher Software bzw. mit unterschiedlichen Voraussetzungen in den jeweiligen Behörden zu tun haben. Das Land hat eine zentrale Stelle genehmigt, die gerade aufgebaut wird. Das halte ich für einen ganz wichtigen Schritt. Dafür mein großes Kompliment und mein großer Dank, dass Sie auf diejenigen, die das gefordert haben, gehört haben. Ich halte das für ausgesprochen wichtig.

Dann stellt sich natürlich auch die Frage: Welche Arbeitskräfte suchen wir eigentlich? Wir sagen immer, wir brauchen Menschen, die gut Deutsch sprechen können, die eine Ausbildung haben müssen, die sie auch nachweisen können usw. Ich sage: Nein, die Leute müssen nicht Deutsch sprechen, und die Leute brauchen auch keine Ausbildung, weil wir ihnen Deutsch beibringen und weil wir sie ausbilden. Wozu haben wir denn unser duales System? Aber wie kann ich jemanden ins duale System hineinbringen, wenn ich sage, er muss eine abgeschlossene Berufsausbildung haben, die wir dann aber nicht anerkennen? Warum sollten wir sie denn auch anerkennen? Das ist ja ausländisch. Aber immerhin darf die Person kommen, und dann darf sie bei uns wieder bei null anfangen. Wie attraktiv ist das?

Das heißt, wir müssen sie zu uns bringen und sie in unseren Unternehmen ausbilden. Wir als Unternehmung versuchen gerade, weg von Deutsch und hin zu Englisch als Sprache im Unternehmen zu kommen. Das ist ausgesprochen schwer, aber wir arbeiten daran. Da würde es vielleicht auch helfen, wenn wir mehr Mitarbeiter hätten, die einfach kein Deutsch sprechen. Dann muss ich mit denen ja Englisch sprechen und internalisiere mich weiter. Das ist also eigentlich eine Win-win-Situation.

Die Energieversorgung ist ein sehr wichtiges Thema. Dazu habe ich mit dem US-Generalkonsul in Frankfurt ein sehr interessantes Gespräch geführt. Der kam zu mir, hat sich sehr gefreut und hat gemeint: „Oh, ich bin mal gespannt, wie wir uns jetzt als Deutsche aufstellen.“ Bisher hatten wir ein „easy Life“: Die Energie haben wir über Nord Stream 1 und 2 billig von Russland bekommen. Beim Verteidigungshaushalt – das haben die Amerikaner für uns übernommen – haben wir keine oder so gut wie keine Kosten gehabt. Außerdem haben wir unsere ganzen Produkte in die Volksrepublik China geschickt, und die haben das dankbar angenommen. Da haben wir uns doch als Deutschland sehr gut zurückgelehnt, und nun sind wir mal gespannt, wie wir uns jetzt, wo diese drei Themen doch sehr infrage stehen, aufstellen werden.

Ich habe ihm gesagt, dass wir zunächst einmal die Freihandelsabkommen brauchen, die viel wichtiger sind, als man gemeinhin denkt – dazu zählen Mercosur sowie andere Freihandelsabkommen, nachdem TTIP tot ist. Das habe ich mir von ihm auch bestätigen lassen: Es gibt kein „TTIP Neo“. Die Amerikaner haben keine Lust mehr, das Wort „Chlorhühnchen“ noch ein einziges Mal zu hören. Das klingt jetzt total banal und blöd, aber das Chlorhühnchen hat TTIP kaputtgemacht. TTIP kann man also vergessen. Da brauchen wir keine Energie mehr zu investieren. Aber Mercosur ist extrem wichtig, ebenso wie andere Handelsthemen.

Ein weiteres Thema ist natürlich die Energie. In diesem Zusammenhang diskutieren wir in der Bundesrepublik Deutschland über die Frage der Unterstützung. Die Fokussierung auf einige wenige Großunternehmen, die sehr energieintensiv sind, ist zwar richtig, aber die exklusive Fokussierung ist falsch. Wir müssen uns da breiter aufstellen, weil auch die Unternehmen, die unter den hohen Energiepreisen leiden, breiter aufgestellt sind. Da haben wir den Mittelstand und auch die kleinen Unternehmen. Ein gutes Beispiel dafür ist der Bäcker, der seine Öfen betreiben muss, die sehr energieintensiv sind. Das Thema Energie muss also sehr viel breiter aufgestellt werden. Es sollte der Blick nicht nur auf die Großindustrie gerichtet werden.

Damit will ich es bewenden lassen. Sie wissen, wo Sie mich finden. Ich stehe im Telefonbuch. Wenn Sie Fragen haben, können Sie sich jederzeit an mich wenden.

Vorsitzender Alexander Salomon: Jetzt gebe ich das Wort an Herrn Dr. Voelkel weiter.

Sv. Herr Dr. Voelkel: Herr Poreski, Sie meinten, Teil der Krise seien die Finanzmärkte. In der Tat war der Kapitalmarkt Teil oder Auslöser der großen globalen Finanzkrise. Wichtig ist: Es war ja insbesondere der nicht regulierte Kapitalmarkt. Die Reaktion von Gesetzgebern auf der ganzen Welt war die Stärkung von regulierten Strukturen, insbesondere auch die Stärkung von Börsen. Es sind viele strukturierte Papiere geschaffen worden, von denen niemand wusste, was drin ist, und die sind dann explodiert. Das ist genau das, was eine Börse nicht tut.

Ihre Frage bezog sich auch auf die Gemeinwohlorientierung. Ich nehme ein großes kulturelles Fremdeln in Deutschland – auch noch in ein, zwei anderen Ländern, aber insbesondere in Deutschland – zwischen der Finanzindustrie und anderen Teilen der Gesellschaft wahr. Das sind häufig andere, fast kulturelle Codes. Man spricht nicht miteinander und hat ein fast negatives Grundrauschen, Skepsis etc. Wenn Sie sich die Liste der Länder, in denen die Menschen am meisten Geld haben, anschauen – das können Sie googeln –, dann werden Sie eine sehr hohe Korrelation zwischen Ländern, in denen es eine sehr starke Finanzindustrie und ein hohes Maß an finanzieller Bildung gibt, und dem Wohlstandsniveau feststellen. Nun kann man sagen, ich möchte es als kulturellen Gründen nicht und finde es blöd, aber man trifft dann die Entscheidung bewusst. Oder man sagt, man findet es kulturell vielleicht nicht so interessant oder

lehnt es aus einem bestimmten Habitus ab, aber es ist nun einmal wichtig. Ich würde für Letzteres plädieren, auch für diejenigen, die sich jetzt nicht in der Industrie tummeln.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen großen Vordenker der Kapitalmärkte zitieren. Der Bundesverband der Deutschen Industrie geht davon aus, dass pro Jahr 100 Milliarden € Investitionen in den Klimaschutz zusätzlich notwendig sind. Ohne den Kapitalmarkt und ohne privates Kapital kann diese Summe nie und nimmer erreicht werden – und genau da liegt eine große Chance und Aufgabe für den Finanzplatz. Das sage nicht ich, sondern das hat der Finanzminister des Landes Baden-Württemberg auf einer unserer hoch qualitativen Veranstaltungen gesagt, zu denen ich Sie alle sehr gern einlade.

Damit möchte ich Folgendes sagen: Ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns auch in diesem Land, auch wenn es vielleicht liebgewonnene Narrative sind und wir unser Modell für ein gutes halten, insgesamt von einigen Sachen verabschieden, wenn wir wirklich erfolgreich sein wollen. Wir müssen das machen, was richtig ist, und dazu gehört – da werden Sie wenige neutrale Stimmen finden, die das anders sehen – ein Kapitalmarkt, dem – ich habe versucht, dies durch das Zitat zu verdeutlichen – eigentlich, wenn es ordentlich reguliert ist, eine gewisse Gemeinwohlorientierung inhärent ist. Wir finanzieren Transformation. Welche Transformationen das sind, das ist das Ergebnis eines demokratischen Prozesses. In Deutschland ist es gewiss eine nachhaltige Transformation. Das ist in anderen Ländern anders, aber für uns ist das sehr wichtig. Das ist natürlich auch eine Transformation z. B. hin zur Digitalisierung, wo wir weit hinterherhängen, wie Sie wissen.

Dann wurde gefragt, was man in Bezug auf die Kapitalmarktunion und Baden-Württemberg konkret tun kann. Bei der Kapitalmarktunion handelt es sich um eine europäische Initiative, die es übrigens schon länger gibt und die auch von der EU-Kommission unter der Präsidentschaft von Frau von der Leyen weiterhin unterstützt wird. Viele Entscheidungen fallen auf europäischer Ebene. Aber auch da ist es natürlich ein politischer Prozess. Auch da entscheidet ein Rat, und auch da ist es wichtig, was Sie den deutschen Vertretern im Rat und den verschiedensten Gremien mitgeben.

Was ist wichtig zur Stärkung eines europäischen Kapitalmarkts? Das sind die Digitalisierung und insbesondere eine Vereinheitlichung. Wenn Sie in Europa an die Börse gehen wollen, dann haben Sie nationale Rechtssysteme und erreichen in Deutschland deutsche Investoren oder eher deutsche Investoren. Hätte man ein einheitliches Regime und würde man sagen, es gibt diese und jene finanziellen Instrumente oder diese und jene Insolvenzordnung, dann würde man das im Sinne einer Standardisierung für mehr Investoren öffnen. Wenn Sie sagen, das Thema „Kapitalmarkt/Digitalisierung des Kapitalmarkts“ halten wir für eine gute Sache, dann kann ich nur sagen – – Ich glaube übrigens nicht, dass das im engeren Sinn politisch umkämpft ist. Ich denke, das wollen viele. Das ist weniger eine fundamentalpolitische Frage als vielmehr, wie es häufig in Europa der Fall ist, eine Frage des Steckenbleibens im Morast der nationalen und regionalen Einzelinteressen.

Sie fragten nach den Akteuren in Baden-Württemberg. Zunächst einmal arbeiten wir sehr gut mit dem Finanzministerium zusammen. Ich hatte Herrn Finanzminister Dr. Bayaz gerade zitiert. Er war auch Schirmherr unseres großen Stuttgart Finance Summits. Wir arbeiten natürlich insbesondere auch mit dem Wirtschaftsministerium zusammen. Das Wirtschaftsministerium ist einerseits unsere Aufsicht. Wir werden von der BaFin, von der Bundesbank und von der Börsenaufsichtsbehörde beaufsichtigt. Das ist eine Landesbehörde unter dem Wirtschaftsministerium. Frau Hoffmeister-Kraut ist auch bei uns im Moratorium vertreten. Ich kann sagen, dass wir uns weder über das Wirtschaftsministerium noch über das Finanzministerium beschweren können. Wir fühlen uns da gut unterstützt und auch – Neudeutsch – gechallenged. Das ist auch wichtig.

Das bringt mich zu Ihrem zweiten Punkt: Krisenpläne. Ich glaube, wir sind da ziemlich gut drin, weil es sonst wirklich an die Wand klatscht, wenn wir da Mist bauen. Das heißt nicht, dass wir nicht permanent besser werden müssen. Es gibt auch entsprechende Regulierungen beispielsweise zu KRITIS, also in Bezug auf die kritische Infrastruktur, die wir befolgen. Ich weiß nicht, ob wir da Unterstützung brauchen. Was aber sehr gewertschätzt wird, ist sicherlich der Austausch. Wir können anbieten, unser Know-how als Infrastruktur mit höchsten Stabilitäts- und Sicherheitskriterien einzubringen.

Andere Szenarien, auf die wir uns vorbereiten, sind insbesondere Cyberattacken. Wir waren bislang noch nicht Ziel einer gezielten Attacke, aber als kritische Infrastruktur kann das natürlich durchaus geschehen. Es gibt das normale Grundrauschen, das alle Unternehmen haben, und natürlich gibt es Phishingattacken und alles Mögliche. Auf uns als Infrastruktur ist noch kein gezielter Angriff größerer Natur verübt worden. Wir denken und hoffen, dass wir darauf vorbereitet sind. Wir nehmen das keineswegs auf die leichte Schulter. Es ist noch nicht passiert. Ich hoffe, dass ich Ihnen dann, wenn es passiert ist, auch sagen kann, dass wir das gut gemeistert haben. Aber ich will es gar nicht kleinreden: Ein gewisses Grundrauschen gibt es durchaus, aber das managen wir gut weg.

Dann wurde in Bezug auf Kryptowährungen gefragt, ob sie zur Resilienz beitragen oder nicht. Es kommt darauf an, wie der regulatorische Rahmen ist. Wenn man einen regulatorischen Rahmen setzt – das befürworten wir ausdrücklich, und das gibt es in Deutschland ja auch –, dann kann das durchaus ein sehr positives Beispiel sein. Ich nehme jetzt mal die Ukraine Krise. Die Ukraine ist ein Land, wo viele Menschen Bitcoins haben. Wenn sie einen Bitcoin haben und über die Grenze nach Deutschland gehen, dann ist der noch da. Wenn sie Vermögen oder Geldbestände auf irgendwelchen Konten, die eingefroren oder nicht mehr zugänglich sind, haben, dann ist das Geld nicht da. Andererseits können Bitcoins aber auch für kriminelle Aktivitäten verwendet werden. Es ist wie Bargeld. Per se ist es neutral und wird dann zu etwas Gutem, wenn man entsprechende Regulierungen schafft.

Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen – das ist vielen vielleicht gar nicht bekannt –: Wir haben in Deutschland demokratisch zustande gekommene, wie das in

einem Rechtsstaat nun einmal so ist, Regulierungen zu Krypto. Es gibt Lizenzen für Kryptohandel, für Kryptobörse und für Kryptoverwahrung. Das ist eine deutsche Lizenz, nach diversen deutschen Gesetzen von der BaFin verliehen. Es gibt einen europäischen Rahmen, der MiCA heißt, wo es sehr ähnlich auf europäischer Ebene reguliert ist. Das heißt, sowohl in Deutschland als auch in Europa ist ein gesetzlicher Rahmen geschaffen worden. Das finde ich auch sehr gut, um diesen wilden Westen lenken und diese Technologie tatsächlich nutzen zu können.

Wir haben sehr viel dazu gehört, und ich stimme Ihnen in praktisch allen Punkten zu, Herr Erbe: Wir müssen einfach besser werden. Die Welt wird nicht besser, wenn wir auf der Stelle treten. Das heißt auch, dass man sich vielleicht von ein paar unangenehmen Wahrheiten oder Glaubenssätzen verabschieden und schauen muss, wo man den Horizont durchaus einmal ein bisschen internationaler macht und sich anschaut, was andere anders machen.

In der Finanzindustrie ist Europa sicherlich nicht führend. Europa kleckert in der Regel hinterher. Wenn es zur Finanzkrise kommt, dann regulieren die Amerikaner smart, hart, aber auch pragmatisch. Dann ist das durch. Die Institute gewöhnen sich daran. In Europa wird lange, detailorientiert und nicht besonders pragmatisch reguliert. Während die Amerikaner schon wieder weiter und sicherer sind, befinden wir uns noch im Morast der Regulierung, und das Ergebnis ist, dass amerikanische Banken führend sind, obwohl sie von der Krise am meisten getroffen wurden, und deutsche Banken sind eben nicht mehr führend.

Im Bereich Kryptoregulierung ist es anders. Da hat die Europäische Union mit MiCA insgesamt eine hervorragende Regulierung geschaffen, von der ich gar nicht mehr gedacht hätte, dass Europa so etwas hinbekommt. Es handelt sich um eine Regulierung, wo wir im Finanzbereich im Vergleich zu den Amerikanern vorne liegen, eine Regulierung, die Sicherheit und Innovation stärkt.

Ich halte die Finanzbildung für extrem wichtig. Bildung, Bildung, Bildung – das ist in allen Bereichen so. Egal, welchen Politikbereich Sie sich anschauen: Je mehr Informiertheit da ist, umso weniger besteht ein Hang zu einfachen oder wirren Lösungen. Das dauert natürlich seine Zeit. Wir machen diesbezüglich sehr viel. Wir haben eine Anlegergruppe, wir haben Edukationsformate und auch Stuttgart Financial, das sowohl Start-ups in der Region fördert als auch ökonomische Bildung betreibt. Wir machen da also sehr viel. Aber das ist etwas, was kein Spieler allein machen kann und wir schon gleich mal gar nicht. Das braucht eine breitere Allianz. Ich denke, da ist auch viel guter Wille vorhanden. Aber da muss erstens mehr kommen, und zweitens ist es etwas, was seine Zeit dauert.

Ich springe zu Ihrem dritten Punkt: Was können wir in Bezug auf IPOs machen? Ich habe die vier Beispiele genannt. Die sind ja nun mal da. Wenn viermal Sachen großer Natur an Ihnen vorbeigehen, dann können Sie sagen: „Alles ist toll“, „Sie haben es nicht verstanden“, oder Sie können sagen: „Ich habe hier ein Problem.“ Wenn Sie wie

ich ein Unternehmen führen und es offensichtlich nicht läuft, und dann sagen Ihnen die Verantwortlichen: „Ach ja, die haben einfach nur nicht verstanden, wie toll wir sind. Weiter so. Das wollen wir vielleicht gar nicht“, dann überlegen Sie sich irgendwann, ob Sie da die richtigen Leute haben. Diese Frage stellen Sie sich eher früher als später.

Das Land Baden-Württemberg befindet sich für meine Begriffe an einem Scheideweg, und jetzt stellt sich die Frage: Was kann man denn da machen? Auch das ist etwas, wo es jetzt leider nicht nur die eine Lösung gibt. Aber es sind ein paar Sachen, die geschehen müssen. Erstens: finanzielle Bildung. Das ist ein europäisches Thema, insbesondere aber ein deutsches Thema. Andere Länder sind da einfach viel weiter und weniger naiv, auch aufgrund der Umstände, die Sie jetzt für die USA geschildert haben. Oder nehmen Sie Schweden. Schweden ist ein gutes Beispiel; das mag jeder. Die Schweden machen es auch. Also, wenn Sie es politisch irgendwie verkaufen wollen, dann sagen Sie, die Schweden machen es auch. Wir müssen es noch nicht einmal neu erfinden, sondern können es einfach nachmachen.

Dabei geht es insbesondere um Bildung, aber auch um Kapitalpools. Wenn Sie privates Anlagevermögen haben, dann haben Sie auch Vermögen, das investiert. Wenn Sie das nicht haben, sondern das Kapital in den USA ist, dann gehen Unternehmen dorthin, wo eben Kapital liegt. Das heißt, je mehr wir uns allein auf staatliche Systeme oder auch auf Versicherungen und Ähnliches verlassen, die aber eine sehr geringe Quote haben, die in Aktien und Co. investieren, dann gibt es eben kein Kapital in Deutschland und Europa; und wenn Sie kein Kapital haben, dann gehen Sie da nicht an die Börse. Die Unternehmen wollen dorthin, wo Kapital ist. Das ist ganz einfach.

Wir befinden uns in einer großen Abhängigkeit von den USA, weil die Kapitalmärkte nicht in Europa stattfinden und das Kapital nicht in Europa ist, sondern z. B. bei BlackRock. Das ist ein bewundernswertes Unternehmen, aber da ist das Kapital nun einmal. BlackRock entscheidet also, wohin investiert wird. Selbst wenn wir noch einen Landesfonds oder einen Bundesfonds mit 1 Milliarde € aufsetzen – das sind ganz andere Größenordnungen.

Wir sollten also tatsächlich den Kapitalpool stärken. Dazu gehören Themen wie „Private Altersvorsorge“, Steuervergünstigungen usw. Wie Herr Erbe zu Recht gesagt hat, bedeutet es auch demokratische Partizipation, wenn die Unternehmen den Bürgerinnen und Bürgern gehören. Da gibt es dann einen Gleichlauf von Interessen. Momentan gehören viele deutsche Unternehmen US-amerikanischen Pensionsfonds. Schauen Sie sich einmal an, wem die DAX-Unternehmen gehören. Damit ist man nun einmal am empfangenden Ende, und das ist nie gut.

Wie gesagt, ich war lange in der Beratung tätig. Warum geht ein Unternehmen wie beispielsweise BioNTech in den USA an die Börse? Da ist natürlich Kapital. Dort gibt es deutlich größere Kapitalmärkte und einen größeren Pragmatismus, und da gibt es insbesondere Analysten, die sagen, wie viel ein Patent, wenn es denn kommt, wert ist. Es gibt also informierte Menschen in den Banken, die das Unternehmen verstehen und

die Anlageempfehlungen geben können. Das ist nicht zu unterschätzen. Wenn Sie als Unternehmen ein Patent beispielsweise für ein Krebsmittel oder Ähnliches angemeldet und bestätigt bekommen haben, und ein Analyst sagt, dieses Patent wird irgendwann einen bestimmten Wert haben, und er deswegen den Kauf der entsprechenden Aktie oder Anleihe empfiehlt, dann ist das extrem wertvoll für das Unternehmen. Ein Unternehmen, das nur wenig Kapital hat und sich deswegen Kapital beschaffen muss, ist darauf angewiesen, dass der Wert beispielsweise eines Patents entsprechend bewertet wird. Ansonsten ist es schwierig.

In Bezug auf die Analysten sehe ich gewisse kulturelle Herausforderungen in dem jeweiligen Land. Dann müssen Sie natürlich auch sagen: Ich möchte gern Analysten. Ich möchte gern Menschen in Banken, die verstehen und bewerten können, was beispielsweise ein Unternehmen wie BioNTech macht. Dann sind die eben in einer Bank. Wenn Sie das aber aus kulturellen Gründen nicht möchten, dann haben Sie es nicht, und dann ist BioNTech eben weg. Das ist ja das Schöne: Man hat die Entscheidungsfreiheit. Aber ich würde sagen, wenn man sich dagegen entscheidet, dann hat es entsprechend negative Konsequenzen.

Es geht also um finanzielle Bildung; das ist langwierig. Es geht insbesondere darum, das Kapital zu stärken, es geht um mehr private Altersvorsorge, mehr Förderung privater Anleger etc., damit ausreichend Kapital in Europa vorhanden ist. Außerdem geht es tatsächlich auch um Strukturen wie Banken und Börsen und das entsprechende Ökosystem – so viel zum Thema IPO.

Cybersicherheit ist ein großes Thema. Bislang sind wir glücklicherweise nicht Ziel von Cyberattacken geworden, aber das kann durchaus passieren. Sie kennen die Geschichten von den Unternehmen, die es erwischt hat. Das ist wirklich sehr unschön. Für uns wäre es eine Katastrophe.

Wie können Sie bzw. wie kann die Politik insgesamt unterstützen? Ich glaube, auch da geht es darum, die entsprechenden Kompetenzen z. B. des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik hochzufahren und weiterhin auf einem entsprechenden Niveau zu halten. In diesem Bereich sind Länder wie beispielsweise Israel absolut führen. Das ist gewissermaßen der Hotspot für alle Cyberthemen der Welt. Da dürfen wir nicht naiv sein. Ich habe, ehrlich gesagt, nicht den Eindruck, dass wir da naiv sind. Ob wir diesbezüglich als Land schon Weltklasse sind, würde ich bezweifeln. Aber ich glaube, es gibt andere Baustellen, wo wir noch viel mehr zu tun haben als in diesem Bereich.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Voelkel. – Ich habe wahrgenommen, dass es noch Bedarf für eine zweite Fragerunde gibt. – Herr Dr. Müller, bitte.

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Eine meiner beiden Fragen richtet sich an Sie, Herr Erbe. Es geht immer wieder durch die Presse, dass gerade mittelständische

Unternehmen Themen mit der IT-Security haben, beispielsweise Hackerangriffe, die erfolgreich waren. Da wir über das Thema „Krisenfeste Gesellschaft“ sprechen, frage ich: Wie würden Sie denn ganz allgemein den Zustand insbesondere des Mittelstands in Bezug auf Krisenvorbereitungen, beispielsweise auf Krisen rund um den Bereich IT, aber auch auf andere Krisen, bewerten? Was können wir tun, um mittelständische Unternehmen gegebenenfalls dabei zu unterstützen, ihre Krisenvorbereitung noch zu verbessern?

Herr Dr. Voelkel, Sie haben das Szenario des Börsenausfalls als sehr dramatisch beschrieben, sind allerdings nicht darauf eingegangen, was wir denn machen, wenn es passiert. Ist das der Punkt, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, oder gibt es Möglichkeiten, sich auf ein solches Szenario vorzubereiten, auch wenn Sie alles tun, um das zu verhindern?

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Herr Dr. Voelkel, ich fand einen Punkt in Ihrem Eingangsstatement sehr spannend, und zwar den Gap zwischen dem Ranking Median beim Vermögensaufbau und dem Vermögensdurchschnitt, den Sie beschrieben haben. Das ist für die Politik sehr interessant. Dazu eine konkrete Frage: Welche Bedeutung hat aus Ihrer Sicht der Bereich „Immobilien/Immobilienaufbau“? Es gibt tatsächlich ein Instrument der Landespolitik: die Grunderwerbsteuer. Wie stehen Sie zur Halbierung oder Reduktion der Grunderwerbsteuer beim Ersterwerb einer Immobilie?

Abg. Carola Wolle AfD: Ich habe noch eine Frage an Herrn Erbe. Sie haben davon gesprochen, dass die Menschen nicht ausgebildet sein müssen und auch nicht die deutsche Sprache sprechen müssen. Zumindest habe ich Sie so verstanden. Das Problem ist aber, dass wir die Fachkräfte jetzt brauchen. Dass wir sie vielleicht nicht auf dem Niveau haben können, wie wir sie tatsächlich brauchen, ist logisch. Aber es wäre doch sinnvoll, wenn sie mit einer gewissen Grundausbildung kommen, auf die wir aufsetzen können. Wenn sie schon das Niveau haben, das wir brauchen, wäre es ja okay. Aber das wird oft nicht so sein. Wäre eine gewisse Grundausbildung der Fachkräfte, die im Zuge der Zuwanderung nach Deutschland kommen und hier beschäftigt werden, nicht eher sinnvoll? Denn wir brauchen die Fachkräfte schon jetzt. Ich gebe Ihnen recht, das man in Bezug auf die englische Sprache flexibel sein sollte. Deutsch können die zugewanderten Fachkräfte dann in der Tat später lernen.

Herr Dr. Voelkel, Sie haben zu Recht das Thema „Bildung der Bürger“ angesprochen. Die Schüler fordern bereits viel mehr tägliche Bildung und wollen beispielsweise lernen, wie eine Bank funktioniert usw. Vielleicht könnte man da auch die Themen Börse, Anlage bzw. Altersvorsorge hinzunehmen. Wie stehen Sie dazu?

Dann haben Sie von Finanzinvestitionen gesprochen. Wie bewerten Sie es, wenn das Land beispielsweise im Bereich der erneuerbaren Energien Subventionen gewährt und das hinterher ein Flop wäre? Wie sehen Sie dann die Investitionen der Privatbürger, also von Menschen, die dadurch Altersvorsorge betreiben möchten, wenn der Staat eingreifen und die Entwicklung in eine gewisse Richtung lenken würde?

Vorsitzender Alexander Salomon: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Mit Blick auf die Zeit bitte ich Sie jeweils, die Fragen innerhalb von etwa drei Minuten zu beantworten. – Herr Erbe, Sie haben das Wort.

Sv. Herr Erbe: Ein Beispiel für Cybersecurity bei KMUs: In meinem Unternehmen haben wir einmal eine eigene Phishingmail an alle Mitarbeiter verschickt. 200 Mitarbeiter haben sie angeklickt, und 30 haben ihre Credentials eingegeben. Es ist also nicht sicher. Wir mittelständischen Unternehmen sind nicht sicher. Das ist ein dickes Brett, das wir bohren müssen. Das haben die IHKs erkannt und erarbeiten in enger Zusammenarbeit mit dem Innenministerium ein Programm, wie wir die Unternehmen sicher machen können. Da sind wir sicherlich noch eher groß, also eher gut aufgestellt, aber kleinere Unternehmen haben dann wirklich Probleme. Diesbezüglich besteht also ein großer Handlungsbedarf. Da sehen sich die IHKs auch in der Pflicht.

Damit komme ich zum Thema Fachkräfte. In der Tat sollte eine gewisse Grundausbildung bereits vorhanden sein. Allerdings haben wir diesbezüglich auch Probleme mit jungen deutschen Menschen, die in diesem Bereich ebenfalls Defizite haben. Das heißt, wir sind ohnehin dabei, hier nachzuschärfen und in Bezug auf die Grundkenntnisse – mathematische Grundkenntnisse, Grundkenntnisse in Deutsch – nachzuarbeiten. Es gibt bereits entsprechende Programme.

Sie sagen, wir brauchen die Fachkräfte „now“ – jetzt. Da gibt es Ansätze, an die man zunächst gar nicht denkt, die aber sehr effektiv sind. Ein Beispiel: Ungefähr 50 % der Arbeitnehmerinnen in Baden-Württemberg arbeiten in Teilzeit, und zwar nicht, weil sie es wollen, sondern weil sie es müssen. Wenn es uns gelänge, diese Damen eine Stunde pro Woche länger arbeiten zu lassen, dann entspräche das allein in Baden-Württemberg 70 000 Vollzeitäquivalenten; bundesweit wären es drei Millionen. Es muss uns also gelingen, diese Damen, die super ausgebildet sind, einfach mehr arbeiten zu lassen. Das hat natürlich wieder etwas mit Kinderbetreuung usw. zu tun. Da könnte man relativ schnell etwas tun, sofern sich genug Betreuerinnen und Betreuer finden ließen. Da beißt sich die Katze also ein bisschen in den Schwanz. Aber das sind denkbare Ansätze; da muss man kreativ sein. Es gibt viele Möglichkeiten, um das Ganze zu befeuern.

Ein großes Thema ist auch die Weiterbildung. Weiterbildung ist extrem wichtig. Eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung in Tübingen, die der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag in Auftrag gegeben hat, zeigt, dass das Lebens Einkommen eines durchschnittlichen Arbeitnehmers über die gesamte Spanne bei ca. 1,5 Millionen € liegt. Wir haben uns angeschaut, wie es denn aussieht, wenn man die duale Ausbildung mit einer akademischen Ausbildung vergleicht. Wie lange braucht ein Akademiker, um einen Arbeitnehmer mit dualer Ausbildung einzuholen? Denn der Arbeitnehmer, der sich für eine duale Ausbildung entscheidet, verdient vom ersten Ausbildungstag an schon Geld. Die Antwort: Mit 62 Jahren wird er durch den Akademiker eingeholt. Das ist völlig unbekannt; denn jeder denkt, der Duale werde mit

40 eingeholt. Das ist nicht der Fall. Auch dort müssen wir zeigen, wie viel Potenzial vorhanden ist. Auch dort können wir Fachkräfte generieren.

Wenn wir Weiterbildung stressen und Weiterbildung effektiv machen, können wir die benötigten Fachkräfte auch intern weiterbilden. Wir haben einmal untersucht, wann ein Mitarbeiter aus der dualen Ausbildung, der sich nicht weiterbildet, von einem Akademiker eingeholt wird. Das ist mit 32 Jahren der Fall. Das ist extrem signifikant.

Das sind Themen, die wir treiben und aus denen wir Kenntnisse generieren müssen, weil wir daraus sehr viel zum Thema „Arbeitskräfte now“ herausholen, auch innerhalb kürzester Zeit. Hinzu kommen natürlich noch die anderen Aufgaben, die wir haben. Wie ich vorhin schon sagte: Wir brauchen jede Maßnahme zur Arbeitskräftegewinnung und -generierung, sowohl intern durch Weiterbildung als auch extern und auch durch Zuwanderung. Wir müssen da also aus allen Quellen schöpfen.

Sv. Herr Dr. Voelkel: Zum Thema „Börse unten“: Der Plan A ist natürlich, dass sie nicht runtergeht; das ist klar. Es ist ja nicht so, dass da nicht verschiedenste Sicherheitsnetze wären. Wir haben redundante Rechenzentren, Notfallteams etc. Also, in die Börse selbst sind schon der Plan B, der Plan C und der Plan D eingebaut. Sollten all diese Sicherheitsnetze reißen, und zwar über eine lange Zeit, dann besteht immer noch dadurch eine gewisse Redundanz, dass es mehrere Börsen gibt. Auch da ist ein europäischer Kapitalmarkt systemisch gut, denn je europäischer der Kapitalmarkt ist, umso mehr andere Börsen gibt es, die in den nationalen Märkten aktiv sein können.

Es gibt also nicht nur ein einziges Sicherheitsnetz, sondern es gibt in der Börse sehr viele, und darüber hinaus gibt es auch weitere Börsen. Aber gut wäre es nicht.

Damit komme ich zu Ihrer Frage bezüglich des Medianvermögens bzw. des Durchschnittsvermögens. Zum Thema Grunderwerbsteuer ist aus meiner Sicht als Privatperson und auch mit meinem Hintergrundwissen als Börsenchef Folgendes zu sagen: Ich nehme durchaus wahr – da sprechen die Zahlen eine eindeutige Sprache –, dass die Vermögensspreizung in Deutschland höher als in anderen Ländern ist. Das Vermögensniveau ist insgesamt geringer, obwohl wir es nicht so wahrnehmen – in unserer Selbstwahrnehmung sind wir sehr wohlhabend –, aber es ist nun einmal so. Das ist eine fast philosophische Frage: Wenn man sich so fühlt, ist es dann ein Problem? Wenn man denkt, man sei wohlhabend, ist es aber nicht, ist es vielleicht besser als andersherum. Lassen wir das einmal außen vor. Wir reden ja über Krisen, und bei Krisen ist es ganz gut, wenn man nicht nur überlegt, dass man das Geld hat, sondern wenn man es auch tatsächlich hat.

Es gibt diese Spreizung. Nach meiner Beobachtung – auch im Vergleich vieler Länder – ist häufig tatsächlich das Wissen um die einigermaßen sichere Anlage von Geld der entscheidende Faktor. Eine sicherlich gute Anlage in den Zeiten, in denen wir leben, und angesichts der demografischen Situation und auch der Situation der bestehenden Rentensysteme ist eine Immobilie, in der man im Alter leben kann und eben keine

Miete zahlt. Ich glaube, das liegt auf der Hand. Andere Länder sind da erheblich weiter. Die Immobilienquote in Europa ist ziemlich niedrig. Die Frage nach dem richtigen politischen Mittel ist dann eine, die Sie beantworten müssen. Ich glaube, es kann durchaus helfen, so etwas zu machen. Die Realität in Deutschland ist die folgende: Die Menschen haben wenig angespart und haben relativ hohe Konsumausgaben, beispielsweise für Auto und Urlaub. Ein Auto ist irgendwann weg. Wenn Sie aber eine Wohnung kaufen, dann ist die noch da. Wenn Sie fünf Autos kaufen, ist das Geld weg. Das ist ja die Lebensrealität. Sie wissen, wie es in Spanien, Italien etc. ist. Dort ist das Rentenniveau nicht unbedingt niedriger, sondern manchmal sogar höher. Aber wenn man das einmal außen vor lässt, dann sorgt das Leben in der eigenen Immobilie durchaus für viel Sicherheit.

Ich persönlich würde Ihnen empfehlen, Wohneigentum stark und strukturell zu fördern, und zwar in der Breite für die Bevölkerungsschichten. Das zweite Element ist dann die Aktienkultur – Investments in Aktien etc. –, aber natürlich keine Hochrisikoinvestitionen. Wenn man da über einen langen Zeitraum Vermögen aufbaut, hat man über 30 Jahre eine viel bessere Rendite, als wenn man das Geld auf dem Konto liegenlässt. Ich glaube, das ist einfache Mathematik.

Dann war die Frage nach der Schulbildung. Aus meiner Sicht gehört das zusammen, also Bildung in Bezug auf Banken, Börsen etc. Ich würde das gar nicht zielgerichtet machen, sondern ich würde einfach sagen: Informieren. Dann können die Menschen selbst entscheiden, ob sie ihr Geld auf das Sparbuch einzahlen oder langfristig in Aktien investieren wollen. Sie müssen also eine informierte Entscheidung treffen. Ich bin mir sicher, dass Option B von mehr Menschen in Deutschland gewählt würde als es derzeit der Fall ist, wenn sie entsprechend informiert wären. Aber das ist ja wichtig. Wir wollen ja keinen Paternalismus, sondern wir wollen nur eine informierte Entscheidung. Momentan ist es, wenn Sie so wollen, unfair, weil diejenigen, die familiär den entsprechenden Hintergrund haben, Letzteres machen, während diejenigen, die das entsprechende Wissen nicht haben, verängstigt sind und kein Risiko eingehen wollen. Im Endeffekt führt das angesichts einer Inflation, die höher ist als die Verzinsung, zu einem realen Wertverlust. Es ist ganz einfach: Man spart sich arm. Das tun eben diejenigen, die das nicht von zu Hause mitbekommen haben. Aus meiner Sicht ist es fast eine soziale Maßnahme, das zu tun. Ich würde das mit Blick auf die Eigenverantwortung immer tun. Die Menschen sollen es selbst entscheiden. Es gibt durchaus Gründe, in bestimmten Lebensphasen nicht in Aktien zu gehen. Wenn ich 60 Jahre alt wäre, würde ich auch langsam umschichten. Aber nicht mit 25.

Sie fragten dann noch nach Investitionen, die sich dann möglicherweise zu einem Flop entwickeln. Ich glaube, Sie haben als Beispiel die nachhaltigen Technologien genannt. Je innovativer, desto höher ist das Risiko, das damit verbunden ist. Wenn ich in irgend-etwas Neues investiere, dann ist die Ausfallwahrscheinlichkeit hoch. Das geht übrigens auch Unternehmen so. Sie werden in fünf Sachen investieren, und eine Sache wird ein kompletter Rohrkrepierer sein. Das ist bei uns zumindest so. Wenn man bestimmte Transformationen, beispielsweise eine digitale oder auch eine nachhaltige

Transformation, finanzieren möchte, muss man sich überlegen, wie man das schafft, wenn zwar einerseits privates Kapital über Börsen und Ähnliches vorhanden ist, das allerdings auch Rendite will, und wenn andererseits das staatliche Kapital nicht ausreicht. Das ist eine sehr große Diskussion.

Ich persönlich glaube, dass man auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene – insbesondere auf internationaler Ebene – ein besseres System als das gegenwärtige finden muss. Wenn Sie sich die nachhaltige Transformation oder die digitale Transformation in der sich entwickelnden Welt anschauen, dann werden Sie zu einem System kommen müssen, in dem die großen multilateralen Entwicklungsbanken wahrscheinlich eher Ausfallsicherheiten geben müssen und man privates Kapital mobilisiert. Auf der Ebene des Landes kann so etwas eine L-Bank oder Ähnliches sein, die bestimmte Garantien gibt und dann Kapital mobilisiert.

Noch einmal: Wenn man erfolgreich sein will, dann muss man auch Risiken eingehen. Aber Risiken können sich materialisieren. Ich würde mich immer für Garantien, Rechtsrahmen, Bürgschaften, Mobilisierung privaten Kapitals usw. aussprechen. Sie werden erleben, dass manche von diesen Dingen in die Hose gehen; so ist das. Aber wenn Sie es nicht machen, werden Sie keine digitale und keine nachhaltige Transformation haben.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich sehe keine weiteren Fragen hier im Raum. Ich danke Ihnen beiden, Herr Erbe und Herr Dr. Voelkel, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben.

(Beifall)

Sie dürfen natürlich genauso wie wir gespannt sein, über welche Handlungsempfehlungen im nächsten Jahr im Juli im Parlament diskutiert wird, auch zum vierten Handlungsfeld Wirtschaft. Sollten Sie noch Ausführungen zu offen gebliebenen Punkten oder Fragen machen wollen, lassen Sie uns diese gern schriftlich zukommen. Wir sind immer sehr froh darüber, weitere Informationen zu bekommen. Sie dürfen auch gern weiter an der Sitzung teilnehmen.

Wir machen jetzt mit Herrn Professor Dr. Eckhard Janeba weiter. Er hat eine Professur für Volkswirtschaftslehre, Finanzwissenschaft und Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim und ist Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. – Herr Dr. Janeba, Ihnen stehen jetzt auch 20 Minuten zur Verfügung.

(Eine Präsentation [*Anlage 2*] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Janeba: Sehr geehrter Herr Vorsitzender Salomon, sehr geehrte Mitglieder der Enquetekommission, meine Damen und Herren! Vielen Dank für die freundliche Einladung und die Einführung. Ich spreche gern zu Ihnen zum Thema „Wirtschaftspolitische Maßnahmen für resiliente Lieferketten“. Anders als meine Vorredner komme ich nicht aus dem württembergischen Raum, sondern ich freue mich, insbesondere das Nordbadische vertreten zu können, um das Baden-Württembergische hier auch komplett abbilden zu können.

Ich möchte mit zwei Bemerkungen zur Ausgangslage beginnen, vor der sich diese Frage überhaupt stellt. Das eine ist die Beobachtung, dass die Lieferketten während der Krisen, also zum einen der Coronakrise, zum anderen dann aber auch der Energiekrise als Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, sehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Ich will es Ihnen anhand einer Grafik verdeutlichen, die dafür häufig benutzt wird, nämlich einem Index, der zeigt, wie groß diese Lieferkettenstörung im Jahr 2020 und dann auch zur Jahreswende 2021/2022 ausgefallen ist. Die Nulllinie wäre hier also sozusagen der langfristige Durchschnitt. Eine hohe positive Zahl deutet an, wie stark diese Lieferketten in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Man sieht gut, dass diese Störung mittlerweile nicht mehr besteht. Aktuell liegen wir bei einem nur noch leicht negativen Wert. Aber es geht natürlich auch darum, sich zu überlegen: Wie können wir verhindern, dass es in Zukunft wieder zu solchen Ausschlägen kommt, wie wir sie gesehen haben? Diese Ausschläge haben dazu geführt, dass insbesondere die Importpreise enorm angestiegen sind, was eine Verschlechterung der ökonomischen Position Deutschlands bewirkt hat.

Die zweite Ausgangslage ist die Sorge über die strategische Abhängigkeit Deutschlands von Rohstoffen – nicht nur, aber insbesondere von Rohstoffen –, die dabei eine große Rolle spielt, auch vor dem Hintergrund, dass Länder zunehmend keine Demokratien mehr sind, sondern sich von demokratischen in nicht demokratische Länder gewandelt haben, sodass sich die Anzahl der befreundeten Länder im weitesten Sinn reduziert hat.

Auch das kann man gut veranschaulichen. Diese Art von Grafik kennen Sie wahrscheinlich auch. Dabei handelt es sich um eine Grafik, die die Marktanteile bei der Produktion von wichtigen Rohstoffen wiedergibt. Insbesondere China spielt eine große Rolle bei ganz zentralen Rohstoffen, die für die ökologische Transformation, z. B. für die E-Mobilität, notwendig sind. Aber es ist nicht nur China wie bei Gallium, Graphit und Indium, sondern es sind eben auch andere Länder wie der Kongo oder auch Südafrika, die durchaus eine große Rolle spielen und insbesondere eine Bedeutung haben, die bei uns möglicherweise zu Sorgen führt.

In meinem heutigen Statement möchte ich Ihnen drei Fragen beantworten, die ich hier aufwerfen möchte.

Die erste Frage lautet: Lassen sich Listen kritischer Güter objektiv erstellen?

Zweitens: Wir haben schon gehört, dass Unternehmen ihre Lieferketten diversifizieren, aber die Frage lautet: Ist diese Diversifikation ausreichend, oder ist sie vielleicht zu gering?

Darauf aufbauend lautet die dritte Frage: Welche Strategien und wirtschaftspolitischen Maßnahmen bieten sich an, um diesen Problemen zu begegnen?

Da ich schon antizipiere, dass der Vorsitzende auf die Zeit achten wird, habe ich einmal versucht, Ihnen meine Antworten plakativ darzustellen.

Die Antwort auf die erste Frage wird sein: Nein. Zumindest ist es sehr schwierig, solche Listen von kritischen Produkten zu erstellen. Ich werde noch ausführen, warum das der Fall sein wird. Ich werde argumentieren, dass die Diversifikation der deutschen Unternehmen aus gesellschaftlicher Sicht wahrscheinlich zu gering ausfallen wird. Drittens bietet sich ein ganzes Bündel von Maßnahmen an, die man ergreifen kann. Teile davon sind bereits erwähnt worden. Insgesamt würde ich für eine Strategie der Risikominderung plädieren. Ich werde im Folgenden noch ausführen, wie diese Strategie aussehen kann, und werde sie etwas näher beschreiben.

Damit komme ich zu der Frage nach den Abhängigkeiten, die im Vordergrund gestanden haben. An die Beantwortung dieser Frage kann man systematischer herangehen, als es die Grafik, die ich Ihnen eben gezeigt habe, tut. Als Ökonom schaut man dazu in die Handelsstatistik. Wenn man das auf der disaggregiertesten Ebene macht, werden davon mehr als 10 000 Produktkategorien erfasst. Wenn man sich anschaut, wie konzentriert die Lieferstruktur ist, stellt man fest, dass bei knapp 800 Produkten höchstens drei Lieferländer erscheinen. Das ist ein nicht unerheblicher Teil, aber es sind eben bei weitem nicht alle Produkte, wo das der Fall ist. Man muss auch sagen, dass diese Konzentration nicht nur bei physischen Gütern in Form von Produkten besteht, sondern das tritt auch bei Dienstleistungen auf. Das wird manchmal vernachlässigt.

Nicht alle diese Produkte sind gleichermaßen bedeutsam. Dazu zählen auch Produkte wie Tequila aus Mexiko oder Sake aus Japan. Ich glaube, Sie werden mir zustimmen, dass wir da keine große Sorge hinsichtlich einer übermäßigen Abhängigkeit haben sollten, auch wenn manche diese Produkte natürlich sehr gern konsumieren.

Nun komme ich zu der Frage: Was macht man damit? Jetzt kann man natürlich Listen dieser kritischen Güter erstellen und versuchen, dies nach objektiven Kriterien festzulegen. Ich bin allerdings sehr skeptisch, dass sich das machen lässt. Woran liegt das? Zum einen gibt die Datenlage das eigentlich nicht her. Die Handelsstatistik, die ich eben angeführt habe, ist eigentlich eine Statistik, die zum Erheben von Zöllen geschaffen worden ist und nicht, um Abhängigkeiten internationaler Art festzustellen. Was wir bräuchten, wären exakte Daten zur Verflechtung der Unternehmen, also Input-Output-Tabellen, wie sie über die Grenzen hinweg verflochten sind. Das findet nicht auf der Unternehmensebene, sondern auf einer viel höheren Ebene statt. Das bedeutet, dass wir Schwierigkeiten haben, das gut nachzuvollziehen.

Der zweite Grund, warum ich hinsichtlich solcher Listen skeptisch bin, ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass sich die Bedingungen laufend ändern. Das sehen wir an dem Beispiel der Masken während der Coronakrise. In dem einen Monat sind sie knapp, ein paar Monate später sind sie dann nicht mehr knapp. So verhält es sich bei vielen anderen Produkten auch. Wir sehen das auch bei bestimmten Rohstoffen, die ich eben erwähnt habe, wo es sogenannte Boom-Bust-Zyklen gibt. Die Preise dieser Produkte schlagen über die Zeit stark aus. Diese Preisausschläge sind ein Indiz dafür, wie knapp diese Güter sind. Das passiert u. a. auch deshalb, weil manchmal neue Vorkommen entdeckt werden bzw. neue Fördermaßnahmen ergriffen worden sind, und deshalb ist es sehr schwierig.

Am Ende des Tages wird man wahrscheinlich Listen erstellen, aber das ist letztendlich eine stark politisch geprägte Entscheidung. Ich glaube, darüber muss man sich im Klaren sein, wenn man diese Listen erstellt. Man sollte den Prozess dieser Erstellung möglichst transparent machen und darauf achten, dass nicht Einfluss in dem Sinn genommen wird, dass Interessen einzelner Unternehmen oder Branchen begünstigt werden.

Man kann natürlich fragen, wie groß der Schaden ist, wenn es denn zu einer Entkopplung kommen würde. Entkopplung ist sozusagen der tatsächliche Verlust der Lieferbeziehungen von bestimmten Ländern. Dazu können ökonomische Studien beitragen. Hier ist eine erwähnt, die aktuell erstellt worden ist. Solche Studien können lediglich die Größenordnung der Verluste aufzeigen. Man sollte aber nicht glauben, dass man das ganz präzise einfangen kann. Ein Beispiel ist hier die Entkopplung der EU von China, die eine Größenordnung von etwa 2 % des realen Einkommens kostet, also eine durchaus beachtliche Zahl.

Wie groß dieser Verlust wäre, hängt allerdings auch davon ab, wie der Staat darauf reagieren würde. Nehmen wir einmal das Beispiel der russischen Gasimporte vom letzten Jahr. Da war auch die Frage: Sollen zunächst prioritär die Industrieunternehmen bzw. die chemische Industrie bedient werden, oder sollen primär die Haushalte bedient werden? Das hat Einfluss auf das Wohlergehen der Menschen, aber natürlich auch auf die Unternehmen und auf den volkswirtschaftlichen Output, der damit produziert wird.

Damit komme ich zur zweiten Fragestellung: Wie sieht es mit der Diversifikation der Lieferketten in deutschen bzw. in baden-württembergischen Unternehmen aus? Es ist völlig klar, dass Unternehmen ein Eigeninteresse daran haben, ihre Lieferketten zu diversifizieren. Dabei wägen sie Vor- und Nachteile gegeneinander ab. Der Vorteil liegt auf der einen Seite darin, dass sie dann besser gegen den Lieferausfall eines bestimmten Landes abgesichert sind. Auf der anderen Seite geht das jedoch meistens mit höheren Bezugskosten einher. Man muss vielleicht ein weiteres Lieferland aufbauen, wo die Herstellungskosten für das betreffende Gut vielleicht höher sind. Das führt dazu, dass ich es aus einzelwirtschaftlicher Sicht betrachten muss.

Diese Art von Diversifikation ist aus gesellschaftlicher Sicht vermutlich zu gering. Lassen Sie mich versuchen, das zu verdeutlichen. Dabei nehme ich wieder das Beispiel des russischen Gases. Die deutschen Unternehmen haben ganz stark auf das russische Gas gesetzt, weil es sehr kostengünstig war. Wir haben uns damit aber insgesamt als Gesellschaft in eine große Abhängigkeit von Russland begeben. Das heißt, die einzelwirtschaftliche Entscheidung war wahrscheinlich rational, aber gesamtwirtschaftlich haben wir uns in eine große Abhängigkeit begeben.

Das Gleiche gilt für die Halbleiterproduktion, die sehr stark in Taiwan vertreten ist. Aus Sicht der Automobilindustrie in Baden-Württemberg ist es durchaus sinnvoll, viele Chips aus Taiwan zu beziehen. Aber wenn das alle machen, besteht die Gefahr, dass wir uns im Falle eines Crashes zwischen China und Taiwan in einer zu hohen Abhängigkeit befinden.

Ein zweiter Grund, warum das möglicherweise ein Problem ist, ist darin zu sehen, dass Unternehmen erwarten könnten, dass sie in solch einer Krisensituation staatlich gestützt würden. Diese Unterstützung würde bedeuten, dass sie die Kosten dieses Lieferausfalls nicht selbst tragen müssen, sondern dass sie von der Gesellschaft insgesamt getragen würden. Das würde Unternehmen, wenn sie es richtig antizipieren, möglicherweise davon abhalten, nicht ausreichend in eine Lieferkettendiversifizierung zu investieren.

Das heißt, so sehr es vielleicht Sinn macht, ein Unternehmen im Falle einer Krisensituation zu unterstützen, muss man andererseits bedenken, dass es im Vorfeld möglicherweise zu einer bestimmten Anreizwirkung führt und von Unternehmen entsprechend eingepreist wird. Deshalb ist es so wichtig, dass man über Maßnahmen weit im Vorhinein und schon präventiv nachdenkt und nicht erst in der Krisensituation darauf reagiert.

Das sind Gründe, die, wenn wir über Rohstoffe und Halbleiter sprechen, mit der strategischen Autonomie zusammenhängen, wo es wahrscheinlich richtig ist, dass die Diversifikation der Unternehmen selbst nicht groß genug ist.

Damit komme ich zur dritten Frage, die ich beantworten und mit Ihnen anschließend diskutieren möchte. Was könnte man in Bezug auf Strategien und wirtschaftspolitische Maßnahmen machen? Es gibt, grob gesprochen, die Idee, dass man sich von politisch nicht befreundeten Ländern entkoppeln sollte. Die Entkopplung wäre also eine Strategie. Auf der anderen Seite ist eine Strategie der Risikominderung denkbar, mit der versucht wird, diese Risiken irgendwie beherrschbar zu machen und geringer ausfallen zu lassen.

Aus meiner Sicht ist – Herr Erbe hat es bereits angesprochen – eine Entkopplung von bestimmten Ländern, was im Englischen unter dem Terminus Friendshoring läuft, nicht sinnvoll. Ich werde versuchen, Ihnen zu erläutern, warum das so ist. Natürlich würde der Lieferausfall dieses Landes nicht mehr durchschlagen, wenn es kein Lieferland

mehr ist. Das ist durchaus ein Vorteil. Ich bin dann nicht mehr von diesem spezifischen Land abhängig. Andererseits sind diese Entkopplungen, wie ich Ihnen vorhin zu erläutern versucht habe, mit hohen ökonomischen Kosten verbunden, weil die Lieferländer, die ich entkopple, häufig die günstigeren sind. Das muss ich mit einpreisen.

Ein zweites Argument, das in die gleiche Richtung geht, ist: Wenn ich weniger Lieferquellen habe, dann führt das dazu, dass Schocks, die am heimischen Markt entstehen, umso gravierender werden. Denken Sie beispielsweise an den niedrigen Pegelstand des Rheins. Wenn deswegen die Schifffahrt nicht mehr funktioniert, ist das ausgesprochen problematisch, wenn ich die Güter nur über den Rhein nach Baden-Württemberg transportieren kann. Das heißt mit anderen Worten: Je weiter ich diversifiziere, umso besser kann ich mich gegen Schocks in Lieferketten absichern.

Deshalb lautet die Empfehlung, eine Strategie der Risikominderung zu verfolgen und eventuell auch die gegenseitige Abhängigkeit in Bezug auf bestimmte Ländern zu verstärken, weil die politische Motivation, Lieferketten zu kappen, in diesen Ländern geringer wird, wenn für das Land selbst etwas auf dem Spiel steht. Auf den ersten Blick mag es problematisch erscheinen, sich in eine größere gegenseitige Abhängigkeit zu begeben. Allerdings kann eine gegenseitige Abhängigkeit auch ein Stück weit eine Absicherung gegen politisch motivierte Attacken auf die Lieferketten, denen wir ausgesetzt sind, sein.

Jetzt könnte man als eine mögliche Maßnahme der Risikominderung natürlich darüber nachdenken, ausländische Unternehmen in Deutschland anzusiedeln. Ja, das kann man machen. Sie kennen prominente Beispiele, die derzeit in der Diskussion sind. Dabei denke ich beispielsweise an die Subventionen in Höhe von 10 Milliarden €, die das Unternehmen Intel dafür erhält, dass es sich in Sachsen-Anhalt ansiedelt. Ja, das kann man machen. Ich finde allerdings, dass das ein sehr hoher Betrag ist, den man durchaus auch für eine gesamtwirtschaftliche Entlastung hätte verwenden können. Ich glaube, man muss aufpassen, dass das nicht zu einem Subventionswettbewerb innerhalb Europas führt. Die Versorgungssicherheit sollte eigentlich ein europäisches Thema sein, nicht nur ein baden-württembergisches oder deutsches. Man sollte sich also fragen, ob das angemessen ist.

Besser wäre es sicherlich, bereits bestehende Kompetenzen zu verstärken, weil dies weniger kostenintensiv ist. Baden-Württemberg ist ja auch ganz stark engagiert, in bestimmten Bereichen der technologischen Entwicklung mit dabei zu sein.

Ein weiteres Element des Außenwirtschaftsrechts zur Risikominderung sind Export- und Investitionskontrollen. Auch das haben wir in letzter Zeit in der Anwendung gesehen, zumindest als prinzipielle Möglichkeit. Denken Sie beispielsweise an die Frage, ob sich die chinesische Reederei im Hamburger Hafen einkaufen darf. Oder denken Sie an die 5G-Technologie. Welche Komponenten haben wir in den technologischen Netzwerken? Auch hier gibt uns das Außenwirtschaftsrecht Möglichkeiten, das zu kontrollieren und dadurch das Risiko zu verringern. Ich glaube, das wird auch von der

Bundesregierung erkannt. Die China-Strategie ist ein Element dieser Strategie, die versucht, aktiv zu beschreiben, wie man damit umgehen kann.

Man muss allerdings auch sagen, dass manchmal die Gefahr besteht, dass eine Strategie, die eigentlich der Risikominimierung oder Risikominderung dienen soll, am Ende zu einer Entkopplung führen kann, weil häufig viele Güter einen Dual-Use haben, also sowohl einen zivilen als auch einen militärischen Charakter. Auch wenn ich versuche, nur die militärische Komponente einzuschränken, wird manchmal tatsächlich auch die Nutzung der zivilen Komponente eingeschränkt, sodass die Gefahr einer Entkopplung entsteht.

Ich komme zu meinen letzten beiden Folien und damit zu den wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die sich jetzt konkreter mit der Frage auseinandersetzen, was man hier machen kann.

Als Erstes wäre zu überlegen, wie wir die Abhängigkeit von Gütern von bestimmten Importmärkten, die eine starke Bedeutung für die deutsche Wirtschaft erhalten haben, vielleicht ein wenig reduzieren könnten. Ein solches Instrument sind beispielsweise die Hermes Kredite, die heute Morgen bereits angesprochen wurden. Die Konditionen, die benutzt werden, um Exportkreditversicherungen durchzuführen, könnte man theoretisch an das Exportvolumen anpassen, das Deutschland in diesem Markt hat. Bei Rohstoffimporten, die zum Teil mit staatlichen Krediten gefördert werden, könnte man umgekehrt sagen: Wenn schon eine große Abhängigkeit, eine große Exposure in einem bestimmten Markt besteht, könnte man die entsprechenden Bedingungen so anpassen, dass es weniger attraktiv wird, dass noch mehr Unternehmen in diesen Markt gehen, sei es auf der Exportseite oder eben auf der Importseite.

Ein zweiter Aspekt ist die Rohstoffversorgung. Wir neigen in Deutschland dazu, die Rohstoffversorgung dezentral zu machen und es der privaten Wirtschaft zu überlassen. Allerdings könnte man überlegen, durch staatliche Unterstützungsmaßnahmen Investitionen in die Rohstoffversorgung in anderen Ländern zu tätigen. Das wird bereits angedacht, wenn Sie beispielsweise an erneuerbare Energien in Nordafrika denken – Solarfarmen oder Wasserstoffproduktion –, die dann nach Europa transportiert werden können. Auch das ist eine Möglichkeit, hier entsprechend einzusteigen und das zumindest mitzudenken.

Der dritte Punkt sind die Handelsabkommen. Wir haben CETA, das Abkommen der EU mit Kanada, implementiert. Andere Abkommen sind auf der Warteliste und sollten meiner Meinung nach stark gefördert und dann auch zum Abschluss gebracht werden. Das Mercosur-Abkommen ist bereits genannt worden. Südamerika bietet nun einmal interessante Perspektiven, weil es ein rohstoffreicher Kontinent und dementsprechend auch ein interessanter Partner ist.

Allerdings sollten wir weder die Rohstoffversorgung noch die Handelsabkommen so gestalten, wie China es macht, sondern wir sollten darauf achten, dass wir auch Angebote an die Länder des globalen Südens machen, und sollten versuchen, partnerschaftliche Verträge auszuhandeln und nicht Erpressungsversuche der indirekten Art zu machen, wie China es macht. Das halte ich prinzipiell für möglich.

Unter dem vierten Punkt der Empfehlungen zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen sehen Sie zugegebenermaßen ein Sammelsurium verschiedener Maßnahmen, und zwar sowohl auf nationaler als auch regionaler und lokaler Ebene. Man könnte beispielsweise versuchen, die Lagerhaltung von kritischen Rohstoffen auszuweiten. Das ist zwar mit Kosten verbunden, aber das ist zumindest ein Punkt, über den man nachdenken sollte. Lagerhaltung würde allerdings voraussetzen, dass mehr Flächen geschaffen werden.

Wir können mehr recyceln und können auf diese Weise die Rohstoffe, die schon im Umlauf sind, mehrfach nutzen. Dabei denke ich beispielsweise an die Rohstoffe, die in Handys, E-Motoren und weiteren technologischen Produkten zum Einsatz kommen.

Außerdem können wir – dafür ist Baden-Württemberg sicherlich prädestiniert – dafür sorgen, dass Substitutprodukte erforscht und marktfähig gemacht werden. Die Produkte selbst herstellen zu können, ist sicherlich die beste Strategie.

Der letzte Punkt betrifft die europäische Ebene. Ich halte das für einen wichtigen Punkt, denn die Handelskompetenz ist eine europäische Kompetenz. Das heißt, wir müssen die Versorgungssicherheit auch von der europäischen Seite her denken. Was helfen uns viele Maßnahmen auf regionaler oder nationaler Ebene, wenn sie nicht gut miteinander verzahnt sind und nicht gut ineinandergreifen?

Deshalb könnte man darüber nachdenken, eine europäische Agentur zur Versorgungssicherheit einzurichten. Diese Agentur könnte verschiedene Maßnahmen durchführen. Sie könnte beispielsweise Stresstests durchführen, um die Systemrisiken abzubilden. Man könnte daran denken, die nationalen Maßnahmen zu koordinieren, auszuwerten und transparent zu machen. Ich will gleich dazusagen, dass man manchmal vielleicht zusammenzuckt und sagt: „Eine neue europäische Institution ist nicht ganz unproblematisch.“ Es sollte so angelegt sein, dass diese Institution in bestehende Institutionen eingebettet ist. Ganz wichtig ist auch – wir haben vorhin etwas über das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz gehört –, dass keine zusätzlichen Berichtspflichten geschaffen werden. Die Berichtspflichten sollten koordiniert werden, aber es sollten keine zusätzlichen Berichtspflichten für die Unternehmen geschaffen und damit die Bürokratie erhöht werden.

Damit bin ich am Ende meines Vortrags angelangt. Ich freue mich auf Ihre Fragen und die gleich folgende Diskussion.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Janeba. – Wir gehen direkt weiter zu Frau Dr. Gossen. Sie ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich „Sozialökologische Transformation“ an der Technischen Universität Berlin. Wir freuen uns sehr, dass Sie heute hier sind. Auch Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation [Anlage 3] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Dr. Gossen: Sehr geehrter Herr Vorsitzender Salomon, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Mitglieder der Kommission, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich hatte, glaube ich, den weitesten Weg. Umso mehr freue ich mich, heute zu Ihnen zu meinem Thema sprechen zu können. Das Thema kommt vielleicht auf dem ersten Blick etwas exotisch daher, aber ich bin sicher, dass ich Sie davon überzeugen kann, welche Potenziale und Chancen im suffizienzorientierten Wirtschaften für die Resilienz eines Wirtschaftssystems liegen.

Ich werde über drei Punkte sprechen und versuche, drei Fragen zu beantworten. Zunächst möchte ich, weil es vielleicht noch nicht bei allen in der Tiefe vorhanden ist, in das Wissen zur Suffizienz und insbesondere seiner Bedeutung im Wirtschaftskontext einführen und einige Kommentare dazu abgeben. Dann werde ich mich mit der Frage befassen, wie Politik Suffizienz unterstützen kann. Das interessiert Sie wahrscheinlich am brennendsten. Abschließend werde ich ein Statement zu der Frage, wie Suffizienz zu Resilienz im Wirtschaftssystem beitragen kann, abgeben.

Ich beginne mit einem kurzen Überblick über die drei Nachhaltigkeitsstrategien, die, wie Sie wissen, für das Erreichen unserer Nachhaltigkeitsziele von großer Bedeutung sind. Zunächst werde ich auf Effizienz- und Konsistenzstrategien eingehen, die primär auf technologischen Fortschritt setzen, um den Energie- und Ressourcenverbrauch der Wirtschaft zu reduzieren, zu optimieren und dabei, wie das in Bezug auf die Circular Economy heute schon angesprochen wurde, vor allem darauf setzen, Material und Ressourcen in geschlossenen Kreisläufen zu führen. Diese Lösungsansätze haben uns in Bezug auf die Nachhaltigkeitsziele schon sehr weit gebracht. Sie sind aber auch nicht ohne Grenzen, insbesondere wenn wir uns die Reboundeffekte anschauen. Deshalb – das ist im Grunde genommen Konsens in der Nachhaltigkeitswissenschaft – braucht es eben auch den dritten Ansatz, die dritte Nachhaltigkeitsstrategie, die unter dem Stichwort Suffizienz von strukturellen und nachhaltigen Veränderungen unserer Produktions- und Konsummuster ausgeht.

Bei der Suffizienz spreche ich in der Regel davon, dass es um das rechte Maß von Konsum und von Produktion geht, und zwar unter Berücksichtigung planetarer sowie

auch sozialer Grenzen. Es ist primär eine Strategie für die Wohlstandsgesellschaften des globalen Nordens. Das beinhaltet auch eine Reflexion dessen, was wir zur Bedürfnisbefriedigung brauchen, welcher Verbrauch von Material, von Gütern und von Ressourcen also für das gute Leben notwendig ist, und hat damit einen starken Fokus auf individuelle Verhaltensänderungen.

Der Verantwortungsbereich für diese Strategie weitet sich aber zunehmend aus und wird auf wirtschaftliche Akteure ausgeweitet. Hier sind wir bei dem heutigen Thema, nämlich bei der Suffizienz in Unternehmen und bei den Strategien für Unternehmen, wie sie Suffizienz fördern können.

Zunächst – ich glaube, das ist durchaus radikal, wenn man weiter darüber nachdenkt – ist davon auszugehen, dass sich unternehmerische Wertschöpfung verlagert, und zwar von der Gewinnmaximierung zur Sinnstiftung. Das ist notwendig, um als Unternehmung entschleunigt, regional, sozial gerecht, langsamer und gemeinwohlorientierter wirtschaften zu können. Das ist gewissermaßen die Zielrichtung, mit der viele suffizienzorientierte Unternehmen unterwegs sind. Wie machen sie das? Im Prinzip durch zwei wesentliche Strategien: indem sie einerseits die Rahmenbedingungen für den suffizienzorientierten Konsum verändern, also Angebote machen und Dienstleistungen für gemäßigte Lebensstile, für gemäßigte Konsummuster anbieten, auf der anderen Seite aber auch im eigenen Unternehmen auf eine angemessene Begrenzung der eigenen Produktion und des eigenen Verbrauchs abzielen.

Damit dies wirkungsvoll und authentisch im Unternehmen umgesetzt werden kann, muss es in den Leitsätzen, in der Strategie und auch in der Kultur eines Unternehmens verankert werden. Studien und empirische Arbeiten zu diesem Thema zeigen, dass das Prinzip der Suffizienz insbesondere in KMUs, also in inhabergeführten, häufig auch familiengeführten Unternehmen, besonders anschlussfähig ist.

Damit es etwas greifbarer wird, habe ich Ihnen eine Auswahl von Strategien mitgebracht, wie Suffizienz realisiert werden kann. Ganz besonders eignen sich Marketinginstrumente wie Kommunikation, aber auch das Produktdesign, um Suffizienz zu fördern, wenn es darum geht, suffiziente und gemäßigte Lebensstile einfacher zu machen. Im Kern geht es auch hier darum, von dem herkömmlichen Zweck des Marketings abzuweichen, bei dem es stark um Abverkaufssteigerung geht, hin zur Förderung von tatsächlichen Bedürfnissen, das heißt, weg von der Schaffung neuer Konsumwünsche hin zur Befriedigung tatsächlicher Bedürfnisse. Das kann in Unternehmen erfolgen, indem beispielsweise ein Produktangebot entwickelt und zur Verfügung gestellt wird, das auf Langlebigkeit, auf Reparierfähigkeit von Produkten und auf hohe Qualität setzt. Es kann auch darum gehen, Dienstleistungen anzubieten, die die Reparatur von Produkten ermöglichen oder die das Teilen und Tauschen, das Leihen oder auch Secondhand-Praktiken ermöglichen. Das bedeutet, in der Werbung auf aggressive Botschaften und auf Schnäppchenpreise zu verzichten oder auch in der Kommunikation gegen den Massenkonsum, wie wir ihn z. B. vom Black Friday kennen, hinzuwirken

und dafür zu sensibilisieren, dass diese Konsumweisen starke ökologische und auch soziale Negativwirkungen entfalten können.

Wenn wir über suffizienzorientiertes Wirtschaften nachdenken, liegt es auf der Hand, auch über die Herausforderungen zu sprechen; denn es ist nicht überraschend, dass sich das, was ich hier bisher vorgestellt habe, eher in der Nische befindet bzw. sich vielleicht auch erst einmal wie ein Widerspruch zu dem Wirtschaftssystem, in dem wir gegenwärtig unterwegs sind, anfühlt. Mit dieser Unvereinbarkeit zwischen Suffizienz und dem Wirtschaftssystem, das stark auf Wachstum setzt und auch vom Wachstum abhängt, die einem zunächst einmal in den Sinn kommt, haben auch Unternehmen, die bereits diese Suffizienzorientierung verfolgen, zu tun. Die Unternehmen sehen sich mit besonderen Herausforderungen konfrontiert, die sich aus dem Wirtschaftssystem ergeben, das stark durch Wettbewerb und Nachfrageeffekte gekennzeichnet ist. Dadurch werden die Vorteile von Wachstum und von Größe noch einmal betont.

Suffizienzorientierte Unternehmen haben gleichzeitig einen begrenzten Zugang zu Investitionen und zu Finanzkapital, müssen sich also auch neue Wege der Förderung bzw. der Finanzierung suchen. Sie unterliegen gleichzeitig auch den Machtkonstellationen und Interessen des aktuellen Wirtschaftssystems. Daraus ergibt sich noch einmal eine ganz spezielle Herausforderung für suffizienzorientierte Unternehmen.

Es stellt sich also die Frage: Wie gehen suffizienzorientierte Unternehmen mit dieser Unvereinbarkeit und dem Wachstumsdruck der Wirtschaft um? Hier kann ich aus der empirischen Forschung, das heißt, aus der Beschäftigung mit Pionierunternehmen, die diese Strategien verfolgen, berichten. Es lässt sich vielleicht auf die einfache Botschaft herunterbrechen, dass diese Unternehmen Wachstum nicht grundsätzlich ablehnen, dass sie aber den Fokus auf ein qualitatives Wachstum legen. Es geht ihnen also eher darum, Werte bzw. immaterielle Güter wachsen zu lassen, anstatt Wachstum mithilfe von finanziellen Kennzahlen zu messen.

Wie machen sie das? Wir hatten schon über das suffizienzorientierte Produktangebot gesprochen, indem sich die Unternehmen auf Langlebigkeit, Qualität und Reparierfähigkeit der Produkte fokussieren, indem sie ihr Geschäftsmodell diversifizieren, indem neben dem eigentlichen Produkt auch Dienstleistungen angeboten werden, um damit vielleicht auch Gewinn- und Absatzverluste ein Stück weit aufzufangen, und indem sie insgesamt davon ausgehen, dass ihr eigenes Wachstum, das vielleicht temporär ja auch das Ziel sein kann, zu Schrumpfungseffekten bei nicht nachhaltigen Unternehmen führen, um auf diese Weise die Wirtschaft insgesamt auf einen nachhaltigeren Pfad zu bringen.

Was bedeutet das nun für die politische Förderung? Zunächst einmal – ich denke, das haben meine vorhergehenden Ausführungen verdeutlicht – bedeutet es, dass ein neuer, wenn nicht sogar radikal neuer politischer Rahmen benötigt wird. Gleichzeitig ist es mir aber auch wichtig, auf die Synergien hinzuweisen, die ich hier definitiv auch

sehe, und zwar Synergien zu anderen, schon bestehenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen bzw. zu bestehenden umweltpolitischen Ansätzen.

Die übergeordneten Ziele von Suffizienzpolitik für die Wirtschaft lassen sich wie folgt zusammenfassen – auch hier gibt es starke Überschneidungen mit dem, was die Transformation der Wirtschaft politisch bedeutet –, und zwar die soziale Gerechtigkeit bzw. die soziale Ungerechtigkeit zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden, die wir bislang beobachten, aufzuheben und noch stärker – das habe ich bereits mehrmals betont – auf die Qualität statt auf die Quantität von Produkten zu setzen. Es geht stark um eine Regionalisierung von Wirtschaftssystemen bzw. von Wirtschaftskreisläufen. Es geht um kürzere Lieferketten.

Hierzu nur eine kleine Seitenanmerkung: Auch während der Coronapandemie hat sich gezeigt, dass die globalen Lieferketten, die sehr unübersichtlich geworden sind, zum Problem werden können. Hier gibt es auf jeden Fall eine Synergie und auch eine Überschneidung mit dem, was wir uns für eine nachhaltige und suffizienzorientierte Wirtschaft vorstellen können.

Und es geht – das ist ebenfalls eine bekannte Forderung aus der Umweltpolitik – um die Internalisierung von Umwelt- und Sozialkosten.

Das ist noch sehr allgemein gehalten. Ich habe versucht, einige Beispiele mitzubringen, die das konkreter und anschaulicher machen, beispielsweise auf EU-Ebene. Das Lieferkettengesetz wurde schon erwähnt. Auch wenn hier legitimerweise die Befürchtung besteht, dass für die Unternehmen zunächst einmal ein gewisser Bürokratieaufwand entsteht, ist es dennoch eine notwendige Maßnahme. Nicht umsonst wird es auch von vielen Unternehmen selbst eingefordert, um die globalen Ungerechtigkeiten, den Einsatz von Kinderarbeit und die Umweltzerstörung stärker abzubauen, faire Löhne zu fördern und dazu beizutragen, dass Unternehmen mehr Verantwortung für die gesamte Lieferkette übernehmen. Durch das Lieferkettengesetz soll mehr Transparenz in Lieferketten gebracht werden. Außerdem sollen soziale und ökologische Standards gewährleistet werden.

Es ist ebenso vorstellbar, dass im Rahmen von bereits bestehenden Produktdesignstandards wie der Ökodesign-Richtlinie sogenannte suffizienz- oder auch kreislaufbasierte Kriterien aufgegriffen und berücksichtigt werden. Hier hat die EU mit der Sustainable Products Initiative bereits einen ersten Vorstoß gemacht. Das Recht auf Reparatur wird auch auf EU-Ebene diskutiert. Das alles sind Suffizienzpolitiken, die überaus empfehlenswert zu sein scheinen.

Was die nationale Ebene betrifft, gibt es einiges, was wir aus dem Ausland lernen können. In Schweden wurde beispielsweise das Reparieren von Elektronikgeräten mit einer reduzierten Reparaturmehrwertsteuer gefördert, ebenso in Frankreich mit dem Reparaturindex, der dafür sorgen soll, dass Konsumentinnen und Konsumenten Pro-

dukte, die besser reparierbar sind, direkt erkennen. Dadurch sollen sie motiviert werden, Geräte, die kaputt sind, nicht zu entsorgen, sondern ihre Lebensdauer zu verlängern, indem sie sie selbst reparieren.

Das „Regionalfenster“-Label, das in Deutschland etabliert wurde, hat zum Ziel, Lieferketten zu verkürzen, die Wertschöpfung zurück in die Regionen zu bringen sowie Verbraucherinnen und Verbraucher noch stärker mit den Produzentinnen und Produzenten in Verbindung zu bringen.

Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung vor allem an Strategien interessiert ist, die auf Landesebene umgesetzt werden können. Als Beispiel hierfür wäre der Reparaturbonus, wie er in Thüringen geschaffen worden ist, zu nennen, ebenso wie regionale Förderprogramme. In Nordrhein-Westfalen wurde z. B. im Rahmen der Coronasoforthilfen das Sonderprogramm „Kreislaufwirtschaft (Circular Economy) und Ressourceneffizienz“ aufgesetzt, um Unternehmen der Circular Economy kurzfristig zu fördern und die Ressourceneffizienz in der Wirtschaft zu unterstützen.

Aus meiner Sicht ist es ausgesprochen wichtig, dass Politik, die Suffizienz fördern möchte, von einer weitsichtigen Folgen- und Wirkungsabschätzung begleitet wird, da es in diesem Bereich durchaus zu Zielkonflikten und zu nicht intendierten Folgen kommen kann. Deswegen sind eine vernünftige Entscheidungsgrundlage sowie eine nachvollziehbare Abschätzung entsprechender Konsequenzen erforderlich. Deswegen sollte eine begleitende Wirkungs- und Folgenabschätzung unbedingt umgesetzt werden.

Damit komme ich schon zu meiner letzten Folie und zu der abschließenden Fragestellung: Wie kann Suffizienz zur Resilienz beitragen? Ich gehe davon aus, dass es hier sehr viele Synergien gibt.

Ich möchte zunächst noch einmal mein Verständnis von Resilienz, die im Wirtschaftssystem auch als wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit definiert wird, mit Ihnen teilen. Die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit meint die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen, und zwar in der Weise, dass negative soziale Folgen und Umweltbelastungen, die durch sogenannte Schocks bzw. durch unerwartete Krisen entstehen, aufgefangen werden können. Es geht also darum, ein System aufzubauen, das flexibel auf Krisen reagieren kann, das sich von Krisen erholen kann und das daraus lernen und sich anpassen kann.

Aus meiner Sicht ist Suffizienz eine Strategie, die durchaus zur Stärkung von Resilienz beitragen kann und die das Potenzial hat, die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit zu unterstützen, einerseits, indem es auch bei der Suffizienz darum geht, andere Wohlfstandsindikatoren zu finden und zu explorieren, um dadurch auch die Abhängigkeit vom BIP-Wachstum ein Stück weit zu reduzieren. Es geht darum, lokale Wirtschaftssysteme, Kreisläufe und Lieferketten sowie dadurch auch Kooperationen und Netz-

werke unter Wirtschaftsakteuren zu unterstützen. Das sind nur drei beispielhafte Bereiche, wo Resilienz und Suffizienz eine starke Überschneidung haben und wo hohe Synergiepotenziale bestehen.

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen angelangt. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die nun anschließenden Fragen.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Dr. Gossen. – Jetzt treten wir in die Fragerunde der Fraktionen ein. Für die Fraktion GRÜNE Herr Abg. Poreski, bitte.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Herr Vorsitzender! Die ersten Fragen richten sich an Herrn Professor Janeba. Ich finde, Sie haben sehr gut dargestellt, was De-Risking im Gegensatz zu Decoupling ist. Wie in den vorhergehenden Vorträgen ist zum Ausdruck gekommen, dass das etwas ist, was alle anstreben sollten. Sie haben beschrieben, an welchen Stellen es Kipppunkte geben kann. Sie haben deswegen eine europäische Agentur mit entsprechenden Stresstests ins Spiel gebracht. Mich würde interessieren, wie das funktionieren soll, wenn man nicht genau weiß, welche Güter und Lieferketten tatsächlich kritisch sind. Sie haben gesagt, da gibt es eine große Unsicherheit.

Meine zweite Frage in diesem Kontext lautet: Braucht es dann nicht Dialogformate zwischen Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, um an genau dieser Stelle immer wieder nachzuschärfen? Ich weiß nicht, wie Sie es einschätzen, aber aus meiner Sicht muss das ein permanenter Lernprozess sein.

Frau Dr. Gossen, ich habe jetzt gelernt, dass Suffizienz offensichtlich sehr breit verstanden wird. Es gibt also durchaus unterschiedliche Ansätze von Suffizienz. Ich würde bei dem, worüber wir bislang diskutiert haben, jetzt nicht die reine Lehre, die Sie präsentiert haben, als Maßstab für Baden-Württemberg sehen. Aber die Elemente und auch die Kritikpunkte, die Sie genannt haben, halte ich für sehr relevant. Wachstum sollte also kein Selbstzweck sein. Wenn etwas reparierbar ist, könnte es auf dem Papier weniger Wirtschaftswachstum nach sich ziehen, aber es hat andere Vorteile. Ich glaube, das ist eindeutig. Beispielsweise ist auch die Obsoleszenz schon einmal Thema bei der IHK Reutlingen gewesen. Ich habe sogar schon einmal einen Vortrag dazu gehalten. Genau solche Aspekte spielen in diesem Zusammenhang eine Rolle.

Muss es bei dem, was Sie dargestellt haben – die Verhinderung von Reboundeffekten bzw. die Internalisierung von externen Kosten –, nicht darum gehen, eine Synthese zwischen dem zu finden, was klassische Unternehmen machen, und dem, was die reine Suffizienzlehre beinhaltet? Braucht es nicht ein Nebeneinander dieser verschiedenen Kriterien auch in der klassischen Wirtschaft und auch ein Nebeneinander von Unternehmen, die sich stärker suffizienzorientiert aufstellen, und den klassischen Unternehmen, die gleichzeitig auch diese Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigen?

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Auch von unserer Seite erst einmal herzlichen Dank für die zwei Impulse.

Ich habe zwei Fragen an Herrn Professor Dr. Janeba. Sie sprachen von einer europäischen Agentur. Könnten Sie dazu noch ergänzende Ausführungen machen? Welche Ideen haben Sie diesbezüglich? Wo soll der Sitz dieser Agentur sein? Was genau soll sie machen?

Sie sagten, die Versorgungssicherheit sei ein eher europäisches Thema. Wie können wir diese Rohstoffsicherung und die Sicherung der Lieferketten aus Baden-Württemberg proaktiv begleiten? Welche Maßnahmen würden Sie daraus für uns ableiten?

Frau Dr. Gossen, aus meiner Sicht klingt – neben den beiden anderen Strategien – dieses Suffizienzprinzip durchaus interessant. Wenn wir uns aktuell die Wirtschaft anschauen, scheint es allerdings noch sehr weit weg zu sein. Deswegen interessiert mich mit Blick auf den zeitlichen Rahmen, was die Forschung dazu sagt und wann wir denn so weit wären, diesen Paradigmenwechsel zu vollziehen.

Meine zweite Frage ist: Wer soll die Folgen- und Wirkungsabschätzung durchführen: die Unternehmen selbst oder der Landtag? Das habe ich noch nicht ganz verstanden.

Dr. Daniela Harsch, externes Mitglied: Die Fragen der SPD-Fraktion richten sich zunächst an Herrn Professor Janeba. Sie haben sehr viel über Subventionen gesprochen, es aber eher als europäisches Thema dargestellt. Ich habe mich während Ihres Vortrags immer wieder gefragt: Wir sind eine Enquetekommission des Landes. Worin sehen Sie denn die Wirkmechanismen der Wirtschaftspolitik des Landes?

Sie haben von der Verstärkung bestehender Stärken gesprochen. Wo sehen Sie diese Stärken konkret in Baden-Württemberg? Wie kann aus Ihrer Sicht eine regionale Wirtschaftsstrukturpolitik erfolgen?

Dann habe ich einige Fragen an Frau Dr. Gossen. Am liebsten würde ich diese Fragen direkt an Herrn Erbe weitergeben, damit er sie an Frau Dr. Gossen richten kann, weil mich die Diskussion zwischen den beiden sehr interessieren würde. Aber da das wahrscheinlich nicht möglich ist, richte ich meine Fragen jetzt direkt an Frau Dr. Gossen.

Wie definieren Sie denn die immateriellen Werte? Wie würden Sie vor allem das Wachstum immaterieller Werte darstellen? Könnten Sie dazu ein oder zwei konkrete Beispiele nennen? Obwohl ich Volkswirtin bin, kann ich mir darunter nicht direkt etwas vorstellen.

Ich kann den Paradigmenwechsel, für den Sie sich ausgesprochen haben, durchaus nachvollziehen. Die Idee ist mir auch sehr sympathisch. Gleichzeitig lebt die baden-württembergische Wirtschaft allerdings vor allem von der Nachfrage, auch von der

Nachfrage – dabei denke ich beispielsweise an die Automobilindustrie – nach neuen Produkten und neuen Fahrzeugen. Wie würden Sie dieses Dilemma in Form einer Empfehlung an die baden-württembergische Wirtschaftspolitik auflösen?

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich hatte mir auch schon überlegt, ob wir Herrn Erbe in die Diskussion einbinden sollten, habe es jedoch mit Blick auf die Zeit nicht riskieren wollen. Vielleicht könnten Sie sich aber trotzdem noch kurz dazu äußern. Zunächst hören wir aber noch die Fragen der verbleibenden Fraktionen. – Herr Abg. Weinmann, bitte.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Frau Dr. Gossen, liegen Ihnen empirische Daten vor, was beispielsweise gerade auch den immateriellen Wert und die Entwicklung angeht? Können Sie sagen, inwieweit diese für die Wettbewerbsfähigkeit von Relevanz sind? Insbesondere Baden-Württemberg lebt von Qualitätsprodukten, die am Markt mit einer besonderen Langlebigkeit werben, sodass es gerade vor diesem Hintergrund von Interesse ist.

Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Professor Janeba und greift das auf, was meine Vorrednerin bereits angesprochen hat. Wir haben gesehen, dass wir gerade bei Produkten wie Erkältungs-, Husten- oder Fiebersaft vom Ausland abhängig sind und momentan versuchen, diesen Mangel über den Preismechanismus zu kompensieren, anstatt zu überlegen, wie wir die Produktion wieder in heimische Regionen bringen können. Da würde mich interessieren, wie Sie diesen Aspekt gerade in Bezug auf Mangelprodukte bewerten.

Zum anderen haben Sie, Herr Professor Janeba, auch über die Seidenstraßenstrategie Chinas und auch über – so habe ich es zumindest interpretiert – den gescheiterten Versuch, Wandel durch Handel zu generieren, gesprochen. Welche Auswirkungen sehen Sie gerade in diesem Bereich auf Baden-Württemberg?

Abg. Carola Wolle AfD: Meine erste Frage richtet sich an Herrn Professor Janeba. Es geht um das Thema der Diversifizierung. Herr Abg. Weinmann hatte eben den Mangel an bestimmten Medikamenten angesprochen. Deutschland ist ein rohstoffarmes Land. Deswegen haben wir gerade ein Problem in Bezug auf die Herstellung von Medikamenten. Was können wir diesbezüglich hinsichtlich einer Diversifizierung tun? Welche Regulierungen bzw. Gesetze sind Ihrer Meinung nach denkbar, um das irgendwie in den Griff zu bekommen? Wir sind ja selbst Teil einer Lieferkette. Welche Folgen hätte es für uns, wenn andere Länder ebenfalls auf eine starke Diversifizierung setzen würden?

Frau Gossen, Sie sprechen im Grunde genommen von einem Markt-/Unternehmensspiel und betrachten es eher von der Unternehmensseite. Die Unternehmen sind eigentlich schon sparsam. Herr Bosch ist einmal durch sein Unternehmen gegangen, hat eine Büroklammer aufgehoben und hat gesagt: „Das ist mein Geld.“ Herr Grupp

druckt zwar einseitig, verwendet aber das Papier noch mal. Die Unternehmen – insbesondere die schwäbischen bzw. baden-württembergischen – sind also sehr sparsam unterwegs und denken auch in diese Richtung.

Ich habe den Eindruck, dass Sie vom Unternehmen her ein Stück weit die Menschen umerziehen wollen. Aber eigentlich muss das doch vom Markt her kommen. Ich denke, die Menschen sind bereits sensibilisiert und fordern auch Reparaturmöglichkeiten ein. Dabei denke ich beispielsweise an das I-Phone. Inzwischen ist es möglich, die Batterie beim I-Phone zu wechseln. Es gibt inzwischen also einen Weg. Die Menschen wollen, dass die Batterie wechselbar ist. Sie bekommen sie vielleicht nicht bei Apple gewechselt, aber doch woanders. Das heißt, die Menschen sind da schon sensibilisiert. Das Problem besteht darin, dass eine Reparatur im Vergleich zum Neukauf teurer ist. Häufig wird das Produkt so günstig in China hergestellt, dass sich die Reparatur gar nicht mehr lohnt. In diesem Zusammenhang stellt sich auch das Problem der Löhne. Was können wir an dieser Stelle tun? Was sagen die Reichen immer?: „Lieber ein teures Produkt, weil das unter dem Strich günstiger ist, da es zum einen länger hält und man es zum anderen reparieren kann.“

Vorsitzender Alexander Salomon: Damit sind wir am Ende der Fragerunde angelangt. Ich bin immer wieder erstaunt, wie das Image in Württemberg über die eigenen schwäbischen Tugenden so hochgehalten wird. Aber gut, sei's drum. Auch im Badi-schen und anderswo wird gut gearbeitet, und dort werden Unternehmen sicherlich auch gut geführt. – Herr Professor Dr. Janeba, Ihnen stehen jetzt etwa zehn Minuten für die Antworten zur Verfügung.

Sv. Herr Dr. Janeba: Vielen Dank für die Fragen und für das Interesse, das dadurch zum Ausdruck kommt. Lassen Sie mich versuchen, die Fragestellungen abzuarbeiten. Teilweise kann ich es bündeln. Teilweise werde ich versuchen, es sequenziell abzuarbeiten.

Herr Poreski, Sie fragten nach den Daten und nach der europäischen Ebene und ob es nicht ein gewisser Widerspruch war, den ich da aufgebaut habe, indem ich gesagt habe, man kann die erforderlichen Listen nicht erstellen, und trotzdem soll dann eine Agentur entsprechend vorgehen. Natürlich kann man immer Listen erstellen. Man kann auch mit gewissen Daten etwas machen. Ich warne nur davor, dass man glaubt, man könnte sich danach zurücklehnen und sagen: „Ich habe ja diese Liste, und dann passiert mir nichts.“ Ich glaube, das ist eine falsche Vorstellungsweise. Dem wollte ich entgegentreten.

Ja, es braucht einen Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Man muss sagen, dass die Datenlage zum Teil hausgemacht ist. Es gibt andere Länder, in denen die Datenlage besser ist. Ungarn verfügt z. B. auf der Unternehmensebene über viel detailliertere Verflechtungsdaten als wir. Insofern muss man sich durchaus fragen, ob wir der Wissenschaft nicht mehr Daten und bessere Daten zur Verfügung stellen sollten. Das ist natürlich immer ein Plädoyer pro domo. Aber es ist tatsächlich so: Bessere

Beratung kann erfolgen, wenn eine bessere Datenlage vorhanden ist. Ich glaube, das ist ein Bestreben, das hier eine wichtige Rolle spielen kann, gerade weil es auch Unternehmensdaten sind. Dass Unternehmensdaten sensibel sind, ist mir völlig klar. Aber es würde dazu beitragen, dass wir hier Mechanismen finden, wie eine bessere Beratung stattfinden kann.

Damit komme ich zur europäischen Agentur, die Sie angesprochen haben. Ja, ich habe damit ein bisschen verraten, was der Wissenschaftliche Beirat gerade getrieben hat. Wir haben gerade ein Gutachten verabschiedet, das von Herrn Minister Habeck allerdings noch nicht freigegeben worden ist. Das ist zwar eine formale Sache, aber Sie können es noch nicht nachlesen. Es wird jedoch in wenigen Wochen zur Verfügung stehen. Ich mache schon einmal Werbung dafür. Es wird dann auf der Webseite des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz verfügbar sein.

Die Idee besteht darin, dass diese Agentur verschiedene Aufgaben erfüllen kann. Ich sehe da nicht eine einzige zentrale Aufgabe. Ich habe versucht, zu beschreiben, welches die Aufgaben sein könnten. Zweitens soll sie in bestehende Strukturen eingebunden werden. Es ist also keine neue Behörde, sondern sie wird sicherlich eher im Bereich der Europäischen Kommission anzusiedeln sein, um ihr zuzuarbeiten. Ich glaube, das ist die richtige Instanz. Die Agentur sollte vorzugsweise mit den Verordnungsvorhaben, die momentan anstehen, interagieren. Die EU-Kommission hat seit dem Frühjahr den European Critical Raw Materials Act in der Mache. Dabei geht es um die Frage, wie wir die Abhängigkeiten messen können. Es zielt darauf ab, diese Abhängigkeiten langfristig zu verringern. Ich glaube, dafür braucht es eine Art Agentur, die das machen könnte.

Mehrere von Ihnen haben Baden-Württemberg angesprochen. Das ist eine völlig berechtigte Frage. Ich weiche zugegebenermaßen ein bisschen aus. Das hat einerseits damit zu tun, dass ich, obwohl ich schon lange in Mannheim bin, kein Baden-Württemberg-Spezialist bin. Aber es hat auch mit der richtigen Ebene der Politikintervention zu tun. Da Handelsfragen eine deutsche oder sogar eine europäische Kompetenz sind, muss, glaube ich, auch die Reaktion der Politik auf dieser Ebene stattfinden. Wenn es jedes Bundesland, jede Stadt oder jede Region für sich macht, also beispielsweise Baden und separat Württemberg oder jede Stadt, besteht die Gefahr, dass sich die Maßnahmen duplizieren, sich nicht unbedingt verstärken und bei der Ansiedlung von Unternehmen zu Ineffizienzen führen. Dann machen wir alle unsere eigene Ansiedlungspolitik, um die Risiken zu mindern, mit der Folge, dass wir alle Geld ausgeben, und das endet dann in den Händen der Unternehmen. Das ist natürlich schön für die Unternehmen, aber es ist nicht unbedingt die beste Art und Weise, als Gesellschaft darauf zu reagieren.

Deshalb lautet mein Plädoyer, dass Baden-Württemberg mit anderen Bundesländern und dem Bund gemeinsam agieren muss. Der Bundesrat ist die formelle Institution, aber die Koordinationsebene sind die Bundesländer gemeinsam. Sie haben auch ein

gemeinsames Interesse daran. Das hat nichts mit Parteipolitik zu tun. Sicherlich hat Baden-Württemberg mit seiner Maschinenbau- und der Elektroindustrie eine andere Industriestruktur als beispielsweise Mecklenburg-Vorpommern, aber die prinzipielle Ebene ist aus meiner Sicht die Ebene der Bundesländer zusammen.

Die Kollegin aus dem digitalen Raum hat die Frage aufgeworfen, welche Stärken man stärken kann. Ich glaube, dass Baden-Württemberg dafür prädestiniert ist, die Kompetenz, die es an den Hochschulen und Universitäten Baden-Württembergs gibt, in die Praxis umzusetzen. Das ist die Transformation der Idee in die tatsächliche Praxis. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, dass es häufig in der Praxis hakt, wie gut das möglich ist bzw. mit wie viel bürokratischem Aufwand die Umsetzung von Ideen, die in der Wissenschaft entwickelt werden, verbunden ist. Auf jeden Fall sollte darauf geachtet werden, dass die Umsetzung dieser Ideen in Baden-Württemberg erfolgt und nicht, wie wir vorhin gehört haben, beispielsweise in den USA, weil die Umsetzung der entsprechenden Ideen dort leichter möglich ist. Das sehe ich als ein großes Handlungsfeld an.

Herr Weinmann und Frau Wolle, Sie haben eine Frage in Bezug auf die Verfügbarkeit bestimmter medizinischer Produkte gestellt. In Bezug auf medizinische Produkte kommt mir als erste Reaktion die Lagerhaltung in den Sinn. Es ist natürlich besser, Vorsorge zu treffen. Das machen wir teilweise bereits als Reaktion auf die Coronakrise, was Masken und andere medizinische Produkte, die in einem solchen Krisenfall benötigt werden, angeht. Das ist mit Kosten verbunden, aber es ist sozusagen die erste Reaktion, um temporäre Störungen der Lieferketten abzufedern. Ob ein Engpass allein durch eine entsprechende Lagerhaltung vermieden werden kann, vermag ich nicht zu sagen. Sicherlich könnte man bei bestimmten Produkten auch an eine verstärkte eigene Produktion denken. Wenn die Unternehmen das nicht von sich aus machen, müsste es staatlich incentiviert werden, damit es tatsächlich geschieht. Von allein wird das nicht geschehen. Dabei stellt sich dann auch die Frage, für welche Produkte eine Produktion im eigenen Land infrage kommt und wer darüber entscheidet. Auch das ist wiederum ein Prozess, der der politischen Einflussnahme durch die Unternehmen ausgesetzt ist.

Sie fragten nach den Auswirkungen des Ausbaus der Seidenstraße durch China auf Baden-Württemberg. Ich glaube, wir müssen hier wirklich viel größer denken. Was mir große Sorge bereitet und was auch Auswirkungen auf Baden-Württemberg haben wird, ist der zunehmende Konflikt zwischen den USA und China. Dieser handelspolitische Konflikt, der 2018 unter Trump begonnen hat, ist noch nicht beendet, sondern er wird fortgeführt. Wir konnten das deutlich an dem Abkommen mit dem Iran sehen, das von Trump aufgekündigt worden ist, was dazu geführt hat, dass im Iran die Nuklearproduktion angekurbelt wurde, während Europa versucht hat, das Abkommen fortzuführen. Dieser Konflikt hat dazu geführt, dass deutsche und eben auch baden-württembergische Unternehmen durch extraterritoriale Sanktionen der Amerikaner von dem Handel mit dem Iran abgeschnitten worden sind, weil gedroht wurde, dass an-

sonsten die Verbindungen dieser deutschen Unternehmen in die USA gekappt werden. Das ist ein großes Problem. Zwar können sich die deutschen Unternehmen darauf berufen, dass sie im Recht sind, weil sie keine Verträge verletzt haben, aber de facto hat es dazu geführt, dass die deutsche Wirtschaft abgeschnitten wurde.

Ein solches Problem sehe ich auch in Bezug auf den zunehmenden Konflikt zwischen den USA und China. Was wird passieren, wenn diese Spannungen zunehmen? Dabei muss es sich noch nicht einmal um kriegerische Auseinandersetzungen handeln. Dann werden die USA wiederum Druck ausüben, sodass deutsche Unternehmen wiederum vom Handel ausgeschlossen werden. Es besteht die Gefahr, dass wir sozusagen vor die schlechte Wahl gestellt werden: Wollen wir lieber Handel mit den USA oder mit China oder mit wem auch immer betreiben? Das sehe ich als eine große Gefahr an. Die baden-württembergischen Unternehmen müssen auf dem Schirm haben, dass das durchaus passieren kann. Das ist eine große Sorge, die ich an dieser Stelle äußern möchte.

Vorsitzender Alexander Salomon: Frau Dr. Gossen, Sie haben jetzt auch ungefähr zehn Minuten Zeit für die Beantwortung der Fragen.

Sv. Frau Dr. Gossen: Vielen Dank für die Fragen. – Ich beginne mit der ersten Frage, die sich darauf bezog, welches Suffizienzverständnis wir anlegen. Ich bin da eigentlich ganz bei Ihnen: Ich sehe sehr viele Synergien, sehr viele Synthesen, wie Sie es formulierten, zu bereits bestehenden und bewährten Strategien, insbesondere eben auch in KMUs. Wenn wir versuchen, uns Suffizienz vorzustellen: Worum geht es dabei? Es geht um den Abbau von Verschwendung. Es geht auf der Positivseite darum, Produkte so lange zu benutzen und im Kreislauf zu halten, bis sie tatsächlich nicht mehr nutzbar sind. Das hat viel mit Sparsamkeit und mit hoher Qualität zu tun.

Dennoch sehe ich, dass es auf jeden Fall Sektoren gibt, die für solche Ideen anschlussfähiger sind als andere. Ich kann mir jetzt schlecht vorstellen, wie das beispielsweise in der Stahlindustrie aussehen kann. Ich kann es mir aber sehr gut im Bereich von Bekleidung bzw. Fast Fashion vorstellen. Dazu sind bislang die meisten Studien durchgeführt worden. Sie hatten ja auch die Frage nach empirischen Daten und konkreten Unternehmensbeispielen gestellt. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass in diesem Bereich eine erhebliche Verschwendung festzustellen ist. Es gibt Strategien, die die Qualität und die Langlebigkeit von Produkten unterminieren und eher auf das schnelllebigste Produkt abzielen, was aber mit einer schlechten Qualität einhergeht. Ich glaube, für solche Bereiche sind politische Maßnahmen wie beispielsweise das Lieferkettengesetz ausgesprochen wichtig. Durch solche Maßnahmen könnte verhindert werden, dass es so etwas wie Fast-Fashion-Systeme gibt.

Ein weiterer Bereich ist die Ernährung. Überall dort, wo es darum geht, Grundbedürfnisse zu erfüllen, müssen wir einen anderen Blick darauf haben. Z. B. hat die BIO COMPANY, ein Händler für Bioprodukte, mit dem Slogan „Weniger ist mehr“ geworben und war sehr erfolgreich damit. Damit war nicht gemeint, dass wir weniger essen oder

weniger Lebensmittel zu uns nehmen, sondern dass wir darauf achten, beispielsweise einen anderen Umgang mit dem Mindesthaltbarkeitsdatum zu pflegen, indem wir verstehen, was es bedeutet, abgelaufene Lebensmittel, die noch gut haltbar sind, noch zu konsumieren. Ich glaube, hier braucht es einfach auch ein differenzierteres Verständnis von Suffizienz, und das ist eben auch sektorenabhängig.

Die Frage des zeitlichen Rahmens knüpft vielleicht ganz gut daran an. Ich denke, dass der Suffizienzansatz in manchen Industrien bzw. in manchen Sektoren bereits sehr gut anschlussfähig ist und ökologische und auch soziale Probleme, die wir in diesen Wirtschaftsbereichen beobachten können, lösen könnte. Es gibt aber auch andere Sektoren, in denen man diesbezüglich vielleicht noch etwas kreativer werden muss. Deswegen ist es ein eher inkrementeller Prozess, also ein Weg, zu dem wir uns jetzt aufmachen müssen. Aber ich bin auch keine Verfechterin davon, das jetzt auf einmal umzukrempeln, insbesondere weil es gegebenenfalls die angesprochenen Konflikte gibt und weil es dafür einer langfristig angelegten und weitsichtigen Begleitung sowie einer Folgen- und Risikoabschätzung bedarf.

Sie hatten nach den Akteuren gefragt. Hier sehe ich durchaus auch die Politik in der Verantwortung. Darin müssten aber auch gesellschaftliche Akteure einbezogen werden; es könnten aber auch Wirtschaftsverbände einbezogen werden, und sicherlich kann auch die Forschung eine Rolle spielen.

Damit komme ich zu der Frage nach den Unternehmensbeispielen bzw. nach den empirischen Daten. Ein Unternehmen, das in diesem Zusammenhang gern angeführt wird, ist Patagonia. Patagonia ist ein sehr erfolgreiches global agierendes Unternehmen im Bereich Outdoorbekleidung. Dieses Unternehmen ist seit Langem dafür bekannt, dass es zum einen auf nachhaltige Produkte und zum anderen auf Prinzipien wie Kreislauf- und Reparierfähigkeit setzt und damit zu einem global führenden Unternehmen im Bereich von Outdoorbekleidung werden konnte. Ich glaube, es war im letzten Jahr, als sich der Unternehmensgründer dazu bekannt hat, das Unternehmen in eine Stiftung zu überführen.

Patagonia ist jetzt vielleicht nur begrenzt mit Unternehmen hier in Baden-Württemberg vergleichbar. Dennoch zeigt es, dass es auf allen Ebenen, also sowohl auf der Ebene von kleinen als auch auf der Ebene von global agierenden Unternehmen, durchaus gute Beispiele gibt. Diese Unternehmen gehen transparent und offen mit ihren Strategien um, sodass von diesen Pionierunternehmen wirklich gelernt werden kann.

Ein anderes Beispiel ist Vaude, ebenfalls ein „Outdoor-Unternehmen“, das seinen Unternehmenssitz in Baden-Württemberg hat. Ich habe bewusst diese Beispiele gewählt, weil diese Unternehmen im Bereich von Bekleidung tätig sind. Wie ich eingangs schon gesagt hatte, ist das auf jeden Fall ein Bereich, in dem wir uns sehr schnell in Richtung Suffizienz transformieren sollten. Aber vielleicht hat auch Herr Erbe aus seiner Unternehmenskenntnis gleich noch einen Hinweis dazu.

Damit komme ich zu der Frage nach den immateriellen Werten bzw. nach dem Wachstum immaterieller Güter. Aus der Beschäftigung mit Unternehmen, die hier als Pionierunternehmen vorangehen, wissen wir, dass sie eher auf qualitatives Wachstum setzen, mit dem Ziel, z. B. die Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Mitarbeiterzufriedenheit zu steigern. Sie sind eher bestrebt, gute Arbeitsplätze anzubieten als die Umsatzzahlen zu steigern. Hier ist aber auf jeden Fall noch weitere Forschung nötig. Vielleicht kennt Herr Erbe Beispiele aus der Unternehmenspraxis, die deutlich machen, worum es hier gehen kann.

Sie sprachen das Risiko einer Bevormundung bzw. die Frage der Entscheidungssouveränität von Konsumentinnen und Konsumenten an. Ich sehe hier überhaupt keinen Widerspruch, denn wir wissen aus zahlreichen Umfragen, dass Konsumentinnen und Konsumenten eigentlich genau das wollen: Sie wollen in ihrem Konsum einfache Entscheidungen treffen können. Sie wollen komplexe Konsumententscheidungen mit einfachen Orientierungshilfen erleichtert bekommen. In der Tat wollen sie reparierfähige Produkte. Sie wollen keine Billigprodukte konsumieren, sondern qualitativ hochwertige Produkte nutzen. Dazu können Suffizienzstrategien auf jeden Fall einen Beitrag leisten.

Jetzt habe ich Herrn Erbe schon zweimal angesprochen und würde ihn daher gern innerhalb der mir zur Verfügung stehenden Redezeit kurz zu Wort kommen lassen, wenn er möchte.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann habe ich ja gar keine andere Möglichkeit als Herrn Erbe das Wort zu erteilen. – Bitte.

Sv. Herr Erbe: Ich werde im Folgenden einige Fragen im Namen der SPD-Fraktion stellen. Dazu hat mich Frau Dr. Harsch autorisiert. Ich würde das Ganze gern in Frageform kleiden. Meine Fragen richten sich sowohl an Herrn Professor Janeba als auch an Frau Gossen.

Frage Nummer 1: Herr Professor Janeba, die Zielorientierung hinsichtlich der Beschaffungsthematik war in der Vergangenheit von einem einzigen Ziel charakterisiert, und zwar der Kostenminimierung. Das heißt, es galt der Preis. Das hat man bei der Gasbeschaffung ganz klar gesehen: Wir hatten Nord Stream 1, haben Nord Stream 2 gebaut, und wenn der Krieg in der Ukraine nicht gekommen wäre, hätten wir irgendwann einmal Nord Stream 3 und 4 gehabt – aus Kostengründen. Jetzt haben wir durch die Lieferkettenproblematik gelernt, dass es noch andere Parameter gibt, nämlich den Wert in Form der Liefersicherheit. Sehen Sie in der nächsten Zeit ein Umsteuern dahin gehend, dass man wertorientiert und nicht mehr allein preisorientiert beschafft? Sehen Sie auch im Rahmen Ihrer Forschungsarbeit ein Umdenken bei den verschiedenen Playern, die in dem Feld arbeiten?

Frage Nummer 2: Wenn Sie von Lagerhaltung sprechen – als Beispiel haben Sie die Medizintechnik genannt –: Welche Herausforderungen sehen Sie da? Es gibt meiner

Ansicht nach zwei Themen. Bei der Medizintechnik sind es die Verfalldaten der Produkte. Das Gleiche gilt für Pharmazeutika. Das heißt, man muss sicherstellen, dass die Produkte nicht verfallen. Das passiert gerade mit Masken, aber auch mit Pharmazeutika und mit Impfstoffen, die jetzt in sechs- und siebenstelliger Höhe vernichtet werden müssen.

Eine Unterfrage: Wie bewerten Sie die Möglichkeit, überhaupt entsprechende Lagerflächen zu generieren? In Baden-Württemberg herrscht ein extremer Flächenmangel. Von Frau Ministerin Razavi gibt es das Motto „Nettonull“. Das bedeutet, ab 2030 darf keine neue Fläche versiegelt werden. Das heißt, für jede Fläche, die versiegelt wird, muss im Gegenzug eine andere Fläche wieder renaturiert werden. Das heißt, es wird keine neuen Flächen in Baden-Württemberg geben, zumindest nicht für die Industrie. Wie sehen Sie diese Problematik?

Frau Dr. Gossen, es gibt einen Unterschied zwischen Sparsamkeit und Geiz. Das ist ganz wichtig. Wir Schwaben sind sparsam und nicht geizig. Sparsamkeit ist ein pekuniärer, aber auch ein emotionaler Ansatz. Auch das geht wieder in Richtung Wert, also Werthaltigkeit. Das nur als Vorbemerkung.

Meine Frage lautet: Wie würden Sie in Bezug auf die Suffizienz nach Unternehmensgrößenausrichtung differenzieren? Das Thema Suffizienz halte ich für wichtig und toll, aber es gibt auch verschiedene Größenordnungen, die verschiedene Bedürfnisse haben. Es gibt die Kleinstunternehmen, die Suffizienz vielleicht eher leben können als andere Unternehmensarten. Es gibt die mittleren Unternehmen, die ressourcenbeschränkt sind, sich im globalen Wettbewerb befinden und wachsen müssen, weil sie sich in einer „Todeszone“ befinden, die für mich in dem Bereich zwischen 1 000 und 5 000 Mitarbeitern liegt. Diese Unternehmen sind groß genug, um global wahrgenommen zu werden, aber nicht groß genug, um die finanzielle Power der Großunternehmen zu haben. Dann gibt es die Großen selbst, die quartalsgetrieben sind, die also vorrangig auf die Quartalszahlen schauen. Wie differenzieren Sie zwischen diesen Unternehmensarten? Bei welcher Unternehmensgröße sehen Sie die größte Möglichkeit zur Skalierung? Wie könnten Rahmenbedingungen das Ganze befördern?

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Erbe, ich habe Verständnis für Ihre Fragen, aber ich bitte sie, Ihre Fragen kürzer zu fassen.

Sv. Herr Erbe: Der zweite Teil meiner Fragen ist ganz kurz.

Der zweite Teil meiner Fragen betrifft die Skalierung. Wenn Sie z. B. nachhaltig bauen wollen und recycelten Beton verwenden, dann muss eine Baustelle in der Nähe sein, wo dieser Beton anfällt, weil es keinen Sinn macht, recycelten Beton über eine Entfernung von 100 km zu transportieren. Wie sehen Sie also die Skalierungsmöglichkeiten speziell in Bezug auf das Thema Suffizienz?

Sv. Herr Dr. Janeba: Sie hatten eine Frage in Bezug auf die Liefersicherheit und das Umsteuern gestellt. Der Bundeskanzler hat es „Zeitenwende“ genannt. Die Zeitenwende ist sowohl in der Politik als auch in der Wissenschaft angekommen. Das spiegelt sich dort wider. Es gibt mittlerweile das Feld der Geoökonomie, das es früher nicht gegeben hat. Mittlerweile werden also geopolitische Abhängigkeiten beforscht.

Die Handelspolitik wird heute als Krieg mit anderen Mitteln angesehen. Früher haben wir das sozusagen nur als ein Spiel gesehen, wie man den Wohlstand mehrern kann. Inzwischen nehmen wir es als Erpressungsmittel wahr, und das hat sich niedergeschlagen. Das wird bleiben; das geht nicht wieder weg.

Sie hatten eine Frage hinsichtlich der Lagerhaltung beispielsweise für medizinisch-pharmazeutische Produkte aufgeworfen. In der Tat ist Lagerhaltung mit Kosten verbunden. Das hatte ich auch gesagt. Das ist zum einen die physische Lagerhaltung, zum anderen aber auch die Problematik, dass die Produkte möglicherweise verfallen und ausgetauscht werden müssen. Bei den Lagerflächen würde sich eine Kooperation der Bundesländer empfehlen. Dann lagern wir es in Mecklenburg-Vorpommern, und wir machen in Baden-Württemberg die Erforschung substitutiver Produkte; denn das ist das, was wir gut können. Das ist genau das, was ich sage: Wir müssen als Bundesrepublik denken, also als Summe der Länder. Dann können wir das sogar auf europäischer Ebene denken, um die Skaleneffekte auszunutzen. Dann produziert eben ein Land die Antibiotika und das andere Land die Masken. Damit die Produktion günstiger wird, müssen wir es eben hochskalieren. Wenn es jedes Bundesland bzw. jedes Unternehmen selbst macht, wird es sehr teuer.

Sv. Frau Dr. Gossen: Vorab: Es tut mir leid, dass ich hier die Reihenfolge durcheinandergebracht habe. Ich hatte gehofft, Antworten oder Einblicke in die Unternehmenspraxis zum Thema Suffizienz zu bekommen und noch selbst lernen zu können.

Ich beantworte gern Ihre Frage nach der Skalierung. Ich denke, gerade bei großen Unternehmen sind hier die Shareholder-Interessen, die einen großen Wachstumsdruck auslösen, schwierig. Von den kleineren Unternehmen weiß ich, dass sie die Strategie fahren, bis zu einem gewissen Punkt zu wachsen, bis sie eine Existenzabsicherung haben, und dann etwa mit Formen wie dem Verantwortungseigentum zu experimentieren, um solchen Faktoren wie Shareholder, die Wachstumsdruck auslösen, entgegen zu können – Stichwort Verantwortungseigentum. Das Stichwort Purpose wird auch gern bemüht, wenn man über wertebasierte Unternehmen spricht. Ich halte insbesondere das Konzept des Verantwortungseigentums für ein spannendes Feld bzw. einen spannenden Experimentierraum.

Vorsitzender Alexander Salomon: Es gibt noch weitere Fragen. – Bitte, Frau Dr. Tröger.

Dr. Josephine Tröger, stellv. externes Mitglied: Ich habe zwei Fragen an Herrn Janeba. Die Risikominimierung durch gegenseitige Abhängigkeit fand ich spannend.

Können Sie einmal beispielhaft darstellen, wie das fair und ökologisch aussehen kann? Da durchaus auch Kritik an dem Mercosur-Abkommen geäußert wurde, bitte ich Sie, zu den staatlichen Unterstützungen in den Strukturen vor Ort Stellung zu nehmen.

Frau Gossen, im Prinzip hat Herr Voelkel vorhin irgendwie das Gegenstück zu dem vorgetragen, was Sie dargestellt haben. Gleichzeitig war er der Einzige, der etwas zum Wertewandel gesagt hat. Sind Frugalismus bzw. Sparsamkeit mit Investitionen in Unternehmen vereinbar? Ich sehe hier durchaus einen Konflikt, denn wir wollen ja irgendwie groß und mächtig sein. Besteht diesbezüglich vielleicht gar kein Konflikt, oder macht man da möglicherweise Parallelwelten auf?

Abg. Christiane Staab CDU: Ich knüpfe an das Wort „Parallelwelt“ an. Es wurden die Marken Patagonia und Vaude genannt. Das ist nicht Decathlon. Ich frage mich, ob wir da möglicherweise einen Teil der Bevölkerung einfach völlig aus dem Fokus verlieren, nämlich diejenigen Menschen, die sich weder Patagonia noch Vaude leisten können. Ich glaube, wir müssen darauf achten, dass wir als Gesellschaft nicht ganz unterschiedliche Wege einschlagen und auch einschlagen müssen, weil die finanziellen Ressourcen – das wurde vorhin bereits in einem Vortrag deutlich – in unserem Land sehr ungleich verteilt sind und wir Politik für alle Menschen machen müssen. Ich bin ein großer Fan von Suffizienz, aber ich kann sie mir auch leisten. Das klingt paradox, weil Suffizienz ja eigentlich heißt, sich auf das Nötigste zu beschränken, also mit dem auszukommen, was realistisch und was auch wirklich notwendig ist. Bei dem von Ihnen angesprochenen Segment an Produkten handelt es sich um ein teures Segment. Mir kommt es darauf an, dass wir bei diesen Ideen, die vom Grundsatz her hervorragend sind, alle mitnehmen können.

Ein anderes Thema, das mir wirklich schwer im Magen liegt, sind die Subventionen in Höhe von 10 Milliarden €, die das Unternehmen Intel dafür erhält, dass es einen Standort in Sachsen-Anhalt errichtet. Ich bekomme das einfach nicht mehr zusammen. Ich war zehn Jahre Bürgermeisterin, und wenn ich einem Unternehmen außerhalb der De-minimis-Regel Geld zukommen lassen wollte, dann stand die europäische Aufsichtsbehörde auf der Matte. Ich weiß nicht, wie wir das regeln sollen. Es wird zu einem völligen Kollaps führen, wenn wir Ansiedlungspolitik nur noch über den Geldbeutel hinkommen. Wir haben reiche Kommunen, wir haben arme Kommunen. Ich war Bürgermeisterin von Walldorf. Das heißt, ich hätte außerhalb der De-minimis-Regelung durchaus Unternehmen ansiedeln können, habe es aber nicht gemacht. Ich möchte einfach noch einmal den Fokus darauf richten, dass wir diesbezüglich eine klare europäische Haltung brauchen, die wir eigentlich hatten. Im Moment habe ich aber das Gefühl, dass die gerade explodiert oder implodiert, wie auch immer.

Abg. Carola Wolle AfD: Meine Frage geht in die gleiche Richtung. Frau Dr. Gossen, Patagonia produziert sehr teure Produkte, die sich nicht jeder leisten kann. Ich hatte vorhin gesagt, dass man das Thema, wenn man suffizienzorientiertes Wirtschaften haben möchte, vom Markt her denken. Das heißt, ich muss mir Folgendes überlegen: Marktteilnehmer sind nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Kunden. Dann

muss ich mir überlegen: Wie bekomme ich denn die Kunden dazu, dass sie sich in die entsprechende Richtung bewegen? Das hat etwas mit Aufklärung und nicht mit Beeinflussung zu tun. Das Nächste ist, dass ich mir das dann auch leisten können muss. Das ist das, was ich vorhin angedeutet habe: Oft sind die Lohnkosten bei einer Reparatur so hoch, dass die Reparatur deutlich teurer oder fast so teuer ist wie ein neues Produkt, und dann entscheiden sich viele eben für ein neues Produkt. Was kann man da tun? Ein weiteres Beispiel sind Lebensmittel oder auch Spielsachen für Kinder, die zum Teil sehr billig sind. Wenn das Spielzeug kaputtgeht, kaufe ich eben ein neues Spielzeug für das Kind, anstatt gleich ein qualitativ hochwertigeres beispielsweise aus Holz statt aus Plastik zu kaufen. Wie können wir da etwas ändern, indem ich vom Markt her denke und auch die Kunden in den Blick nehme und sie nicht beeinflusse, sondern vor allem aufkläre?

Danke schön.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann bitte ich jetzt um die Beantwortung der gestellten Fragen in kompakter Form. – Bitte, Herr Professor Dr. Janeba.

Sv. Herr Dr. Janeba: Die Frage von Frau Tröger zur gegenseitigen Abhängigkeit war vor allem auf Länder gerichtet, die uns politisch feindlich oder nicht freundlich gesonnen sind, weil deren Politik dazu eingesetzt werden könnte, uns zu erpressen oder dieses Potenzial in einer Krisensituation zu nutzen. Das ist allerdings von südamerikanischen Ländern, die in Mercosur zusammengeschlossen sind, zu trennen, wo sich andere Fragen stellen, beispielsweise die Frage, wie wir mit sozialökologischen Fragen in Südamerika umgehen. Daran droht jetzt das Abkommen zu scheitern. Da muss man sich fragen: Welche Standards wollen wir damit durchsetzen? Erscheinen wir dadurch nicht fast schon kolonialistisch? Wir haben natürlich Gründe dafür, warum wir wollen – wir wollen, dass die sozialökologischen Fragen geklärt werden –, aber wir müssen überlegen, wie wir das umsetzen. Ich glaube, das sind zwei Fragen, die man voneinander trennen muss.

Frau Staab, was die Intel-Subvention angeht, bin ich ganz bei Ihnen. Die Beihilferegeln der EU sind erst einmal ein Mechanismus, um zu unterbinden, dass so etwas passiert. Die Politik freut sich natürlich, wenn sie da ein großes Werk hinsetzen kann. Das ist gut für die Sichtbarkeit. Aber ich glaube, wir sollten in der Tat lieber an den generellen Standortbedingungen arbeiten. Wir müssen uns um eine gute öffentliche Infrastruktur, um den Bürokratieabbau und um die Fachkräfteentwicklung bemühen. Das ist zwar weniger sichtbar und ist deshalb vielleicht auch weniger schön für die Politik, aber das ist das, was langfristig die positiven Standortfaktoren ausmacht. Ich sehe momentan, dass wir uns eher in diesen selektiven Interventionen verlieren und einzelne Unternehmen sehr stark fördern. Ich halte das für problematisch.

Sv. Frau Dr. Gossen: Zum einen wurde die Befürchtung geäußert, dass Menschen sozial abgehängt werden. Natürlich besteht die Gefahr, dass suffizienter Konsum zu-

nächst als teuer und als für sozial schwächere Bevölkerungsgruppen nicht leistbar angesehen wird. Ich sehe aber diesen Widerspruch eigentlich gar nicht so sehr. Würden Produkte nicht so schnell kaputtgehen und würden sie in besserer Qualität hergestellt, würden sie länger halten, und dann müsste man auch nicht so viel Neues und Billiges – Stichwort Fast Fashion – kaufen.

Aufklärung und Bildung sollte in jedem Fall erfolgen. Man sollte die Menschen dafür sensibilisieren und ihnen einfache und klare Orientierungshilfen für den Konsum an die Hand geben. Wir wissen: Der Alltag ist komplex, und Konsumententscheidungen müssen häufig unter Zeitdruck und im Informationsdschungel getroffen werden, und da sind Unternehmen in der Verantwortung, das beste Angebot zu machen, wobei das beste Angebot im Sinne von sozial und ökologisch vertretbar zu verstehen ist.

Wenn wir vom Markt her denken, hatte ich mit den Beispielen aus den europäischen Nachbarländern oder auch aus anderen Bundesländern schon Instrumente vorgeschlagen, wie Reparaturen beispielsweise subventioniert werden können. Würde es entsprechende Angebote geben, wäre ein neues Produkt eben nicht günstiger als die Reparatur eines Elektronikgeräts. Ich denke, hier gibt es auf jeden Fall noch Spielräume für recht einfach umsetzbare politische Maßnahmen, um dem etwas entgegenzusetzen, dass sich einige Bevölkerungsgruppen abgehängt fühlen bzw. praktisch abgehängt sind.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Dr. Gossen und Herr Professor Dr. Janeba. – Es gibt keine weiteren Fragen an Sie. Ich darf Ihnen, auch im Namen der Enquetekommission, danken, dass Sie uns heute Rede und Antwort gestanden haben und auch noch einmal einen anderen Blick auf dieses Handlungsfeld geworfen haben.

(Beifall)

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein und setzen unsere Sitzung um 13:45 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung von 12:51 Uhr bis 13:49 Uhr)

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir setzen die Sitzung der Enquetekommission fort, und zwar mit Frau Dr. Anja Feldmann. Sie ist Professorin für Internet-Netzwerkarchitekturen an der Technischen Universität Berlin und Direktorin des Max-Planck-Instituts für Informatik in Saarbrücken. Auch Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation [*Anlage 4*] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Dr. Feldmann: Zunächst einmal vielen Dank, dass ich heute zu den Themen Digitalisierung, „Auswirkungen akuter Krisen auf wirtschaftliche Zusammenhänge“ und „Potenziale der Digitalisierung für eine krisenfeste Wirtschaft“ sprechen darf. Darin, genauso wie in Ihrer Anfrage zum Thema Digitalisierung taucht der Begriff „digital“ auf. Das ist ein Thema, das wohl uns alle umtreibt; denn ohne unsere verschiedenen Spielzeuge – egal, ob Handys, Tablets, Laptops oder andere digitale Sachen, mit denen wir umgehen – geht es nicht mehr.

Wenn man einmal schaut, was damals bei Covid-19 und im Internet passiert ist – das Internet ist das Thema, mit dem wir uns ja beschäftigen – und was wir seinerzeit gelernt haben, dann stellt man fest, dass ohne das Internet gar nichts mehr geht. Es gab Lockdowns und verschiedene Coronavarianten. Alle sind nach Hause geschickt worden und konnten im Homeoffice arbeiten. Wir konnten mit den verschiedenen digitalen Möglichkeiten weiter kommunizieren und miteinander interagieren. Plötzlich funktionierten Sachen digital, die vorher nie möglich waren.

Nicht nur das Arbeiten, sondern auch die Lehre war davon betroffen. Die Kinder leiden noch immer darunter, dass sie Homeschooling hatten. Aber das war zumindest eine Möglichkeit und besser als gar nichts. Das ganze soziale Leben war davon betroffen. Ich weiß nicht, wie viel Zeit Sie in den sozialen Netzen verbringen. Ich vermute, Ihre Kinder verbringen dort etliches an Zeit.

Vorsitzender Alexander Salomon: Wahrscheinlich weniger als wir, wenn ich Sie unterbrechen darf. Glauben Sie mir das.

(Heiterkeit)

Sv. Frau Dr. Feldmann: Ob das nun gut oder schlecht ist, das möchte ich hier nicht kommentieren. Aber es passiert.

Wenn man sich das Ganze anschaut, dann stellt man fest: Das Internet ist die Grundlage von allem. Wir haben uns forschungstechnisch einmal die Fragen gestellt: Wie gut konnte das Internet damit umgehen, dass plötzlich alle etwas von ihm wollten? Was hat sich im Internet verändert? Was hat sich in der Technologie und auch im Nutzungsverhalten verändert?

Wir haben Daten von drei großen Internet-Exchange-Punkten, einem großen Internet-Service-Provider und einem akademischen Netzwerk genommen und geschaut, was da passiert ist. Wir sehen an diesem Punkt das Jahr 2020, und hier kommen wir in das Jahr 2021. Hier war der erste Covid-19-Outbreak, und hier ging es in den Lockdown hinein. Der mobile Verkehr ist heruntergegangen. Der Internetverkehr hingegen ist innerhalb von ein paar Tagen um ca. 40 % gewachsen. Das heißt, eine Infrastruktur wurde plötzlich mit 40 % mehr Last veranlagt und hat dennoch funktioniert. Das ist das Tolle dabei. Wir haben gesehen, dass es einen riesigen Last-Increase gab und es sich

dann wieder normalisiert hat. Beim nächsten Lockdown ging das noch einmal hoch – sogar noch höher.

Wir haben auch beobachtet, dass die Leute, die ja zu Hause waren, das Internet nicht mehr nur am Wochenende, sondern auch an normalen Arbeitstagen verstärkt genutzt haben. Da es Spitzen normalerweise immer am Abend gab, konnte das Internet diese Last zum Teil abpuffern.

Verändert wurde auch das Verhältnis zwischen dem Verkehr, der in die Häuser hineinging, und dem Verkehr, der herausging. Der Faktor von 1 : 10, auf den DSL usw. normalerweise dimensioniert war, hat nicht mehr gegriffen, sondern es sind mehr Daten aus den Häusern herausgegangen. An anderen Orten war das anders. Beispielsweise im Campusnetzwerk ist der Verkehr heruntergegangen, weil die Leute nicht mehr auf dem Campus waren. Bei einigen Unternehmen, die die Leute nach Hause geschickt haben, war dann kein Verkehr mehr. Bei anderen Unternehmen, bei denen die Leute mit VPN gearbeitet haben, war dann viel mehr Verkehr. Die einzige Konstante, die wir im Internet immer wieder sehen, ist die Veränderung. Dies traf hier zu.

Bei Umfragen bei Leuten, die die Infrastruktur verwalten, haben wir gesehen, dass dies bei denjenigen, die ein „Well managed“-Netzwerk haben, bei dem sie schnell neue Kapazitäten hinzunehmen und Upgrades machen können, wunderbar funktioniert hat. Bei denjenigen hingegen, die die Sachen nur zusammengestrickt haben, gab es auch Ausfälle. Da sind Lastspitzen nicht möglich. Das heißt, wir brauchen eine Infrastruktur, gerade eine kritische Infrastruktur wie das Internet, die wirklich in der Lage ist, zu reagieren. Wir brauchen Leute, die in der Lage sind, das zu managen. Wir brauchen Leute, die in der Lage sind, sicherzustellen, dass diese Infrastruktur sicher ist.

Ich möchte noch auf einen anderen Teil der Digitalisierung eingehen, nämlich die Cloud. Sie wissen, was die Cloud ist. Das ist ein Rechner, der irgendwo anders steht und den man nicht selbst managen muss. Wenn man Daten in der Cloud speichern will, gibt man die Daten jemand anderem. Dieser sorgt dann dafür, dass die Daten sicher sind, dass sie nicht verloren gehen und dass man noch immer darauf zugreifen kann. Das ist ein schönes Konzept: Man verlagert die Verantwortung; aber man sollte trotzdem noch wissen, was man da tut.

Wir haben uns in einer Forschungsarbeit einmal angeschaut, wie Universitäten die Cloud nutzen. Das ist sehr unterschiedlich, je nach Bereich. Man sieht, dass das in Deutschland zunimmt und in den USA schon sehr verbreitet ist.

Bei einigen Diensten, z. B. Zoom und Webex, sieht man die Effekte. Aufgrund von Covid brauchten alle plötzlich Videodienste. Sie haben das natürlich nicht mehr unbedingt lokal gemacht und brauchten es schnell. Dafür sind Clouds zum Teil sehr sinnvoll. Das Problem, wenn man das Ganze auslagert, ist, dass die Daten verloren gehen können, wenn Microsoft oder jemand anders die Dienstbedingungen ändert. Man kommt dann nicht mehr an die Daten heran und hat auch nicht die Expertise, auf diese

Sachen zuzugreifen. Das trifft nicht nur auf Universitäten, sondern auch auf Unternehmen zu. Insofern muss man sich genau überlegen, was man zu welchem Preis auslagert, und prüfen, ob man die Daten, wenn es Probleme gibt, auch wieder zurückbekommt, insbesondere bei Krisen.

Die andere Frage ist immer: Skaliert das Ganze genau so, wie man sich das gedacht hat? Es gibt zwar Schnupperangebote zu hervorragenden Preisen. Der Preis kann sich aber ändern, wenn man mehr braucht – und dann wird es teuer. Es wird sogar drei oder vier Mal so teuer, wenn man das Ganze wieder zurückholen muss.

Gewisse Cloudanbieter sind nicht vor Ransomware oder anderen Sicherheitsangriffen geschützt. Nur weil die Daten in der Cloud sind, heißt das nicht, dass man einfach so an sie herankommt. Man braucht auch eine Internetverbindung dorthin.

Ein weiterer Punkt neben der Infrastruktur ist die Frage, wie die Daten genutzt werden. Bei den sozialen Netzen gibt es verschiedene Varianten. Beim Thema „Soziale Netzwerke“ interessiert uns auch: Wie kommen Fake News dort von A nach B? Wie werden sie weitergeschickt? Was tut sich dort? Gerade vor dem Hintergrund der politischen Situationen, die wir derzeit beispielsweise in der Ukraine und in Israel sehen, ist das durchaus sehr wichtig.

Wir haben einmal eine Studie gemacht, die sich mit dem Thema Antisemitismus und der Frage befasst hat, wie dies in den Fringe-Netzwerken, in den Randnetzwerken wie 4chan und Gab aussieht, die nicht unbedingt im Zentrum der Gesellschaft stehen. Wir sammeln dabei Daten, analysieren sie und nutzen alle Technologien, die man zur Verfügung hat, um Daten möglichst gut zu nutzen. KI, Natural-Language-Modelle etc. sind gerade dann sehr wichtig, wenn man es mit vielen Daten zu tun hat. Wenn man hingegen genau weiß, wonach man sucht, braucht man keine KI. Dann reicht manchmal auch die natürliche Intelligenz.

(Heiterkeit)

Wir haben nach antisemitischer Sprache und nach Bildern geschaut. Man kann dann Wordclouds erstellen und sehen, wie die untereinander zusammenhängen. Man sieht, dass sich der Umfang der antisemitischen Sprache durchaus vergrößert hat, gerade antiisraelische Statements sehr verbreitet sind und sich das Ganze nicht nur in der Sprache, sondern auch in Bildern widerspiegelt. Dann kann man sich natürlich fragen, ob da möglicherweise jemand eingreift und sagt: „Ihr sollt das nicht mehr machen“, also Content-Moderation. Wenn diese stattfindet und gewisse Communitys gebannt werden, dann gehen die woandershin. Es stellt sich die Frage, was dann passiert. Meine Mitarbeiter haben sich exemplarisch für die „The_Donald“- und die „Incels“-Szene einmal angeschaut: Wie war das vorher? Wie war das nachher? Wie hat sich das weiterverbreitet? Man merkt, dass das Ganze durchaus heruntergehen und dass eine Moderation helfen kann.

Die Nachricht, die insgesamt dahintersteht, ist: Lasst uns unsere jungen Leute darüber unterrichten, was an Meinungsbildung passiert, in welche Richtung das gehen kann und wie schnell sich die Informationen weiterverbreiten können, damit man nicht in verschiedenen Teilcommunitys stecken bleibt.

Das war mein Vortrag, um das, womit wir uns in unserer Forschung beschäftigen, zu verstehen: Was tut sich im Internet? Wie verändert es sich? Wie können wir es schneller und besser machen? Wir machen das mithilfe von Datenanalyse und wollen begreifen, wie es von einem kleinen Netzwerk zu dem großen Internet kam, das uns allen die Möglichkeit gibt, miteinander zu kommunizieren.

Jetzt bin ich sogar ein paar Minuten früher fertig. Ich glaube, das schadet niemandem.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Professorin Dr. Feldmann. – Dann machen wir, um die gewonnene Zeit nicht zu vertrödeln, gleich mit Herrn Professor Dr. Martin Wietschel weiter. Er ist Leiter des Competence Centers Energietechnologien und Energiesysteme am Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung, ISI, in Karlsruhe. Sie dürfen ans Pult kommen und haben auch 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation [*Anlage 5*] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Wietschel: Herr Vorsitzender Salomon, vielen Dank. – Liebe Abgeordnete, liebe Mitglieder der Enquetekommission! Danke für die Einladung, und dass ich heute zu Technologien und Innovationen für eine krisenfeste Energiewirtschaft vortragen darf.

Sie sehen auf dieser Folie einen Sprinter. Die krisenfeste Transformation der Energiewirtschaft ist ein Marathon, den wir im Sprint zurücklegen müssen und bei dem wir aber auch Federn lassen werden. Das ist das Symbol für eine der Messages meines Vortrags.

Was bringe ich Ihnen heute mit? Ich berichte Ihnen zunächst über eine Studie, über die sogenannten Langfristszenarien. Die haben wir in einem Konsortium für das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gemacht. Diese sind relativ relevant und dienen heute als Grundlage für die Systementwicklungsstrategie im Energiebereich, für die Plattform „Klimaneutrales Stromsystem und für die Verteilnetze der Zukunft“. Sie werden für viele Studien herangezogen. Ich möchte Ihnen einige interessante Ergebnisse vorstellen. Danach werde ich noch auf die Wasserstoffnachfrage in

Baden-Württemberg und die Gaspreisentwicklung eingehen und anschließend versuchen, das Ganze ein wenig zusammenzufassen.

Bei den Langfristszenarien haben wir versucht, verschiedene Ecken auszuleuchten, und gefragt: Was kann man machen, wenn wir uns die Klimaneutralität in Deutschland im Jahr 2045 zum Ziel nehmen? Wir haben drei Ecken ausgeleuchtet – Sie sehen das Dreieck – und gesagt: Wir shiften das System mehr in Richtung Strom, wir shiften das System mehr in Richtung Wasserstoff, und wir shiften das System mehr in Richtung Power-to-Gas und Power-to-Liquid, also synthetische Kraftstoffe und Energieträger.

Wir haben noch zwei weitere Szenarien gerechnet, nämlich wenn wir unsere Energieeffizienzziele nicht erreichen – darüber wird gerade wieder diskutiert –, beispielsweise im Gebäudebereich, und was passiert – damals auch unter dem Eindruck des Ukrainekriegs –, wenn wir die Gasnachfrage weiter reduzieren. Wir leuchten das Feld aus, und versuchen, zu Ergebnissen zu kommen und vielleicht auch das eine oder andere robuste Ergebnis zu erzielen.

Auf dieser Folie sehen Sie links die Stromnachfrage in den Jahren 2010, 2018 und 2020. Braun dargestellt sind gasförmige Kohlenwasserstoffe, hellgrau Kohle, dunkelbraun die Mineralölprodukte, dunkelblau die sonstigen fossilen Energieträger, hellblau Strom. Wir haben auch noch die sonstigen erneuerbaren Energien und biogenen Brennstoffe aufgenommen.

Ich habe Ihnen rechts fünf Szenarien aufgezeigt, wie sich das Ganze bis 2045 vor dem Hintergrund des Zieles der Treibhausgasneutralität entwickeln kann. Was sieht man? Auf der einen Seite einen starken Abfall. Die Endenergienachfrage in Deutschland sinkt von 2 600 TWh je nach Szenario auf 1 900 oder etwas über 2 000 TWh. Der Stromanteil, der blaue Balken, geht deutlich nach oben. Je nach Szenario verdoppelt er sich fast. Auch Wasserstoff – in Rosa dargestellt – wird je nach Szenario eine bedeutende Rolle bei der Endenergie spielen. Die Nah- und Fernwärme, der gelbe Bereich, wird auch weiter ansteigen. Die konventionellen Fossilien, die braun dargestellt sind, nehmen ab. Das heißt, unsere Endenergienachfrage gestaltet sich künftig anders. Das ist natürlich auch mit Anforderungen auf der Erzeugungsseite verbunden.

Die Erzeugungsseite für das Jahr 2045 für die verschiedenen Szenarien habe ich auf dieser Folie dargestellt. Die hell- bzw. dunkelblauen Balken – Wind an Land und Wind auf See, Wind on- und offshore – dominieren. Dunkelgelb ist die Fotovoltaik dargestellt, die stärker zunimmt. Wer werden auch mehr Strom exportieren – das verdeutlicht sich an den türkisfarbenen Balken.

Für die Stromerzeugung brauchen wir auch Wasserstoff. Warum brauchen wir Wasserstoff? Wir haben mehr Fluktuierende im System. Wir brauchen Langzeitspeicher, und zwar chemische Speicher, wofür Wasserstoff ideal ist. Das heißt, in den sogenannten kalten Dunkelflauten, wenn wir also keinen Strom aus Windenergieanlagen

oder Fotovoltaikanlagen erzeugen und eine hohe Energienachfrage haben, kann Wasserstoff rückverstromt werden. Das passt ganz gut zu den fluktuierenden erneuerbaren Energien.

Wir sehen ein robustes Ergebnis, egal, in welche Ecke wir springen. Die Effizienz wird ein bisschen reduziert, aber das Bild ist klar: Die fluktuierenden erneuerbaren Energien werden in Zukunft dominieren.

Vergleichen wir das einmal: Hier sind wir bei 1 100 bis 1 200 TWh. Im Jahr 2045 brauchen wir aber 2 000 TWh. Das heißt, wir werden rund die Hälfte der Energie importieren müssen. Deutschland bleibt ein Importland. Wir kommen vom Import nicht weg. Auch wenn wir die erneuerbaren Energien noch so sehr ausbauen, werden wir rund die Hälfte unseres gesamten Endenergiebedarfs importieren müssen.

Die Frage ist, wie man dieses System ausgleichen kann. Wir haben fluktuierende erneuerbare Energien und eine fluktuierende Nachfrage. Unter dem Strich, unter der Nulllinie ist die Nachfrage. Was haben wir hier? Wir werden eine enorme Zunahme bei der Zahl der Wärmepumpen sehen. Für das Jahr 2045 ist ein reales Wetterjahr, das wir in der Vergangenheit einmal hatten, transformiert worden. Wir haben zehn Wetterjahre mit realen Daten durchgerechnet und geschaut, ob wir das System stabil bekommen.

Hier sieht man die Wärmepumpe mit den Peaks. Hellgrau ist die Elektromobilität und grau die andere Stromnachfrage dargestellt. Dann haben wir noch ein bisschen Export, Import und Pumpspeicher. Wir brauchen aber auch viel Erzeugung aus Wasserstoff.

Auf der anderen Seite sieht man: Rechts – am Wochenende – haben wir viel Wind on- und offshore. Die Energie daraus werden wir in dieser Zeit speichern, um sie zu anderen Zeiten wieder zu nutzen. Die Tage davor – Montag bis Freitag – werden wir Wasserstoff – das ist das Rosafarbene – zur Rückverstromung nehmen. Pumpspeicher spielen eine Rolle, tagsüber auch die Peaks bei PV und natürlich Wind on- und offshore. Man bekommt ein solches Energiesystem zwar ausbalanciert. Es ist aber klar, dass wir mehr Flexibilität im System brauchen.

Jetzt kann man sich fragen, was die Szenarien kosten. Wir haben als Nulllinie das Stromszenario genommen, weil es das günstigste Szenario ist. Sie sehen die Übersicht, die Differenz über die Jahre hinweg bis 2045 in Milliarden Euro. Das Szenario, das ganz nach oben geht, ist das Power-to-Gas- bzw. Power-to Liquid-Szenario.

Wir haben ein Stück weit das Problem: Die Energieträger, die wir importieren, werden teuer sein und die Kosten nach oben treiben. Wenn wir aber schon das Stromsystem und mehr Strom haben, müssen wir auch mehr in Netze investieren. Im Vergleich zum Netzausbau bzw. zu den hohen Ausgaben für die Energieträger ist dies das günstigste

Szenario. Wenn wir aber die Effizienz reduzieren – das ist die graue Linie –, kommt uns das Ganze teurer. Wenn wir nicht bereit sind, Energie einzusparen, sondern mehr Energie bereitstellen, dann führt dies zu Mehrkosten. Das ist die Kostensicht.

Aber Kosten sind nicht alles. Beispielsweise muss man auch die Akzeptanz für den Ausbau von Stromleitungen etc. noch mit einbeziehen. Aber rein volkswirtschaftlich gesehen, wenn man versucht, in das kostengünstigste Szenario zu gehen, sind der Netzausbau und mehr Elektrifizierung am günstigsten.

Ich habe schon gesagt, dass Deutschland auf Importe angewiesen sein wird. Auf dieser Folie sieht man die Europäische Union und die Stromflüsse in Terawattstunden. Man sieht, von Norwegen kommt Strom, aber auch von Spanien, Frankreich und Italien. Er fließt im Wesentlichen in die Mitte von Deutschland, wo es große Nachfragezentren gibt. Sie sehen den Knoten, wo Baden-Württemberg ist. Baden-Württemberg wird relativ hohe Mengen an Strom importieren müssen.

Wir brauchen Verkehrsachsen von Nord nach Süd und Transportachsen Richtung Mitteleuropa, z. B. in die Niederlande oder nach Belgien. Auch diese Länder können ihre Energienachfrage nicht decken. Mitteleuropa hat ein Defizit. Die Länder müssen eher mehr importieren. Es gibt den Stromfluss in die Mitte Europas. Wie gesagt: Baden-Württemberg wird Strom importieren müssen.

Beim Wasserstoff sind die Flüsse gleich. Auch hier haben wir Nord-Süd-Achsen. Wir werden Wasserstoff im Norden Deutschlands herstellen und ihn dann in die Mitte und in den Süden Deutschlands verteilen. Sie sehen noch den kleinen blauen Pfeil nördlich von Nordafrika. Wasserstoff kann auch aus der MENA-Region kommen.

Für Baden-Württemberg sieht es ein bisschen schlecht aus, was Elektrolysestandorte angeht. Elektrolysestandorte folgen eher dem Ausbau der erneuerbaren Energien. Es ist günstiger, dies vor Ort herzustellen und den Wasserstoff zu transportieren, als den Strom zu transportieren. Auch das muss man immer wieder abwägen, wenn wir über Energieversorgungssicherheit reden.

Ich habe auf dieser Folie den großen Bedarf an Wasserstoff und Syntheseprodukten auf Basis von Wasserstoff dargestellt. In einer dekarbonisierten Welt werden 10 % der Energienachfrage Wasserstoff und Derivate ausmachen, in Deutschland ungefähr 20 %. Warum? Wir haben viel Stahl- und Chemieindustrie und brauchen insofern mehr Wasserstoff. Was brauchen wir dafür? Wir brauchen 3 500 GW Elektrolyseleistung und 4 500 GW an erneuerbarer Stromproduktionsleistung.

Was haben wir? Wir haben heute weltweit gerade einmal 3 100 GW. Das heißt, um die 10 % abzudecken, müssten wir die heutige weltweite Stromproduktion durch Wind

und PV verdoppeln und haben dann nur Wasserstoff und Derivate. Damit ist die andere Stromnachfrage, auch durch die Verdrängung von Braunkohle- und Steinkohlekraftwerken, noch gar nicht abgedeckt.

Wir haben keine 3 500 GW, sondern gerade einmal 0,7 GW an Elektrolyseleistung weltweit. Wir haben sehr viele Pläne. Wenn man sie sich aber anschaut, stellt man fest, dass es gerade einmal für 4 % der jetzigen Vorhaben für Elektrolyseanlagen eine Finanzierung gibt. Das heißt, wir haben einen enormen Gap zwischen dem, wohin wir aus Klimaschutzgründen müssen und wollen, und dem, wo wir tatsächlich stehen. Dabei gibt es immer mehr Ernüchterung, weil die Lücke riesengroß ist.

Vielleicht noch eine Größenordnung: Sie alle kennen diese Anlage in Chile. Siemens und Porsche sind daran beteiligt. Sie produziert aktuell 350 Liter an synthetischen E-Fuels. Was brauchen wir in Deutschland? Wir brauchen 230 Millionen Liter Benzin, Diesel und Kerosin. Das nur einmal als Größenordnung, damit Sie sehen, wo wir heute stehen, wenn wir anfangen wollten, wirklich alles über E-Kerosin zu machen. Das ist eine nicht zu vernachlässigende Aufgabe.

Ich komme zur Wasserstoffnachfrage in Baden-Württemberg. Auf dieser Folie sehen Sie die Industriesektoren und die energieintensive Nachfrage. Wir haben in Lila die Grundstoffchemie dargestellt, in Blau die Primärstahlherstellung, dann noch Nichteisenmetalle, Gas, Papier, Raffinerien etc. Man sieht, die energieintensive Industrie ist nicht in Baden-Württemberg. Die sitzt in Nordrhein-Westfalen und im Osten Deutschlands, z. B. Leuna in Bitterfeld. Baden-Württemberg war nie ein energiereiches Land. Die energieintensive Industrie hat sich immer woanders angesiedelt.

Was haben wir im Wesentlichen? Wir haben sechs Zementwerke, die Papierindustrie und die Glasindustrie. Ob wir bei dieser Industrie Wasserstoff brauchen und dann damit auch hinkommen, das ist umstritten. Klar ist: Die sogenannten No-Regret-Bereiche, in denen wir große Mengen an Wasserstoff brauchen, sind die Eisen- und die Stahlindustrie, die Chemieindustrie, also die Grundstoffchemie mit der Ammoniak- und der Methanolherstellung. Wir brauchen Wasserstoff im internationalen Flug- und im Schiffsverkehr. Wenn wir allerdings mehr als 1 000 km fliegen wollen, kommen wir mit Wasserstoff oder Batterien nicht hin. Dafür brauchen wir synthetische Kraftstoffe.

Eine große Nachfrage nach Wasserstoff besteht in Baden-Württemberg eigentlich nur in den Bereichen, die heute zumindest umstritten sind. Das sieht man auch. Blau ist der sogenannte Hydrogen Backbone, wie sich die Gasversorger in Europa und in Deutschland vorstellen, wo Wasserstoff fließt. Wir haben am Rhein die Achse nach Karlsruhe zur MiRO. Aber im Wesentlichen ist das alles von Baden-Württemberg weg, was auch rational ist. Wir brauchen große Transportleitungen auch für die Industrie. Davon ist Baden-Württemberg ein Stück weit weg. Insofern muss man sich schon überlegen, was Baden-Württemberg beim Thema Nachfrage macht.

Alle Klimaschutzszenarien gehen von einer stark sinkenden Nachfrage nach Gas aus. Selbst wenn wir noch Gas im Gebäude- und Wärmebereich sowie im Verkehr haben, wird das die Nachfrage nach Wasserstoff oder synthetischem Methan nicht mindern.

Wir haben ein relativ großes Problem: Wir investieren noch 1 Milliarde € in das Gasnetz. Es wird über einen langen Zeitraum abgeschrieben. Was haben wir dann? Hohe Investitionen – nicht abgeschrieben –, sinkende Nachfrage und steigende Fixkosten. Das ist ein Problem, das ich immer wieder etwas unterschätzt sehe.

Sie sehen auf dieser Folie die Entwicklung der Gaspreise im Jahr 2021, im vierten Quartal 2022 und im ersten Halbjahr 2023. Grün dargestellt ist die Beschaffung. Rot sind die Netzentgelte eingefärbt. Dann haben wir noch die Mehrwertsteuer und die Konzessionsabgabe. Gelb dargestellt ist der CO₂-Preis. Studien besagen, die Netzentgelte steigen um den Faktor 9 bis 16. Wenn Sie die 1,52 Cent mit dem jeweiligen Faktor multiplizieren, dann können Sie sich vorstellen, wo die Letzten im Gasnetz landen werden. Das ist ein ganz großes Thema. Beim CO₂-Preis haben wir den Faktor 6 bis 10. Entweder mutet man das den Kunden zu, oder man mutet es den Gasnetzbetreibern zu, die in öffentlicher Hand sind.

Die Politik muss sich entscheiden, ob sie das über Steuergelder finanzieren will oder ob sie die Kunden ein Stück weit in die hohen Preise hineinlaufen lässt. Wir brauchen in Deutschland einen Regulierungsrahmen. Er ist aber nicht für die Abnahme und den Rückbau von Verteilnetzen vorgesehen. Das ist ein großes Thema, das aus meiner Sicht noch unterbelichtet ist.

Ich komme zu meinen drei Schlussfolgerungen. Wir haben am Fraunhofer-Institut ISI das Prinzip einer Governance-Struktur. Das ist ein bisschen holzschnittartig. Man muss da ökonomisch optimieren.

Das erste Prinzip ist „Energy Efficiency First“. Das bedeutet, Energie zu sparen, wo es nur geht, kombiniert mit Materialeffizienz und Kreislaufwirtschaft; das ist ganz wichtig.

Die Dekarbonisierung des Stromsektors über erneuerbare Energien ist die zweite Priorität. Wir müssen, wo dies in der Anwendung möglich ist, bei der direkten elektrischen Nutzung vorangehen und Biomasse nutzen, wo wir sie haben. Aus nachhaltig hergestellter Biomasse kann man für Deutschland vielleicht 250 TWh gewinnen. Denken Sie aber an die 2 000 TWh, die wir brauchen. Nachhaltig hergestellte Biomasse müssen wir immer wieder auch unter den Kriterien der Nachhaltigkeit und Verfügbarkeit betrachten.

Dann haben wir noch die Nutzung von Wasserstoff und Derivaten, wenn die Umsetzung der anderen Prinzipien nicht funktioniert oder aus Akzeptanzgründen etwas dagegenspricht.

Last, but not least: Wir werden Treibhausgasneutralität aller Wahrscheinlichkeit nach nur über negative Emissionen erreichen. Das heißt, wir werden uns, wenn wir bis zum Jahr 2045 tatsächlich treibhausgasneutral werden wollen, über biogene Maßnahmen oder direkte Luftabscheidung anschauen müssen, wo wir CO₂-Emissionen haben, beispielsweise in der Zementindustrie und in der Landwirtschaft. Die direkte Luftabscheidung von CO₂ ist in Deutschland nicht sehr beliebt. Aber wir werden uns damit auseinandersetzen müssen, wenn wir Treibhausgasneutralität erreichen wollen.

Jetzt zu Baden-Württemberg und dem Thema Resilienz: Baden-Württemberg ist ein energiearmes Land; das muss man sich klarmachen. Wir sind in Sachen Energie sehr stark abhängig. Wir sind da auch von den Entscheidungen anderer Bundesländer und anderer europäischen Staaten abhängig. Das ist aus baden-württembergischer Sicht nicht witzig; denn wir müssen hoffen, dass sie das Entsprechende liefern. Man kann heute sehen: Investitionen in Wasserstoff erfolgen nicht in Frankreich, Spanien, Italien etc. Die Länder, die ihn eigentlich liefern sollten, investieren da heute relativ wenig.

Die beiden Strategien sind: Energieeffizienz steigern und Ausbau der erneuerbaren Energien, und zwar Wind und PV. Wir haben in Baden-Württemberg einen Vorteil, nämlich eine gute Tiefengeothermie. Sie ist heute wenig akzeptiert und wenig wirtschaftlich. Aber auch an sie müssen wir in Baden-Württemberg herangehen, wenn wir unabhängig werden wollen.

Die Flexibilität und Wasserstoff-Ready-Gaskraftwerke sind ein großes Thema. Wir brauchen Stromspeicher, die ebenfalls ein großes Thema sind.

Wenn wir in Baden-Württemberg beim Thema Energie unabhängig werden wollen, müssen wir uns darüber klar sein, dass wir einen höheren Preis bezahlen. Eine europäisch harmonisierte Energiestrategie ist deutlich günstiger als eine starke, auf Selbstversorgung ausgelegte Strategie in Baden-Württemberg. Da muss die Politik abwägen, was sie bereit ist, zu bezahlen.

Bei der Flexibilität sind wir noch nicht am Ende, u. a. bei der E-Mobilität, den Wärmepumpen sowie den Nah- und Fernwärmenetzen. Wir brauchen mehr Flexibilität auf der Anwendungsseite, um die erneuerbaren Energien besser zu integrieren. Das ist ein großes Thema. Baden-Württemberg muss Importstrategien und auch die Verfügbarkeit von Strom- und Wasserstoffnetzen sicherstellen. Insofern ist der Ausbau von Energiepartnerschaften ein großes Thema.

Strom hat hohe Wachstumsraten, genauso wie Wasserstoff. Wir reden immer von Wasserstoffimporten aus Südamerika, Afrika etc. Wasserstoff nimmt man immer aus Pipelines. Das ist viel wirtschaftlicher. Wir müssen die Wasserstoffstrategie aus meiner Sicht viel mehr auf Europa hin ausrichten. Derivate, z. B. E-Kerosin zum Fliegen, kann man relativ günstig transportieren. Aber beim Wasserstoff sollte man die europäische Karte viel stärker spielen.

Wir müssen bei Wasserstoffanwendungen eine Risikoabwägung machen. Für Baden-Württemberg habe ich das gezeigt. Das sind die Anwendungen, die in der Diskussion stehen: Brauchen wir Wasserstoff in der Gebäudewärme? Brauchen wir Wasserstoff im Verkehr? Brauchen wir Wasserstoff in Hochtemperaturanwendungen? Das muss man gut abwägen.

Eines ist klar: Baden-Württemberg ist bezüglich der Wertschöpfungskette bei den Wasserstoffkomponenten gut aufgestellt. Aus baden-württembergischer Sicht sollte man die Unternehmen beispielsweise beim Bau von Anlagen unterstützen.

E-Fuels und Derivate bei Pkws und Lkws sind eine ganz riskante Strategie, weil das relativ teuer ist. Wir haben, wie gesagt, eine große Nachfrage bei der Mobilität im Schiffs- und Flugverkehr. Aus meiner Sicht sollte die Priorität darauf liegen.

Aus baden-württembergischer bzw. badischer Sicht sollte man schauen, wie man den Raffineriestandort Karlsruhe in Richtung Wasserstoff, synthetische Produkte und E-Kerosin transformieren kann. Das ist in Bezug auf die Standortqualität ein wichtiges Thema.

Es braucht eine Transformation der Automobilwirtschaft in Richtung Elektromobilität entlang der gesamten Wertschöpfung, auch von Rohstoffen. Vielleicht können wir Lithium in den nächsten Jahren im Oberrheingraben abbauen.

Auch die Verteilnetze sollte man viel stärker berücksichtigen. Ich glaube, den meisten Leuten ist nicht klar, was da auf uns zukommt, weil rund 50 % der Gebäude über Gas-thermen geheizt werden. Insofern sollte die Politik schon ernst nehmen, was da passiert.

Neben aller Technologie – mein Vortrag war ja technologiebezogen – dürfen wir natürlich die Akzeptanz der Menschen nicht vergessen. Das haben wir in der Vergangenheit teilweise falsch gemacht. Es ist wichtig, Maßnahmen zu entwickeln, um die Menschen mitzunehmen und die Umgestaltung tragbar und akzeptierbar zu machen.

Damit bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit. Ich habe die 20 Minuten hoffentlich halbwegs eingehalten.

Vorsitzender Alexander Salomon: Schauen Sie mal links neben das Notebook. Jetzt sehen Sie es nicht mehr. Die Zeitanzeige war schon seit drei Minuten rot.

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall)

Aber da Sie sich bemüht haben, bin ich nicht weiter darauf eingegangen.

Wir kommen jetzt zur Fragerunde, für die wir 40 Minuten vorgesehen haben. Für die Fraktion GRÜNE hat sich Herr Abg. Poreski gemeldet. – Bitte sehr.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Liebe Sachverständige, Frau Professorin Feldmann und Herr Professor Wietschel, erst einmal herzlichen Dank für die jeweils sehr interessanten Darstellungen.

Ich habe eine Frage an Frau Professorin Feldmann. Sie haben das Thema Vulnerabilität sehr stark vertieft und zu Recht den Hinweis gegeben, dass ein wesentlicher Faktor, um sie zu reduzieren, Bildung ist – so möchte ich es kurz zusammenfassen –, also die Medienkompetenz aller Beteiligten. Wir nehmen das auf jeden Fall mit. Mich würde noch interessieren, welchen Beitrag Sharing-Plattformen oder auch Sharing-Economy zur Resilienz leisten könnten, wenn das ein Faktor ist, der da eine Rolle spielen kann.

Herr Professor Wietschel, zunächst einmal vielen Dank für die sehr pragmatische Abwägung und auch für die Hinweise, wofür Wasserstoff tauglich ist und wofür nicht. Zumindest wenn man eine Gesamtbetrachtung macht, bestätigt dies, dass es nicht sehr zielführend und nicht nachhaltig ist, beispielsweise Pkws mit Wasserstoff zu betreiben. Ich glaube, das ist ziemlich deutlich geworden. Aber ansonsten sollte man sehr differenziert und sehr diversifiziert an die Sache herangehen, also De-Risking statt Decoupling. Das haben Sie sowohl für den europäischen als auch für den deutschen Bereich ausgeführt. Da das nahtlos zu den anderen Vorträgen passt, habe ich es kurz angesprochen.

Uns würde noch interessieren, welche Maßnahmen von staatlicher Seite ergriffen werden können, um zumindest eine große Wahrscheinlichkeit dafür zu schaffen, dass die für eine klimaneutrale Energieversorgung notwendigen Technologien verstärkt aus Baden-Württemberg und aus Deutschland kommen. Das ist ein Resilienz- und natürlich auch ein Wirtschaftsfaktor.

Bei den Rohstoffen haben Sie Lithium angesprochen. Da würde mich interessieren, wie wir eine relative Resilienz, was die Versorgung mit Rohstoffen angeht, befördern können.

Vielen Dank.

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Herzlichen Dank auch von uns für die beiden Vorträge. – Ich habe zwei Fragen an Frau Professorin Feldmann. Sie haben eindrücklich gezeigt, dass die antisemitische Sprache während der Coronapandemie exorbitant zugenommen hat. Hat man erforscht, warum das der Fall ist und – das haben wir schon im dritten Handlungsfeld ein bisschen analysiert – was man dem entgegensetzen könnte?

Die zweite Frage: Uns interessiert natürlich – Sie haben das ein bisschen gestreift – die Rolle der künstlichen Intelligenz, auch positiv gesehen. Welchen Beitrag könnte die KI für eine krisenresilientere Wirtschaft leisten? Ich meine das eher als Chance. Was vermuten Sie, was sich da vielleicht in den nächsten Jahren ergibt?

Herr Professor Wietschel, herzlichen Dank auch an Sie. Das war sehr spannend. Vor allem für mich als Mitglied des Umweltausschusses war das super. Ich habe noch die Frage, welchen Risiken wir in Baden-Württemberg bei den Formen der Energiegewinnung in Ihren Szenarien noch mehr Beachtung schenken müssten. Sie haben uns ja verschiedene Szenarien vorgestellt. Gibt es noch Punkte in Bezug auf unsere Enquete, die wir bei unseren konkreten Handlungsempfehlungen ganz besonders beachten müssten?

Sollten wir, da wir beispielsweise auch den Klimawandel vor Augen haben, noch weitere Krisen beachten? Wir haben jetzt aufgrund des Ukrainekriegs die Abhängigkeitskrise und auch einen Anstieg der Energiepreise. Werden bei Ihnen in der Forschung im Bereich der Energiesicherheit auch Cyberangriffe oder ähnliche Aspekte mitberücksichtigt?

Herzlichen Dank.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Frau Professorin Feldmann, Sie haben davon gesprochen, dass sich die Upload- und Downloadarchitektur während der Pandemie im Verhältnis 1 : 10 verändert hat. Ich glaube, das spielt grundsätzlich auch für mobiles Arbeiten eine Rolle. Vielleicht könnten Sie noch etwas dazu sagen, was wir da in Zukunft noch kontinuierlich verändern müssen, ob wir da schon jetzt gut aufgestellt sind und ob sich das ausgleicht; denn in bestimmten Bereichen nehmen die Uploadvolumina ab, während sie an anderen Stellen zunehmen. Das würde mich noch etwas konkreter für Baden-Württemberg interessieren.

Was für Baden-Württemberg und möglicherweise auch für uns, wenn es um die Handlungsempfehlungen geht, wichtig sein könnte: Sie haben berichtet, dass ganz viel in Clouds gearbeitet wird. Ist es aus Ihrer Sicht notwendig, für Baden-Württemberg eine eigene Cloud zu entwickeln – ich sage das jetzt mal ein bisschen naiv –, um eben nicht in Abhängigkeiten zu geraten? Gibt es schon solche Strukturveränderungen? Vielleicht könnten Sie auch dazu noch etwas sagen.

Herr Professor Wietschel, möglicherweise haben Sie das schon gesagt. Aber ich war bei den Zahlen und den Modellen, die auf Deutschland und Baden-Württemberg gemünzt waren, ein bisschen am Hin- und Herspringen. Deswegen frage ich jetzt vielleicht etwas doppelt. Worin liegt insbesondere für Baden-Württemberg der Engpass? Es ist klar geworden, dass Stromtrassen und auch Wasserstoff-Backbones an Baden-Württemberg eher vorbeigehen. Dann kommt anderen alternativen Energiequellen möglicherweise eine größere Bedeutung zu. Sie haben die Tiefengeothermie genannt. Welches Potenzial haben wir da in Baden-Württemberg?

Sie haben auch Energieeffizienz genannt. Heute Morgen haben wir schon etwas von Energiesuffizienz gehört. Welches Effizienzpotenzial haben wir da in Baden-Württemberg? Ich glaube, das ist sehr schwierig, weil wir auf der einen Seite viel mit Strom machen wollen und auf der anderen Seite die Mobilität insgesamt sehr stromlastig sein wird. Das sind zwei Bereiche, die mich ganz speziell für Baden-Württemberg interessieren. Vielleicht könnten Sie das noch herunterbrechen.

Vielen Dank.

Abg. Carola Wolle AfD: Vielen Dank für die Vorträge. – Frau Professor Feldmann, Sie haben sehr viel über die Infrastruktur, die technischen Voraussetzungen, die Datenmenge – Upload und Download – gesprochen. Was müssen wir in Baden-Württemberg noch machen, damit das auch in Zukunft stabil bleibt?

Herr Professor Wietschel, ein Satz von Ihnen hat mich erschreckt; den habe ich auch mitgeschrieben. Sie haben gesagt, wir müssten dauerhaft rund die Hälfte des Stroms, der Energie importieren. Wenn das so ist, dann frage ich mich: Ist die Umstellung auf erneuerbare Energien, wie sie im Moment verläuft, überhaupt sinnvoll? Muss man an dieser Stelle etwas ändern?

Sie haben auch über Wasserstoff gesprochen. Wie lange reichen die Wasserstoffspeicher, wenn sie einmal installiert sind?

Wir machen uns ja von anderen Stromimporteuren abhängig. Ist das wirklich sinnvoll? Wir importieren insbesondere Atomenergie. Wie stehen Sie dazu, unsere Atomkraftwerke wieder laufen zu lassen?

Danke schön.

Vorsitzender Alexander Salomon: Gibt es aus der Runde noch weitere Fragen? – Ich habe noch zwei Wortmeldungen für die zweite Runde. Die nehme ich jetzt noch dran. Dann können wir die zweite Runde eventuell überspringen. – Frau Dr. Tröger, bitte, und danach Herr Dr. Müller.

Dr. Josephine Tröger, stellv. externes Mitglied: Frau Professorin Feldmann, Sie haben die Content-Moderation angesprochen; das fand ich ganz spannend. Haben Sie dafür konkrete Handlungsempfehlungen, und muss man dabei auch juristische Fragestellungen bedenken?

Meine zweite Frage geht in Richtung des ökologischen Bereichs. Der Hochlauf des Internets ist ja sozusagen ungebremsst. Haben Sie auch Empfehlungen, wie man damit umgeht, und wie nachhaltig ist das System?

Ich habe noch eine Frage an Herrn Wietschel. Sie haben den Punkt genannt, die Investitionen in Gasnetze zu senken. Was ist die Konsequenz daraus? Da war ja ein Risiko benannt.

Dann würde mich noch die Perspektive interessieren, wie man die Beziehungen gerade bei Wasserstoffimporten usw. sozial gerecht bzw. global gerecht ausgestaltet.

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Ich habe zunächst eine Frage an Frau Professorin Feldmann. Bei Ihnen habe ich eine ambivalente bis kritische Haltung zur Cloud herausgehört. Wenn wir das Thema Cloud mit der IT-Security verschneiden, sind dann die Cloud oder generell das Arbeiten über Clouds und gesicherte Datencenter nicht fast schon das einzige Vorgehen? Ich sehe das in der analogen Welt immer so: Mein wertvollster Besitz ist eine goldene Taschenuhr meines Opas. Die liegt in einem Bankschließfach; die liegt nicht bei mir zu Hause. Die Vorstellung, dass es sicherer ist, wenn wir das sozusagen dezentral bei uns haben, ist auch nicht die Lebenserfahrung, die ich aus der Zeitung wahrnehme. Insofern würden mich Ihre Gedanken zur IT-Security und zur Cloud interessieren.

Herr Professor Wietschel, erst einmal vielen Dank für Ihren sehr deutlichen Hinweis zur fehlenden Regulierung des Gasübergangs, der Gastransformation bzw. des Heruntermanagens auf Gas – egal, wie man das sieht. Das ist in der Tat eine Lücke. Ich komme von einem Infrastrukturunternehmen, von einem Strom- und Gasnetzbetreiber. Wir investieren noch in Gas. Da sind sicherheitsrelevante Investitionen in Gas notwendig. Es ist natürlich schon ein Thema, wie das weitergeht. Das war ein wertvoller Hinweis.

Zu Ihren Szenarien: Wenn man daran Spaß hat und sich erheitern möchte, dann schaut man sich Studien von 2000 an, wie man damals gesagt hat, wie die Energiewelt im Jahr 2020 aussehen würde. Das bringt einem vor allem Demut vor all solchen Modellen bei. Insofern die Fragen: Welche anderen Energiewelten sind möglich? Welche Dinge könnten, wenn wir an dieser Stelle ganz breit denken, da ganz außerhalb Ihres Dreiecks kommen? Denn eines ist sicher: So, wie Sie es gezeigt haben, wird es sicher nicht kommen – in allen Ehren; das ist einfach das Leben.

Das zweite Thema: Sie sagten zu der Elektrolyse, die Elektrolyseure gingen dahin, wo der Strompreis am günstigsten ist. Das wird nicht Süddeutschland, sondern Norddeutschland sein. Warum gehen die nach Norddeutschland? Eine fluktuierende Energiewirtschaft, die viel importiert – wir importieren schon heute drei Viertel unseres Energiebedarfs –, eine Stromwirtschaft in Norddeutschland ist ja nicht unbedingt die günstigste. Warum gehen die Elektrolyseure nicht nach Norwegen, sondern nach Norddeutschland? Das habe ich nicht verstanden. Sie gehen dahin, wo der Strompreis in Europa am günstigsten ist. Warum ist das Norddeutschland?

Und in gleicher Weise: Was ist mit der energieintensiven Industrie? Auch die geht doch eigentlich dahin, wo der Strompreis am günstigsten ist.

Ich komme zu meiner letzten Frage – das fand ich eigentlich sehr sympathisch –: Sie haben das Thema Kohleausstieg gar nicht erwähnt. Ich vermute, weil der Ausstieg automatisch kommt, wenn man einsteigt. Oder steht da eine Annahme zu einem forcierten, definierten Kohleausstieg dahinter? Vielleicht könnten Sie dazu noch ein paar Worte sagen.

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Müller. – Ich habe noch Wortmeldungen von Frau Abg. Wolle und Frau Abg. Staab. Wir machen das in dieser Reihenfolge.

Abg. Carola Wolle AfD: Ich hatte mir noch eine Frage für die zweite Runde für Sie aufgehoben, Herr Professor Wietschel. Es hieß ja, die Energiewende koste nicht mehr als eine Kugel Eis. Wir wissen jetzt, eine Kugel Eis ist ganz schön teuer geworden. Die Frage ist: Ist die Energiewende so, wie sie im Moment geplant ist, in Zukunft für die Bürger und die Industrie in unserem Land überhaupt noch bezahlbar?

Danke schön.

Abg. Christiane Staab CDU: Wir nennen uns ja Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“. Ich würde von Ihnen, Herr Professor Wietschel, gern beleuchtet haben, ob es krisenfest ist, wenn wir unseren Energiebedarf mit Strom decken wollen, gleichzeitig aber in Zukunft zumindest zu 50 % von Stromimporten abhängig sein werden.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich sehe keine weiteren Fragen in der Runde. Ich hoffe, es bleibt auch so, damit es keine zweite Runde gibt.

Ich gebe direkt an Frau Professorin Dr. Feldmann ab. Ihnen stehen zehn Minuten Zeit für die Beantwortung der Fragen, die an Sie gerichtet worden sind, zur Verfügung.

Sv. Frau Dr. Feldmann: Als Erstes zu der Frage, welche technischen Voraussetzungen man für das Internet der Zukunft braucht. Es ist extrem wichtig, dass jeder Bürger Zugang zu dieser Technologie hat. Das muss eine Grundvoraussetzung sein. Das ist ein Grundrecht. Aber es ist definitiv nicht überall gegeben.

Weiterhin müssen die Bandbreiten sowohl für den Up- als auch den Download in genügendem Maß vorhanden sein. Auch muss dies zu erschwinglichen Preisen gekauft werden können. Der normale DSL-Anschluss ist noch immer sehr viel preiswerter als ein Anschluss, bei dem man bidirektional dieselbe Bandbreite hat. Das wird aber für das Arbeiten gebraucht, um Homeoffice machen zu können. Das braucht man natürlich auch auf dem Dorf, wenn man die Leute dort ebenfalls mitnehmen will. Es reicht nicht, wenn das nur in den Städten vorhanden ist.

Zur Ambivalenz zwischen der Cloud und der IT-Security: Sie haben Ihre goldene Uhr weggeschlossen. Das macht man auch mit Daten, wenn man sie schützen will. Das Problem ist nur, dass diese Daten dann nicht mehr verfügbar sind. Das Problem bei der Sicherheit ist, dass man die Dienste so gut und so sicher wie möglich zur Verfügung haben will. Aber eines, was man im Internet lernt, ist, dass es absolute Sicherheit nicht gibt. Wenn es irgendwo eine Sicherheitslücke gibt, wird irgendjemand sie auch nutzen. Es gibt im Internet nichts, was es nicht gibt. Viel zu viele Leute haben schon gesagt: Nein, diesen Angriff wird es nicht geben, weil er sehr kompliziert ist. – Spätestens die Geheimdienste werden das machen. Aber schon vorher wird es beispielsweise irgendein Hacker tun. Eine absolute Sicherheit wird es nie geben.

Die Frage ist immer, für wen welche Lösung sinnvoll ist. Darauf wird es nie eine absolute Antwort geben, beispielsweise dass man die Daten immer nur zu Hause lagern, dass man in dem Unternehmen eine eigene IT haben oder dass man die Daten in eine Cloud legen sollte. Das hängt immer mit der vorhandenen Expertise zusammen. Wenn man relativ wenig IT-Expertise hat: Bitte lagern Sie die Daten in eine Cloud aus, weil die Wahrscheinlichkeit sehr viel größer ist, dass es dort besser sein wird. Aber zu glauben, nur weil die Daten in der Cloud sind, bedeute, man brauche keine IT- oder Sicherheitsexpertise, wird nicht funktionieren.

Man muss die digitalen Prozesse verstehen. Auch ein digitaler Prozess ist immer nur so gut wie der Prozess, der digitalisiert wurde. Wenn der Prozess sehr kompliziert und sehr unbändig ist, wird er nicht dadurch besser, dass man ihn ins Digitale holt. Nutzen Sie bitte die Digitalisierung, um Ihre Prozesse zu verschlanken und sich zu überlegen, wie viel Bürokratie Sie brauchen.

Cyberangriffe wird es immer wieder geben, auch auf die Energiewirtschaft. Daher sollte man möglichst für eine Trennung der Netze brennen. Man sollte nicht versuchen, die Energiewirtschaft aus Kostengründen ins Internet zu hängen. Es ist gut, wenn es Brandmauern gibt. Halten Sie sich an die!

Hierbei spielt auch die Globalisierung immer eine Rolle. Wenn alles in einem IT-System mit einer Authentifizierung ist und Passwörter abfließen, sind alle Passwörter und Dienste weg. Bei getrennten Domänen, mit getrennter Software, ist die Wahrscheinlichkeit, dass alles betroffen ist, sehr viel geringer. Das heißt, eine sinnvolle Unterteilung der verschiedenen Bereiche, eventuell mit unterschiedlicher Software und unterschiedlichen Kompetenzen, kann sehr nützlich sein, um Sicherheitsvorfälle zu begrenzen. Dafür gibt es in Häusern Brandtüren. Es gibt unterschiedliche Gebäude. Es wird nicht alles in einem gemacht.

Dann wurde gefragt, wie es mit der antisemitischen Sprache aussieht. Sie wächst; jedes Mal, wenn solche Ereignisse wie gerade geschehen, nimmt sie zu. Es wird weiter geschimpft werden. Was kann man dagegen tun? Da sind auch Sie gefordert, weil man Gesetze erlassen muss, die u. a. die Betreiber der jeweiligen Plattform mit in die

Verantwortung nehmen, um die schlimmsten Auswirkungen dieser Sachen einzuschränken.

Die freie Meinungsäußerung ist eine sehr wertvolle Sache, hat aber auch ihre Grenzen. Da braucht es den Gesetzgeber, um eine gewisse Begrenzung einzuführen und dafür zu sorgen, dass die Leute nicht nur anonym ihre Meinungen sagen und andere Leute fertigmachen können. Wir von der Forschungsseite schauen, was dort möglich ist und was man machen kann. Darum haben wir uns die Content-Moderation angeschaut: Was passiert, wenn Sachen in einem Bereich gebannt werden? Wo kommen sie dann wieder? Wo sieht man sie? Ja, das hat etwas geholfen.

Eine weitere Frage war, wie das mit der Medienkompetenz ist. Schauen Sie sich in Ihrem Umfeld um: Meinen Sie, alle verstehen, was in den Medien vor sich geht? Eigentlich gibt es viel zu wenig Medienkompetenz. Wir brauchen mehr. Vor allem müssen wir den Leuten sehr früh beibringen, was man glauben kann und was nicht, wie einfach es ist, Sachen zu fälschen, wie man Fälschungen und Fake News erkennen und wie man Sachen überprüfen kann. Das wird gebraucht. Alle Leute greifen auf Informationen zu, die überall vorhanden sind. Aber man muss unterscheiden, was richtig und was falsch ist. Man muss da mit einem kritischen Denken herangehen.

Diese Informationen werden auch von KI-Systemen wie ChatGPT etc. komplett verarbeitet und dann in einem immer einfacher zugänglichen Maß zur Verfügung gestellt. Es gibt neue Jobtitel wie „Prompt Engineers“, die mit bestimmten Begriffen versuchen, einen möglichst guten Text zu formulieren, der durchaus einen sehr guten Inhalt haben kann. Aber auch da muss der Gesetzgeber schauen: Wie viel davon ist eigene Leistung, wie viel davon ist kopierte Leistung, und was ist mit den Urheberrechten der zugrunde liegenden Daten? Trotzdem erleichtert das die Arbeit. Leute können plötzlich Texte formulieren, die sie vorher nie hätten formulieren können. Das wird ein Tool werden, genauso wie Google Search oder – – Entschuldigung, ich wollte hier natürlich kein Unternehmen nennen. Das ist eine Search Engine, ein Tool. Auch Tools können Sachen vereinfachen.

Dort werden Informationen ohne kritisches Denken erfunden; denn man kann zwei Sätze miteinander kombinieren, und es kommt ein wunderbar formulierter Satz dabei heraus. Nur hat er mit der Wahrheit nichts zu tun. Das heißt, man braucht ein gewisses kritisches Denken, um die Sachen zu überprüfen. Noch immer ist der Mensch für jeglichen Text, den er unterschreibt, verantwortlich.

Weiterhin kann KI auch dafür benutzt werden, jede Menge Daten im Umfeld von Industrie 4.0, im industriellen Umfeld zu analysieren, zu automatisieren, ihrer Herr zu werden und Pattern zu erkennen. Damit können elektronische Geräte, die dabei sind, kaputtzugehen, früher erkannt werden. Es gibt unwahrscheinlich viele Anwendungen, beispielsweise in der Medizin. Man kann damit erkennen, ob es ein Tumor ist oder nicht. Die Bilderkennung ist sehr viel besser als jegliche andere Systeme. Filme und

Fotos werden sich verändern. Dort werden sich noch unwahrscheinlich viele Sachen tun.

Die virtuelle Realität bietet Chancen. Wir werden in der Zukunft ganz anders miteinander interagieren, wenn wir uns im elektronischen Umfeld treffen. Das sind Chancen, auch für Unternehmen. Im Cyber Valley gibt es jede Menge Experten – nutzen Sie sie! Bringen Sie sie mit den Daten in den Unternehmen in Verbindung, um in die Zukunft zu gehen!

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Professorin Dr. Feldmann. – Dann gehen wir weiter zu Herrn Professor Dr. Wietschel. Auch Sie haben für die Beantwortung der Fragen zehn Minuten Zeit.

Sv. Herr Dr. Wietschel: Nur zehn Minuten für so viele Fragen. Ich versuche dann mal zu bündeln und beginne mit der Frage nach dem Blick in die Zukunft. Wir machen keine Prognosen. Wir wissen, dass wir uns irren. Wir versuchen, Szenarien und möglichst viele unterschiedliche Zukunftsbilder aufzubauen. Wir wissen, die Zukunft, die wir in diesen Szenarien zeichnen, wird auf alle Fälle anders sein. Aber was wollen wir denn machen? Wir brauchen eine Vision und auch Unterstützung bei der Transformation in Richtung einer klimafreundlichen Energiewirtschaft.

Wir müssen uns klarmachen: Mit den Geschwindigkeiten, mit denen wir heute arbeiten, werden wir die Treibhausgasneutralität im Jahr 2045 nicht erreichen. Ich habe ja gesagt, wir müssen die erneuerbaren Energien, Wind etc., enorm ausbauen. Wenn wir uns einmal die Wachstumsgeschwindigkeit bei solchen Technologien in der Vergangenheit anschauen, dann stellen wir fest, dass wir viel schneller werden müssen. Es ist eine Herausforderung für die Politik, sich das anzuschauen. Die Politiker müssen – das wird immer schwieriger – auch in unsicheren Situationen schneller entscheiden, wenn wir das Thema der Treibhausgasneutralität ernst nehmen wollen. Das haben wir noch nicht verstanden.

Ich sehe immer wieder, wie lange die Politik über bestimmte Sachen diskutiert. Dafür haben wir einfach nicht die Zeit. Ich verlasse jetzt einmal meine Position als Wissenschaftler und sage als Bürger: „Ich bin darüber sehr besorgt. Wie das alles zusammenpassen soll, kann ich nicht erkennen.“

Der zweite Punkt: 50 % Eigenversorgung wären super. Wir haben heute allerdings nur einen Anteil von 20 %. Wir sind heutzutage sehr von allen Energieträgern abhängig. Wenn wir wirklich auf 50 % Eigenversorgung kommen würden, wären wir schon deutlich resilienter; das muss man einfach so sehen.

Zum Thema „Neue Technologien“: Ja, es wird neue Technologien geben. Ich erinnere mich noch daran, was ich vor drei, vier Jahren zu Batterietechnologien gesagt habe, und sehe, wo wir da heute stehen. Ich habe die Geschwindigkeit der Entwicklung total

unterschätzt. Da geht sehr viel. Wenn wir organische Fotovoltaik hinbekommen würden, könnten wir die Anlagen auch überall an Häuserwänden anbringen. Es gibt noch einiges an technologischen Entwicklungen. Ich nenne nur die Supraleiter, zu denen es gerade wieder einige Veröffentlichungen gegeben hat. Wir verlieren ungefähr 5 bis 6 % der Energie durch den Transport in Stromleitungen. Wenn wir diesen Verlust über Supraleiter auf fast null Prozent senken könnten, dann wäre das ein Riesengewinn. Wir haben noch einiges an technologischen Optionen.

Damit komme ich zum Thema Atomenergie. Über die Fusionsforschung wird gerade wieder groß diskutiert. Wenn ich daran denke: Seit 40 Jahren sagt man, dass man in 40 Jahren den ersten kommerziellen Reaktor am Netz hat. Dann haben wir aber nur einen Reaktor. Wir haben nicht die Zeit, bis diese Reaktoren energiewirtschaftlich eine Rolle spielen. Wir können nicht noch 40 Jahre auf diese Technologie warten, die dann auch noch erst hochlaufen muss. Durch den Ausstieg aus der Atomenergie haben wir volkswirtschaftliches Kapital vernichtet und die Stromkosten nach oben getrieben. Das muss man natürlich gegen das Risiko abwägen.

Neubau Atomkraftwerke: nein. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in Hinkley Point in England, in Flamanville und in Finnland muss man sagen, dass dies deutlich teurer ist als die Strategie, auf erneuerbare Energien und Speicher zu setzen. Wir können – wie die Engländer – sagen, dass wir sehr viele Windkraftanlagen haben. Akzeptanzprobleme haben alle Atomkraftwerksprojekte, die heute laufen. Die Kosten für Strom liegen da über 12, 13, 14 Cent pro Kilowattstunde.

In den USA werden Atomkraftwerke zwar von der Politik und der Bevölkerung unterstützt, aber so gut wie keine gebaut. Neue Atomkraftwerke gibt es heutzutage nur noch in liberalisierten Märkten; in denen wird zugebaut. Aber das sind schon sehr spezielle Märkte.

Ich kann auch aus rein wirtschaftlicher Perspektive nicht nachvollziehen, wenn man sagt, man will den Ausbau der erneuerbaren Energien aus verschiedenen Gründen nicht. Wir müssen aber Klimaschutz betreiben. Da gibt es verschiedene Abwägungsprozesse.

Zu der Frage nach den Elektrolyseuren: Sie gehören nach Skandinavien, beispielsweise nach Norwegen, und auch in andere Länder wie Spanien und Italien. Wenn wir in Deutschland Elektrolyseure brauchen – wir brauchen sie in einem fluktuierenden Energiesystem –, dann eher in Norddeutschland. Wir haben in Norddeutschland auch das Thema Wasserstoffspeicher.

In Sachen Kohleausstieg haben Sie recht: Wenn wir treibhausgasneutrale Szenarien rechnen, müssten wir früher als 2028 aussteigen. Sonst bekommen wir das Ganze nicht hin.

Die Risiken sind angesprochen worden. Eines der ganz großen Risiken ist, dass wir bei neuen Energietechnologien sehr von China abhängig sind. China exportiert schon heute auch Fotovoltaikanlagen und Offshore-Windanlagen nach Europa. Noch vor einem Jahr haben wir gesagt, wir in Deutschland und in Europa sind bei Elektrolyseuren führend. Aber auch China setzt jetzt sehr stark auf die Elektrolysestrategie. Die Chinesen machen das und können das auch. Die Wirtschaft dort wird extrem vom Staat gelenkt. Die Chinesen setzen strategisch ganz stark auf viele erneuerbare Bereiche und Energietechnologien. Wir verlieren ein Stück weit immer mehr den Anschluss. Das ist ein großes Risiko.

Wenn es tatsächlich zu einem Taiwankonflikt kommt und wir dann keine Energietechnologie mehr aus China importieren wollen, ist unsere aktuelle Energiewende ganz stark gefährdet. Das ist ein sehr großes Risiko. Insofern muss man auch nach China schauen.

De-Risking heißt, auch von China zu lernen. Die Chinesen machen sich ganz stark von allen Rohstoffimporten unabhängig. Natürlich verarbeiten sie auch Rohstoffe. Natrium-Ionen-Batterien beispielsweise beinhalten überhaupt keinen kritischen Rohstoff mehr – kein Kobalt, kein Mangan und kein Nickel mehr, sondern nur noch Natrium. Woher kommt die Technologie? Aus China.

Die Chinesen machen sich sehr stark unabhängig. Insofern sollten wir auch nach China schauen. Wir können und werden das Wirtschaftssystem von China nicht kopieren. Ich glaube aber, irgendwann einmal werden wir auch in Deutschland nicht darum herumkommen, das Thema Industriepolitik anders zu fassen. Wir sind inzwischen keine so große Volkswirtschaft mehr. Ob wir es mit unserem Finanzbudget, das wir zur Verfügung haben, und mit unseren Arbeitskräften schaffen, immer alle Technologien gleichrangig offenzuhalten, darüber muss man noch einmal diskutieren.

Das Thema Sicherheit hat Frau Feldmann schon angesprochen. Unsere Stromnetze sind sehr stark angreifbar, und zwar durch Hacker- und physische Angriffe, aber auch durch Naturkatastrophen. Da wird in Zukunft noch einiges auf uns zukommen. Wir haben es bei der Gaspipeline Nord Stream 2 und jetzt bei Finnland gesehen. Auch das sind ja vielleicht Angriffe gewesen. Die Sicherheit unserer Stromnetze ist ein Riesenthema.

Rohstoffe: Wir sind kein sehr rohstoffreiches Land und müssen insofern das Recycling noch mehr voranbringen. Des Weiteren müssen wir uns überlegen, vielleicht auch in Technologien zu gehen, bei denen wir nicht mehr so abhängig sind. Ich habe gerade die Natrium-Ionen-Batterie genannt. Auch die Lithium-Eisenphosphat-Batterie bietet Vorteile hinsichtlich der Rohstoffe.

Im Energiebereich ist Kupfer aus meiner Sicht der kritischste Rohstoff. Wir haben zwar jede Menge davon. Aber wir müssen auch schauen, wo wir in Zukunft noch überall

Kupfer brauchen. Insofern ist Kupfer ein ganz kritischer Rohstoff. Gerade bei der Energiewende ist das ein sehr wichtiges Thema.

Ich möchte jetzt auf die Situation in Baden-Württemberg zu sprechen zu kommen. Wenn man mehr in Richtung Tiefengeothermie gehen will, muss man sich darüber klar werden, dass sie ein bisschen darunter leidet, dass wir die erneuerbaren Energien über die Kilowattstunde fördern. Bei der Tiefengeothermie ist das Fündigkeitsrisiko das Problem. Wenn man falsch bohrt, verliert man Geld. Man muss quasi die Fündigkeit bezahlen. Es besteht das Risiko, an falschen Stellen zu bohren.

Bei der Tiefengeothermie spielt auch die Akzeptanz eine wichtige Rolle. Die Tiefengeothermie ist aufgrund verschiedener Vorkommnisse, die es gab, in der Bevölkerung nicht akzeptiert. Insofern muss man hier die Akzeptanz und auch generell das Thema Tiefengeothermie angehen.

Damit komme ich wieder zu den 50 % Eigenversorgung zurück. Um diese zu erreichen, müssen wir in Deutschland alle erneuerbaren Energien ausbauen, was nur geht. Wir schauen uns in unseren Studien an: Wie kann man beispielsweise eine Fläche von 6 mal 6 km nutzen? Sind Gebäude darauf? Steht da etwas unter Naturschutz, oder ist da noch irgendetwas anderes? Die 50 % Eigenversorgung erreichen wir nur dann, wenn wir alles, was wir uns vorstellen können, ausbauen – und das ist brutal. Dafür ist einiges an Ambitionen notwendig. Auch in Baden-Württemberg müssen wir da Gas geben. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist Baden-Württemberg nicht Klassenbester, würde ich mal sagen. Da muss noch viel getan werden.

Wenn man sich das Ganze einmal rein aus der Wirtschaftlichkeitsperspektive anschaut und Wirtschaftlichkeitsvergleiche macht, dann sieht man, in welchen Branchen im Energiebereich in Zukunft das meiste Geld verdient wird. Das ist im Bereich der Energieeffizienz. Da fließt jede Menge Geld hinein. Da sind baden-württembergische Unternehmen zum Teil sehr gut aufgestellt. Ich glaube, man muss beides miteinander kombinieren.

Eine sozial gerechte Wasserstoffversorgung ist ein schwieriges Thema. Wir glauben immer, wenn wir nur mit Investitionen winken, werden Länder sehr erfreut etwas machen. Mein Lieblingsbeispiel ist Namibia. Auch dort haben wir Wasserstoffprojekte. Man muss sich das einmal vorstellen: Mehr als die Hälfte des Stroms von Namibia wird importiert. Woher importieren die den Strom? Das ist Kohlestrom aus Südafrika. Man muss sich nur einmal vor Augen halten, wie häufig der Strom in Namibia ausfällt. Die Hälfte der Bevölkerung in Namibia hat überhaupt keinen Strom, keinen Zugang zu Strom. Wir meinen, wir könnten jetzt einfach da hingehen, Windkraft- und PV-Anlagen an guten Standorten ausbauen und den Strom dann nach Deutschland exportieren. Ich weiß nicht, ob die lokale Bevölkerung damit einverstanden wäre. Wir machen viele Reisen in solche Länder, weil gerade Wasserstoff und Wasserstoffderivate wichtige Themen sind. Man muss sehr genau auch die Win-win-Situation in den jeweiligen Ländern berücksichtigen. Man hat in der Vergangenheit geglaubt: Wenn man mit großen

Investitionen kommt, dann werden die schon etwas machen. Da bin ich allerdings ein bisschen kritisch.

Noch eine letzte Anmerkung dazu: Wir glauben immer, dass wir den Wasserstoff und die synthetischen Produkte zu den Herstellkosten bekommen. Bei allen Studien, die ich kenne, wird ausgerechnet: Was kostet eine Windkraftanlage? Was kostet CO₂? Was kostet ein Elektrolyseur? Was kostet Wasser? Man kennt die durchschnittlichen Herstellkosten dafür und glaubt, dass man das entsprechende Produkt auch zu diesem Preis bekommt. Nein! Aramco, der saudi-arabische Gas- und Ölkonzern, hat im vergangenen Jahr 131 Milliarden € Gewinn gemacht – nicht Umsatz! Das ist mehr als das Bruttosozialprodukt von 130 Ländern dieser Welt. Wir dürfen nicht glauben, dass Saudi-Arabien so nett ist und sagt: „Wir verkaufen euch unseren Wasserstoff oder unser E-Kerosin zu den Herstellkosten.“ Ich glaube, da wird es noch viel Realitätssinn brauchen, um tatsächlich dahinzukommen.

Unsere Studien gehen davon aus, dass wir die industrielle Wettbewerbsfähigkeit unserer Stahl- und Chemieindustrie, die für uns wichtig ist, erhalten. Aber es besteht durchaus die Gefahr, dass sie abwandert. Die Vereinigten Arabischen Emirate beispielsweise wollen nicht unbedingt Wasserstoff exportieren, sondern vielleicht Stahl exportieren oder Vorprodukte wie Eisenschwamm herstellen. Wir befinden uns in der Gefahr, bei der Wertschöpfungskette immer mehr an das Ausland zu verlieren. Unsere Szenarien waren da immer optimistisch. Wir haben gesagt, wir versuchen, die industrielle Basis in Deutschland zu erhalten. Man kann durchaus einmal darüber diskutieren, wie viel der Wertschöpfung wir vielleicht aufgrund der Energiekosten verlieren.

Mein letzter Punkt: Die Transformation des Energiesystems kostet Geld. Alle Studien sind sich aber darüber einig: Wenn wir den Klimawandel nicht aufhalten, kostet uns das noch viel, viel mehr. Wir werden in Zukunft vielleicht 1 bis 2 % des Bruttosozialprodukts verlieren. Aber wenn der Klimawandel kommt, wie ihn 99 % der Experten vorhersagen, und wir nichts dagegen tun, werden wir 15 % des Bruttosozialprodukts verlieren. Diese Rechnung ist relativ einfach. Das ist nicht schön. Die Strompreise werden künftig nicht mehr steigen, aber auch nicht sinken. Wir haben natürlich Transformationsaufgaben. Als Ökonom muss ich sagen, dass die Kosten aufgrund des Klimawandels viel höher sein werden, wenn wir da nicht gegensteuern.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Gibt es aus der Runde noch Fragen? – Es gibt noch eine Frage von Frau Abg. Wolle von der AfD-Fraktion. – Bitte.

Abg. Carola Wolle AfD: Noch einmal zur Atomkraft: Dass man keine neuen Atomkraftwerke mehr baut, ist klar. Aber es gibt Expertisen, die besagen, dass es sinnvoll wäre, die alten wieder anlaufen zu lassen. Halten Sie das für sinnvoll?

Sv. Herr Dr. Wietschel: Wie gesagt: Das ist ein Abwägungsprozess. Ich bin kein Fachmann dafür. Ich weiß nicht, was es kosten würde, wenn man die Atomkraftwerke, die heruntergefahren worden sind, jetzt wieder hochfahren würde. Das müsste man

Fachleute fragen. Ich glaube, man muss die Debatten darüber irgendwann einmal beenden. Die Verunsicherung in der Bevölkerung ist inzwischen sehr groß. Wir überfrachten sie mit sehr vielen Themen. Was mir ein Stück weit Sorge macht, ist, dass wir die Bevölkerung verlieren. Die Akzeptanz geht immer stärker zurück. Die Frage, wie wir das mit der Notwendigkeit des Wandels zusammenbringen wollen, das besorgt mich, muss ich ganz ehrlich sagen. Man hat das ja auch an den Wahlergebnissen gesehen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Es gibt keine weiteren Fragen aus der Runde. – Ich bedanke mich vielmals bei Ihnen, Frau Professorin Dr. Feldmann und Herr Professor Dr. Wietschel, für Ihre Beiträge zur Enquetekommission.

(Beifall)

Im Juli nächsten Jahres werden wir den Abschlussbericht mit den Handlungsempfehlungen hier im Parlament beraten. Da wird sicherlich auch das eine oder andere dabei sein, was Sie uns heute gesagt und geraten haben.

Ich mache jetzt, weil wir ein bisschen in Zeitverzug sind, direkt mit Herrn Professor Dr. Burkhard Pedell weiter. Er ist Inhaber des Lehrstuhls für Controlling und stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor des Zentrums für interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung an der Universität Stuttgart sowie Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Deutschen Instituts für Interne Revision. – Sie dürfen gern hierbleiben, Frau Professorin Dr. Feldmann und Herr Professor Dr. Wietschel, und sich das noch weiter anhören. – Sie haben jetzt 20 Minuten Zeit, Herr Professor Dr. Pedell.

(Eine Präsentation [Anlage 6] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv Herr Dr. Pedell: Danke schön. – Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder der Enquetekommission, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für Ihre Einladung und die Gelegenheit, meine Sicht auf das Thema „Krisenfeste Wirtschaft und Gesellschaft“ zu richten, bedanke ich mich sehr herzlich.

Entsprechend meiner Homepage werde ich eine betriebswirtschaftliche Sicht auf das Thema einnehmen. Das ist vom Fokus her ein bisschen anders als das, was wir bislang heute gehört haben. Es sind aber viele vertraute Themen. Ausgehend von einem Bezugsrahmen, der die Kernelemente eines resilienten Unternehmens enthält, werde ich einordnen, an welchen Stellen man welche Maßnahmen zur Resilienzsteigerung ansetzen kann. Dann werde ich daraus einige ausgewählte konkrete Handlungsempfehlungen ableiten.

Zu Beginn möchte ich den Blick in die Vergangenheit auf ein Ereignis richten, das für mich persönlich eine Initialzündung war, mich mit dem Thema „Krisen und Resilienz“

intensiv zu beschäftigen. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben auf dramatische Weise gezeigt, wie verletzlich Unternehmen gegenüber unerwarteten Ereignissen sind.

Morgan Stanley hatte damals seine Büros im Südturm des World Trade Centers. Rick Rescorla, der Sicherheitschef von Morgan Stanley, hatte nach dem früheren Bombenanschlag auf das World Trade Center 1993 intensiv die Evakuierung der Belegschaft geplant und geübt. Am Morgen des 11. September, nachdem das erste Flugzeug in den Nordturm geflogen war, widersetzte er sich der dringenden Bitte der New York Port Authority, den Südturm nicht zu verlassen, und begann sofort, die Belegschaft zu evakuieren. Eine Viertelstunde später traf das zweite Flugzeug den Südturm. Der allergrößte Teil der Belegschaft von Morgan Stanley überlebte dank der Vorbereitungen und der Geistesgegenwart von Rick Rescorla.

Morgan Stanley war auch organisatorisch besser vorbereitet als die meisten Unternehmen, was das Zitat von Bob Scott, damals Chief Operating Officer von Morgan Stanley, verdeutlicht. Es zeigt auch gut die Ambivalenz von Resilienz.

Aus dem Umgang von Morgan Stanley mit den Ereignissen des 11. September lassen sich einige Implikationen dafür ableiten, welche Kernelemente resiliente Unternehmen auszeichnen. Resiliente Unternehmen sind auf die Antizipation von Ereignissen und Entwicklungen fokussiert, die ihre essenziellen Funktionen gefährden können. Das setzt voraus, dass man seine essenziellen Funktionen erst einmal kennt, was gar nicht so selbstverständlich ist. Daraus leitet sich konsequent Prävention ab: durch die Vermeidung von Risiken und die Vorsorge gegen die Folgen eines Risikoeintritts wie beispielsweise das Vorhalten von Back-up-Standorten sowie das Planen und Üben für den Eintritt von Krisen, in diesem Fall die schnelle Entscheidung zur Evakuierung, die vorher – ich werde nicht müde, es zu betonen – mehrfach geübt worden war. Darüber hinaus sind resiliente Unternehmen in der Lage, aus Krisensituationen zu lernen und sich an veränderte Gegebenheiten anzupassen.

Resilienz steht vielfach im Konflikt mit effizienzbezogenen Zielen. Das Zitat von Bob Scott: „Multiple backup sites seemed like an incredible extravagance“ macht dies deutlich. Wir müssen akzeptieren, dass Resilienz in vielen Fällen nicht umsonst zu haben ist.

Resilienz ist auch nicht einfach zu messen. Das ist gerade aus einer betriebswirtschaftlichen Steuerungsperspektive heraus wichtig. Wer hätte den Wert der Back-up-Standorte von Morgan Stanley vor 9/11 tatsächlich einschätzen können? Daher ist es leider auch nicht einfach, den Aufbau von Resilienz in Organisationen zu steuern und zu motivieren. In jedem Fall wird ein klares Verständnis davon vorausgesetzt, was organisatorische Resilienz ist und welche ihre Kernelemente sind.

In der Literatur dominiert ein Verständnis von organisationaler Resilienz als Fähigkeit. Genauer geht es um die Fähigkeit einer Organisation, mit unerwarteten und existenzbedrohenden Ereignissen und Entwicklungen auf eine robuste und adaptive, anpassungsfähige Art und Weise umzugehen und daraus Kompetenzen aufzubauen, welche die Agilität und Wettbewerbsfähigkeit der Organisation erhöhen. Das ist gewissermaßen ein bisschen ein engeres Verständnis als bei den vielen Themen, die wir heute schon gehört haben und bei denen es darum geht, allgemein die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Insofern habe ich einen etwas engeren Blick auf das Thema, das ich heute mitbringe. Daher ist das vielleicht eine ganz gute Ergänzung.

Es geht aber nicht nur um Einzelereignisse, sondern auch um schleichende Entwicklungen, welche die Substanz einer Organisation allmählich aushöhlen können. Der Verlust an Innovationskraft etc. sind typische Dinge, beispielsweise wenn ein Kosteneinsparprogramm das nächste jagt. Es geht auch nicht nur darum, nach einer Krise zwingend in den Ausgangszustand zurückzukehren, sondern sich anzupassen und im Idealfall besser dazustehen als vor der Krise, also „bounce back and thrive“.

Ausgehend von diesem Grundverständnis von Resilienz haben wir in den vergangenen Jahren in unserem Corporate Resilience Lab an der Universität Stuttgart einen Bezugsrahmen entwickelt, der die Kernelemente enthält, die die Unternehmen benötigen, um resilient zu sein. Die Unternehmen werden dabei unterstützt, nicht nur Einzelmaßnahmen zu verfolgen – viele Unternehmen sind bei vielen Einzelmaßnahmen hervorragend aufgestellt –, sondern auch schlüssige Resilienzprogramme aufzustellen, um wirklich alle Themen abzudecken. Ich stelle Ihnen diesen Bezugsrahmen vor, um mögliche staatliche Maßnahmen der Resilienzförderung danach zu strukturieren, an welchen Elementen von Resilienz Sie den Hebel ansetzen sollten. Gestatten Sie mir, da ein bisschen weiter auszuholen.

Wenn wir auf die Zielebene schauen, wird die Ambivalenz von Resilienz deutlich. Einerseits soll diese langfristig auf einen nachhaltigen Unternehmenserfolg einzahlen. Andererseits können insbesondere kurzfristig auch Zielkonflikte mit effizienzbezogenen Zielen bestehen. Das wird noch deutlicher, wenn ich gleich noch auf die Ressourceneigenschaften zu sprechen komme.

Konkreter wird die Aufgabenebene, die zeigt, welche Aufgaben von Resilienz das Management abdecken muss. Das gilt auch für die Ressourcenebene, die zeigt, welche Eigenschaften von Ressourcen und welche Kompetenzen benötigt werden, um ein Unternehmen resilient zu machen. Beide Ebenen bieten Ansatzpunkte für staatliche Unterstützungsmaßnahmen, weshalb ich diese beiden Ebenen etwas ausführlicher erläutere.

Auf der Aufgabenebene geht es zunächst einmal darum, seine essenziellen Funktionen, Prozesse und Ressourcen zu kennen, was erfahrungsgemäß nicht selbstverständlich ist, und dann im zweiten Schritt zu antizipieren, welche Ereignisse und Ent-

wicklungen diese essenziellen Funktionen, Prozesse und Ressourcen erheblich beeinträchtigen können. Auf dieser Basis sind dann Maßnahmen zur Vermeidung von Ereignissen und Entwicklungen oder, wenn dies nicht möglich oder nicht wirtschaftlich ist, zur Vorsorge gegen ihre Folgen zu entwickeln.

Insbesondere aufgrund von völlig unbekannten Risiken, den sogenannten „unknown unknowns“, kann es trotzdem zu Krisenfällen kommen. Das ist das, womit Sie sich hier auseinandersetzen: Wir wissen eben nicht, was als Nächstes kommt. Trotzdem gilt es, sich auch darauf präventiv vorzubereiten. Selbst wenn nicht bekannt ist, was auf einen zukommt, lassen sich Krisenfälle durch Blaupausen für Krisenorganisationsstrukturen – Abläufe, Maßnahmen und Kommunikationswege – wirksam vorbereiten und entsprechend einüben.

Die letzte Aufgabe des Resilienzmanagements ist die Gewinnung von Wettbewerbsvorteilen, gerade aus der Bewältigung von schwerwiegenden Ereignissen und Entwicklungen. Dies wird nach meinem Eindruck bislang noch immer nur von relativ wenigen Unternehmen systematisch verfolgt und konsequent gelebt. Das ist einerseits nachvollziehbar, weil der Fokus in Krisensituationen zunächst einmal auf die Aufrechterhaltung der essenziellen Funktionen und Prozesse im Unternehmen gelegt wird. Andererseits ist es umso wichtiger, diese Aufgabe bereits bei der Vorbereitung der Krisenreaktion routinemäßig mitzufahren, und sei es nur, dass man sagt: „Denkt daran! Überlegt euch das systematisch! Nehmt euch jetzt die Zeit! Wie könnt ihr aus dieser Krise jetzt auch eine Chance machen?“

Dies geschieht z. B. durch eine Änderung von Geschäftsmodellen und die Weiterentwicklung von Produkten. Nur dann, wenn wir schon bei Eintritt der Krise konsequent in diese Richtung denken und wir auch die notwendigen Ressourcen haben – auch das muss natürlich vorbereitet sein –, können wir die fünfte Aufgabe bewältigen.

Auf der Ressourcenebene hat die Forschung insbesondere zwei Eigenschaften identifiziert, die Unternehmen resilient machen: Redundanz und Flexibilität.

Redundanz tritt in unterschiedlichen Formen auf, z. B. in Form von Lagerbeständen und Produktionskapazitäten, die wir als Puffer halten, als Multiple Sourcing in der Beschaffung – das haben wir heute schon angesprochen – oder wenn IT-Systeme und Wissensbasen dupliziert werden.

Flexibilität kann sich auf den Umfang der Produktion oder die Einsatzmöglichkeiten von Ressourcen beziehen: Flexibilität auf Ebene einzelner Ressourcen, einzelner Mitarbeitenden, einzelner Maschinen etc. Dies wird benötigt, um Flexibilität auf höherer Ebene zu erreichen, z. B. die Flexibilität, den Produktmix zu ändern oder neue Produkte kurzfristig ins Produktionsprogramm aufzunehmen, wenn eine Krisensituation das erfordert. Ergänzt wird das Ganze durch das Thema „Schnelligkeit im Erkennen und Handeln“ sowie durch Lern- und Wandlungsfähigkeit.

Überlegt man sich nun, an welchen Stellen staatliche Maßnahmen ansetzen können, so könnte man auf der obersten Ebene alles hinzunehmen, was die finanzielle Situation der Unternehmen und ihre Wettbewerbsstärke verbessert. Ich möchte das aber bewusst nicht tun, um das Thema „Förderung von Resilienz, von Krisenfestigkeit“ nicht zu überfrachten.

Ich sehe auch ein bisschen die Gefahr, dass die Kernaspekte der Förderung von Krisenresilienz zu sehr in den Hintergrund gerückt werden, wenn Maßnahmen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, beispielsweise eine Steuersatzsenkung oder Ähnliches, adressiert werden. Diese erhöhen zwar zweifelsohne die Resilienz von Unternehmen, setzen aber nicht konkret an den Aufgaben und den Eigenschaften an.

Ich möchte mich im Folgenden auf diese zwei Ebenen konzentrieren und Ihnen einen Überblick geben, der natürlich nicht vollständig ist, Ihnen aber zeigen soll, dass die staatlichen Maßnahmen an allen Punkten ansetzen können, die für die Resilienz von Unternehmen relevant sind. Ich habe das ganz pragmatisch in mehrere Gruppen unterteilt.

Beim Kernbereich staatlicher Aktivitäten, z. B. Investitionen, Verwaltungshandeln und Regulierung, sehen wir Investitionen in die Zuverlässigkeit staatlicher Infrastruktur. Das hatten wir heute noch gar nicht so explizit. Ich glaube aber, das ist ein wichtiger Punkt, auf den ich gleich noch einmal zu sprechen kommen werde. Diese Aktivitäten setzen an allen möglichen Punkten an und ermöglichen es, die Resilienz zu erhöhen.

Vorhersehbares und verbindliches Handeln in der Verwaltung und bei der Regulierung erleichtert vor allem Antizipation und die schnelle Reaktion im Krisenfall. Die Entlastung von Bürokratie – auch das wurde heute schon adressiert – ermöglicht schnelleres Handeln und Verändern und stützt damit Krisenreaktionen und die Gewinnung von Wettbewerbsvorteilen.

Ähnlich lassen sich positive Einflüsse für den Bereich „Information und Weiterbildung“ pragmatisch zusammengefasst aufzeigen. Verbesserte Informationsflüsse im Vorfeld von und während Krisensituationen – in den schriftlichen Stellungnahmen der Verbände ist angesprochen worden, dass die Kommunikation auch hätte besser sein können – wirken sich positiv auf alle Aufgaben in diesen Phasen aus. Weiterbildung in den Bereichen Resilienz und Krisenbewältigung kann alle Aufgaben des Resilienzmanagements unterstützen und insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen eine wirksame Hilfe sein.

Eine andere Maßnahmengruppe setzt unmittelbar an der Verfügbarkeit von Ressourcen an. Kreislaufwirtschaft, verbesserter Zugang zu Ressourcen, z. B. durch die Steuerung von Zuwanderung, die Unterstützung bei der Beschaffung von seltenen Rohstoffen und die Förderung von Kooperationen zur Ressourcenteilung, schaffen alle Redundanzen.

Die Flexibilisierung von Arbeitsgesetzen ist ein in vielen Unternehmen und Gesprächen hochpriorisierter Punkt, der Flexibilität, schnelles Handeln, Wandlungsfähigkeit und insbesondere die Krisenreaktion unterstützt.

Schließlich sind auch Maßnahmen mit einem direkten finanziellen Engagement des Staates zu nennen, etwa im Bereich „Versicherung und Kapitalbeschaffung“, die meines Erachtens allerdings nur punktuell eingesetzt werden sollten. Die vorübergehende finanzielle Unterstützung durch Kurzarbeitergeld wird ebenfalls von vielen Unternehmen als besonders wichtige Unterstützungsmaßnahme genannt. Sie erleichtert die Reaktion im Krisenfall. Dadurch, dass die Belegschaft gehalten werden kann, werden Lern- und Wandlungsfähigkeit verbessert, woraus sich wieder Wettbewerbsvorteile generieren lassen können.

Da dieser Überblick hoffentlich hilfreich für die Strukturierung von staatlichen Maßnahmen und ihre möglichen Ansatzpunkte ist, aber notgedrungen etwas generisch bleibt, um es einmal vorsichtig zu sagen, habe ich mir erlaubt, im Folgenden noch ganz ausgewählte konkrete Handlungsempfehlungen zusammenzustellen. Ich habe diese in drei Gruppen unterteilt: erstens Handlungsempfehlungen, die sich auf bereits praktizierte oder begonnene Maßnahmen beziehen, zweitens Handlungsempfehlungen, die meines Erachtens mit eher niedrigem Ressourceneinsatz umsetzbar sein dürften, und drittens Handlungsempfehlungen, die mit deutlich größerem Ressourceneinsatz verbunden sind. Die Auswahl ist subjektiv. Aber ich versuche, die Prioritäten, die ich bei Unternehmen wahrnehme, und in der Breite auch die Förderung von Elementen der Resilienz abzubilden.

Die ersten drei Punkte auf dieser Folie würde ich gern überspringen, weil wir sie schon im Laufe des Tages ausführlich diskutiert und zum Teil aus berufenerem Munde etwas dazu gehört haben. Insofern springe ich gleich zum Thema „Förderung von Kreislaufwirtschaft“. Das ist aus meiner Sicht ein doppelt wichtiges Thema insofern, als es nicht nur die Abhängigkeit von Ressourcen reduziert, sondern gleichzeitig auf ökologische Nachhaltigkeitsziele einzahlt. Der Wunsch, den wir immer hegen, ist ja, dass es Zielkomplementaritäten gibt. Hier haben wir das exemplarisch. Deswegen werde ich meinen Fokus darauf richten.

Mit dem Thinktank „Industrielle Ressourcenstrategien“ am KIT fördert das Land bereits eine Institution, die das Thema Kreislaufwirtschaft fokussiert. An der Uni Stuttgart widmet sich eine Forschungsgruppe an der Graduate School of Excellence advanced Manufacturing Engineering ebenfalls der Erforschung intelligenter Kreislaufwertschöpfungssysteme.

Das Thema Cybersecurity nimmt meines Erachtens eine Sonderrolle ein; denn es geht immer auch um die Arbeitsteilung zwischen Privatwirtschaft und Staat. Bei der Cybersecurity haben wir die Situation, dass Informationsvorteile beim Staat liegen, und zwar aufgrund der Aktivitäten von Sicherheits- und Geheimdiensten. Daher sollte der Staat hier eine Führungsrolle einnehmen.

Unternehmen benötigen bei diesem Toprisiko die Zusammenarbeit für die Frühaufklärung und auch für die Gefahrenabwehr. Mit der Cybersicherheitsagentur und der Cyberabwehr des Landesamts für Verfassungsschutz scheint das Land hier institutionell gut aufgestellt zu sein. Aber aus der Sicht von Unternehmen ist es essenziell, dass die Arbeit dieser Institutionen mit der rasanten Entwicklung bei KI, bei Stimmenimitationen, bei all diesen Themen Schritt hält. Das ist aus der Sicht der Unternehmen ein ganz wichtiger Punkt.

Damit komme ich zu der zweiten Gruppe von Handlungsempfehlungen, die sich meiner Einschätzung nach mit einem eher niedrigen Ressourcenbedarf implementieren lassen dürfte.

Meine erste Empfehlung ist, über die Einrichtung eines Office of Resilience des Landes nachzudenken. Das Konzept gewann nach meiner Wahrnehmung erstmalig größere Aufmerksamkeit, als die Rockefeller Foundation im Jahr 2013 ihr Programm „100 Resilient Cities“ aufgelegt hatte, um 100 Städten weltweit Anschubfinanzierungen für Resilienzprogramme zu geben. Im Kern geht es darum, eine Resilienzstrategie zu entwickeln, die Implementierung voranzutreiben und sämtliche Beteiligten zu koordinieren. Ich meine, das ist ein Punkt, über den man nachdenken sollte. Ich habe auf dieser Folie ein paar Aufgaben aufgeführt, die ein solches Office of Resilience als Kümmerer übernehmen sollte, möchte aber auch mit Blick auf die Zeit nicht auf alle ganz ausführlich eingehen.

Der erste Punkt ist: Krisenmanagement vorbereiten und einüben. Unternehmen, mit denen ich gesprochen habe, haben gesagt, sie hatten eigentlich ein relativ gutes Gefühl, als es darum ging, die Krise, die durch den Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöst worden ist, zu bewältigen. Sie konnten Blaupausen heranziehen und sich an Mustern orientieren. Das sind diejenigen Unternehmen, die aus der Coronapandemie sehr systematisch gelernt und dann generische Krisenstrukturen für Organisationen, für Abläufe, für die Instrumente und für die Kommunikationswege hinterlegt und dies auch konsequent eingeübt haben. Ich höre jetzt immer wieder: Wir wissen nicht, was als Nächstes passiert, fühlen uns aber ganz gut gerüstet. – Ich denke, das Office of Resilience für das Land könnte auch ein bisschen koordinierend tätig werden.

Mir ist in diesem Zusammenhang wichtig, zu betonen, dass ich damit nicht meine, umfangreiche Parallelstrukturen aufzubauen. Ich glaube, das würde auch die Gefahr in sich bergen, dass man das Thema isoliert und es dann versandet. Insofern sollte man das lieber in den vorhandenen Strukturen mit abbilden. Auch sollten, vor allem unter dem Eindruck der Pandemie, keine Strukturen geschaffen werden, die dann bei einer anderen Art von Krise obsolet werden.

Bei öffentlichen Auftragsvergaben sollten die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass diese resilienzorientiert erfolgen können. Die Landesregierung hat bereits in ihrer Antwort auf die Große Anfrage darauf Bezug genommen, dass eine Neu-

fassung der Verwaltungsvorschrift über die Vergabe öffentlicher Aufträge auf die Möglichkeiten der beschleunigten Vergabe in Krisensituationen eingehen soll. Ich denke, das ist richtig.

Darüber hinaus ist es meines Erachtens erforderlich, dass auch in normalen Situationen bei der Beschaffung kritischer Güter die Zuverlässigkeit der Bereitstellung und das Vorhalten von Produktionskapazitäten vor Ort mitberücksichtigt werden sollten.

Bei Großprojekten sollten die Risiken der Durchführung ebenfalls als Kriterium für die Beschaffung zugrunde gelegt werden können. So kann eine Verpflichtung zur Ausschreibung und Vergabe auf Ebene von Einzelgewerken das Gesamtprojektrisiko unverhältnismäßig in die Höhe treiben, ohne dass dies bislang zumindest nach meiner Wahrnehmung angemessen berücksichtigt wird.

Verwaltungshandeln sollte möglichst zügig und verbindlich erfolgen. Gerade bei der Handhabung von Steuerthemen durch die Finanzbehörden beklagen viele Unternehmensvertreter – zumindest hinter vorgehaltener Hand –, dass nicht ausreichend schnell und verbindlich entschieden wird und dass zu viele Vorgänge an die Finanzgerichte gehen, sodass sich Hängepartien ergeben, die die Unternehmen unmittelbar in ihrem Handeln hemmen, aber auch in ihrer Bereitschaft, zukünftig Risiken zu übernehmen.

Ohne großen Finanzbedarf ließe sich auch die vierte Handlungsempfehlung, die Entwicklung eines Handbuchs und eines Trainings zum Aufbau von Resilienz, insbesondere für mittelständische Unternehmen, umsetzen. Nach meinem Eindruck ergreifen viele Unternehmen – ich habe es bereits gesagt – sehr gute Einzelmaßnahmen zur Resilienzsteigerung. Aber der systematische Aufbau mit Resilienzprogrammen, um das Thema nach vorne zu bringen, hätte deutlich größeres Potenzial. Wir stehen hierbei gern mit Rat und Tat zur Seite. Auch andere Universitäten des Landes könnten dies sicherlich unterstützen.

Mit einem deutlich größeren Ressourcenbedarf sind die Handlungsempfehlungen der dritten Gruppe verbunden. Diese sind leider nicht besonders fantasievoll, muss ich vorausschicken, setzen aber meines Erachtens den Hebel an der entscheidenden Stelle an.

Zunächst einmal sollte die essenzielle Infrastruktur des Landes auf den Investitionsbedarf hin geprüft werden. Projekte sollten nach ihrer Bedeutung für die Resilienz des Landes priorisiert und ein langfristiges Programm sollte aufgestellt werden. Mir ist klar, dass da schon viel läuft. Aber wir sollten den Blick systematisch darauf richten: Wie können wir die Resilienz steigern? Lohnt es sich, das Ganze anzugehen?

Die Zuständigkeiten für zu renovierende oder zu ersetzende Infrastruktur liegen teilweise nicht beim Land. Der Fall der Rahmedetalbrücke in Nordrhein-Westfalen zeigt

jedenfalls für mich eine erschreckende Dimension von Folgeschäden auf. Allein für das Ersetzen dieser einen Brücke hat IW Consult einen wirtschaftlichen Schaden in Höhe von 1,8 Milliarden € geschätzt, insbesondere Folgeschäden für Handel und Logistik.

Bitte sehen Sie mir nach, dass ich den hinlänglich bekannten, aber aufgrund der Schlüsselrolle von Bildung für eine Resilienz der Wirtschaft umso dringlicheren Investitionsstau an Schulen und Hochschulen gesondert mit aufliste. Um nicht zu ausführlich pro domo zu sprechen, werde ich das an dieser Stelle nicht weiter vertiefen. Gestatten Sie mir aber bitte den Hinweis, dass dies nicht nur unmittelbar die Schul- und Hochschulinfrastruktur betrifft, sondern dass auch immer der Aspekt des bezahlbaren Wohnraums für Studierende, gerade hier in der Landeshauptstadt, mitberücksichtigt werden muss.

Den nächsten Punkt überspringe ich, weil er heute schon ausführlich vom Kollegen Janeba thematisiert worden ist.

Aus meiner Sicht sollte auch die Förderung resilienzorientierter Innovationen konsequent berücksichtigt werden. Insbesondere Innovationen, die Abhängigkeiten reduzieren, erfüllen dieses Kriterium. Die Mikroelektronik und die Batteriezellenfertigung sind heute schon erwähnt und auch in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage aufgenommen worden. Auch im Bereich der Kreislaufwirtschaft – das haben wir heute ebenfalls schon mehrfach gehört – und bei der Schaffung von Transparenz durch die Digitalisierung von Wertschöpfungsketten sollte man darüber nachdenken.

So viel zu meiner – zugegebenermaßen – subjektiven Auswahl an Handlungsempfehlungen. Ich würde mich sehr freuen, wenn der eine oder andere relevante Punkt für die Arbeit der Enquetekommission dabei ist und ich vielleicht auch ein wenig dazu beitragen konnte, mögliche Ansatzpunkte für staatliche Maßnahmen entlang der Kernelemente der Resilienz von Unternehmen zu strukturieren.

Ich wünsche der Enquetekommission noch gutes Gelingen für ihre weitere Arbeit, um die Resilienz der baden-württembergischen Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne von uns allen zu erhöhen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Pedell. – Wir machen weiter mit Herrn Dr. Roman Glaser. Er ist Präsident und Vorsitzender des Vorstands des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbands e. V. Auch Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation [Anlage 7] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Glaser: Herr Vorsitzender, verehrte Mitglieder der Enquetekommission, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank, dass ich die Gelegenheit habe, mich in Ihren Diskussionsprozess einzubringen. Ich glaube, in Zeiten der Krisenpermanenz, von der wir definitiv sprechen müssen, ist das Thema „Resiliente, krisenfeste Gesellschaft“ von erheblicher Relevanz.

Ich möchte mit Ihnen gern folgende Themen bearbeiten: Ich werfe zunächst einen kurzen Blick auf die genossenschaftliche Organisation, weil ich immer wieder feststelle, dass Genossenschaften unseren Alltag bestimmen und auch dominieren, wir vielfach aber gar nicht wissen, was hinter Genossenschaften in der ganzen Breite steckt. Dann komme ich zu unserem Beitrag für die Arbeit der Enquetekommission, anschließend zu genossenschaftlichen Ansatzpunkten und Expertise sowie konkreten Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschlägen und im Nachgang noch zu Informationsmöglichkeiten und Kontakt. Da Sie die Präsentation erhalten, werde ich nicht auf jede Seite dezidiert eingehen.

Gestatten Sie mir einen Blick auf die genossenschaftliche Organisation. Ich möchte das Genossenschaftswesen bewusst sowohl in einen globalen als auch in einen deutschen Blick einordnen, um dann auf das Land zu kommen. Mehr als 22,6 Millionen Deutsche sind Mitglied in mindestens einer Genossenschaft. In Baden-Württemberg sind es knapp vier Millionen. Damit ist etwa ein Drittel der Bevölkerung Mitglied in mindestens einer Genossenschaft. Ich wage die These aufzustellen, dass auch viele von Ihnen Genossenschaftsmitglieder sind. Wir haben in Baden-Württemberg die stärkste Durchdringung genossenschaftlicher Mitgliedschaften. Das hängt sicherlich auch mit unserer Wirtschaftsstruktur zusammen. Der Baden-Württembergische Genossenschaftsverband ist in die genossenschaftliche Organisation eingebunden. Wir vernetzen uns lokal, regional, bundesweit und auch weltweit.

Wir haben mittlerweile genossenschaftliche Betätigungsfelder in über 50 Branchen, und nahezu monatlich kommen neue hinzu. Ich werde nachher noch darauf eingehen. Das ist offensichtlich ein Indikator dafür, dass der raiffeisensche Grundsatz: „Was einer allein nicht schafft, das schaffen viele“ in immer mehr Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen Raum greift. Auch das hat etwas mit Krisenfestigkeit zu tun. Ansonsten hätten wir keine solche Bürgerbewegung.

Ich arbeite immer gern mit der genossenschaftlichen Uhr, die ich heute nicht komplett durchspiele: Man steht morgens auf. Der Wecker klingelt. Er ist mit einer hohen Wahrscheinlichkeit von einem Mitgliedsunternehmen, von INTERSPORT. Der Strom, der morgens gezogen wird, kommt mit immer größerer Wahrscheinlichkeit von einer Energiegenossenschaft. Abends legt man sich ins Bett, in ein Schlafsystem von BETTENRING, einer Genossenschaft, die Raumausstatter und Bettenfachgeschäfte umfasst.

Unsere Aufgabe als Genossenschaftsverband – das ist bekannt – ist neben den klassischen Aufgaben eines Wirtschaftsverbands auch die gesetzliche Prüfung. Ich habe schon erwähnt, welche Durchdringung wir genossenschaftlich haben.

Wir haben drei große genossenschaftliche Gruppen, die tief in die Gesellschaft hineinwirken. Die in Umfragen immer wieder bekannteste Gruppe sind die Volks- und Raiffeisenbanken mit etwa 130 Einzelinstituten und rund 3,6 Millionen Mitgliedern. Wir haben ca. 270 ländliche und landwirtschaftliche Genossenschaften, die als Mittler, als Mediator der landwirtschaftlichen Produktion und der Verarbeitung bis hin zum Handel operieren. Der heterogenste Sektor sind unsere rund 330 gewerblichen Genossenschaften. Das Spektrum geht vom Dorfladen bis zu INTERSPORT, das ich vorhin schon erwähnt habe; dazu später noch mehr.

Ich möchte an dieser Stelle das Thema Selbstverantwortung als eines der drei Prinzipien neben Selbsthilfe und Selbstverwaltung aufrufen, die genossenschaftliche Unternehmen seit ihrer Gründung ausmachen und die auch die Motive für Neugründungen sind. Warum erwähne ich das? Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass wir nicht jedes Thema von der öffentlichen Hand bearbeiten lassen können. Das überfordert die Gebietskörperschaften aller Ebenen. Ich als jemand, der zeit seines Lebens in Genossenschaften gearbeitet hat, sage ganz offen: Das ist dem Ganzen auch nicht würdig.

Appellieren wir mehr an die Selbstverantwortung der Menschen. Sie möchten – das merken wir bei Neugründungsanfragen immer wieder – ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen. Ich komme später noch darauf zu sprechen. Deshalb ist das ein Kernelement von Genossenschaften, das wir auch in die öffentliche Debatte einbringen.

Genossenschaften sind nicht parteipolitisch verortet. Das ist auch nicht unsere Aufgabe. Aber die gesellschaftliche Debatte mit zu prägen, das sehen wir schon als unsere Aufgabe. Deshalb informieren wir auf verschiedensten Kanälen über Branchen und Themen, die genossenschaftliche Aktivitäten befördern.

Wir haben uns zum ersten Handlungsfeld, der Gesundheit, geäußert, zu genossenschaftlichen Modellen in der Ärzteversorgung – Klammer auf: mit wachsender Bedeutung – bis hin zu Medizinischen Versorgungszentren und auch zur genossenschaftlich organisierten Pflege. Das Thema Pflege rollt wuchtig auf uns zu. Wir merken auch bei der Weiterentwicklung von bestehenden Genossenschaften, dass eine große Nachfrage danach besteht.

Die Stellungnahme zum vierten Handlungsfeld, der Wirtschaft, wird ja im Wesentlichen in der heutigen öffentlichen Anhörung abgegeben.

Ich möchte gern aus den drei genossenschaftlichen Gruppen heraus deutlich machen, wie wir gerade auch in Krisenzeiten gewirkt haben und wie viele Selbstverständlich-

keiten, die wir auch in Krisenzeiten als solche wahrgenommen haben, nicht selbstverständlich sind, wenn es nicht eine Wirtschaftsstruktur gäbe, die u. a. genossenschaftlich geprägt ist.

Die genossenschaftlichen Banken sind Bestandteil der regionalen Wertschöpfungsketten. Banken generell – das muss man sich immer wieder vor Augen führen – haben eine Aufgabe, die sogar in einem eigenen Gesetz niedergelegt ist, nämlich den Zahlungsverkehr für die Wirtschaft und die Menschen im Land aufrechtzuerhalten und zu sichern – egal, ob in traditionellen oder neuen Formen – sowie die Kreditversorgung der Wirtschaft und der Bevölkerung zu sichern. Kredite sind nun einmal das Blut in den Adern einer Volkswirtschaft.

Wir haben in Baden-Württemberg – da nehme ich bewusst auch die Kollegen der Sparkassenseite mit hinzu – ein stark ausgeprägtes mittelständisch strukturiertes Kreditssystem, das, meine Damen und Herren, zu keinem Zeitpunkt, auch zu Zeiten der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise und auch in Coronazeiten, nicht einen einzigen Tag, eine Kreditklemme heraufbeschwört hat. Wir waren allerdings in manchen Segmenten nah dran. Aber keine einzige Volksbank und keine einzige Raiffeisenbank war nicht in der Lage, genauso wie die Kollegen der Sparkassen, die Kreditversorgung sicherzustellen. Die genossenschaftlich orientierten regionalen Institute sind auch in Krisenzeiten ein Stabilitätsanker.

Ein Weiteres kommt hinzu: Wir haben eine eigene Institutssicherung – nicht nur eine Einlagensicherung –, die bundesweit organisiert ist. Seit Bestehen dieser Einlagen- und Institutssicherung im Jahr 1934 hat kein einziger Kunde jemals einen Pfennig oder einen Cent verloren. Das ist selbstorganisiert und trägt auch zur Stabilität bei.

In der Coronakrise – ich habe es erwähnt – hatten wir an jedem Tag eine flächendeckende Liquiditätsversorgung sichergestellt. Wir hatten wöchentlich einen Austausch mit der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank hier in Stuttgart, bei denen Präsidentin Staab richtigerweise immer nachgefragt hat: Gibt es Störungen im Liquiditätsablauf? Gibt es Störungen in der Kreditversorgung? Denn die Bundesbank wusste sehr genau: Wenn hier Störungen auftauchen, perpetuieren wir eine Krisensituation nach vorne und verschärfen sie. Das ist weitgehend im Hintergrund gelaufen, ist aber, so denke ich, auch zu erwähnen, wenn wir über eine krisenfeste Gesellschaft sprechen. Wir kommen später noch zu unseren Handlungsempfehlungen. Gutes weiterhin aufrechtzuerhalten und zu stärken, das ist unser zentraler Wunsch.

Genossenschaftsbanken vernetzen sich auch in der Region. Sie stärken die regionalen Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten durch ein genossenschaftliches Ökosystem regionaler Prägung. Die regionalen Institute – da nehme ich auch die Sparkassen mit hinzu – haben in allen Phasen, auch in Krisenzeiten, Steuern bezahlt. Das darf man auch einmal zum Ausdruck bringen. Die Steuerkraft der Institute sowie der

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist unmittelbar auch den Kommunen zugutegekommen. Auch das ist keine Selbstverständlichkeit. Wir wissen ja, wie wichtig Steuermittel auf breiter Front sind, um deutlich zu machen, dass wir mitten in der Gesellschaft sind.

Volks- und Raiffeisenbanken sind vermehrt auch Nukleus für Plattformen in den Bereichen Handel, Handwerk und Dienstleistungen sowie bei Angeboten im Bereich der Quartiersentwicklung, der Energie und der Mobilität. Sie sind klassische Vernetzer in den Regionen.

Ich komme zu einem weiteren Segment, das insbesondere in Coronazeiten sehr relevant war und das oft eine Selbstverständlichkeit darstellte, aber beileibe nicht selbstverständlich war: die Bündelung vieler kleiner Familienbetriebe in landwirtschaftlichen Genossenschaften zur Versorgung mit regionalen Lebensmitteln.

Wenn ich das richtig sehe, besteht in Baden-Württemberg ein breiter politischer Konsens darüber, die kleinteilige landwirtschaftliche Struktur aufrechtzuerhalten. Dann müssen wir aber auch etwas dafür tun. Wenn wir die Produktionsbedingungen der Landwirtschaft erschweren und Standards festsetzen, die die kleinen Strukturen schlicht und einfach nicht bewältigen können, dann werden wir eine Situation haben, wie wir sie bereits im Sonderkulturbereich Obst und Gemüse sehen. Wir haben in Deutschland noch einen Selbstversorgungsgrad von 20 % bei Obst und von 36 % bei Gemüse. Man kann zwar sagen, dass die Regale immer voll sind. In Coronazeiten gab es aber durchaus Störungen von Lieferketten beim Import, die Gott sei Dank nicht flächendeckend waren, die aber schon von Relevanz gewesen wären, wenn sie schlagend geworden wären.

Die Produktion und der Verkauf von Lebensmitteln vor Ort sind eine der wesentlichen Aufgaben. Das ist ein erster Ansatzpunkt, bei dem wir an Sie appellieren, dies in Ihre Überlegungen hineinzunehmen. Wir waren dankbar, dass die Landesregierung, soweit es in ihrer Macht lag, schnell Erleichterungen für die landwirtschaftliche Produktion und für die vor- und nachgelagerten Bereiche in Kraft gesetzt hat: die Öffnung des Arbeitsmarkts für Geflüchtete und Asylbewerber, die Lockerung der Hinzuverdienstgrenze oder die Anhebung der Zeitgrenze für eine kurzfristige Beschäftigung. Das hat funktioniert. Unser Appell ist, dies nicht nur in Krisenzeiten aufrechtzuerhalten; denn das hat letztendlich zur Versorgungssicherheit beigetragen.

Lassen Sie mich aus dem Bereich der gewerblichen Genossenschaften nur schlaglichtartig speziell auf die Energiegenossenschaften eingehen. Wo sind Genossenschaften eigentlich darüber hinaus noch unterwegs? Im Handel, in Dienstleistungen, in der Unternehmensnachfolge und mit zunehmender Relevanz in Dorfläden und Dorfgasthäusern.

Lieber Herr Professor Pedell, wir hatten ja die Gelegenheit, ein ganz neues Projekt miteinander anzugehen, nämlich Datengenossenschaften, weil wir festgestellt haben,

im Bereich der Datenökonomie ist gerade für kleine und mittlere Unternehmen der Zugang zu einer Datennutzung relevant und hoch aktuell, um nicht in Abhängigkeiten von Unternehmen zu kommen, die letztendlich ganz andere Interessenlagen verfolgen.

Aber jetzt zur Energie: Energiegenossenschaften machen eine dezentrale Versorgung mit Energie und Wärme möglich. Seit 2008 haben wir mittlerweile 153 Energiegenossenschaften in Baden-Württemberg und rund 850 in Deutschland – mit steigender Tendenz.

Meine Damen und Herren, Energiegenossenschaften sind ein klassischer Fall, wie man mit Bürgerbeteiligung eine dezentrale Energieversorgung sicherstellen kann – nicht im Sinne eines Entweder-oder. Jeder Energieversorger hat seine Relevanz. Aber wenn die Menschen selbst beteiligt sind, hat dies eine Relevanz auch für die Krisenfestigkeit einer Gesellschaft in den sehr spezifischen Energiefragen.

Ich mache Ihnen das am Beispiel der genossenschaftlichen Nahwärmenetze deutlich. Mehrere wissenschaftliche Studien belegen: Wenn Nahwärmenetze genossenschaftlich organisiert sind, haben sie einen höheren Durchdringungsgrad in der Bevölkerung als beispielsweise rein kommunal ausgerichtete Netze. Hier gibt es durchaus auch Kooperationen. Das ist ein Ergebnis der Arbeit über viele Jahre hinweg. Menschen wollen in ihrem eigenen Unternehmen mitbestimmen, ohne von anderen determiniert zu werden. Hierfür ist die Genossenschaft die richtige Form. Mittlerweile sind nicht wenige Kommunen durch genossenschaftliche Lösungen komplett energieautonom.

Lassen Sie mich zu einigen konkreten Handlungsempfehlungen kommen: Stärkung einer resilienten Wirtschaft in Baden-Württemberg durch eine konsequente Förderung von Kooperationen. Sie sehen hier den Begriff „Kooperationen“, weil es nicht nur genossenschaftliche Kooperationsmodelle gibt, sondern auch nicht genossenschaftliche. Es geht um den Grundgedanken, dass immer mehr Wirtschaftssubjekte – entweder im Privat- oder im Unternehmensbereich – allein nicht bestehen können und deshalb Kooperationslösungen suchen.

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur eine Frage der finanziellen Förderung. Die Genossenschaften und auch der Genossenschaftsverband sind nachweislich nicht diejenigen, die zuerst nach staatlicher Unterstützung rufen. Das wäre ja kontraindikativ zu unseren Grundsätzen. Oft sind es gesetzliche Hemmnisse und auch politische Meinungsbildungsprozesse, bei denen wir Sie auffordern möchten, uns zu unterstützen. Wir haben Vorschläge in Vorbereitung und bringen sie auch in die politische Diskussion.

Wir halten es auch für wichtig, ein Bekenntnis zu regionaler Landwirtschaft auszusprechen und die Versorgungssicherheit der Bevölkerung durch Produktion vor Ort auch in Krisenzeiten zu gewährleisten. Ich glaube, wir müssen uns darauf einstellen, dass wir hier nicht einen Automatismus unterstellen können, dass es immer so läuft, wie es 20, 30, 40 Jahre gelaufen ist. Dabei geht es nicht um Angstszenarien, sondern um

Vorsorge. Dort, wo es um die Grundbedürfnisse von Menschen geht, nämlich bei Lebensmitteln und Wohnen, muss es eine Sicherheit geben, die auch regional abgestützt ist. Alle Läden, die die Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs versorgen, müssen gleichbehandelt werden, so auch beispielsweise Dorfläden und Raiffeisen-Märkte. Wir hatten in der Pandemie festgestellt, dass es hier durchaus Ungleichgewichte gab, die zum Teil korrigiert wurden. Aber auch hier sind noch Ansätze notwendig.

Wir möchten Sie auffordern bzw. bitten, die genossenschaftliche Vielfalt auch im Bankensystem weiterhin zu unterstützen. Volks- und Raiffeisenbanken versorgen die Menschen und die Unternehmen mit qualifizierten Finanzdienstleistungen. Deshalb setzen wir uns für das dreigliedrige Bankensystem ein. Das Miteinander von Genossenschaftsbanken, Sparkassen und aktiennotierten Instituten hat unser Land stark gemacht. Das Land ist nicht „overbanked“. Sonst hätte sich nichts so entwickelt, wie es sich in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt hat. Wir sind froh darüber, dass der politische Konsens nach unserer Wahrnehmung zumindest bis dato so geblieben ist. Wir brauchen hier nachhaltig Ihre Unterstützung.

Unser Bankenmodell wird in Europa zum Teil nicht verstanden. Insbesondere im angelsächsischen Raum wird eine aktienrechtliche Verfassung unterstellt. Man versteht dort nicht, dass eine Genossenschaftsbank beispielsweise nicht gekauft und verkauft werden kann. Zum Teil machen uns aber auch gezielte Wettbewerbsinitiativen das Leben schwer.

In Bezug auf die Energiegenossenschaften möchten wir nochmals ausdrücklich appellieren, ihre Rolle auch politisch zu unterstützen, um die Energiewende nach vorne zu bringen. Wir haben heute ja gehört, dass wir dabei im Augenblick nicht mit der Geschwindigkeit unterwegs sind, die möglich wäre. Warum nehmen wir nicht die Bürger mit, indem auch sie einen Teil zur Energiewende vor Ort beitragen? Auch hierzu haben wir zahlreiche Vorschläge erarbeitet.

Sie sehen in den Unterlagen verschiedenste Informationsmöglichkeiten für Sie. Wir stehen mit vielen von Ihnen in regelmäßigem Kontakt und pflegen den Austausch. Lassen Sie uns gemeinsam Genossenschaften als einen Teil der Krisenfestigkeit der Gesellschaft weiterentwickeln und dafür auch im positiven Sinn werben. Im Prinzip gibt es keine bürger nähere Gesellschafts- und Rechtsform.

Genossenschaften, meine Damen und Herren, taugen nicht für alles. Da sind wir auch sehr selbstkritisch. Wenn es beispielsweise um reine Kapitalsammelfunktionen geht, gibt es bessere Rechtsformen.

Es ist die gesetzliche Aufgabe eines Genossenschaftsverbands, die Gründungsprüfung sehr sorgfältig vorzunehmen, weil es um den Mitgliederschutz geht. Wir lehnen Gründungsvorhaben ab, wenn wir erkennen, dass sie in der Ausrichtung nicht stabil sind. Umgekehrt sind genossenschaftliche Aktivitäten in mehreren Bereichen denkbar, in denen sie bisher keinen breiten Raum eingenommen haben. Hierzu bringen wir uns

gern ein, weil wir meinen, diese Rechts- und Unternehmensform, diese Idee trägt definitiv zu einer breiten Verankerung in der Gesellschaft bei und sichert dadurch auch ein Stück weit Stabilität.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Glaser. – Dann gehen wir direkt weiter zu Herrn Martin Gross. Er ist Leiter des Landesbezirks Baden-Württemberg von ver.di und hat Herrn Wolfgang Krüger, den Landesfachbereichsleiter Handel des Landesbezirks Baden-Württemberg von ver.di, mitgebracht. Sie teilen sich die Redezeit von 20 Minuten untereinander auf. – Bitte sehr.

(Eine Präsentation [Anlage 8] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Gross: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich möchte meinem Vorredner nur zurufen – wir haben das bisher noch nie getan, obwohl wir uns öfter sehen –: Ich bin Mitglied in drei Genossenschaften. Das ist mir bei Ihrem Vortrag bewusst geworden, Herr Glaser.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich mache einen kurzen Vorspann. Sie haben sich ja speziell den Einzelhandel herausgesucht. In welchem Rahmen sich die Arbeitswelt in der Pandemie bewegt hat und wie wir reagiert haben, ist die Grundlage für das gesamte Wirtschaften.

Wir als Gewerkschafter waren für die Menschen unterwegs, die den Laden buchstäblich am Laufen gehalten haben, nämlich die Verkäuferinnen und Verkäufer, die Pflege und der Fahrdienst im ÖPNV. Unsere Erfahrung war, dass wir überall erst für Schutzmaßnahmen streiten mussten, und zwar teilweise sehr zugespitzt. Uns war völlig klar, dass wir die Funktionalität aufrechterhalten müssen. Wenn Menschen Angst haben und man die Funktionalität aufrechterhalten will, braucht man ein gemeinsames Sich-Kümmern um den Arbeitsschutz und kein Gegeneinander. Ich wünsche mir, dass wir bei zukünftigen Krisen besser miteinander starten, um die Funktionalität besser zum Laufen zu bekommen.

Wir als Gewerkschaft auch für Erzieherinnen, die durchaus in Konkurrenz mit einer anderen Gewerkschaft steht, haben uns relativ bald dafür eingesetzt, auch ich persönlich, dass die Kitas und die Schulen wieder aufmachen. Meine Lehre aus dieser Krise ist, dass die Schließung der Kitas und Schulen in dieser Form falsch war. Ich glaube, wir haben völlig unterschätzt, was das für die Kinder, die Funktionalität der Familien und den Erhalt der Funktionalität der Wirtschaft bedeutet hat.

Der digitale Steinbruch, den wir in den Schulen haben, ist fast nicht auszuhalten. Ich wünsche mir endlich – das darf man in einem föderalen Parlament fast nicht sagen – eine einheitliche und gute IT-Lösung, egal, wie man kultuspolitisch über die Inhalte streitet. Kein Unternehmen würde auf die Idee kommen, eine föderale IT-Infrastruktur aufzubauen. Nur im Bildungsbereich wird das getan. Meine feste Überzeugung ist, dass sich das dringend ändern muss.

Als Tübinger, der mit jemandem verheiratet ist, der lange in der Psychiatrie gearbeitet hat, bin ich erschrocken über die psychosozialen Folgen der Pandemie, wie viele Kinder und Jugendliche dabei auf der Strecke geblieben sind und wie lang die Warteschlange für Behandlungstermine ist. Das zeigt, Schule und Kita sind nicht nur ein Ort der Bildung, sondern auch ein Ort des sozialen Lernens. Deswegen müssen solche Schließungen vermieden werden.

Dazu gehört auch, dass Erzieherinnen und Erzieher bei Tests und Impfangeboten vorrangig behandelt werden. Die Auseinandersetzung, die wir darüber geführt haben, war nicht gut.

Aus meiner persönlichen Erfahrung und auch aus vielen Gesprächen und Schlichtungen, muss ich fast schon sagen: Es war ein Fehler, eine selektive Coronaprämie zu bezahlen. Im Krankenhaus gibt es eine Gemeinschaftsleistung. Viele Stationen haben mit Versetzungen gearbeitet, um die Funktionalität im Intensivbereich aufrechtzuerhalten. Es wäre klüger gewesen, vielleicht einen geringeren Betrag und dafür an alle, die dabei geholfen haben, auszuschütten, als einzelne Gruppen herauszustellen. Das hat im Nachgang zu sehr kritischen, zugespitzten und emotionalen Diskussionen geführt und das Gefühl „Jawohl, wir haben es gemeinsam geschafft“ ein Stück weit negativ flankiert. Man muss einfach einmal betrachten, was man mit solchen Systemen auslöst.

Homeoffice und mobiles Arbeiten sind ja in aller Munde. Es ist aber ein Unterschied, ob man den Arbeitsplatz zu Hause hat oder ob man dort nur ab und zu mal die Mails checkt. Hier müssen wir anders reagieren. Ich will das jetzt gar nicht so kritisch wie die Krisenzeit sehen. Aber da muss man etwas machen. Ich glaube, wir stehen ohnehin vor einem gesellschaftlichen Prozess, der da heißt, dass wir uns neu austarieren müssen, dass man, wenn man zu Hause arbeitet, gesündere Arbeitsbedingungen hat. Ich sage jetzt ein bisschen zynisch: Das „Wohnzimmerbüro“, das es ab und zu noch gibt, gehört wahrscheinlich größtenteils der Vergangenheit an. Wir müssen sozusagen zwei Röhren schaffen, nämlich dass der Arbeitsplatz zu Hause vielleicht etwas kleiner ist und dass gesundes Arbeiten daheim richtig organisiert wird. Ich glaube, das muss so wieso gemacht werden.

Als jemand, der selbst geimpft ist – meine Frau ist um einiges älter und hat am Tag bis zu 100 Menschen geimpft –, ist trotzdem meine große Überzeugung, dass die einrichtungsbezogene Impfpflicht einen Scherbenhaufen hinterlassen hat. Etliche Arbeitgeber – kirchliche, private und kommunale – und auch wir als zuständige Gewerkschaft

hatten davor gewarnt. Ich bin kein Gesundheitspolitiker. Aber es ist nun einmal so: Wenn ein Impfstoff neu ist, dann ist die Situation emotional sehr zugespitzt. Ich glaube im Nachhinein, dass man sich das hätte sparen können.

Ich finde, wir sollten auch eine Fehlerkultur haben. Ich wünsche mir von den politischen Entscheidungsträgern, dass man zwar schon zum „Team Vorsicht“ gehört, aber dann doch erkennt, dass man wieder mehr Luft ins System lassen muss. Manche Bereiche, auch im Handel, sind meiner Meinung nach zu lange geschlossen gewesen. Wir sehen ja die wirtschaftlichen Folgen.

Ich erinnere mich noch gut daran, dass in der Phase, in der wir darüber diskutiert haben, dass die Kitas und Schulen wieder öffnen sollen, eine Veranstaltung mit Herrn Lauterbach stattfand. Dass er mich bezüglich dieser Frage nicht noch gebissen hat, war alles. Heute sagt er: „Das war der größte Fehler, den wir gemacht haben.“ Ich glaube, in einer solchen Situation muss man als Gesellschaft erkennen, dass man nicht alles richtig machen kann. Man muss auf dem Weg dahin auch immer wieder zusammensitzen und überlegen, wie man sich neu justiert.

Im Land ist darüber diskutiert worden, ob die Schäden, die der Einzelhandel aufgrund der Schließungen gehabt hat, eventuell dadurch kompensiert werden können, verstärkt auf Sonntagsöffnungen zu setzen. Drei Monate waren da einmal in der Diskussion. Aus meiner Sicht ist das aus zwei Gründen kein guter Weg. Erstens: Der Lebensmittelbereich war durchgehend offen. Die Belegschaften waren nach dieser Zeit wirklich erschöpft. Das Zweite ist: Öffnungszeiten in einem solchen Ausmaß würden dazu führen, dass Kaufkraft von Klein- und Mittelzentren abwandert und wir dadurch auch die Vielfalt des Handels verlieren würden.

In diesem Sinn – kurz und knapp – übergebe ich an meinen Kollegen. Du musst jetzt rennen, sonst verlieren wir zu viel Zeit.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Danke, Herr Gross. – Herr Krüger, bitte.

Sv. Herr Krüger: Sehr verehrter Herr Vorsitzender, sehr verehrte Mitglieder der Kommission, sehr verehrte Damen und Herren! Auch von meiner Seite ein herzliches Dankeschön, dass ich als Vertreter der Gewerkschaft zu dem Thema reden kann, das Sie sich vorgenommen haben.

Der Einzelhandel hatte während der Pandemie erheblich zu leiden. Die zwei harten Lockdowns hatten erhebliche Auswirkungen auf den Non-Food-Handel, also den in-

nerstädtischen Handel, der nicht zum Lebensmitteleinzelhandel gehört. Es hat massive Gefährdungen für die Existenz der einzelnen Betriebe gegeben. Es ging sogar so weit – Sie wissen das –, dass etliche schließen mussten. In den anstehenden Tarifrunden hatten wir das von den Arbeitgebern immer wieder vorgehalten bekommen. Aufgrund der Pandemie sind etliche Einzelhandelsbetriebe an den Rand der Existenzbedrohung gekommen. Es war äußerst schwierig für uns, im Nachhinein das Weitere zu bearbeiten, was die Entgeltverhandlungen anging.

Der Lebensmitteleinzelhandel war nicht von Schließungen betroffen, sondern hatte durchgängig geöffnet. Daraus entstanden massive Schwierigkeiten, massive Belastungen, massive Probleme für die Beschäftigten, die zunächst einmal gefeiert wurden, als es hieß, das sind systemrelevante Beschäftigte, die in so einer Zeit gebraucht werden. Man hat das auch vor Ort unmittelbar erlebt: Diese Menschen müssen jetzt da sein, damit wir etwas bekommen und unseren täglichen Bedarf decken können.

Es gab Hamsterkäufe; das wissen Sie. Es gab Zeiten, in denen bestimmte Waren nicht mehr verfügbar waren: Toilettenpapier, Nudeln, Konserven sowie Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Die Beschäftigten mussten erleben, dass man ihnen die Ware von der Palette weg aus den Händen gerissen hat. Das war eine erhebliche Belastung für die Beschäftigten.

Der Versand- und Internethandel hat während dieser Zeit massiv zugenommen. Wir hatten Zunahmen allein im Jahr 2020 um 25,9 % und im Jahr 2021 um 12,3 %. Das war zusätzlich eine Bedrohung für den innerstädtischen Handel. In den letzten Tagen konnte man lesen, dass sich das jetzt relativiert hat.

Die Pandemie hat sich auf die Beschäftigten insbesondere des Lebensmitteleinzelhandels vor allem in Form von hohen gesundheitlichen Anforderungen ausgewirkt, die durch eine körperliche und psychische Belastung gegeben waren. Es mussten Masken getragen werden, zum Teil FFP2-Masken, und das häufig bei schwerer, körperlich anstrengender Tätigkeit. Im Lebensmitteleinzelhandel werden Waren gehoben und ins Regal geschoben. Man muss sich bücken, man muss tragen und Wege gehen – und all das mit Masken. Das war eine erhebliche Beeinträchtigung.

Im ersten Lockdown waren noch gar keine Masken verfügbar. Das hat dazu geführt, dass Menschen im Einzelhandel, die vielleicht Verwandte hatten, die gefährdet waren, dem Ganzen täglich ausgesetzt waren und dem nicht ausweichen konnten. Das war eine massive Belastung für diese Beschäftigten.

Wenn Beschäftigte ausgefallen sind, hat das bedeutet, dass weniger Menschen die gleiche Arbeit machen müssen. Das war eine Konzentration. Aber das Arbeitsvolumen musste ja irgendwie bewältigt werden.

Besonders schwierig war die Situation, wie sich die Kunden während der Pandemie im Lebensmitteleinzelhandel verhalten haben. Viele haben die Maske nicht richtig getragen und die Abstände nicht eingehalten. Obwohl die Beschäftigten und die Filialleiter bzw. die -inhaber darauf aufmerksam gemacht, haben sich etliche nicht daran gehalten. Je länger die Pandemie andauerte, umso mehr Probleme gab es. Eine Beschäftigte hat zu mir gesagt, man habe sich nirgendwo sicher gefühlt. Es gab ständig die Unsicherheit, ob man angesteckt wird. Die Kunden, die das nicht ernst genommen haben, haben für die Beschäftigten eine ganz große Gefahr geschaffen.

Hinzu kam, dass die Kunden eine unmögliche Art hatten, mit den Beschäftigten umzugehen: Unfreundlichkeit, aggressives Verhalten bis hin zu körperlichen Tätlichkeiten. Man hat gesehen: Man hat eine Pandemie, und plötzlich waren die Beschäftigten im Einzelhandel diejenigen, die nicht mehr nur die Waren auffüllten, vor Ort waren und Auskunft gaben, wenn man sie brauchte. Nein, sie waren auch mit ihrer menschlichen Kompetenz gefragt: Wie geht man mit Kunden um, die aggressiv sind, die auch einmal laut werden und sich nicht an Regeln halten? Wie verhält man sich, um auszugleichen und die Situation nicht eskalieren zu lassen?

Wie gesagt: Ware wurde den Beschäftigten aus den Händen gerissen, kaum dass sie von der Palette kam. Die Verkäuferinnen und Verkäufer wurden zum Teil auch beleidigt. Zu ihnen wurde gesagt: „Ihr seid ja zu dumm, um zu bestellen.“ Die Beschäftigten mussten da mit einem massiven Stress umgehen.

Eine Betriebsrätin hat zu mir gesagt, man wurde beschimpft und bespuckt. Im Extremfall ist es auch zu Tätlichkeiten gekommen. Ich nenne Ihnen ein Beispiel, das es tatsächlich gegeben hat. Eine Frau hat zu einem Kunden gesagt: „Rücken Sie doch bitte die Maske zurecht.“ Daraufhin hat er ihr eine Bierdose ins Gesicht geschlagen. Sie ist dadurch einseitig erblindet und bis heute arbeitsunfähig. Solche Situationen gab es im Einzelhandel. Die Beschäftigten im Einzelhandel waren dem ausgesetzt.

Wie konnten sie geschützt werden? Es gab Sicherheitspersonal, das aber genauso den Angriffen der Kunden ausgesetzt war. Die Filialleiter oder die Vorgesetzten konnten die Regelungen, die es damals gab, nicht in dem Maß durchsetzen, wie es notwendig gewesen wäre, weil es von der Kundschaft dann zum Teil Übergriffe gab, mit denen man nicht rechnen konnte.

Die Pandemie hat gezeigt, dass Lockdowns auf die Menschen wirken. Wir haben insofern ein Problem und müssen überlegen, wie wir zukünftig mit so einem Verhalten umgehen: Wie können wir die Menschen schützen, die dem ausgesetzt sind? Ich komme später noch dazu.

Die Regeln waren ja vorhanden. An Regelwerken hat es nicht gefehlt. Aber ob man sich daran hält, das ist das Thema. Wir konnten feststellen, dass die Regeln auch von den Inhabern, von den Unternehmen nur begrenzt eingehalten wurden, weil der Kunde

nicht verprellt werden sollte. Man hat im Zweifel ein Auge zugedrückt. Auch das ist etwas, womit man zukünftig umgehen muss.

Dort, wo wir Betriebsräte hatten, konnte man Betriebsvereinbarungen zum Gesundheitsschutz schließen. Das war sicherlich sinnvoll. Das zeigt, dass Betriebsräte auch in solchen Zusammenhängen eine Aufgabe haben. Sie können konkreter etwas vereinbaren und bestimmte Ansprüche regeln, beispielsweise wann und wie oft Pausen gemacht werden sollen. Sie können dadurch die Beschäftigten mehr mitnehmen, mehr Akzeptanz schaffen und das auch kontrollieren.

Es ist sinnvoll, zukünftig mehr darauf zu achten: Wie kann man die Beschäftigten vor Ort, die Verkäuferinnen und Verkäufer schulen, damit sie sich in bestimmten Situationen besser wehren können? Wie kann das Führungspersonal die gesundheitliche Fürsorge für die Beschäftigten in seine Führungskultur einbeziehen? Man muss sich darauf vorbereiten und sich dafür wappnen, wenn so etwas wieder passiert.

Es geht darum, nicht auf staatliche Maßnahmen zu setzen; die sind auch wichtig. Die Pandemie hat aber gezeigt: Wir haben nicht die Möglichkeit, überall das Ordnungsamt hinschicken. Die sind durchaus gekommen und haben das kontrolliert. Aber die hätten viel häufiger dort sein müssen. Wenn man es nicht hinbekommt, das nachzuhalten, müssen wir mehr darauf setzen, dass die Menschen, die davon betroffen werden, ermächtigt und darin bekräftigt werden, sich besser zu schützen. Auch brauchen wir eine Führungskultur, die das ermöglicht und sich darum kümmert, dass besser mit dem Thema umgegangen wird, wie man in schwierigen Situationen miteinander umgeht und wie man sich da verhält.

Dazu gehört auch, dass man Beschäftigten, die dem ausgesetzt sind, Wertschätzung entgegenbringt, dass man sie einbezieht und sie zum aktiven Mitmachen anleitet. Das hat etwas mit Resilienz und der Kräftigung dieses Systems aus sich heraus zu tun. Man kann sicherlich sagen, da hätte man schon im Vorfeld mehr tun können. Aufgrund der Erfahrungen sollte man längerfristig daran arbeiten und sagen: Wir haben Bedarf, mit den Unternehmen in einen Austausch zu gehen und über eine Führungskultur zu sprechen, die sich dann verbessert.

Ich habe Ihnen im Vorfeld eine Betriebsvereinbarung zukommen lassen, in der Regelungen zum Gesundheitsschutz stehen. Wenn dies von den Unternehmern etwas mehr beherzigt, in die Führungskultur integriert und man die Führungspersonlichkeiten in dieser Hinsicht schulen würde, dann hätten wir einen Vorteil für zukünftige Krisen, die vielleicht noch auf uns zukommen.

Wenn es um vollständige Schließungen geht, sollte man vorher immer prüfen – ich denke, das ist auch passiert –, wie man sie vermeiden kann – Stichwort Click-and-collect. Das hilft, den städtischen Einzelhandel zu schützen.

Was Resilienz allgemein angeht, so braucht es auch eine öffentliche Diskussion, um die Abläufe in der Coronapandemie nochmals zu bewerten: Was hätte man anders machen sollen? Man sollte auch die Bürger sensibilisieren: War ihr Verhalten angemessen? Was hätte man anders machen sollen? Ich habe ja gesagt, dass nicht jeder weiß, wie es damals zugeht. Es muss einmal klar werden: Da ist etwas schiefgelaufen. So etwas sollte man zukünftig vermeiden.

Ich habe bereits gesagt, dass die Beschäftigten im Einzelhandel, die zukünftig absehbar wieder betroffen sein werden, befähigt werden müssen, sich richtig zu schützen. Das würde ich allgemein für ein zukünftiges Verhalten vorschlagen.

Jetzt ist die Zeit um.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Krüger. – Sicherlich kommen jetzt in der Fragerunde auch noch Fragen an Sie, an die beiden Vertreter von ver.di. – Jetzt hat für die Fraktion GRÜNE wieder Herr Abg. Poreski das Wort – das ist heute geübte Praxis.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Ich habe meine Fragen nicht in der Reihenfolge der Referierenden sortiert. Ich beginne mit einer Frage an Herrn Dr. Glaser: Wie sollen und können die Energiegenossenschaften weiter gefördert werden? Ich selbst bin Aufsichtsrat und Gründungsmitglied einer Genossenschaft. Für mich bezieht sich die Frage auch auf, ich sage mal, Pseudogenossenschaften, die ja im Bereich der Energie gegründet worden sind und die teilweise zu erheblichen Störungen sowohl im Markt als auch bei der Tätigkeit geführt haben.

Dann habe ich Fragen an Martin Gross und Herrn Krüger. Sie haben sehr viel zu Corona gesagt. Es ist gut und wichtig, dass das dokumentiert wird; das ist keine Kritik. Die Frage ist aber, wie wir eine gesellschaftliche Resilienz auch in anders gearteten Krisen erreichen und welchen Beitrag die Gewerkschaften dazu leisten können.

Sie haben, noch bezogen auf Corona, die Betriebsvereinbarung genannt. Das betrifft die Politik natürlich nur sehr mittelbar. Was erwarten Sie da von uns?

Dann habe ich eine etwas umfangreichere Frage an Herrn Professor Pedell. Deswegen komme ich zu ihm zuletzt. Erst einmal vielen Dank für die Präsentation. Sie war sehr komplementär und zum Teil auch umfassender zu dem, was wir schon in vorherigen Beiträgen von den Sachverständigen gehört haben. Deswegen würde ich an einer Stelle gern in die Tiefe gehen. Sie haben das Office of Resilience als einen Vorschlag eingebracht. Von einem anderen Sachverständigen gab es die Idee, so etwas auf europäischer Ebene zu etablieren. Ich könnte mir vorstellen, wenn ich jetzt die zwei

Vorträge nebeneinanderlege oder kombiniere, dass es da ein Netzwerk mit unterschiedlichen Akteuren gibt. Wie schätzen Sie das ein?

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Ich mache es der Reihenfolge nach. Herzlichen Dank für die vier Impulse. – Ich fange mit Herrn Professor Pedell an. Herzlichen Dank zunächst auch von mir für die ganz klaren, superguten und präzisen Handlungsempfehlungen, die wir hier wirklich gut verarbeiten können.

Ich habe Fragen zu dem Chief Resilience Officer: Wo genau würden Sie diesen ansiedeln, wenn man jetzt das Organigramm oder die verschiedenen Ministerien ein bisschen vor Augen hat? Was wäre da Ihr Tipp? Vielleicht könnten Sie auch noch weitere Ausführungen zu seinen Aufgaben machen. Das hatten Sie schon kurz angerissen, und das war sehr spannend.

Das Zweite betrifft das Handbuch und die Trainings für die KMUs. Wen würden Sie da in der Pflicht sehen? Wer sollte das steuern? Sollte man das gemeinsam mit den KMUs, auch getrieben von der Exekutive, machen? Inwieweit können Sie sich das vorstellen?

Auch an Herrn Dr. Glaser habe ich zwei Fragen. Wir haben heute Morgen von Herrn Dr. Voelkel gehört, dass man Krisenpläne zusammen mit der Finanzwirtschaft, mit den Instituten aufbauen sollte. Inwieweit könnte der Verband oder überhaupt die Genossenschaften da eine Mittlerfunktion einnehmen oder diese Krisenpläne vielleicht sogar erarbeiten?

Sie haben es nur kurz gestreift: Könnten Sie uns noch ein Beispiel für energieautonome Kommunen geben?

Die zwei Herren am Schluss, Herr Gross und Herr Krüger, haben den Unterschied zwischen Homeoffice und mobilem Arbeiten genannt. Ein kleiner Aspekt der Enquetekommission ist auch, wie sich mobiles Arbeiten verändert. Wie sollte Ihrer Meinung nach mobiles Arbeiten geregelt werden?

Hätten Sie – das ist ein sehr großer Komplex – noch weitere ganz konkrete Ideen zur Stärkung der Mitarbeiter? Das geht ein bisschen in die gleiche Richtung wie die Frage des Kollegen Poreski. Könnten Sie uns dazu noch etwas mitgeben?

Herzlichen Dank.

Abg. Florian Wahl SPD: Herzlichen Dank den Herren für die Impulse und Vorträge. – Herr Professor Pedell, meine Frage an Sie schließt sich den Fragen meines Vorredners und meiner Vorrednerin zum Chief Resilience Officer an. Ich finde das total spannend. Da fängt man natürlich gleich an, zu überlegen, wie das Ganze funktionieren könnte.

Mich würde interessieren, ob Sie als Vorbild die Logik eines Unternehmens nehmen würden, dass man da einen Officer hätte, der durch die Strukturen durchgreifen und durchregieren kann, wie das ja manchmal möglich ist. Das kann in einem staatlichen Gebilde manchmal anders sein. Wenn nicht, dann muss es so initiiert sein, dass man z. B. beim Ressortprinzip über die verschiedenen Ebenen und Ähnliches durchgreifen kann. Mich würde interessieren, wie Sie sich das vorstellen und ob Sie Vorbilder haben. Man könnte vielleicht auch sagen, dass der Innenminister der Chief Resilience Officer sein sollte. Ich überspitze das jetzt einmal. Vielleicht könnten Sie das darlegen. Das ist ein ganz neuer Ansatz, den ich richtig spannend finde.

Herr Dr. Glaser, herzlichen Dank für Ihren Impuls. – Bei den Handlungsvorschlägen möchte ich auf zwei Punkte eingehen. Der eine Punkt ist, dass Sie die Förderung von genossenschaftlichen Kooperationen durch das Land hervorgehoben haben. Könnten Sie noch konkreter sagen, was Sie sich da von uns wünschen würden? Das betrifft auch die Gleichbehandlung vom Dorfladen bis zu INTERSPORT. Eine bessere Förderung ist natürlich immer gut. Aber was stellen Sie sich da ganz konkret vor?

Der andere Punkt: Sie haben gesagt, genossenschaftliche Lösungen seien eine gute Möglichkeit, passten aber nicht immer. Sie beurteilen das natürlich jeweils unterschiedlich. Mich würde interessieren, weil wir uns hier auch sehr mit der Aufarbeitung der Coronapandemie befassen und uns im ersten Handlungsfeld massiv mit der Gesundheitsversorgung beschäftigt haben, wie Sie die Rolle von genossenschaftlichen Lösungen und Modellen zur Sicherung der Gesundheitsversorgung sehen. Es hat eine Studie des Gemeindetags, glaube ich, zusammen mit dem Landwirtschaftsministerium über die verschiedenen Modelle gegeben, die sehr spannend gewesen ist. Überall, wo ich als Gesundheitspolitiker vor Ort bin, erlebe ich, dass die Diskussion über genossenschaftliche Modelle im Raum steht, wie man Ärztinnen und Ärzte, die sich nicht mehr niederlassen, sondern angestellt arbeiten wollen, in die Fläche bekommt. Wie schätzen Sie das ein?

Dann noch zu den beiden Kollegen von ver.di: Herzlichen Dank für den Impuls und den Einblick, was die Coronapandemie für Menschen im Einzelhandel und im Dienstleistungsgewerbe insgesamt bedeutet hat. Es ist ganz wichtig – gerade wenn wir uns die Zeit dafür nehmen und uns die Mühe machen, das aufzuarbeiten und nach Lösungen zu suchen –, dass dies aus der Perspektive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so deutlich dargestellt worden ist.

Herzlichen Dank auch für die zugesandte Betriebsvereinbarung. Ich glaube, die ist mustergültig dafür, wie so etwas aussehen und geregelt werden sollte. Wir meinen, dass sich die Arbeitgeber bewegen müssen und dass sich auch gesellschaftlich etwas tun muss.

Hinsichtlich der Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für den Landtag von Baden-Württemberg sind wir sehr daran interessiert, zu erfahren, welche Landes- und staatlichen Maßnahmen wir als Landesgesetzgeber als Konsequenz aus der Pandemie

ganz konkret treffen sollten. Könnten Sie uns sagen, was wir da aufnehmen könnten? Ich vermute, dass wir uns bei manchen Themen wie Tariftreue und Ähnlichem einig sind. Aber vielleicht könnten Sie noch ganz konkret sagen, was wir da machen könnten.

Danke.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von unserer Seite ganz herzlichen Dank für die Impulse. – Herr Professor Pedell, danke insbesondere für die eindrückliche Schilderung des Beispiels, mit dem Sie eingestiegen sind. An dem möchte ich das Ganze klarmachen. Auch wenn ich jetzt der Dritte bin, der zum Thema Vernetzung etwas sagt, glaube ich, dass wir das an diesem Beispiel deutlich machen können.

Bei der Vorbereitung war die interessanteste Frage für uns, inwiefern sich die Akteure vernetzen können. An anderer Stelle haben wir schon gehört, dass für die Vorsorge bei Katastrophen der Grundsatz „Üben, üben, üben“ und miteinander kommunizieren sowie miteinander sprechen notwendig sind. Sitzt der Chief Resilience Officer dann beispielsweise in einem Turm, oder sitzt er in der Stadtverwaltung? Es wäre interessant, das zu erfahren.

Sie haben darauf hingewiesen, wie wir vorhandene Strukturen möglichst gut nutzen können. Muss das eine neu geschaffene Struktur sein, die wir aufbauen, oder kann das auch etwas sein, was schon vorhanden ist und wir möglichst gut nutzen können? An dem Beispiel von Ihnen wird klar: Womöglich hätten in dem Turm des World Trade Centers sehr viel mehr Menschen gerettet werden können, wenn vorher allein in diesem Turm eine Vernetzung stattgefunden hätte und in dem Moment alle schnell hätten reagieren können, so, wie Sie es dargestellt haben.

Ein Teil der Antwort ist, dass oftmals Geschwindigkeit notwendig ist. Notwendig ist auf jeden Fall, dass es zumindest vor Ort Zuständige gibt, die dann schnell reagieren können und nicht erst irgendwo anrufen müssen und derjenige wieder irgendwo anrufen muss, bis dann alle ihre Anrufe getätigt haben. Wenn man nicht gleich jemanden bekommt, ist das meiste schon vorbei. Das ist wahrscheinlich ein Teil der Antwort. Ich bin aber auf Ihre Antwort gespannt.

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, den Fokus bei Forschung und Entwicklung auf Krisenresilienz und Katastrophenschutz zu legen. Dazu die Nachfrage: Ist das für Sie eine eigene Disziplin in diesem Bereich, oder muss man da einen Kompass in den vorhandenen Forschungsrichtungen anlegen?

Herr Dr. Glaser, vielen Dank. – Der genossenschaftliche Gedanke, der ja viel mit Eigenverantwortung und Verantwortung zu tun hat, trägt natürlich. Das ist vom Grundsatz her sehr wichtig. Im Moment gründen sich auch sehr viele Nachbarschaftsvereine,

also Nachbarschaftshilfen. Vielleicht könnten Sie kurz etwas dazu sagen, wie im Moment Ihre Erfahrung damit ist und welchen Trend es dort gibt.

Sie haben auch davon gesprochen, dass Dezentralität zur Resilienz beiträgt. Das ist auch meine Überzeugung. Vor diesem Hintergrund muss man zumindest ein bisschen kritisch sehen, dass viele Volks- und Raiffeisenbanken im Moment eher eine andere Tendenz haben. Zumindest bei mir in der Region gibt es sehr viele Fusionen. Das werden riesengroße Banken. Ob die noch viel mit dem genossenschaftlichen Gedanken zu tun haben, weiß ich nicht. Physisch sieht man das auch dadurch, dass viele Filialen, auch in kleineren Ortschaften, geschlossen werden. Vielleicht könnten Sie dazu noch etwas sagen.

Dann komme ich zu Herrn Gross und Herrn Krüger. Gerade bei Ihnen, Herr Krüger, habe ich nicht genau erkannt, wann die Botschaft Richtung Land, Politik ging und wann in Richtung Wirtschaft. Wenn es beispielsweise darum geht, die eigenen Mitarbeiter in die Lage zu versetzen, mit Konflikten vor Ort und mit Stresssituationen umzugehen, dann hat die Politik – dieses Gefühl habe ich – relativ wenig Handlungsspielraum. Man kann entsprechende Schulungen grundsätzlich fördern. Aber ich glaube, umgesetzt werden muss es schon in den Unternehmen selbst.

Insofern noch die Frage: Was können wir da in der Politik tun? Was können wir in unsere Handlungsempfehlungen hineinnehmen, außer dass wir dazu anhalten: „Übt solche Situationen, und bereitet euch auf solche Situationen vor“? Denn die werden wieder kommen, beispielsweise im Rahmen einer Pandemie. Es gibt ja auch andere Stresssituationen, die sehr schnell eskalieren können. Insofern wäre interessant, zu erfahren, was wir da ganz konkret tun könnten.

Vielen Dank.

Abg. Carola Wolle AfD: Herr Professor Pedell, Ihr Vortrag war perfekt strukturiert. Ich fand ihn ganz toll. Nur ein paar Essentials daraus.

Sie haben sehr viel auch über Fachkräfte gesprochen. Den Fachkräftemangel gibt es ja schon länger. Wir haben auch einen Brain drain. Das heißt, viele Fachkräfte, gut ausgebildete Leute aus Deutschland wandern ins Ausland ab, weil die Rahmenbedingungen hier nicht mehr stimmen. Was meinen Sie, wie wir das verhindern können?

Zum Chief Resilience Officer: Ich denke, das müssen viele sein, die sich aber miteinander abstimmen sollten; denn das Rad muss ja nicht neu erfunden werden.

Des Weiteren haben Sie davon gesprochen, essenzielle Funktionen zu erkennen. Woran orientieren wir uns da? Bei Krankenhäusern, der Feuerwehr usw. ist das klar. Woran können wir uns orientieren, damit da nichts verloren geht?

Was auch noch bemerkenswert ist: Sie haben auf Ihrer zweiten Folie geschrieben, dass es einen Zielkonflikt zwischen Effizienz und Resilienz gibt. Mit anderen Worten: Das Ganze gibt es nicht umsonst. Wer soll die Kosten tragen: die Politik oder jedes Unternehmen selbst?

Herr Dr. Glaser, ich habe die Erfahrung gemacht, dass Raiffeisen-Märkte auf dem Land zunehmend schließen. Ist die Versorgung, die Sie angesprochen haben, dort noch gewährleistet? Kann man vielleicht wieder darauf aufsetzen? Anscheinend hat sich das nicht rentiert.

Die genossenschaftlichen Banken sind kleiner und näher am Bürger und an kleinen und mittelständischen Unternehmen. Ist das von Vorteil? Was können wir tun, damit das besser wird?

Sie haben von einer Energiegenossenschaft gesprochen. Ich habe vorhin gelernt, wir verteilen eigentlich den Mangel an Eigenproduktion. Was sagen Sie dazu?

Ich komme zu Herrn Gross von ver.di. Gesundes Arbeiten zu Hause wurde schon angesprochen. Homeoffice und mobiles Arbeiten sind ja zwei völlig unterschiedliche Dinge. Beim Homeoffice kann der Mitarbeiter einen vollständigen Arbeitsplatz erwarten, der vom Arbeitgeber nach gesundheitlichen Rahmenbedingungen eingerichtet wird. Beim mobilen Arbeiten hat er seinen Laptop auf dem Schoß. Ich sage das jetzt ein bisschen salopp. Ich denke, die Form, dass einer nur zu Hause oder nur mobil arbeitet, gibt es nicht. Das sind zwei Extreme. Gibt es vielleicht einen Mittelweg, so dass sich beide – sprich: Arbeitnehmer und Arbeitgeber – da irgendwie entgegenkommen können? Der Arbeitnehmer muss ja z. B. auch Platz für einen eigenständigen Arbeitsplatz haben. Das sind verschiedene Rahmenbedingungen.

Herr Krüger, als Sie das mit dem Klopapier gesagt haben, habe ich in mich hineingelacht und gedacht: Wenn es gleich von der Palette heruntergenommen wird, muss es schon nicht eingeräumt werden.

Das Beispiel, das Sie genannt haben, dass jemand einem eine Bierdose ins Gesicht schlägt, fand ich schon sehr extrem und schlägt dem Fass den Boden aus. Ich verstehe nicht, wie man so miteinander umgehen kann.

Wir hatten Krieg, in dem es solche Szenen nicht gab. Ich glaube, das war viel belastender als die Coronapandemie. Sie war für die einen natürlich belastend und führte zu Aggressivität. Ich frage mich: Hat das zu einer Veränderung der Gesellschaft, der Menschen geführt? Was hat dazu geführt, dass sie sich emotional nicht mehr im Griff hatten als früher in noch extremeren Situationen? Was können wir tun, damit jeder Einzelne wieder resilienter wird, sich im Griff hat und sich zusammenreißt? Man kann doch nicht jedem, nur weil einem etwas nicht passt, ins Gesicht schlagen. Das geht

doch nicht. Also: Was können wir tun, damit so etwas nicht mehr passiert? Was hat Ihrer Meinung nach dazu geführt, dass die Menschen so aggressiv geworden sind?

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich frage, ob es Meldungen für eine zweite Runde gibt, um abschätzen zu können, ob das viele oder keine mehr sind. – Eine Meldung gibt es noch. Gibt es noch eine Meldung im digitalen Raum? – Die Meldung von Herrn Abg. Weinmann habe ich noch gesehen. – Wir beginnen mit Ihnen, Frau Dr. Tröger.

Dr. Josephine Tröger, stellv. externes Mitglied: Danke schön. – Herr Pedell, gelingt die Stärkung der Resilienz von Unternehmen aus Ihrer Sicht eher durch Förderung – der Staat geht in Vorleistung bzw. in Nachleistung, wenn eine Krise schon da ist – oder durch Regulatorik? Wir suchen ja eigentlich Unternehmen – so verstehe zumindest ich das –, die uns als Gesellschaft präventiv resilienter machen oder die ihren Anteil daran haben. Wie sehen Sie das? Wie können Unternehmen dazu beitragen? Das habe ich noch nicht ganz verstanden.

An Herrn Glaser ganz konkret die Frage – die Genossenschaften wurden heute oft erwähnt –: Was sind die Vorteile einer Genossenschaft gegenüber größeren Unternehmen? Wir hatten heute Morgen eine ganz andere Perspektive darauf. Was waren da Erfolge während der Coronapandemie? Gab es welche? Wie sehen Sie das? Was ist aus Ihrer Sicht der Erfolgsfaktor von Energiegenossenschaften?

An die beiden Herren von ver.di habe ich die Frage: Wie tragen Unternehmen zur Resilienz eines Wirtschaftsstandorts bei, und was tragen Sie in Ihrer Rolle dazu bei?

Zum Thema Arbeitskräfte würde mich interessieren, wie wir hier zu einem gesellschaftlichen Zusammenhalt kommen. Wir erleben ja gerade das Gegenteil. In Ihrem Vortrag gab es aus meiner Sicht sehr viel Kritik. Insofern frage ich mich, wie das zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt.

Vielleicht könnten Sie noch einen Blick auf andere Krisen werfen, z. B. die Klimakrise. Wenn nächstes Jahr eine Hitzeperiode kommt: Was sind da Ihre Perspektiven? Können Sie da etwas übertragen?

Vielen Dank.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Ich habe lediglich zwei Ergänzungsfragen. – Herr Professor Pedell, das Office of Resilience wurde mehrfach angesprochen. Mit welcher Kompetenz müsste ein solches Office ausgestattet sein?

Herr Gross, Sie haben im Zusammenhang mit den Sonntagsöffnungszeiten, zu denen auch ich ein durchaus ambivalentes Verhältnis habe, gesagt, dass Sie dafür kaum eine Notwendigkeit sehen, insbesondere nicht für den Fachhandel. Heute Morgen haben wir an anderer Stelle gehört, dass wir explizit eine Verlagerung erfahren haben. Es

wurde das Beispiel des Spielzeugfachhandels aufgezeigt, der während der Pandemie geschlossen haben musste, während die Discounter ihre Regale mit Spielzeugen gefüllt und damit in gewisser Hinsicht auch zu dem Garaus des Fachhandels beigetragen haben. Insofern die Frage: Welche Möglichkeiten sehen Sie abseits von Sonntagsöffnungszeiten, dem Fachhandel in der Innenstadt eine Perspektive zu geben?

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank für die Fragen. – Es gibt zumindest jetzt keine weiteren Fragen aus der Runde. – Ich gebe jetzt an Herrn Professor Dr. Pedell ab. Auch Sie haben bis zu zehn Minuten Zeit, um auf die vielen Fragen zu antworten. Sie bekommen das sicherlich hin.

Sv Herr Dr. Pedell: Vielen Dank. – Wenn Sie mir das so nahelegen, dann versuche ich es natürlich.

(Heiterkeit)

Zum Office of Resilience: Ich fange mit Ihrem Kommentar an, Herr Wahl. Quasi ein Modell von einem Unternehmen in die staatliche Welt übertragen – nein, im Gegenteil. Städte, zum Teil auch US-amerikanische Bundesstaaten haben ein Office of Resilience, teilweise mit einer Person, die als Chief Resilience Officer exponiert ist oder auch nicht. Insofern sind die Vorbilder schon eher im staatlichen Bereich zu finden. Daher ist die Rolle auch mehr darauf ausgelegt, zu koordinieren.

Klar, in der staatlichen Verwaltung braucht man auch gewisse Durchgriffsrechte. Wenn man irgendwelche Krisenthemen zwischen den Ministerien abstimmen soll, braucht man Kompetenzen. Wenn es bei Unternehmen darum geht, Ressourcen zu koordinieren oder Plattformen bereitzustellen, dann können das Angebote mit mehr oder weniger Nachdruck sein. So würde ich die Rolle einmal skizzieren.

Daraus abgeleitet, komme ich als Nächstes zu den Aufgaben. Ich glaube, es gibt eine sehr stark koordinierende Rolle, z. B. zwischen Ministerien – das ist die Binnenperspektive –, aber auch mit anderen Bundesländern. Sie haben die verschiedenen Ebenen erwähnt. Wir können dem Bund natürlich nicht vorschreiben, dass er ein Office of Resilience einrichten möge, auch nicht der Europäischen Union. Wenn es das dann gibt, würde man sich natürlich abstimmen. Selbst wenn es das nicht gibt, hätte man trotzdem passende Ansprechpartner für eine Koordination.

Man sollte auf jeden Fall auf die Verbesserung des Informationsflusses achten. Sie haben in den verschiedenen Stellungnahmen und Vorträgen genügend Beispiele gehört, bei denen man darauf achten sollte, dass das Ganze gleich von Anfang an noch konsequenter läuft, dass man eine koordinierte Krisenkommunikation hat und dass Dinge nicht scheibchenweise kommen und sich nicht widersprechen. Das würde ich als eine Aufgabe sehen.

Last, but not least: Wenn ich an Ihre Kommission denke, dann könnte ich mir vorstellen, dass das ein ganz charmanter Ort für die Frage sein könnte, wie wir es schaffen können, die Implementierung der Maßnahmen an der einen oder anderen Stelle nachzuhalten. Auch von dieser Seite könnte das ein ganz geschickter Move sein.

Herr Weinmann, Sie haben gefragt, mit welcher Kompetenz das Office of Resilience ausgestattet werden soll. Das hängt natürlich von den Aufgaben, vom Aufgabenschnitt ab. Ich denke, das sollte keine schwache Rolle sein, gerade bei der Koordination der Ministerien. Ich habe nur die Sorge, dass man, wenn man eine Parallelstruktur schafft und das völlig losgelöst ist, es abkapselt und es vielleicht von anderen nicht akzeptiert wird. Deswegen ist die Idee eines Office of Resilience eventuell sogar ein bisschen tragfähiger als die eines Chief Resilience Officers.

Es wurde auch gefragt, wo man das Office of Resilience ansiedeln soll. Man tut sich vielleicht sogar leichter, wenn die Beteiligten aus verschiedenen Ministerien – so ähnlich wie hier in der Kommission – verschiedene Felder haben und man sie in einem Office bündelt. Ob dann noch ein Primus inter Pares oder eine Prima inter Pares installiert wird, ist noch eine andere Frage. Ich würde jetzt eher in diese Richtung denken, aber ohne dass ich das bis zum Ende ausformulieren könnte.

Der Chief Resilience Officer wird sicherlich nicht in einem Turm sitzen, sondern er wird mit Sicherheit das vorhandene Wissen in den Ministerien, aber auch vor Ort in den Unternehmen nutzen. Diese Frage kam von Ihnen, Herr Reith.

Ich hoffe, dass ich jetzt die wichtigsten Punkte im Zusammenhang damit abgedeckt habe.

Frau Wolle, Sie haben gesagt, dass es viele Chief Resilience Officer sein müssten. Die Frage ist, ob wir wirklich viele im Land brauchen. Ich glaube, es wäre schon ganz hilfreich, wenn wir pro Bundesland welche hätten. Ob auch die Stadt Stuttgart einen Chief Resilience Officer implementiert, ist erst einmal keine Frage für die Enquetekommission. Ich denke aber, es wäre ein gutes Signal, wenn man das auf Landesebene in diese Richtung einmal anstößt.

Dann war die Frage, mit wem man das Handbuch zum Aufbau von Resilienz realisieren könnte. Ich könnte mir sehr gut vorstellen – das sage ich jetzt einmal völlig ungeschützt –, das beim Wirtschaftsministerium aufzuhängen, weil ich glaube, dass dort die Strukturen vorhanden wären, so etwas auch in Kooperation mit KMUs zu verwirklichen. Man sollte auch schauen, was die großen Unternehmen, die Großkonzerne da machen. Es ist aber auch nicht so, dass nur die einen von den anderen etwas lernen können. Ich denke, dass beispielsweise kapitalmarktnotierte Unternehmen an der einen oder anderen Stelle durchaus auch etwas von KMUs lernen könnten, weil sie eigentümergeführt sind und schon aus einer ganz anderen Motivationslage heraus viel resilienter agieren. Ich sehe das nicht als Einbahnstraße.

Dann haben wir den Punkt der Krisenresilienz bei FuE von Ihnen, Herr Reith. Ich würde das nicht als eigene Disziplin aufhängen, sondern eher als Kriterium mitlaufen lassen und sagen, damit man das als Prüfroutine mit dabei hat: „Prüft das bitte und zahlt das auch auf dieses Ziel ein.“ So ähnlich ist es auch bei den Nachhaltigkeitszielen, bei denen es ebenfalls Zielkonflikte und eine Zielpluralität gibt. Wir müssen da abwägen. Bei allem, was wir da tun, müssen wir überlegen, wie nachhaltigkeitsorientiert das ist. Im besten Fall finden wir Maßnahmen oder Projekte, die dann nachhaltig auch die ökonomisch resiliente Perspektive befördern. Ich würde das eher als Kompass, als zusätzlichen Punkt sehen, aber nicht alibimäßig.

Frau Wolle, Sie haben das Thema Fachkräfte angesprochen und gefragt, was wir machen können, um den Brain drain zu verhindern. Auch ich beobachte mit großer Sorge, dass wir netto Arbeitskräfte verlieren, und zwar genau die, die wir gern hier behalten würden. Ich habe keine einfache Antwort darauf. Wichtige Fragen in diesem Zusammenhang sind: Wie bezahlbar ist der Wohnraum? Wie schaut es mit der Kinderbetreuung aus? Das alles sind Fragen, die heute schon angeklungen sind und die die Leute bewegen. Dafür müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Wie gesagt, ich habe keine einfache Antwort darauf. Aber ich meine, in diese Richtung könnte man denken.

Dann das Thema Zielkonflikte: Wer soll das bezahlen? Dort, wo es die Unternehmen betrifft, sollen sie es bezahlen, würde ich sagen. Das ist immer bottom-up. Wir müssen uns immer sehr genau überlegen, wo sich der Staat engagiert. Wenn wir sagen, es könnte Sinn machen, beispielsweise ein Office of Resilience einzurichten, dann ist damit vielleicht ein bisschen Ressourceneinsatz vom Land verbunden. Um die Themen in den Unternehmen zu pushen, wäre ich sehr zurückhaltend damit, eine neue Unterstützungsrunde zu fahren oder einen eigenen Fonds zu gründen. Ich würde eher auf die Innovationsfreude der Unternehmen setzen. Ich glaube, viele Unternehmensvertreter sehen das auch so.

Ich habe ein Zitat aus einem Gespräch im Hinterkopf, das ich kürzlich geführt habe – das ist sehr plakativ, geht aber in diese Richtung –: „Bevor wir die nächste Runde an Forschungsförderung machen, lieber die Steuersätze runter.“ Das ist die Grundhaltung und leuchtet mir auch sehr ein.

Das Erkennen von essenziellen Funktionen ist noch ein Punkt. Aus der Unternehmenssicht ist das ganz einfach: Man muss die Produkte und Dienstleistungen, die man unbedingt erbringen möchte, definieren, um als Unternehmen weiter fortbestehen zu können. Man muss ein Niveau definieren, auf dem das mindestens zu passieren hat. Das Ganze ist nicht statisch, sondern dynamisch. Wenn irgendeine Krise kommt, muss man wissen, wie schnell man mindestens wieder auf dieses Niveau kommen kann. Ich habe auch keine einfache Lösung, wenn es um die Frage geht, welche Produkte und Dienstleistungen das Land zur Verfügung stellt, wenn man es als produzierendes Unternehmen auffasst. Ich könnte Ihnen jetzt keine ganz einfache Prüfroutine nennen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Pedell. – Dann gehen wir zu Herrn Dr. Glaser weiter. Auch Sie bitte ich, die Fragen möglichst in zehn Minuten zu beantworten. – Bitte sehr.

Sv. Herr Dr. Glaser: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich versuche, die Fragen der Reihe nach zu beantworten.

Wenn wir generell von Genossenschaften sprechen, auch von Energiegenossenschaften, meinen wir eingetragene Genossenschaften auf dem Boden des Genossenschaftsgesetzes. Warum erwähne ich dies? Es gibt auch genossenschaftliche Strukturen außerhalb dieses Rechtsrahmens. Es gibt auch politische Bestrebungen, die ich einmal mit dem Begriff „Genossenschaft light“ bezeichne. Warum warnen wir davor, solche Strukturen einzugehen und zu fördern? Weil das Genossenschaftsgesetz – es ist ja mehrmals reformiert und weiterentwickelt worden – in den Grundfesten noch immer den Mitgliederschutz im Sinn hat.

Wenn zwei oder drei von uns am Montag zum Notar gehen und eine GmbH gründen, machen wir unsere Pflichteinlage. Hinterher fragt niemand, was mit der GmbH geschieht. Wenn hingegen ein Genossenschaftsmitglied eine Einlage tätigt, einen Geschäftsanteil zeichnet, dann ist damit auch eine Haftung verbunden.

Im Bereich der Energiegenossenschaften gibt es auch Fehlentwicklungen, die gerade nicht von den traditionellen Genossenschaftsverbänden begleitet und geprüft werden. Wir als Prüfungsverband stehen, genau wie die in den anderen Bundesländern, unter staatlicher Aufsicht. Das ist in unserem Fall das Wirtschaftsministerium. Wir werden jedes Jahr richtigerweise daraufhin geprüft, ob wir die gesetzliche Prüfung vornehmen.

Auch in Baden-Württemberg haben sich in den letzten Jahren sogenannte Kanzleiverbände gegründet. Die Schwelle ist niedrig. Die traditionellen Genossenschaftsverbände haben sich auch Kriterien gegeben, bei der Gründungsprüfung manchmal durchaus etwas pingelig zu sein; das sage ich ganz ehrlich. Der Hintergrund ist der Mitgliederschutz. Die Genossenschaften, die bei uns gegründet worden sind, haben bis zum heutigen Tag eine Insolvenzquote von 0,1 % über das Bundesgebiet hinweg.

Wenn wir ein Geschäftsmodell als nicht tragfähig empfinden, gründen wir auch nicht. Die Genehmigung einer Gründung geht über den Tisch meines Vorstandskollegen und von mir, sodass wir uns sehr intensiv auch mit Gründungsgutachten und der Gründungsprüfung beschäftigen.

Die Genossenschaftsrechtsnovelle ist Fluch und Segen zugleich. Wir hatten im Jahr 1998 eine Genossenschaftsrechtsnovelle, bei der die Anzahl der Mindestmitglieder einer Genossenschaft von sieben auf drei gesenkt worden ist. Das ist einerseits vorteilhaft. Andererseits befördert dies natürlich durchaus auch Konstruktionen bis hin zu,

ich sage jetzt mal, Familiengenossenschaften. Wenn die dann an einen Prüfungsverband stoßen, der sagt: „Wir nehmen es mal nicht so genau mit der Gründung“, sind Fehlentwicklungen die Folge. Insofern bewegen wir uns immer auf der Basis des Genossenschaftsgesetzes und sind durchaus auch einmal strenger. Aber der Erfolg gibt uns recht: Wir haben so gut wie keine Illiquidität. Gegen Fehlentwicklungen in einer Genossenschaft haben wir ein Präventivsystem eingebaut.

Das Thema „Förderung von Energiegenossenschaften“ würde ich gern in zwei Teile splitten. Ich weiß sehr wohl, dass sehr vieles Bundesrecht ist. Aber auch im Land sind Erleichterungen für Genossenschaften möglich. Unser Appell geht dahin, Genossenschaften mit anderen Unternehmensformen gleichzustellen, beispielsweise wenn es um Förderprogramme geht.

Wir stellen immer wieder fest, dass Genossenschaften per se nicht als eigene Unternehmen gesehen werden, sondern dass man die Mitglieder der Genossenschaften als eigenständige Wirtschaftssubjekte sieht. Das sind sie auch. Aber eine Genossenschaft per se ist ein Unternehmen. Ich nenne nur ein Beispiel: Es ist für uns bis zum heutigen Tag unverständlich, dass es keine genossenschaftlichen Mieterstrommodelle gibt. Da wäre das Angebot – wir haben das vorbereitet und bringen es auch in die Diskussion ein –, dass wir durchgehen, was das Land Baden-Württemberg tun und wo es da via Bundesrat noch unterstützen kann, um für eine Förderung von Genossenschaften zu sorgen. Das wären die Ansätze.

Krisenpläne mit der Finanzwirtschaft sind hoch relevant. Das ist eine Lehre, die wir alle aus der Coronapandemie ziehen müssen. Das hat nach anfänglichem Ruckeln so weit funktioniert. Das war auch keine böse Absicht. Meiner Ansicht nach hängt da vieles miteinander zusammen. Die realwirtschaftlich orientierten Kreditinstitute wie die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken sitzen mit den Unternehmen in einem Boot.

Wir haben festgestellt, dass die Banken in der Pandemie genauso stark gefordert waren wie öffentliche Fördergeber. Wir hatten erhebliche Stundungspläne mit den Unternehmen vereinbart. Insofern wünsche ich mir, dass wir dies als Lernkurve für eine weitere Krisensituation mitnehmen. Wenn es Krisensituationen gibt: Bitte holen Sie die Real- und die Finanzwirtschaft mit an den Tisch. Das erhöht zum einen das gegenseitige Verständnis und verhindert zum anderen Ineffizienzen.

Als energieautonome Kommune fällt mir spontan St. Peter im Schwarzwald ein. Das ist ein klassisches Beispiel, bei dem Kommune und Genossenschaft Hand in Hand arbeiten. Es geht ja nicht gegen eine Kommune oder gegen größere Player, sondern das Miteinander macht es. Beispielsweise gründen auch Stadtwerke Genossenschaften. Es gibt aber auch Kooperationsmodelle mit Stadtwerken und Genossenschaften. Es geht immer um das Miteinander, verstärkt beispielsweise auch bei Nahwärmekonstruktionen.

Die Förderung von Genossenschaften durch das Land habe ich schon kurz angerissen. Uns geht es mehr darum, deutlich zu machen: Genossenschaften sind eigene Unternehmen und als solche auch gleichzustellen. Wir würden uns darüber freuen, wenn man Genossenschaften hinsichtlich der Förderung verstärkt ins Blickfeld nimmt.

Beispiel: Wir sind auch mit den Kammern, Universitäten und Hochschulen im Land unterwegs. Die Genossenschaft hat man im Gründungsprozess oft gar nicht auf dem Schirm. Es ist zwar einerseits unsere Aufgabe, dafür zu werben. Wenn es um Gründerzentren und um Kulissen geht, Gründungen zu befördern, dann sind die Genossenschaften mit in den Optionsraum zu nehmen.

Was ist der Hintergrund für die Gleichbehandlung von Dorfläden? Ich mache das an einem Beispiel deutlich: Wir haben festgestellt, dass Raiffeisen-Märkte und Dorfläden in der Pandemie sofort dem Lockdown unterworfen worden sind, während beispielsweise große Baumärkte mit Lebensmittelabteilungen geöffnet hatten. Man muss wirklich sagen, dass in diesem Fall dann seitens des Landwirtschafts- und des Wirtschaftsministeriums sehr schnell reagiert worden ist. Aber man muss mitdenken – wir beschäftigen uns hier mit der Frage, wie wir aus Krisen lernen können –, dass die jeweiligen Unternehmensstrukturen gleichbehandelt werden, wenn es um die Lebensmittelversorgung geht.

Was ist die Rolle von Genossenschaften bei der Gesundheitsversorgung? Sie ist vermutlich einer der Wachstumssektoren schlechthin. Wir sind auch mit den medizinischen Fakultäten der Universitäten im Land sehr stark unterwegs. Die – in diesem Fall – Absolventinnen von medizinischen Fakultäten scheuen aus verständlichen Gründen zunehmend die Selbstständigkeit: zum einen wegen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zum anderen auch aus finanziellen Gründen. Ich selbst war Bankvorstand und weiß insofern, was es heißt, wenn man eine Praxisübernahme finanzieren muss. Da setzt die Genossenschaft an, die dann beispielsweise Administration abnimmt.

Es gibt unterschiedliche Modelle. Man kann auch Genossenschaften mit Bürgerbeteiligung etablieren, beispielsweise Gesundheitsgenossenschaften. Da ist mit Sicherheit noch viel Spielraum. Darin sehen wir eine große Bedeutung. Das sind klassische Fälle, bei denen das Prinzip gilt: „Was einer allein nicht schafft, das schaffen viele“ – Ärzte, Bürger und Kommunen. Die Nachfrage zeigt, dass wir hier den Punkt getroffen haben.

Zur Nachbarschaftshilfe und zu Nachbarschaftsvereinen: Ich kenne im Augenblick noch keine gegründete Nachbarschaftshilfe mit genossenschaftlicher Struktur. Wir beraten manchmal bewusst noch nicht in eine genossenschaftliche Struktur hinein, weil die Voraussetzungen wirtschaftlicher Natur beispielsweise fehlen. Aber wir haben einen Blick darauf. Wir sehen da im Augenblick noch keine breite Bewegung.

Zur Dezentralität und zu Fusionen von Volksbanken: Ich glaube, das ist ein Dauerbrenner, schon solange es Genossenschaftsbanken gibt. Man muss respektieren –

jede Medaille hat zwei Seiten –: Die Frage, ob genossenschaftliche Banken fusionieren, entscheiden schlussendlich die General- oder die Vertreterversammlung. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Regulatorische Vorgaben sind mittlerweile ohne Zweifel ein Fusionstreiber. Das muss man nüchtern anerkennen. Eines der schlimmsten Übel ist das Meldewesen, das zum Teil Mann- und Fraukapazitäten bindet, die in diesem Sinn nicht produktiv eingesetzt sind. Wenn das noch mit dem Arbeits- und Fachkräftemangel garniert wird, den auch Kreditinstitute haben, dann wirkt dies – ich sage das ganz offen – zum Teil als Fusionspeitsche.

Ein weiterer Punkt ist die Wirtschaftsstruktur. Wenn eine genossenschaftliche Bank beispielsweise ein starkes Geschäftskundengeschäft hat und mit den Unternehmen wachsen will, dann kommt eine Bank unter Umständen auch an Größengrenzen. Wir haben allerdings eine Finanzgruppe dahinter. Auch die Zentralbank kann dann helfen. Auch das ist oft eine Motivationslage für Fusionen. Manchmal gibt es dann Gebilde, bei denen man sich fragt, warum die entstanden sind. Wo Menschen sind, werden auch menschliche Entscheidungen getroffen. Das muss man ganz nüchtern sehen.

Ich nehme einen Punkt gleich noch mit, weil auch dies angesprochen wurde. Ich glaube, bei Filialen gibt es das Henne-Ei-Problem. Insbesondere Kleinstfilialen sind überhaupt nicht mehr besetzbar, weil dort keine qualifizierte Mitarbeiterin und kein qualifizierter Mitarbeiter hingeht. Das Zweite ist die Kundensouveränität. Wir als Kunden sind im Onlinebanking unterwegs. Wir nutzen auch einmal das persönliche Gespräch. Wenn aber niemand in die Filiale geht, haben wir eine Druck- und Sogsituation.

Es gibt allerdings zunehmend auch Modelle, bei denen man die klassischen Filialen gemeinsam mit anderen Partnern weiterentwickelt. Das sind Begegnungszentren mit Handwerksbetrieben, mit Fleischer- und Bäckerfachgeschäften. Da ist durchaus viel Musik drin. Wir haben mit den Sparkassen, obwohl wir die härtesten Wettbewerber am Markt sind, gemeinsam betriebene Geldausgabeautomaten, weil wir uns der Grundversorgung verpflichtet sehen.

Aber eines muss man anerkennen: Auch Banken sind Unternehmen. Wenn ich in Diskussionen „Unternehmen und Banken“ höre, werde ich sofort hellhörig und sage: Banken sind Unternehmen; sie sind zwar anders reguliert, aber sie sind Unternehmen. Insofern muss man auch die Wirtschaftlichkeit sehen.

Sie haben gesagt, dass Raiffeisen-Märkte schließen. Dafür gilt Ähnliches: Wenn die Frequenz einen Punkt erreicht hat, bei dem ein Raiffeisen-Markt nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben ist, dann schließt er. Andererseits stellen wir auch hier fest, wie generell im Handel, dass es weniger um Entweder-oder geht. Vielmehr hat der Onlinehandel in der Pandemie deutlich zugenommen. Die erfolgreichen Einzelhandelsunternehmen einschließlich Raiffeisen-Märkte bieten beide Fazilitäten an. Ich glaube, das ist der richtige Weg.

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Dr. Glaser, ich darf Sie an die Zeit erinnern.

Sv. Herr Dr. Glaser: Ich bin gleich fertig. – Sie haben gesagt, wir verteilen den Mangel. Nein, der Ansatz war ein anderer: Energiegenossenschaften sind Bestandteil der Energiewende, genauso wie die großen Player. Dabei geht es um die Energiewende in Bürgerhand.

Ich habe versucht, die Vorteile einer Genossenschaft an den Beispielen deutlich zu machen. Immer wenn ein Wirtschaftssubjekt – egal, ob privat oder unternehmerisch – meint, es schafft es allein nicht so gut wie gemeinsam mit anderen, dann ist eine Genossenschaft eine Option. Es geht auch definitiv nicht um das Ausspielen von Größenordnungen, sondern es geht um die Vielfalt von Unternehmensformen. Wir brauchen große Unternehmen im Land. Wir brauchen aber auch kleine dezentrale Strukturen.

Zu den Vorteilen von Energiegenossenschaften habe ich schon etwas gesagt.

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Dann gehen wir weiter zu Herrn Gross und Herrn Krüger. Sie machen es am besten untereinander aus, wie sie sich Ihre zehn Minuten aufteilen wollen. – Bitte sehr.

Sv. Herr Gross: Frau Dr. Tröger, mein Blick mag sehr kritisch sein. Aber das ist ohne Zorn, weil ich davon ausgehe, dass auch ich einen Teil dieser Fehler gemacht hätte. Das will ich noch dazu sagen. Das war auch nicht als Anklage gedacht, sondern ist eine Lehre aus dieser Zeit. Es ist mir ganz wichtig, das noch einmal zu sagen. Ich habe mich oft in die Situation hineingedacht und mich gefragt: Wie würdest du entscheiden? Das ist äußerst schwierig gewesen, gerade in der Coronapandemie; das wissen wir. Dieses Missverständnis möchte ich gleich von vornherein ausräumen.

Das Zweite ist mobiles Arbeiten. Ich glaube, da müssen wir unsere Arbeit neu vermessen. Was kann der Gesetzgeber tun? Das ist schwierig. Wir haben ja eigentlich gar kein richtiges mobiles Arbeiten, sondern zeitgemäßes Homeoffice. Wir können das aber nicht so sagen, sonst haben wir im Grunde ein Problem. Man kann ja offen damit umgehen. Wir machen jetzt einen Versuch und werden eine Geschäftsstelle neu einrichten. Meine Idee ist, dort ein sogenanntes finanzielles Officevolumen bereitzustellen. Dann entscheiden wir gemeinsam: Wie richten wir die Bürofläche ein, und was tun wir zu Hause? Da müssen wir viel moderner denken. Wir haben auch Aushandlungsprozesse auf dem Weg vor uns. Ich glaube, dass das auch Spaß machen kann.

In Bezug auf die Leute, die zu Hause arbeiten, wird das Thema „Führen auf Distanz“ völlig unterschätzt. Ich glaube, da müssen wir unheimlich viel bei den Soft Skills nachholen. Ich habe neulich mit Frau Dr. Hofmann vom Fraunhofer-Institut darüber gesprochen. Ich denke, da müssen wir ganz viel mit Führungskräften tun. Jetzt kommt ja

flächendeckend Office 365 und Microsoft Teams, mit dem viel mehr agiles Arbeiten online und an verschiedenen Orten möglich ist. Ich glaube, das wird eine spannende Zeit. Da müssen wir auch kreativ sein. – Das ist das eine.

Das andere ist: Wir müssen mit Schließungen von Kitas und Schulen vorsichtiger umgehen. Ich finde, wir müssen dieses Thema jetzt einfach abhaken und sagen: Da haben wir uns ein Stück weit zu sehr verbarrikadiert. Wir müssen das das nächste Mal anders machen und auch lernen, dass wir den Pädagogen ein paar Tätigkeiten wegnehmen. Es darf nicht sein, dass die Schulen so wenige IT-Fachleute haben, dass die Lehrkräfte das nebenher machen und dass das dann teilweise nicht richtig funktioniert. Da müssen wir uns anders aufstellen, auch was größere Kitas und Kinderhäuser betrifft. Es kann nicht sein, dass die beste pädagogische Kraft überwiegend Verwaltungstätigkeiten macht, anstatt sozusagen Reize in die Gruppen hineinzugeben. Wie gesagt: Da müssen wir anders denken und das Thema Schließungen ganz anders handhaben.

Der Spielzeughandel hatte ja gar nicht geschlossen, Herr Weinmann. Das Problem war, dass er woanders stattgefunden hat. Man hat ja gesehen, wie viele Non-Food-Artikel bei Edeka auf einmal auf der Verkaufsfläche waren, bei den Discountern ohnehin. Die Supermärkte haben in dieser Zeit einen Teil des Geschäfts mitgemacht, das andere nicht machen konnten. Die Frage ist, ob eine Schließung auf der Ebene, wie wir es erlebt haben, überhaupt noch einmal möglich ist.

Erlauben Sie mir zu sagen: Ein verkaufsoffener Sonntag, der vielleicht drei Mal im Jahr stattfindet, kann durchaus einen Reiz haben und die Stadt beleben. Aber ständige Sonntagsöffnungen führen dazu, dass es beim Deckungsbeitrag eher schwieriger wird. Zudem muss das auch noch personell abgebildet werden. Ich glaube, es ist eher damit getan, dass wir aus den Köpfen bekommen, dass Einkaufen nicht beim Einkaufen stattfindet. Vielmehr muss in der Innenstadt wieder mehr Leben sein. Auch die Gastronomie gehört dazu.

Die Gastronomie und der Handel in Tübingen hatten nach dem Lockdown wieder aufgemacht. Dann musste die Gastronomie wieder schließen. Im Handel war dann fast nichts mehr los. Wie gesagt: Das gehört zusammen. Wir müssen das Denken, dass die Dinge in der Stadt zusammengehören, viel mehr vorantreiben.

Lieber Herr Reith, ich glaube, man kann nicht alles gesetzlich regeln. Aber wichtig ist, dass die Politik in der richtigen Tonlage unterwegs ist und die Menschen immer wieder auffordert, in einer solchen Zeit gut miteinander umzugehen. Das ist notwendig.

Ich komme jetzt zu dem, was Thomas Poreski gesagt hat. Ich habe versucht, das am Anfang deutlich zu machen. Wir haben gesagt: „Es ist notwendig, dass du das jetzt weitermachst. Aber wir schauen, dass wir dich dabei bestmöglich schützen.“ Das muss

ein Prozess sein. Gewerkschaften und Arbeitgeber müssen in einer Krise eng zusammenarbeiten. In dieser Frage darf es kein Gegeneinander, sondern muss es ein Miteinander geben. Das war am Anfang nicht so.

In Sachen Kitas musste ich mich – ich sage es so offen – ständig mit Minister Lucha anlegen, weil er beim Herausrücken von Tests ein bisschen behäbig war. Sonst kann man sich als Gewerkschaft gar nicht bewegen. Man kann die Kitas nicht öffnen, ohne gleichzeitig die Leute zu schützen. Beides wird von uns erwartet. Ich wünsche mir, dass wir da gemeinsam besser unterwegs sind, wie es dann am Schluss in vielen Bereichen auch gelungen ist.

Ich möchte noch etwas zu den Fachkräften sagen. In der Pflege sind 77 % der Pflegekräfte in Teilzeit, weil die Bedingungen nicht ordentlich sind. Die sind DRGs-geschreddert, sage ich mal. Wenn wir es schaffen würden, die Bedingungen dort zu verbessern, dann hätten wir die Chance, Menschen aus der Teilzeit wieder zurückzuholen. Da spreche ich aus viel Erfahrung, nicht nur am Küchentisch, sondern auch aus vielen Diskussionen. Es gibt Leute, die nur deswegen in Teilzeit gehen, damit sie zwei, drei Tage im Monat zusätzlich frei haben. Aus diesem Karussell müssen wir herauskommen.

Wir leiden in Baden-Württemberg insgesamt auch extrem darunter, dass wir jede Branche wie ein Silo denken. Ich glaube, in einer transformierten Arbeitsgesellschaft müssen wir Transformationsbrücken bauen.

Ich bin ein bisschen stolz, weil ich jetzt zum ersten Mal etwas Positives sagen kann. Wir haben lange daran gearbeitet und es jetzt geschafft, dass es einen Quereinstieg für die Kita gibt. Da sind wir letztes Jahr mit 28 Menschen gestartet. Dieses Jahr machen 601 Menschen eine Umschulung.

Wir müssen lernen, ausländische Bildungsabschlüsse schneller anzuerkennen. Wir werden Zuwanderung brauchen; das muss man klar sagen. Mein Sohn ist mit einer Südkoreanerin verheiratet, die Erzieherin ist und hier gelernt hat. Es hat neun Monate gedauert, bis ihr Abitur plus anerkannt worden ist. Sie ist übernommen worden und durfte dann vier Tage nicht arbeiten, weil die Ausländerbehörde von der Agentur für Arbeit nicht bestätigt bekommen hat, dass Erzieherin ein Mangelberuf ist. Leute, da muss die Verwaltung besser funktionieren!

Frau Wolle, ich tue mich ein bisschen schwer mit Ihrer Frage nach dem Umgang miteinander, warum die Menschen so aggressiv sind. Ich bilde mir jetzt nicht ein, die Geschehnisse im Parlament – ich bin selten hier – beurteilen zu können. Aber ich finde, dass die Politik eine Vorbildfunktion hat. Ich sehe immer wieder, dass Teile dieses Parlaments nicht gerade pfleglich miteinander umgehen. Es mag sein, dass das auf die Bevölkerung abfärbt.

(Vereinzelt Beifall)

Sv. Herr Krüger: Ich habe jetzt noch eine kurze Zeit.

Vorsitzender Alexander Salomon: Genau, eine kurze Zeit.

Sv. Herr Krüger: Wir hätten sagen können: „Wir brauchen mehr Personal bei den Ordnungsbehörden. Wir müssen da mehr kontrollieren.“ Klar, das kann man alles machen. Es geht aber darum, dass man in der Gesellschaft eine Atmosphäre schafft, damit sich die Bürger in solchen Situationen mehr einbringen.

Professor Drost ist für mich das Paradebeispiel. Er hat erkannt, jetzt muss er etwas machen. Er hat mit dem Podcast informiert. Das hätte er nicht machen müssen. Damit hat er sehr viel für uns geschafft. Das war sehr vorteilhaft für uns. Wenn wir das als Beispiel nehmen, um die Leute dazu zu bringen, dass sie sich in einer solchen Situation zuständig fühlen und mitmachen, dann ist das nur richtig. Wir als Gewerkschaft machen das. Wir versuchen, unsere Leute in die Position zu bringen.

Ihnen, dem Parlament, kann ich nicht sagen, welche Gesetze Sie machen sollen. Ich denke, man wird nicht in die Coronaverordnung schreiben können, dass die Leute in den Pausen über Gesundheit informiert werden sollen. Das wird nicht das Thema sein. Die Zuständigkeit liegt da bei jemand anderem. Wichtig ist, dass man sagt: Wir, das Parlament, haben erkannt, dass wir in so einer Situation die Bürger mehr mitnehmen müssen. Wir müssen daran appellieren, dass sie ihre Verantwortung erkennen, und zwar in einem positiven Sinn. Dann ist das nicht negativ. Die Gesellschaft muss mitgenommen werden.

Ich habe die Probleme im Einzelhandel für die Beschäftigten beschrieben. Sie sagen: „Das war furchtbar. Diese Zeit wollen wir nicht mehr erleben.“ Es ist wichtig, dass wir dann etwas tun, damit die Gemeinschaft insgesamt hilft. Ich glaube, dabei können auch Sie mitmachen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank an Sie. – Ich glaube, der Appell am Schluss war auch noch wichtig.

Gibt es aus der Runde noch Fragen, Hinweise oder Ergänzungen? – Das ist nicht der Fall.

Herr Professor Dr. Pedell, Herr Dr. Glaser, Herr Gross und Herr Krüger, vielen Dank an Sie im Namen der Enquetekommission.

(Beifall)

Sie haben uns wesentlich weitergeholfen. Wir danken Ihnen vielmals. Auch für Sie gilt: Wenn Sie noch Informationen haben oder Sachen gerade nicht losgeworden sind, dann richten Sie die bitte im Nachgang an uns, auch an die einzelnen Fraktionen. Alle sind bekannt und auf den Internetseiten abrufbar. Daher ist eine große Transparenz gegeben. Wir freuen uns immer wieder, wenn wir Hinweise bekommen.

Damit sind wir am Ende von Teil I Punkt 1 der heutigen Tagesordnung.

Punkt 2
Beschlussfassung über Anträge zum dritten
Handlungsfeld der Enquetekommission

Ihnen liegt der Antrag Nr. 1 der Fraktionen GRÜNE, CDU, SPD und FDP/DVP vor (*Anlage 9*). Damit sind der Antrag der Fraktion SPD und der gemeinsame Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU aus der letzten Sitzung zurückgezogen. Deswegen kann der Antrag (*Anlage 9*) eingebracht werden. Gibt es Einbringungsbedarf vonseiten der vier Fraktionen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Aussprachebedarf unter den Fraktionen? – Auch nicht.

Damit gehen wir in die Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, der hebe bitte seine Hand. – Vielen Dank. Enthaltungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich zähle alle, die digital dabei sind, erst einmal nicht dazu, außer Sie rufen rein, oder ich sehe Sie. Aber hier gab es eine große Mehrheit. Daher gibt es keinen Grund, das anzuzweifeln. Gibt es Neinstimmen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

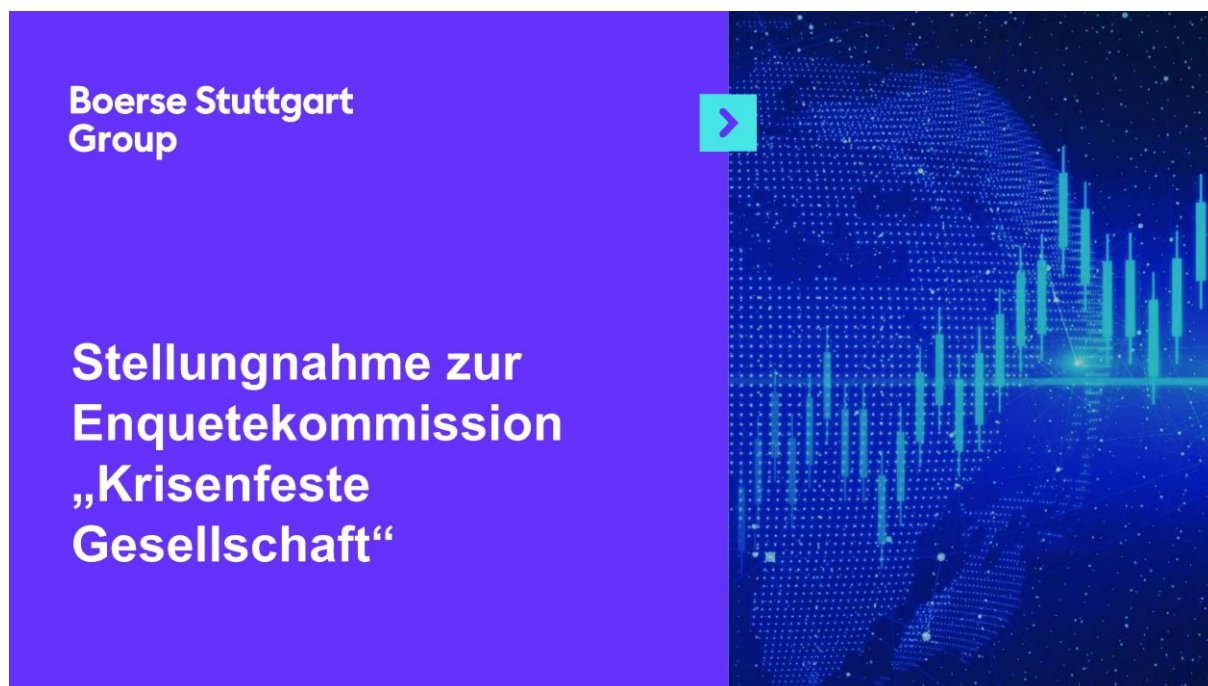
Die Enquetekommission stimmt dem Antrag (*Anlage 9*) einstimmig zu.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass unsere nächste Sitzung am Freitag, 10. November, um 9:30 Uhr stattfindet. Alle sind eingeladen, wieder an unserer Sitzung teilzunehmen.

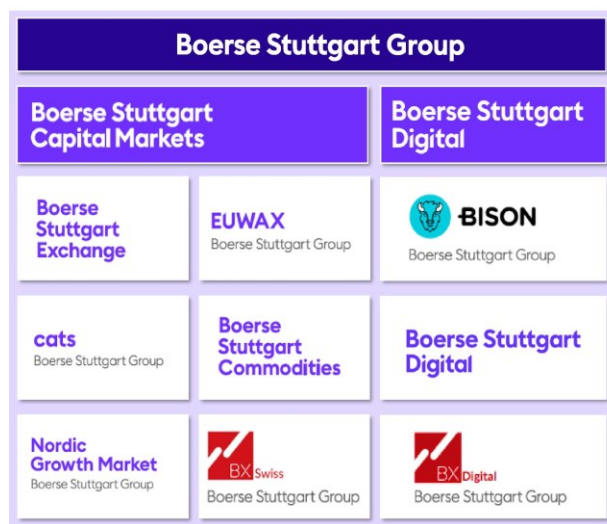
Damit ist Teil I – öffentlich – beendet. Wir gehen jetzt in die nicht öffentliche Sitzung und müssen dafür noch ein paar Minuten warten. Ich verabschiede alle, die jetzt gehen.

(Schluss des öffentlichen Teils: 17:07 Uhr)

– folgt nicht öffentlicher Teil II (gesondertes Protokoll) –



Gruppe Boerse Stuttgart ist die sechstgrößte Börsengruppe in Europa. Mit starkem Standbein im Kapitalmarktgeschäft. Und Vorreiterrolle im Krypto- und Digitalgeschäft.



- Die Gruppe Boerse Stuttgart ist **die sechstgrößte Börsengruppe in Europa** mit 160-jähriger Historie
- Eine der am **stärksten diversifizierten Börsengruppen** in Europa, die **Börsen, MTFs, OTC-Plattformen** und einen **Broker** für traditionelle und digitale Vermögenswerte betreibt
- **Vollständig reguliert** – sowohl im traditionellen Kapitalmarkt als auch im Digital- und Kryptogeschäft – in Deutschland, Schweiz und Schweden
- Größtes **Digital- und Kryptogeschäft** aller europäischen Börsengruppen – mit signifikantem Retailgeschäft und institutionellem Angebot für Brokerage, Handel und Verwahrung
- **Standorte in Stuttgart, Berlin, Stockholm, Zürich und Ljubljana** mit mehr als 700 Mitarbeitern

Boerse Stuttgart Group

2

Börsen sind die Herzkammer der Volkswirtschaft. Sie erfüllen zentrale Aufgaben für Unternehmen, Investoren und Privatanleger. Damit sind sie kritische Infrastruktur.

Angebot und Nachfrage
bündeln und zusammenbringen

**Stabile und effiziente
Handelsplätze** bereitstellen

**Gleichbehandlung der
Anleger** sicherstellen



**Transparente Kapitalmarkt-
geschäfte** ermöglichen

Unternehmen
Zugang zu Kapital bieten

Marktdaten veröffentlichen
(„Stimmungsbarometer“)

Boerse Stuttgart Group

3

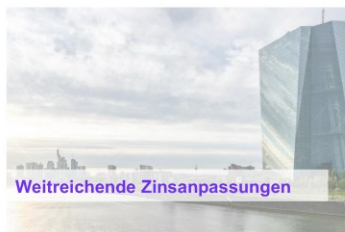
Krisenmanagement ist Teil unserer DNA. Und regulatorisch vorgeschrieben. Um Risiken zu minimieren. Und Sicherheit, Stabilität und Resilienz zu gewährleisten.



Boerse Stuttgart Group

4

Denn fast alle Krisen haben Auswirkungen auf die globalen Geld- und Kapitalmärkte. Mit wirtschaftlichen, politischen und sozialen Konsequenzen.



Boerse Stuttgart Group

5

„Deep Dive“: Während „Corona“ haben unsere Systeme reibungslos funktioniert. Alle Krisenmechanismen haben gegriffen. Trotz extrem hohem Handelsaufkommen.



Boerse Stuttgart Group

6

Um auf künftige Krisen gut vorbereitet zu sein, muss man sich fortlaufend verbessern. Unsere Handlungsempfehlungen mit Blick auf Kapitalmärkte.

Pragmatismus aus der Corona-Pandemie beibehalten und Verwaltung weiter konsequent digitalisieren

Stabilen, sicheren, resilienten und transparenten Börsenhandel regulatorisch unterstützen

Regulierungsarchitektur gestalten, die einheitliche Wettbewerbsbedingungen gewährleistet

Kapitalmarktunion auf EU-Ebene vorantreiben

Im Krisenfall frühzeitige Kommunikation mit der Wirtschaft und Industrie sicherstellen

Gemeinsame Krisenreaktionspläne mit den Finanzinstituten entwickeln

Finanzielle Resilienz der Bürger durch frühe Finanzbildung stärken

Enquete Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Wirtschaftspolitische Maßnahmen für Resiliente Lieferketten

PROF. DR. ECKHARD JANEBA

UNIVERSITÄT MANNHEIM, WISS. BEIRAT BMWK

OKTOBER 2023

Ausgangslage

- Lieferketten sind während der Krisen stark in Mitleidenschaft gezogen worden
 - Sorge über strategische Abhängigkeit Deutschlands von Rohstoffen
-

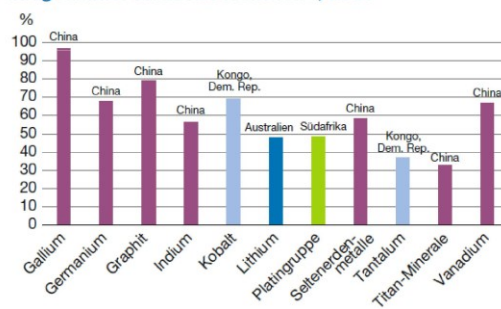
Quelle: <https://de.statista.com/infografik/27038/globale-lieferkettenstoerungen-nach-dem-global-supply-chain-pressure-index>



3

Quelle: Andre Wolf, Wirtschaftsdienst 103(4), 2023, 264-268

Abbildung 1
Marktanteile der wichtigsten Produzentenländer für ausgewählte kritische Rohstoffe, 2020



Die Berechnungen beziehen sich hier jeweils auf die Bergwerksproduktion (Förderung). Ausnahmen: Gallium, Germanium und Indium (Raffinaderzeugung).

Quellen: USGS (2022); eigene Berechnungen.

4

Zentrale Fragen

1. Lassen sich Listen kritischer Güter objektiv erstellen?
2. Ist die Diversifikation der Lieferketten in der deutschen Wirtschaft zu gering?
3. Welche Strategien und wirtschaftspolitischen Maßnahmen bieten sich an?

5

Zentrale Fragen

1. Lassen sich Listen kritischer Güter objektiv erstellen?
=> **Nein**
2. Ist die Diversifikation der Lieferketten in der deutschen Wirtschaft zu gering?
=> **Ja**
3. Welche Strategien und wirtschaftspolitischen Maßnahmen bieten sich an?
=> **Einige/Risikominderung**

6

1. Messung von Abhängigkeiten

- Von über 10.000 in der Handelsstatistik erfassten Gütern weisen 779 Produkte höchstens drei Lieferländer auf
 - Konzentration nicht nur bei Gütern, sondern auch bei Dienstleistungen (z.B. Betriebssysteme)
- Listen kritischer Güter nach objektiven Kriterien festzulegen ist schwierig
 - unzureichende Datenlage (Handelsstatistik als Zollstatistik; mangelnde Input-Output Daten auf Unternehmensebene)
 - laufend ändernde Bedingungen (Beispiel Masken während der Corona-Krise; Boom und Bust-Zyklen bei Metallen)

7

Wie groß ist der Schaden bei Entkopplung?

- Ökonomische Simulationsstudien (Felbermayr und Krebs 2023) können die Größenordnung der Verluste aufzeigen, die bei einer Entkopplung auftreten
 - Allerdings nur grobe Abschätzungen, siehe die in 2022 geführte Diskussion über die Folgen eines Stopps russischer Gasimporte
- Entkopplung der EU von China kostet etwa 2 Prozent des realen Einkommens
 - Größere Effekte zu erwarten, wenn Lieferbeziehungen für fossile Rohstoffe von allen Extra-EU Ländern gekappt würden

8

2. Diversifizieren Firmen ihre Lieferketten genug?

- Unternehmen diversifizieren aus Eigeninteresse ihre Lieferketten
 - Abwägen der Vorteile aus einer Absicherung gegen Lieferausfälle gegen höhere Bezugskosten
- Die so erfolgte Diversifizierung ist aus gesellschaftlicher Sicht vermutlich zu gering
 - Systemische Risiken, die von einzelnen Unternehmen nicht eingepreist sind
 - Gefahr, dass Firmen auf „bail-out“ im Krisenfall hoffen
 - Zu geringe Diversifikation insbesondere, wenn es um strategische Autonomie geht

9

3. Strategien: Entkopplung vs. Risikominderung

- Eine Entkopplung Deutschlands von bestimmten Ländern („friendshoring“) ist nicht sinnvoll
 - Produktionsausfälle im Ausland schlagen zwar weniger auf deutsche Wirtschaft durch
 - aber Kosten der Entkopplung sind hoch und Schocks in heimischen Märkten werden gravierender
- Besser: Diversifizierung der deutschen Wirtschaft verstärken (Risikominderung) und ggf. die gegenseitige Abhängigkeit ausbauen

10

➤ **Aufbau einer neuen Industrie oder Ansiedlung ausländischer Firmen in Deutschland meist sehr kostenintensiv**

- Beispiel: 10 Mrd. Euro Subvention an Intel
- Verstärkung bestehender Kompetenzen besser

➤ **Außenwirtschaftsrecht erlaubt Export- und Investitionskontrollen**

- siehe Chinastrategie der Bundesregierung
- bei „dual use“ Gütern kann eine Strategie des „De-risking“ zu einem „De-coupling“ führen

11

Wirtschaftspolitische Maßnahmen 1/2

1. Anpassung von Konditionen der Exportkreditversicherung an den Marktanteil deutscher Unternehmen im Exportmarkt; analog bei Rohstoffimporten
2. Investitionen in die Rohstoffversorgung in anderen Ländern können staatlich unterstützt werden
3. Handelsabkommen und Investitionsförderschutzverträge helfen Unternehmen, kostengünstiger zu diversifizieren

12

Wirtschaftspolitische Maßnahmen 2/2

4. Mehr Lagerhaltung, mehr Recycling („Urban Mining“) und die Erforschung von Produkten, die Substitute von schwer diversifizierbaren Produkten sind
5. Einrichtung einer europäischen Agentur zur Versorgungssicherheit
 - Beurteilung von Systemrisiken durch Stresstests, Auswertung nationaler Maßnahmen zur Versorgungssicherheit, Koordination strategischer Reserven
 - Einbindung in bestehende Institutionen, keine erhöhte Berichtspflicht schaffen

Suffizienzorientiertes Wirtschaften für Resilienz von Staat und Gesellschaft

Dr. Maike Gossen | Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags von Baden-Württemberg | 13.10.2023

Ablauf



- ① Was bedeutet Suffizienz allgemein sowie im Wirtschaftskontext?
- ② Wie kann Politik Suffizienz unterstützen?
- ③ Wie kann Suffizienz zu Resilienz beitragen?



Hintergrund: Nachhaltigkeitsstrategien

Konsistenz

Produzieren nach dem Vorbild der Natur, Kreislauf von Produktion und Konsum



Problem: Reboundeffekte

Effizienz

Das Gleiche produzieren, aber mit weniger Umweltbelastungen

Suffizienz

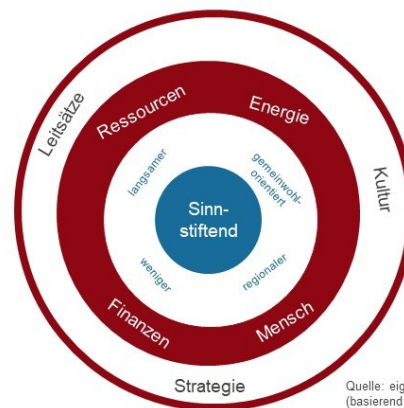
Weniger konsumieren und produzieren, Befreiung vom Überfluss

- Berücksichtigt planetare Obergrenzen und soziale Untergrenzen
- Strategie für den Globalen Norden
- Fokus auf individuelle Verhaltensänderungen

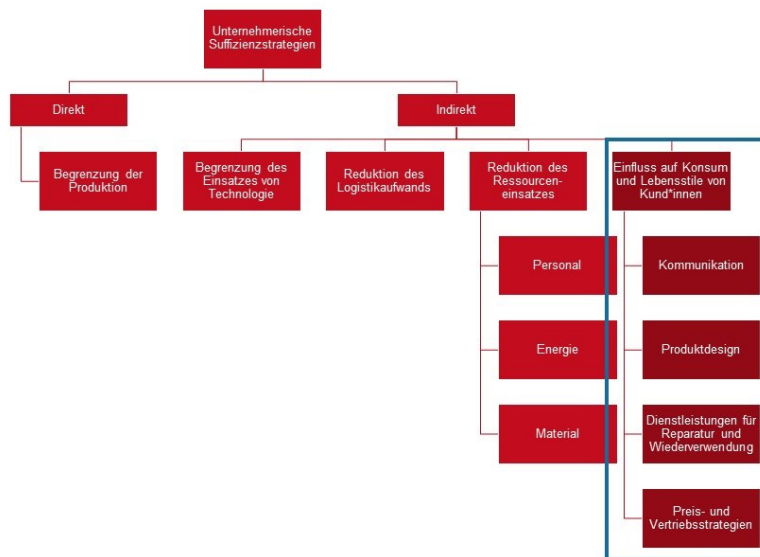


Was bedeutet Suffizienz im Wirtschaftskontext?

- Verändertes Verständnis von unternehmerischer Wertschöpfung: **Sinnstiftung** anstatt Gewinnmaximierung
- **Paradigmenwechsel** der Geschäftslogik
 - Schaffung von Rahmenbedingungen und Angeboten für gemäßigte Lebensstile
 - angemessene Begrenzung der eigenen Produktion
- Umgang mit Ressourcen, Energie, Finanzen und Menschen beruht auf den Prinzipien „**langsamer, regionaler, weniger, gemeinwohlorientierter**“
- Suffizienzprinzip ist in Leitsätzen, Strategie und Kultur des Unternehmens verankert



Quelle: eigene Abbildung (basierend auf Intep, 2020)



Suffizienzförderndes Marketing

zielt auf die Befriedigung von Bedürfnissen statt auf die Schaffung von Wünschen ab



Herausforderungen für suffizienzorientiertes Wirtschaften

- **Wachstumsdruck** als Folge des Wachstumsparadigma der Wirtschaft:
 - Begrenzter Zugang zu Finanzkapital und Investitionen
 - Wachstumsabhängigkeit und Lock-in Effekte
 - Machtverhältnisse
- Lösungsansatz: Wachstum von **immateriellen Gütern und Werten** anstelle von finanziellen Kennzahlen
- Weitere **Lösungsstrategien**:
 - Suffizienzorientiertes Produktangebot
 - Diversifizierung des Geschäftsmodells
 - Schrumpfungseffekte bei nicht-nachhaltigen Unternehmen



Wie kann Politik Suffizienz unterstützen?

- Suffizienzorientiertes Wirtschaften erfordert einen **neuen politischen Rahmen** und eine stärkere Gemeinwohlorientierung:
 - soziale Gerechtigkeit zwischen dem Globalen Süden und Globalen Norden
 - Qualität statt Quantität von Produkten
 - regionale Produktion und kurze Lieferketten
 - Internalisierung von Umwelt- und Sozialkosten
- Beispiele für **ausgewählte Politikmaßnahmen**:
 - **EU**: Lieferkettengesetz, Produktdesignstandards, gemeinwohlorientiertes Steuersystem
 - **National**: „Regionalfenster“-Label (Deutschland), reduzierte Reparatur-Mehrwertsteuer (Schweden), Reparatur-Index für Elektronikprodukte (Frankreich)
 - **Regional**: Reparaturbonus (Thüringen), regionale Förderprogramme
- Begleitende **Folgen- und Wirkungsabschätzung** ist wichtig, um Zielkonflikte und nicht-intendierte Folgen zu vermeiden



Wie kann Suffizienz zu Resilienz beitragen?

“Resilience refers to the ability not only to withstand and cope with challenges but also to transform in a sustainable, fair, and democratic manner.”
(Europäische Kommission, 2021)



- Suffizienz stärkt **Resilienz** durch:
 - Fokussierung auf andere Indikatoren zur Erfolgsmessung als BIP-Wachstum
 - Aufbau von lokalen Ressourcen und Lieferketten
 - Stärkung von Kooperation und Netzwerken



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

E-Mail: maike.gossen@tu-berlin.de



Prof. Anja Feldmann, Ph.D. Max-Planck Institut für Informatik

Auswirkungen akuter Krisen auf
wirtschaftliche Zusammenhänge

**Potenziale der Digitalisierung für eine
krisenfeste Wirtschaft**



COVID-19 and the Internet



euronews.

Coronavirus: Half of humanity now on lockdown as 90
countries call for confinement

INSIDE
HIGHER ED

Will Shift to Remote Teaching Be Boon or Bane for Online
Learning?

REUTERS

The New York Times
*Working From Home: How Coronavirus
Could Affect the Workplace*

Under lockdown, Italy's social and family
life goes virtual

**The Internet is essential in all these efforts.
How well does it cope?**

**Understand the impact of the COVID-19 pandemic on different networks.
Highlight how changes in user demand affect traffic dynamics.**

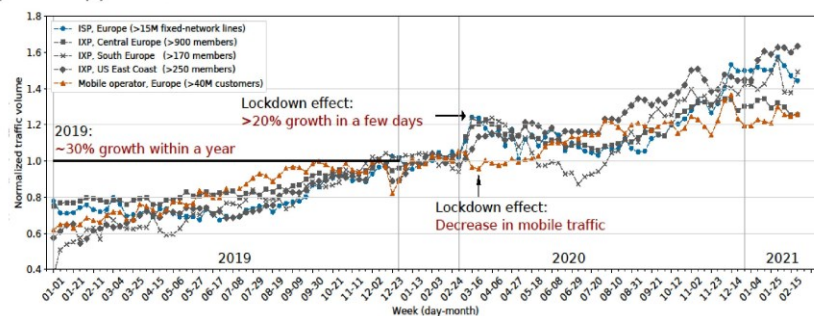


MPI INF | Anja Feldmann

Impact of COVID-19 on Internet Traffic [IMC'20/CACM'21]



- Vantage points
 - 3 IXPs, 1 ISP, 1 Academic network
- Observations
 - 40+% increase in traffic / decrease in mobile
 - Weekend patterns become new normal
 - Specific application classes increase
 - Upstream/downstream ratio changes
 - Traffic changes across networks differ
 - Increase for home related traffic
 - Decrease in on campus traffic
 - Overprovisioned/well managed networks are resilient to drastic traffic changes!



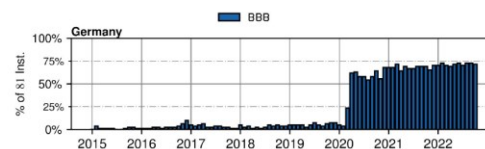
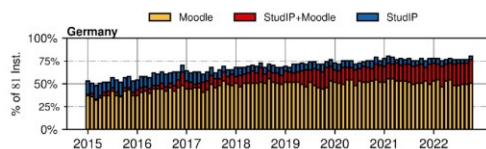
Cloudification of Higher Education [PoPETS 2023]



- Measuring cloudification in Univ.
 - AT, CH, DE, FR, NL, UK, US, THE Top100
- Observations
 - Cloud-use differs between countries
 - Pandemic Effect for Zoom/Webex
 - Germany leading in Open Source use
 - Universities become dependent
 - Cloudification intersects with capability losses
 - Moving out of the cloud is difficult without existing capabilities

Lesson learned:

If we are not careful, the cloudification of universities might threaten academic freedom in teaching and research!

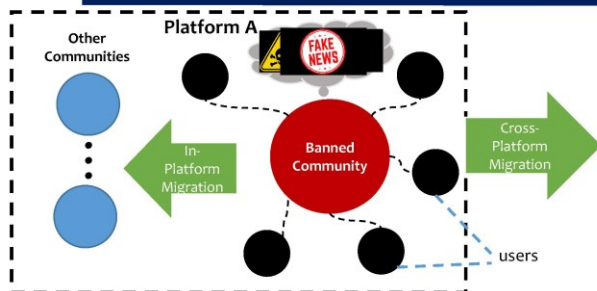
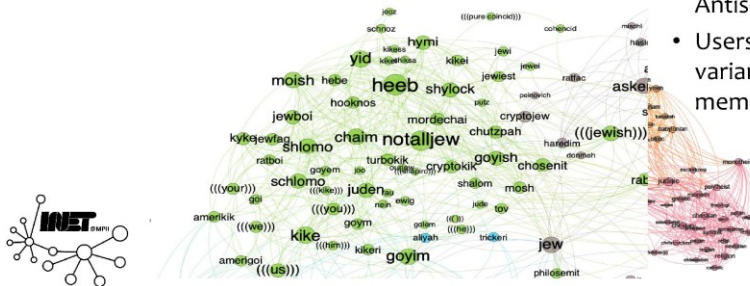


June 2023

Scientific Review

4

- Increasing use of Antisemitic language (over 2.6x increase in specific slurs)
- Main themes of Antisemitic language include racial slurs, conspiracy theories, and Anti-Israel sentiments
- 4chan users share a large number of Antisemitic memes (~400 per day)
- Users generate Antisemitic meme variants on popular and recognizable memes



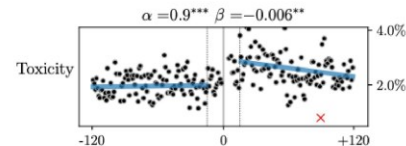
The_Donald



Incels

June 2023

Scientific Review

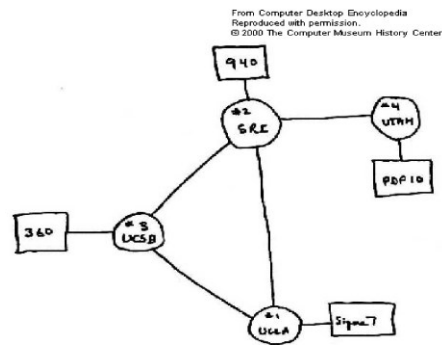


Signs of online radicalization post-migration, given that the community becomes more toxic.

Internet Architecture Group



- Research topics
 - Internet measurement
 - Internet architecture
 - Large scale data analytics



Technologie und Innovation für eine krisenfeste Energiewirtschaft

Martin Wietschel

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des
Landtags von Baden-Württemberg
13.10.2023



Fraunhofer-Institut für System- und
Innovationsforschung ISI

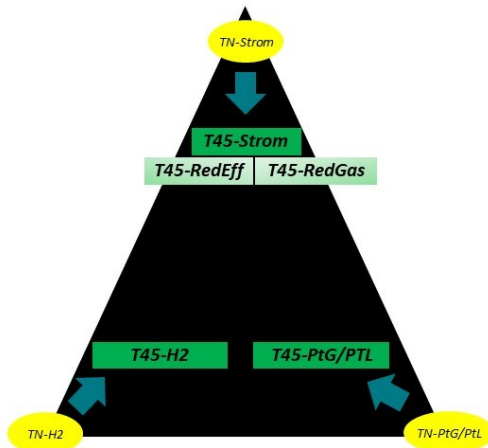


Agenda

1. **Wesentliche Erkenntnisse aus den Langfristszenarien zur Transformation des Energiesystems**
2. Wasserstoffnachfrage in Baden-Württemberg und Gaspreisentwicklung
3. Was lässt sich für ein krisenfestes Energiesystem schlussfolgern?

Langfristszenarien:
Studie für das BMWK
Grundlage u.a. für die Systementwicklungsstrategie,
der Plattform Klimaneutrales Stromsystem, der
Verteilnetze der Zukunft

Erkenntnisgewinn durch Vergleich und Lernen



Zentrale Fragestellung:

- Welche techno-ökonomischen Wirkungen haben bestimmte Pfade zur Dekarbonisierung des Energiesystems?
- Unter der Zielsetzung: Treibhausgasneutral 2045

Vorgehensweise:

- Vergleich der Dekarbonisierung des Energiesystems durch
 - starken Einsatz von Strom (Szenario T45-Strom)
 - starken Einsatz von Wasserstoff (Szenario T45-H2)
 - starken Einsatz von synthetischen Kohlenwasserstoffen (T45-PtG/PTL)
 - weniger Energieeffizienz (Szenario T45-RedEff)
 - weniger Gasverbrauch in der Transformation (Szenario T45-RedGas)
- Modellierung des Transformationspfades bis 2045 mit detaillierten bottom-up Modellen

Seite 3

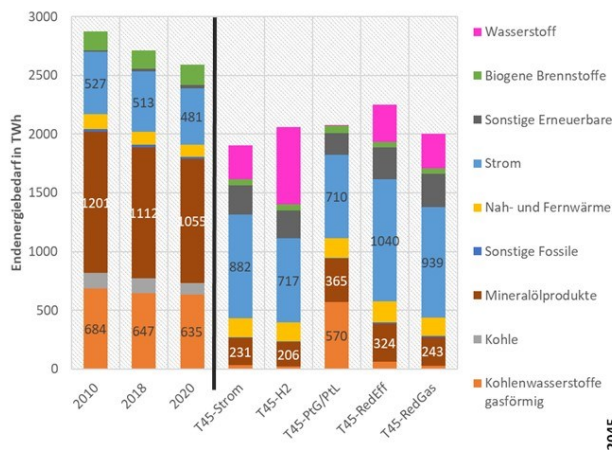
31.10.2023

© Fraunhofer ISI

Quelle: Langfristszenarien 3 - Wissenschaftliche Analysen zur Dekarbonisierung Deutschlands, (2022), Studie für das BMWK

Fraunhofer ISI

Erneuerbare Strom wird die dominierende heimische Energiequelle



Ergebnisse (in allen Szenarien)

- Deutliche Abnahme der Endenergie
- Hohe Nachfrage nach Strom, aber auch nach Wasserstoff
- Anstieg der Nah- und Fernwärme
- Deutlicher Rückgang der Kohlenwasserstoffe
- Die Versorgungsaufgabe auf der Angebotsseite wird herausfordernder

Seite 4

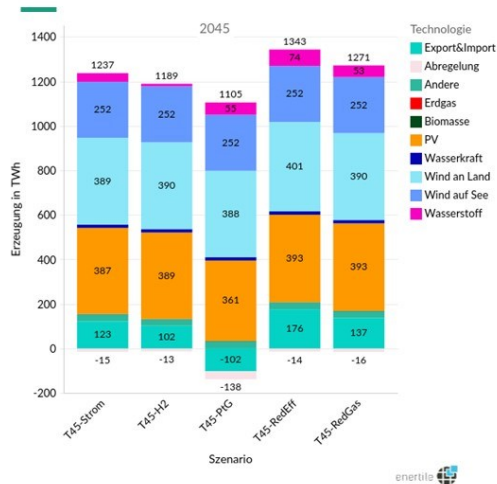
31.10.2023

© Fraunhofer ISI

Quelle: Langfristszenarien 3 - Wissenschaftliche Analysen zur Dekarbonisierung Deutschlands, (2022), Studie für das BMWK

Fraunhofer ISI

Erneuerbare Ausbau dominiert die Stromerzeugung



Ergebnisse

- Im Grundsatz sehen die Stromsysteme in allen Szenarien strukturell gleich aus; im Detail gibt es jedoch Abweichungen
- Die Stromerzeugung in 2045 variiert zwischen ca. 1100 und 1340 TWh (höchste Werte im Szenario T45-RedGas und T45-Strom, niedrigste im Szenario T45-PtG)
- Deutschland importiert im Jahr 2045 nennenswert Strom in allen Szenarien mit Ausnahme des T45-PtG (hier Export)
- Wasserstoffrückverstromung stabilisiert das Stromsystem in allen Szenarien
- Aber deutlich wird, dass weiterhin rund 50% des Endenergiebedarfes importieren müssen (Strom, Wasserstoff, Derivate)*

*Siehe Endenergiebedarf Folie vorher

Seite 5

31.10.2023

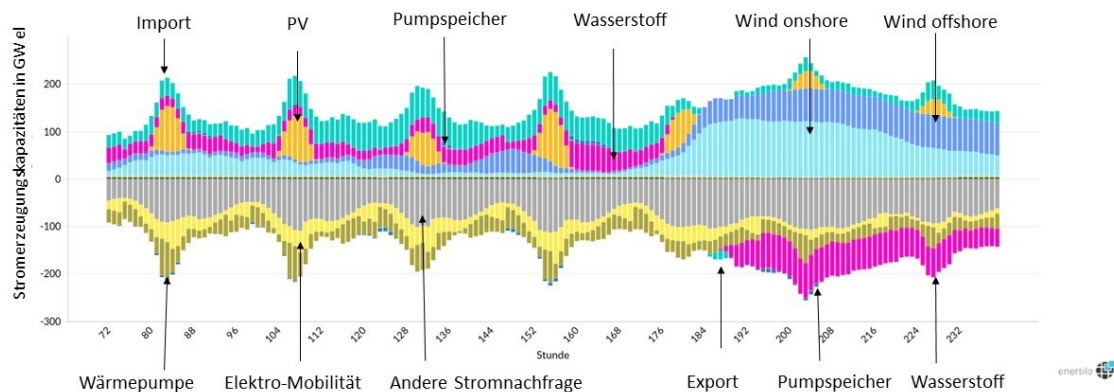
© Fraunhofer ISI

Quelle: Langfristszenarien 3 - Wissenschaftliche Analysen zur Dekarbonisierung Deutschlands, (2023), Studie für das BMWK

Fraunhofer ISI

Ein solches System benötigt Flexibilitätsmaßnahmen (Lastverlagerung, H₂-Speicher)

Szenario T45-Strom: Strom Dispatch in Deutschland in der Kalenderwoche 01 2045



Seite 6

31.10.2023

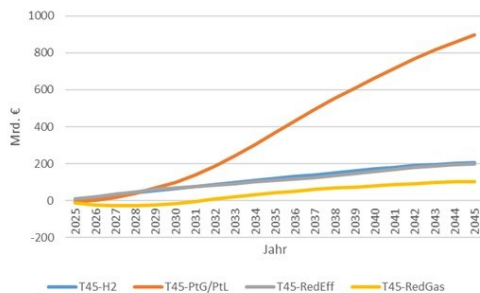
© Fraunhofer ISI

Quelle: Langfristszenarien 3 - Wissenschaftliche Analysen zur Dekarbonisierung Deutschlands, (2023), Studie für das BMWK

Fraunhofer ISI

Das Stromszenario ist das wirtschaftlichste und auch und Resilienzgründen zu bevorzugen

Kurzübersicht – Mehrkosten gegenüber T45-Strom



Ergebnisse

- Das T45-Stromszenario führt über alle Kosten gesehen zur günstigsten Lösung
- Ein starker Fokus auf H₂ und weniger Energieeffizienz erhöht die Kosten
- Energieträgerkosten sind der größte Posten im Vergleich
- Das T45-PtG/PTL-Szenario führt zu den höchsten Kosten
- Die Verteilnetze für Strom führen zu hohen Investitionen
- Geld fließt entweder stärker in Infrastrukturen oder in Energieträger
- Neben Kosten müssen jedoch weitere Kriterien insbesondere für die Umsetzung in der Nutzung von Strom oder H₂ beachtet werden

Seite 7

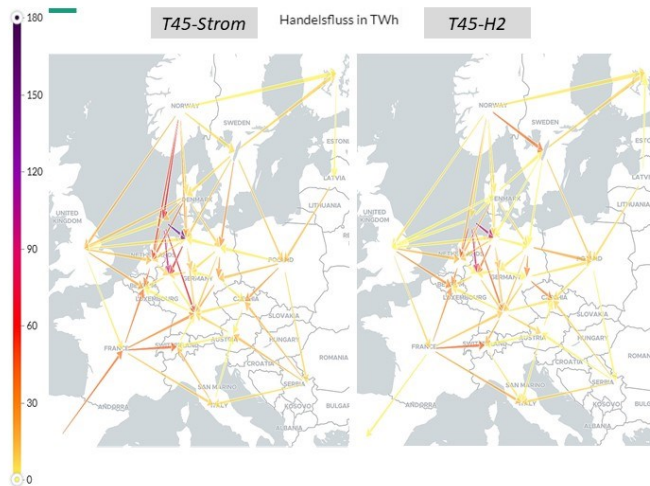
31.10.2023

© Fraunhofer ISI

Quelle: Langfristszenarien 3 - Wissenschaftliche Analysen zur Dekarbonisierung Deutschlands, (2023), Studie für das BMWK

Fraunhofer ISI

Deutschland benötigt Stromimporte Dies gilt insbesondere auch für BW



Ergebnisse (in allen Szenarien)

- Starke Verkehrsachsen von Nord nach Süd in Deutschland
- Starke Transportachsen in Richtung Mitteleuropa
- Die Größe der Verkehrsachsen wird stark durch den nationalen Ausbau der erneuerbaren Energien beeinflusst
- Dieser Ausbau der erneuerbaren Energien und die Verkehrsachsen können von Deutschland nur bedingt beeinflusst werden
- BW wird Strom importieren müssen

Seite 8

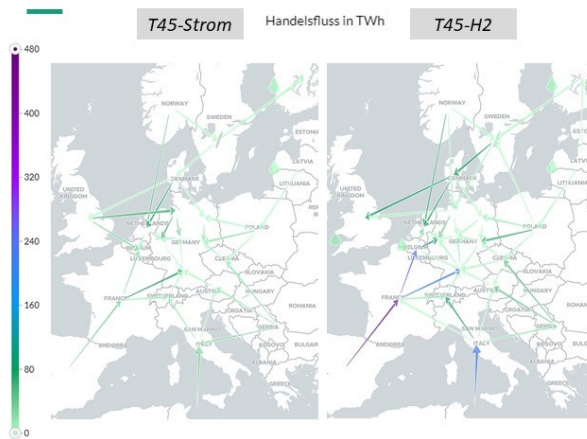
31.10.2023

© Fraunhofer ISI

Quelle: Langfristszenarien 3 - Wissenschaftliche Analysen zur Dekarbonisierung Deutschlands, (2023), Studie für das BMWK

Fraunhofer ISI

Deutschland benötigt Wasserstoff- und Derivateimporte Dies gilt insbesondere auch für BW



Ergebnisse (in allen Szenarien)

- In allen Szenarien entsteht in Europa ein europäisches Wasserstoffnetz
- Starke Netzanbindungen aus den Rändern nach Zentraleuropa
- Nord-Süd Achse in Deutschland
- Italien bezieht Wasserstoff aus MENA Region: nur sehr geringe Schiffsimporte von reinem Wasserstoff in Europa
- Derivate kommen überwiegend aus anderen Regionen der Welt
- Bau der Elektrolyseure in Deutschland folgt dem erneuerbaren Ausbau (primär in Norddeutschland)
- BW wird H₂ importieren müssen

Seite 9

31.10.2023

© Fraunhofer ISI

Quelle: Langfristszenarien 3 - Wissenschaftliche Analysen zur Dekarbonisierung Deutschlands, (2023), Studie für das BMWK

Fraunhofer ISI

Es existiert aber eine signifikante Kluft zwischen Bedarf an grünem Wasserstoff & Syntheseprodukten und Produktion

Weltweiter Bedarf an H₂/E-Fuels in 2050:

~ 10% des Endenergiebedarfes H₂/E-Fuels

*

Dafür benötigt:

~3500 GW Elektrolyseleistung

~4500 GW an Erneuerbarer Stromproduktionsleistung

Heute vorhanden:

3100 GW weltweite installierte Erneuerbare Stromproduktion (Anteil Erneuerbare am Endenergieverbrauch weltweit 13.8%)

**

0,7 GW Elektrolyseleistung***

Nur für vier Prozent des angekündigten Produktionsvolumens klimaschonenden Wasserstoffs gibt es finale Investitionsentscheidungen oder bereits Bautätigkeit***

Keine kommerziellen DAC-Anlagen

Kaum Syntheseanlagen



Haru Oni Pilot Plant - Punta Arenas, Chile

1. Weltweite E-Fuel-Anlage

Produziert 350 l E-Fuels am Tag

Deutschland verbraucht am Tag 230 Mio. l Benzin, Diesel und Kerosin

Seite 10

31.10.2023

© Fraunhofer ISI

* Riemer et al. (2022): Future hydrogen demand: A cross-sectoral, multiregional meta-analysis. HYPAT Working Paper 04/2022. Karlsruhe: Fraunhofer ISI (ed.)
 ** https://www.google.de/search?q=wetter+karlsruhe&source=hp&ei=i-YfZn2kP25xc8Pud-NmAg&ifsig=AQeireoAAAAAZB_0m0
 *** IEA (2023): Global Hydrogen Review 2023

Fraunhofer ISI

Agenda

1. Wesentliche Erkenntnisse aus den Langfristzenarien zur Transformation des Energiesystems
2. Wasserstoffnachfrage in Baden-Württemberg und Gaspreisentwicklung
3. Was lässt sich für ein krisenfestes Energiesystem schlussfolgern?

Seite 11

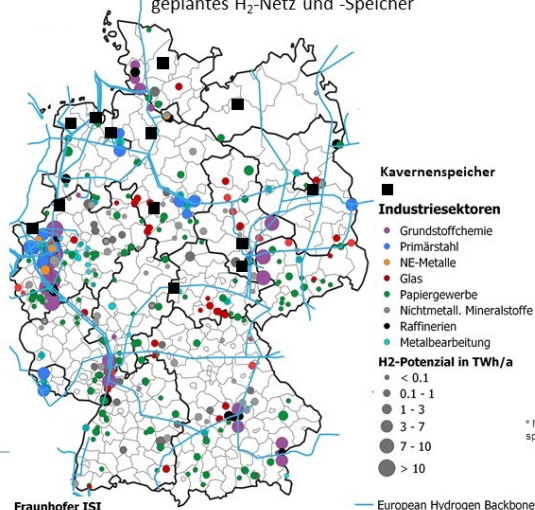
31.10.2023

© Fraunhofer ISI



Die Wasserstoff- und Derivatennachfrage in BW wird in den No-Regret-Anwendungen eher geringer sein

Wasserstoffnachfrage Industrie*,
geplantes H₂-Netz und -Speicher



Ergebnisse

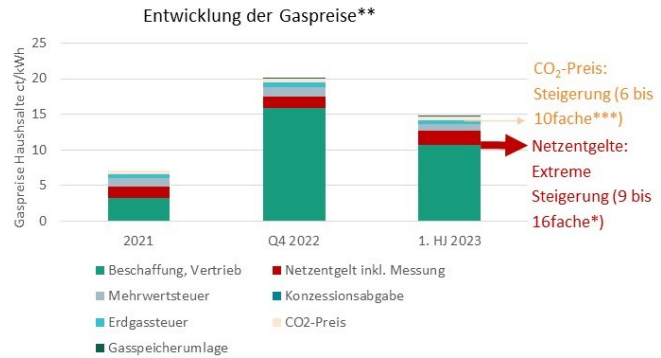
- In den No-Regret Sektoren (Stahlindustrie, Grundstoffindustrie und Speicher) ist die potenzielle H₂-Nachfrage in BW gering
- In den anderen Sektoren Verkehr, Gebäude- und Prozesswärme ist sie potenziell hoch – aber nur unter günstigen Bedingungen umsetzbar

* Mit Daten aus Neuwirth et al. (2022): The future potential hydrogen demand in energy-intensive industries - a site-specific approach applied to Germany, in Energy Conversion and Management



Gaspreise werden für Kleinabnehmer zur großen Herausforderung

- Alle Szenarien gehen von deutlich abnehmender Gasnachfrage aus
- Gasnetze sind aber teilweise noch nicht abgeschrieben und es erfolgen weiterhin Neuinvestitionen (in 2022 1,1 Mrd. €*)
- Gasnetze und fixe Betriebskosten werden auf immer weniger Abnehmer umgelegt
- Unter jetzigem Regulierungsrahmen werden Gaspreise für Kleinabnehmer kaum bezahlbar werden
- Es drohen Stranded Investment (in 2045 bis zu 10 Mrd. € für Netzbetreiber*)



Anpassung des Regulierungsrahmens notwendig (Abwägung der Netzentgeldüberwälzung zwischen Staat, Netzbetreibern, Kunden)
Alternative Nutzung der Gasverteilnetze zu prüfen (Wasserstoff, CO₂, Telekommunikation,...)

Seite 13

31.10.2023

© Fraunhofer ISI

*Agora Energiewende (2023): Ein neuer Ordnungsrahmen für Erdgasverteilnetz

** BDEW (2023): BDEW-Gaspreisanalyse Juli 2023

***Bei Fortschreibung des CO₂-Preises für Gas

Fraunhofer
ISI

Agenda

1. Wesentliche Erkenntnisse aus den Langfristzenarien zur Transformation des Energiesystems
2. Wasserstoffnachfrage in Baden-Württemberg und Gaspreisentwicklung
3. Was lässt sich für ein krisenfestes Energiesystem schlussfolgern?

Seite 14

31.10.2023

© Fraunhofer ISI

Fraunhofer
ISI

Wie gestaltetet sich ein krisenfestes Energiesystem?

Die Governance-Struktur der Energiewende

Bezogen auf die Höhe des Beitrags zur THG-Minderung sowie der zeitlichen Einordnung lassen sich folgende Governance-Strukturen als hierarchisches Prinzip formulieren (aber natürlich unter ökonomischer Optimierung):

1. Oberste Priorität des "Energy-Efficiency-First"-Prinzip zur Minimierung der Nachfrage, ergänzt um Kreislaufwirtschaft und Materialeffizienz.
2. Dekarbonisierung des Stromsektors, im Wesentlichen getrieben durch Erneuerbare Energien.
3. Direkte elektrische Nutzung und Einsatz von Biomasse unter Berücksichtigung ihrer begrenzten Verfügbarkeit und Nachhaltigkeitskriterien.
4. Nutzung von Wasserstoff und Syntheseprodukten gerade in den Bereichen, wo die Umsetzung der anderen drei Minderungsstrategien nicht möglich oder ökonomisch nicht sinnvoll oder aus Akzeptanzgründen nicht durchsetzbar ist.
5. Maßnahmen im Bereich negativer Emissionen (DACCS, BECS).

Wo liegen Besonderheiten von Baden-Württemberg?

Gerade vor dem Hintergrund der Resilienz

- Als energiearmes Land: Minderung der hohen Abhängigkeit von anderen BL und bundesrepublikanischen Entscheidungen sowie europäischer Staaten
 - durch Steigerung der Energieeffizienz
 - verstärkter Ausbau aller Erneuerbaren, auch der Tiefengeothermie (Diversifikation der Erneuerbaren)
- Aufbau flexibler Stromerzeugungskapazitäten, u.a. H₂-Ready Gaskraftwerke, und Stromspeicher
- Schaffung von stärkerer Unabhängigkeit von Energieimporten ist aber i.d.R. teurerer im Vergleich zu einem europäisch harmonisierten Vorgehen (Abwägungsprozess)
- Ausbau der Flexibilitätsoptionen nachfrageseitig (u.a. E-Mobilität, Wärmepumpen, Wärmenetze)
- Sicherstellung der Importströme (die weiterhin für BW in großen Umfang notwendig sein werden) mit Netzausbau (Strom, Wasserstoff) und Ausbau von Energiepartnerschaften
 - Strom weist hohe Wachstumsraten in BW in Klimaschutzszenarien auf
 - Bei Wasserstoff verstärkt auf europäischen Ausbau fokussieren

Wo liegen Besonderheiten von Baden-Württemberg?

Gerade vor dem Hintergrund der Resilienz

- Bei Wasserstoff weiterhin
 - Risikoabwägung bei Wasserstoffanwendungen (Einstieg bei unsicheren Anwendungen Wärme, straßengebundener Mobilität und Hochtemperaturanwendungen in der Industrie vs. Fokus auf No-Regret Anwendungen von Wasserstoff)
 - Baden-Württembergische Unternehmen stärken bei Anlagenherstellung entlang der Wertschöpfungskette von Wasserstoff und Derivaten
 - Fokus bei wasserstoffbasierten Derivaten im Bereich Mobilität auf internationalen Schiffs- und Flugverkehr
 - Transformation des Raffineriestandortes Karlsruhe Richtung synthetischer Kraftstoffproduktion
- Transformation der Automobilwirtschaft Richtung Elektromobilität (gesamte Wertschöpfungskette)
- Transformation/Rückbau der Gasverteilnetze und künftige Bezahlbarkeit von Gaslieferungen bei der Gebäudewärme
- (Technologie)transformation muss begleitet werden von Maßnahmen, die es Menschen erleichtert diese Umstellung auch mit zu tragen

Danke für ihre Aufmerksamkeit!

Prof. Dr. Martin Wietschel
Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI
Telefon +49 721 6809-254
martin.wietschel@isi.fraunhofer.de



Enquetekommission Krisenfeste Gesellschaft

Öffentliche Anhörung
Auswirkungen akuter Krisen auf wirtschaftliche Zusammenhänge
13.10.2023

Prof. Dr. Burkhard Pedell
Universität Stuttgart
Lehrstuhl für Controlling
E-Mail: burkhard.pedell@bwl.uni-stuttgart.de



*“Multiple backup sites seemed
like an incredible
extravagance on September 10,”*

...

*“but on September 12, they
seemed like genius.”*

Morgan Stanley's President and COO
Robert G. Scott

Foto: Pixabay

Implikationen für organisationale Resilienz



Prof. Dr. Burkhard Pedell

3

Enquetekommission Krisenfeste Gesellschaft – Anhörung 13.10.2023

Organisationale Resilienz – “Bounce back and thrive”

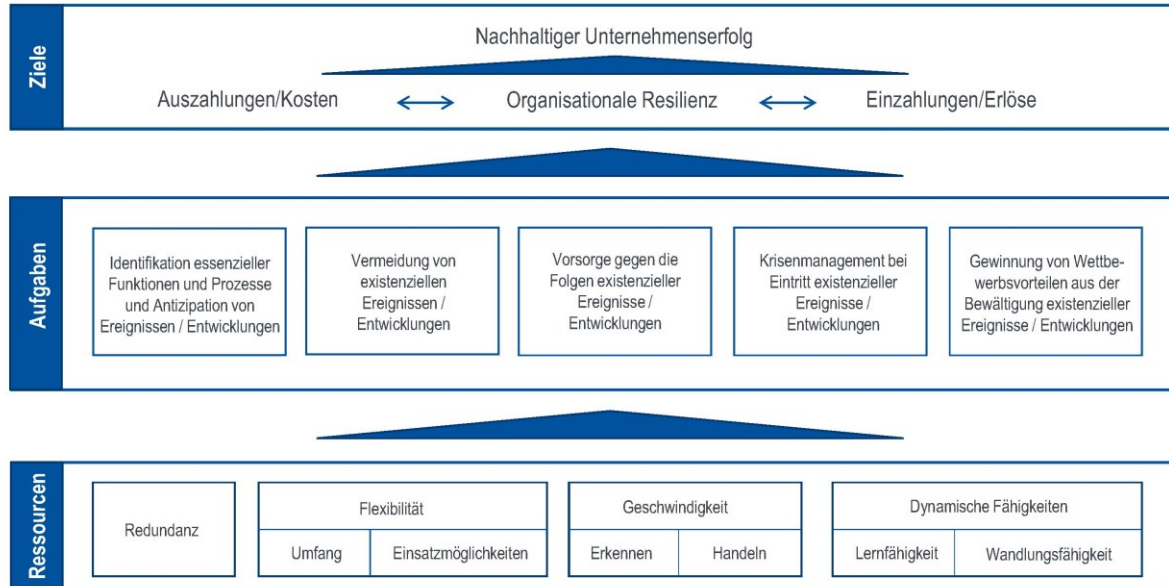
- Organisationale Resilienz ist die Fähigkeit einer Organisation, mit
 - unerwarteten und existenzbedrohenden Ereignissen und
 - Entwicklungen
 auf eine
 - robuste und
 - adaptive
 Art und Weise umzugehen und daraus Kompetenzen aufzubauen, welche die
 - Agilität und
 - Wettbewerbsfähigkeit
- der Organisation erhöhen. (Pedell, 2014; Pedell/Seidenschwarz, 2011)

Prof. Dr. Burkhard Pedell

4

Enquetekommission Krisenfeste Gesellschaft – Anhörung 13.10.2023

Framework organisationaler Resilienz



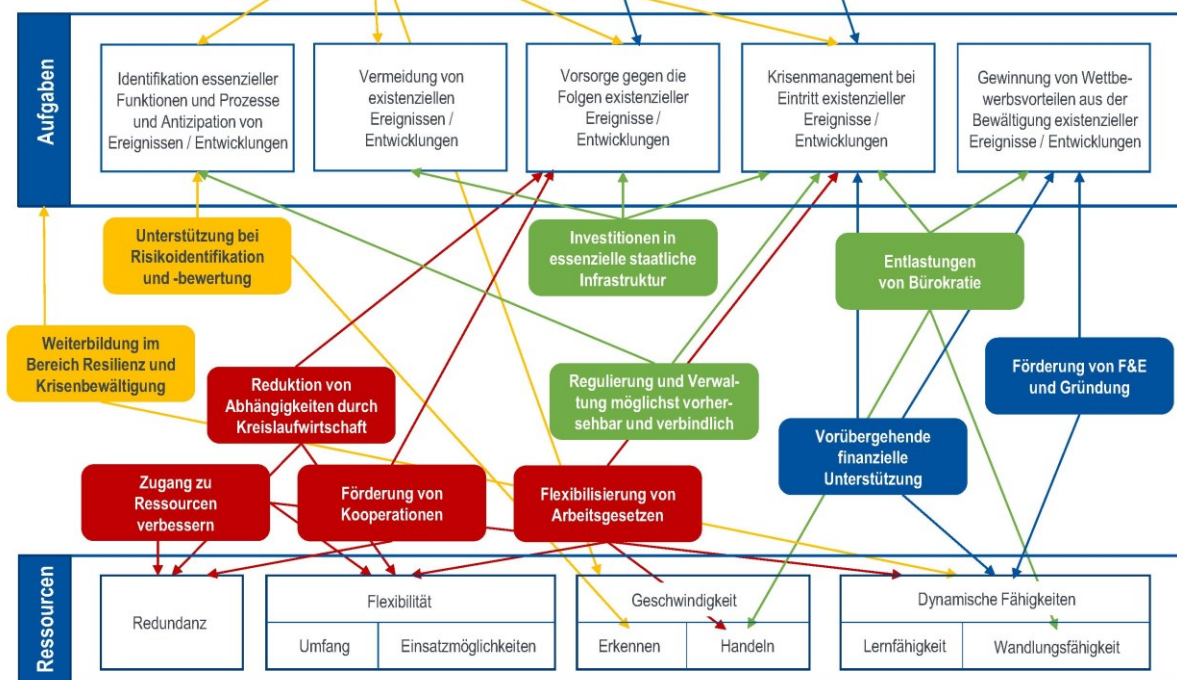
Basierend auf Pedell (2017)

Prof. Dr. Burkhard Pedell

5

Enquetekommission Krisenfeste Gesellschaft – Anhörung 13.10.2023

Framework organisationaler Resilienz (Ausschnitt) mit zentralen staatlichen Hebeln



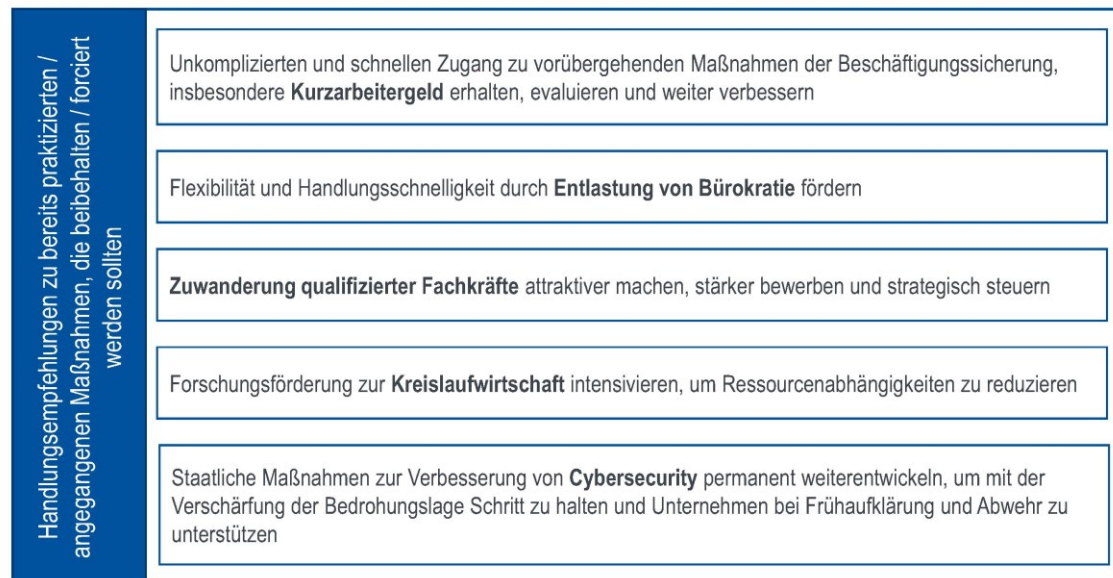
Basierend auf Pedell (2017)

Prof. Dr. Burkhard Pedell

6

Enquetekommission Krisenfeste Gesellschaft – Anhörung 13.10.2023

Ausgewählte Handlungsempfehlungen (1/3)



Ausgewählte Handlungsempfehlungen (2/3)



Ausgewählte Handlungsempfehlungen (3/3)

Handlungsempfehlungen mit erheblichem Ressourcenbedarf	Essenzielle Infrastruktur auf Investitionsbedarf prüfen, priorisieren und langfristiges resilienzorientiertes Programm aufsetzen
	Investitionsstau an Schulen und Hochschulen abbauen, betrifft auch bezahlbaren Wohnraum für Studierende
	Bevorratung essenzieller Rohstoffe und Vorprodukte prüfen und sicherstellen
	Resilienzorientierte Innovationen fördern , die Abhängigkeiten reduzieren

Kontakt

- Prof. Dr. Burkhard Pedell
Universität Stuttgart
Lehrstuhl für Controlling
Keplerstr. 17
70174 Stuttgart
burkhard.pedell@bwi.uni-stuttgart.de
www.uni-stuttgart.de/controlling

Corporate Resilience Lab
www.bwi.uni-stuttgart.de/abt5/forschung/research-foci/B-Corporate-Resilience-Lab/

- Wir freuen uns über Ihre Kontaktaufnahme und sind an einem Austausch und an Kooperationen auf dem Gebiet der Resilienz und Krisenfestigkeit von Unternehmen und anderen Organisationen sehr interessiert.

Enquetekommission Krisenfeste Gesellschaft

Öffentliche Anhörung: Auswirkungen akuter Krisen auf wirtschaftliche Zusammenhänge

BWGV | Präsident Dr. Roman Glaser | 13. Oktober 2023

Agenda



- | | |
|----|---|
| 01 | Blick auf die genossenschaftliche Organisation |
| 02 | Beitrag des BWGV in der Enquetekommission |
| 03 | Genossenschaftliche Ansatzpunkte und Expertise |
| 04 | Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge |
| 05 | Informationsmöglichkeiten/Kontakt |

Agenda

bwgv

- 01** Blick auf die genossenschaftliche Organisation
- 02** Beitrag des BWGV in der Enquetekommission
- 03** Genossenschaftliche Ansatzpunkte und Expertise
- 04** Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge
- 05** Informationsmöglichkeiten/Kontakt

| 3

Globale Erfolgsgeschichte

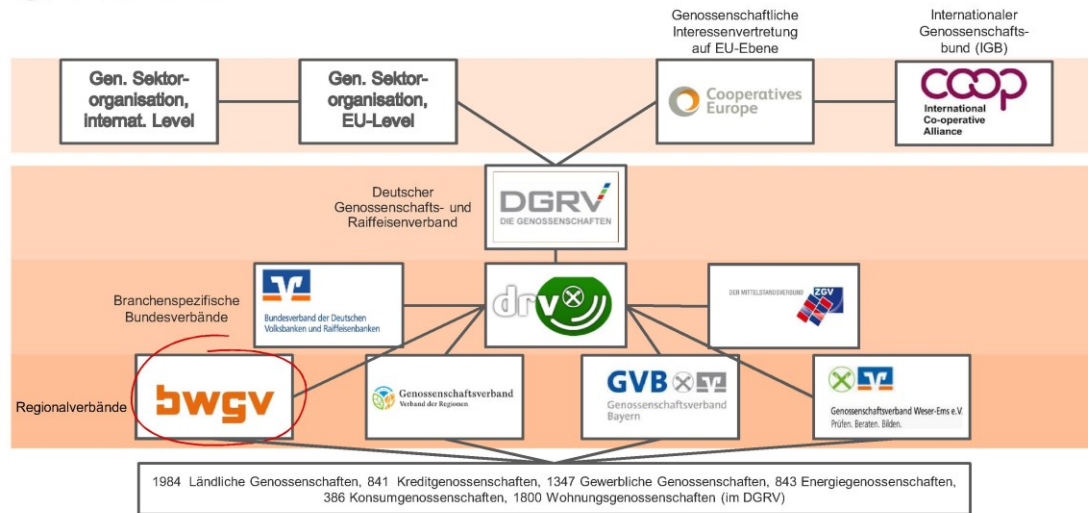
bwgv



| 4

Genossenschaftsorganisation

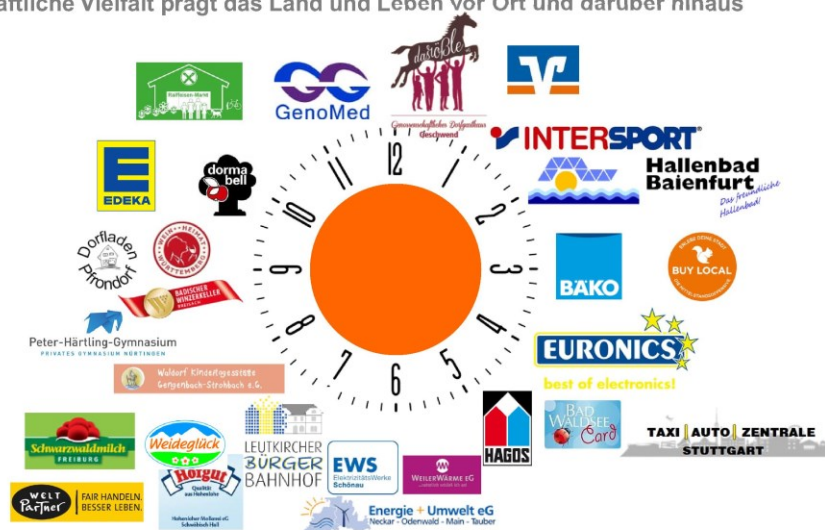
regional und weltweit

bwgV

5

Vielfalt in über 50 Branchen in Baden-Württemberg

Genossenschaftliche Vielfalt prägt das Land und Leben vor Ort und darüber hinaus

bwgsv

6

Der BWGV

bwgv

Vision: Genossenschaftliche Vielfalt stärkt unser Land

- ...vertritt die Genossenschaftsidee und betreut die Genossenschaften in Baden-Württemberg (Ausnahme: Wohnungsbaugenossenschaften)
- Kernaufgaben: Beratung, Bildung, Interessenvertretung, Prüfung
- ...repräsentiert mittelständische Unternehmen aus mehr als 50 Branchen
- ...ist eine der bedeutendsten und mitgliederstärksten Finanz- und Wirtschaftsorganisationen im Südwesten
 - mit rund 850 Genossenschaften in Baden-Württemberg und
 - mehr als 3,9 Millionen Einzelmitgliedern.



7

Der BWGV und seine Mitglieder

bwgv

Die 3 Mitgliedergruppen



Volksbanken und Raiffeisenbanken

- 136 Genossenschaftsbanken
- 20.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (1.500 Auszubildende)
- 3,63 Mio. Einzelmitglieder
(Stand 12/22)



Ländliche Genossenschaften

- 274 ländliche und landwirtschaftliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften
(Stand 07/23)
- 92.000 Einzelmitglieder
- Umsatz: 4,27 Mrd. Euro
(Stand 12/22)



Gewerbliche Genossenschaften

- 327 gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften in über 50 Branchen
(Stand 07/23)
- 95.000 Einzelmitglieder
- Umsatz: 6,52 Mrd. Euro
(Stand 12/22)

| 8

Agenda



- 01** Blick auf die genossenschaftliche Organisation
- 02** Beitrag des BWGV in der Enquetekommission
- 03** Genossenschaftliche Ansatzpunkte und Expertise
- 04** Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge
- 05** Informationsmöglichkeiten/Kontakt

| 9

Beitrag des BWGV



Genossenschaftliche Vielfalt stärkt unser Land!

- Gelebte **Selbstverantwortung** – ein Kernelement von Genossenschaften und dem BWGV
- Nutzung der Erfahrung des BWGV in **mehr als 50 verschiedenen Branchen** ebenso wie der Kontakte und Netzwerke bei den für die Kommission relevanten Themen
- Information zu den vielfältigen Branchen und Themen, die Genossenschaften und der BWGV selbst beitragen können
- **Stellungnahme zum Handlungsfeld 1 – Gesundheit**
 - Genossenschaftliche Modelle in der Ärzteversorgung
 - Pflege genossenschaftlich organisiert
- **Stellungnahme zum Handlungsfeld 4 – Wirtschaft**
 - Öffentliche Anhörung am heutigen Tag



10

Agenda



- 01** Blick auf die genossenschaftliche Organisation
- 02** Beitrag des BWGV in der Enquetekommission
- 03** Genossenschaftliche Ansatzpunkte und Expertise
- 04** Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge
- 05** Informationsmöglichkeiten/Kontakt

| 11

Volksbanken und Raiffeisenbanken als Garant für eine krisenfeste Gesellschaft



Genossenschaftsbanken sind wichtiger Finanzpartner des Mittelstands...

- **136 Volksbanken und Raiffeisenbanken in Baden-Württemberg** (Stand: 31.07.23)
 - Versorgung Bargeld und Finanzdienstleistungen in der Fläche: 1.300 Filialen, 700 SB-Stellen
 - 20.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vollzeitstellen)
 - 1.500 Auszubildende
 - 1,3 Mrd. Euro Gehälter, 650 Mio. Euro Kaufkraft
- **Kredite an Unternehmen und Selbstständige:** 55,3 Mrd. Euro (Stand: 30.06.23)
- **Kundeneinlagen insgesamt:** 154,5 Mrd. Euro (30.06.23)



...ganz besonders in Krisenzeiten

- Bereits in der Finanz- und Staatsschuldenkrise waren die regionalen Banken mit geringem Risikoprofil wichtiger **Stabilitätsanker für die mittelständische Realwirtschaft**.
- Die **genossenschaftliche Institutssicherung** sorgt seit über 90 Jahren dafür, dass die Genossenschaftsbanken sich im Falle einer Schieflage gemeinsam wieder aufrichten. Gleichzeitig sind auch die **Einlagen der Kundinnen und Kunden zu jedem Zeitpunkt sicher**.
- **Auch in der Corona-Krise** wurde die **flächendeckende Liquiditätsversorgung** durch Stundungen, eigene Kreditvergabe und die Durchleitung von Förderkrediten sichergestellt.

| 12

Genossenschaftsbanken vernetzen die Region

- **Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe** und Wertschöpfungsketten durch ein **genossenschaftliches Ökosystem regionaler Prägung**.
- Volksbanken und Raiffeisenbanken sind ein **Nukleus für Plattformen** in den Bereichen Handel, Handwerk, Dienstleistungen sowie Angebote im Bereich der Quartiersentwicklung, Energie und Mobilität.
- Genossenschaftsbanken tragen als **Vernetzer** der Wirtschaft und Gesellschaft in der Region maßgeblich zu einer **krisenfesten, resilienten Gesellschaft** bei.



13

Landwirtschaftliche Genossenschaften stärken regionale Produktion und Wertschöpfung

bwg

Durch die Bündelung vieler kleiner Familienbetriebe sichern Genossenschaften die Versorgung mit regionalen Lebensmitteln...

- **274 landwirtschaftliche Genossenschaften**
 - rund 92.000 Mitglieder
 - Obst- und Gemüse, Milch, Wein, Bezugs- und Absatzgenossenschaften, Wald, Raiffeisenmärkte, Vieh und Fleisch, Blumen
- **Kleinteilige landwirtschaftliche Struktur:**
 - Erhalt der Kulturlandschaft
 - Wettbewerbsnachteil aufgrund der Kosten- und Erlösstrukturen
- **Selbstversorgungsgrad im Sonderkulturbereich:** Deutschland 2020: Obst 20%, Gemüse 36%)



...und stärken die Produktion in der Fläche in Baden-Württemberg – auch in Krisenzeiten

- Corona-Pandemie und Ukraine Krieg haben gezeigt, wie wichtig die **Produktion und der Verkauf von Lebensmitteln vor Ort** ist.
 - **Ausreichende Anzahl an Saisonarbeitskräften** für Pflanz-, Pflege- und Erntearbeiten sind notwendig. Zur Entschärfung in Krisenzeit trugen wesentlich folgende Maßnahmen bei:
 - Öffnung des Arbeitsmarktes für Geflüchtete und Asylbewerber
 - Lockerung der Hinzuverdienstgrenze
 - Anhebung der Zeitgrenze für eine kurzfristige Beschäftigung fünf/vier Monate
- Hilfreiche Regelungen beibehalten!

| 14

Energiegenossenschaften machen dezentrale Versorgung mit Energie und Wärme möglich

bwgV

Energiegenossenschaften stärken die Akzeptanz für Erneuerbare Energien, halten die Wertschöpfung in der Region...

- Seit 2008 erfahren genossenschaftliche Konzepte zur **dezentralen Energieversorgung** in Bürgerhand eine größere Bedeutung.
- Derzeit gibt es in Baden-Württemberg **153 Energiegenossenschaften** mit rund 49.000 Einzelmitgliedern.
- Ihre **vielfältigen Einsatzgebiete** reichen mit Photovoltaik und Windenergie, über die Erzeugung und Lieferung von Strom und Wärme, über den Betrieb von Stromnetzen und ganzen Landeinfrastrukturen bis hin zum Contracting und zu vollumfänglichen Energieversorgungsunternehmen.



...und sorgen in Krisenzeiten für eine dezentrale Versorgung mit nachhaltiger Energie und Wärme.

- Im Rahmen genossenschaftlicher Strukturen kann in Bürgerhand und in Kooperation mit den Kommunen sowie weiteren Akteuren die Versorgung gesichert werden – bis hin zu **energieautonomen Kommunen**. Auch vor Ort aktive Stadtwerke können von der Beteiligung der Bürgerschaft profitieren indem sie via Genossenschaften mit Unterstützung aus der Bevölkerung gestärkt und erweitert werden.
- Damit leistet die genossenschaftlich organisierte Bürgerenergie gerade in den ländlichen Räumen – aber zunehmend auch in den Städten – einen wichtigen Beitrag für die **Transformation und Dezentralisierung** unserer **nachhaltigen Energie- und Wärmeinfrastruktur**.

Agenda

bwgV

- | | |
|-----------|--|
| 01 | Blick auf die genossenschaftliche Organisation |
| <hr/> | |
| 02 | Beitrag des BWGV in der Enquetekommission |
| <hr/> | |
| 03 | Genossenschaftliche Ansatzpunkte und Expertise |
| <hr/> | |
| 04 | Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge |
| <hr/> | |
| 05 | Informationsmöglichkeiten/Kontakt |

Konkrete Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge

bwgV

Genossenschaftliche Vielfalt stärkt unser Land!



Stärkung einer **resilienten Wirtschaft** in Baden-Württemberg durch konsequente **Förderung von Kooperationen** – etwa in der genossenschaftlicher Rechts- und Unternehmensform.

Bekenntnis zur **regionalen Landwirtschaft**, um die **Versorgungssicherheit der Bevölkerung** durch Produktion vor Ort auch in Krisenzeiten zu gewährleisten.

Alle Läden, die die Bevölkerung mit **Waren des täglichen Bedarfs** versorgen, müssen gleichbehandelt werden – so bspw. auch Dorfläden und Raiffeisenmärkte.

| 17

Konkrete Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge

bwgV

Genossenschaftliche Vielfalt stärkt unser Land!

Volksbanken und Raiffeisenbanken garantieren die Versorgung mit hochqualitativen **Finanzdienstleistungen** vor Ort. In welcher Form dies geschieht, muss in der Verantwortung der einzelnen Institute verbleiben.

Der Einsatz auf Landesebene für den langfristigen Erhalt des **dreigliedrigen Bankensystems** auf allen politisch dafür relevanten Ebenen ist wesentlich, um die Stabilität auch und gerade im Krisenfall zu gewährleisten – nicht zuletzt bei der **Bargeldversorgung bzw. generell dem Zahlungsverkehr** und bei Modalitäten der Kreditvergabe und -rückzahlung wurde dies Vielen in den letzten Krisen wieder bewusst.

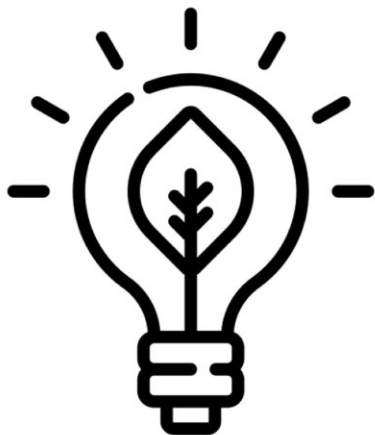


| 18

Konkrete Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge



Genossenschaftliche Vielfalt stärkt unser Land!



Energiegenossenschaften tragen einen wichtigen Teil zur dezentralen und krisenfesten Versorgungssicherheit in Baden-Württemberg bei durch bspw. die Wärmeversorgung vor Ort.

Zudem bleibt dadurch die **Wertschöpfung in der Region**. Den Beitrag der Energiegenossenschaften gilt es daher nicht nur im Sinne des Klima- und Umweltschutzes, sondern auch im Sinne einer krisenfesten Gesellschaft konsequent zu fördern – mit aktiver Beteiligung der Kommunen, Bürgerschaft, Unternehmen und weiteren Akteuren vor Ort.

| 19

Agenda



- 01** Blick auf die genossenschaftliche Organisation
- 02** Beitrag des BWGV in der Enquetekommission
- 03** Genossenschaftliche Ansatzpunkte und Expertise
- 04** Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge
- 05** Informationsmöglichkeiten/Kontakt

| 20

Informationsmöglichkeiten

bwgv


Mitgliederzeitschrift
GenoGraph



www.wir-leben-genossenschaft.de



Jährliche Veranstaltungen:

Zukunftsforum Genossenschaft,
Barcamp Wissenschaft,
Hintergrundgespräche und Interviews



BWGV Newsletter

<https://www.wir-leben-genossenschaft.de/newsletter/>

Anmeldung zu: Allgemeiner Newsletter, NL
Quartiersentwicklung und NL Energie



linkedin.com/company/genobawue



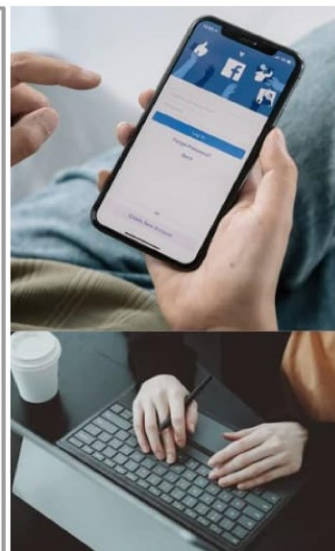
twitter.com/genobawue



instagram.com/genobawue



facebook.com/genobawue



Kontakt

bwgv


Baden-Württembergischer
Genossenschaftsverband e.V.
Heilbronner Straße 41
70191 Stuttgart

☎ 0711 / 222 13-26 03

✉ roman.glaser@bwgv-info.de

🌐 www.wir-leben-genossenschaft.de

Dr. Roman Glaser

Präsident



Baden-Württembergischer
Genossenschaftsverband e.V.
Heilbronner Straße 41
70191 Stuttgart

☎ 0711 / 222 13-27 25

✉ anja.roth@bwgv-info.de

🌐 www.wir-leben-genossenschaft.de

Anja Roth

Interessenvertretung



Baden-Württembergischer
Genossenschaftsverband e.V.
Heilbronner Straße 41
70191 Stuttgart

☎ 0711 / 222 13-1428

✉ bettina.meier-augenstein@bwgv-info.de

🌐 www.wir-leben-genossenschaft.de

Bettina Meier-Augenstein

Interessenvertretung

Öffentliche Anhörung
der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“
zum Thema „Auswirkungen akuter Krisen auf wirtschaftliche Zusammenhänge“
Martin Gross, ver.di Landesbezirksleiter



Wir waren in der Pandemie die Gewerkschaft der Menschen, die für uns den Laden buchstäblich am Laufen gehalten haben: Von der Verkäuferin über die Pflege bis zum Fahrdienst im ÖPNV. Überall mussten wir Schutzmaßnahmen erst erstreiten: Glasscheiben, Absperrbänder, ausreichend Masken, Schnelltests.

Wir waren die Gewerkschaft der Erzieherinnen, aber auch der Eltern. Deshalb haben wir immer für offene Kitas und Schulen plädiert. Aber für Sicherheitsstandards an den Arbeitsplätzen. Leider galt dies insbesondere im zweiten Pandemiejahr immer weniger, die Standards wurden immer schlechter. Mit dramatischen Folgen fürs Personal. Erzieherinnen und Pflegerinnen waren die Berufsgruppen mit dem höchsten Infektionsrisiko. Impfangebote wurden zu spät als vorrangig eingestuft.

Klatschen reicht nicht. Aber selektive Coronaprämien, die ganz viele außen vorlassen, machen es fast noch schlimmer. Bewältigung ist in den Krankenhäusern nur durch gute Gemeinschaftsleistung gelungen.



Öffentliche Anhörung
der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“
zum Thema „Auswirkungen akuter Krisen auf wirtschaftliche Zusammenhänge“
Martin Gross, ver.di Landesbezirksleiter



Homeoffice ist nicht mobiles Arbeiten. Bei letzterem haben wir eine regulatorische Grauzone. Aber es ist ein Unterschied, ob einmal die Woche eine Stunde Mails daheim gecheckt werden oder fünf Tage daheim gearbeitet wird. Arbeitgeber sind auch für die Ausstattung der Heimarbeitsplätze in der Verantwortung. Einfach nur Mieten und Heizung sparen geht nicht.

Die einrichtungsbezogene Impfpflicht hat einen Scherbenhaufen hinterlassen. Etliche Arbeitgeber, kirchliche, private und kommunale, und wir als zuständige Gewerkschaft hatten genau davor gewarnt.

Unsere Schlussfolgerung daraus: In einer unübersichtlichen Lage, wo schnell gehandelt werden muss, dürfen natürlich Fehler passieren und gemacht werden. Aber die Politik muss dann auch die Größe haben, wenn sie Fehler erkennt, diese genauso schnell wieder zu korrigieren.

Dauerhafte Sonntagsöffnungen sind keine Kompensation für Lockdowns im Einzelhandel, sondern schaden Mittelzentren.



Zu TOP I.2.
Antrag Nr. 1
18. EK KG / 13.10.2023

Landtag von Baden-Württemberg

17. Wahlperiode

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Antrag

der Fraktion GRÜNE,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP

Politische Aussprache zum dritten Handlungsfeld „Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“

Die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ wolle beschließen,

hinsichtlich der zu erarbeitenden Handlungsempfehlungen in Handlungsfeld III „Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten“ bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“ folgende Themenschwerpunkte zu berücksichtigen:

1. Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Krisen sind gesamtgesellschaftliche Herausforderungen und nur gemeinsam zu bewältigen. Für eine krisenfeste Gesellschaft sind Werte wie Solidarität, Identifikation mit dem Gemeinwesen und Vertrauen in die Mitmenschen sowie in die Institutionen von großer Bedeutung. Sie geben Auskunft über die Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders und sind konstitutiv für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichzeitig sind diese Werte gerade in Krisen besonders gefährdet: Forschungsergebnisse zeigen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Baden-Württemberg in der Pandemie deutlich zurückgegangen ist. Fast die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg sieht den Zusammenhalt in Deutschland als gefährdet an und auch langfristig befürchtet die Mehrheit, dass die Gesellschaft geschwächt aus der Pandemie hervorgeht (Bertelsmann Stiftung, 2022).

Zu TOP I.2.
Antrag Nr. 1
18. EK KG / 13.10.2023

Das übergeordnete Ziel der Handlungsempfehlungen im dritten Handlungsfeld „Gesellschaftliche Strukturen und Betroffenheiten“ ist es daher, den Zusammenhalt zu stärken, um zur Resilienz der Gesellschaft beizutragen. Dabei geht es ausdrücklich um einen inklusiven Zusammenhalt, der alle Bevölkerungsgruppen einbezieht. Dieses Ziel steht in Einklang mit dem Health-in-All-Policies-Ansatz als übergeordnetes Ziel des ersten Handlungsfelds „Gesundheit“. Denn eine Berücksichtigung der seelischen und körperlichen Gesundheit der gesamten Bevölkerung in allen Politikfeldern kann den Zusammenhalt in der Gesellschaft befördern. Darüber hinaus ist auch für die Stärkung des Zusammenhalts eine ressortübergreifende Strategie in der Landespolitik notwendig. Alle folgenden Themenschwerpunkte und auszuarbeitenden Handlungsempfehlungen werden daran ausgerichtet, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

2. Alle Bevölkerungsgruppen gezielt schützen und einbinden

Krisen als gesamtgesellschaftliche Herausforderungen betreffen jeden Menschen – einige Menschen und Gruppen haben allerdings stärker unter Krisen und ihren Folgen zu leiden. In der Coronapandemie waren das neben chronisch Kranken und Pflegebedürftigen vor allem Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung und Menschen mit geringem oder ohne Einkommen sowie Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte. Tendenziell sind das die Gruppen, die auch von anderen Krisen wie Energie- oder Wirtschaftskrisen stärker betroffen sind.

Krisen betreffen nicht nur die gesamte Bevölkerung, ihre erfolgreiche Bearbeitung hängt auch vom Einbezug möglichst breiter Teile der Bevölkerung ab. Gerade der Einbezug von bisher oft wenig beachteten Bevölkerungsgruppen ist sozialstaatlich geboten, stärkt aber ebenso die Resilienz der gesamten Bevölkerung. Die Strukturen der sozialen Arbeit sollen aktiv eingebunden werden, insbesondere um sozial und ökonomisch benachteiligte Menschen zu stärken. Menschen sind Expertinnen und Experten ihres eigenen Lebens. Partizipative Strukturen in der Krisenvorbereitung machen dieses Wissen für einen inklusiven Katastrophenschutz nutzbar. Praktisches kontextuelles Wissen bildet so die Grundlage für notwendig abstrakte politische Entscheidungsprozesse.

Ein Blick in die Daten zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zeigt, dass einige Bevölkerungsgruppen den Zusammenhalt deutlich geringer einschätzen als andere. Das sind zum Beispiel ärmere und nicht erwerbstätige Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund oder mit geringer formaler Bildung. Gedeutet wird dieser Befund als Anzeichen dafür, dass diese Gruppen weniger stark in die Gesellschaft eingebunden sind und nur eingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilhaben (Bertelsmann Stiftung, 2022). Um einem Auseinanderdriften der Gesellschaft entgegenzuwirken, sollte zum einen die Teilhabe dieser Gruppen am gesellschaftlichen Leben grundsätzlich gestärkt werden und zum anderen in Krisen auf gezielte Unterstützung geachtet werden. Dabei ist besonders zu beachten, dass gesellschaftliche Teilhabe einerseits maßgeblich von den individuellen Ressourcen abhängt und andererseits offene Orte der Begegnung braucht.

Zu TOP I.2.
Antrag Nr. 1
18. EK KG / 13.10.2023

Um so viel Schutz wie nötig und dennoch so viel Autonomie wie möglich zu schaffen, gilt es deshalb diesen Menschen durch niedrighschwellige und barrierefreie Informationen und Warnsysteme im Krisenfall gerecht zu werden und diese von Anfang an planerisch in die Krisenprävention und Vorsorge miteinzubinden.

Für Kinder und Jugendliche bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beispielsweise, dass Bildungs- und Betreuungseinrichtungen auch in Krisen offen oder – wo geeignet – durch digitale Formate zumindest weiter in Betrieb gehalten werden müssen. Insbesondere die Situation von Kindern und Jugendlichen aus schwierigen Verhältnissen wurde durch die Schließung von Schulen und Kindertagesstätten in der Pandemie weiter verschärft. Dies ist in künftigen Krisen unbedingt zu vermeiden.

Die Kontaktbeschränkungen und Lockdowns haben Einsamkeitsphänomene in Baden-Württemberg beschleunigt, jedoch haben diese über alle gesellschaftlichen Schichten hinaus auch das Ende der Pandemie überdauert. Zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist es notwendig, das Phänomen der Einsamkeit näher zu beleuchten. In diesem Kontext arbeiten Akteure aus Krankenkassen, lokalen Initiativen, Sozialverbänden, Vereinen, Kirchen und Religionsgemeinschaften eng zusammen.

3. Erziehung und Bildung in der Familie

„Fürs Leben lernen“ – die Herstellung von Krisenfestigkeit beginnt schon in jungen Jahren im Rahmen der Familie. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein allgemeines Vertrauen müssen Kinder schon in jungen Jahren die Möglichkeit haben, in der Familie und im Netzwerk Förderung zu erhalten und so Vertrauen und Empathie zu gewinnen.

Weil die Familie dafür der wichtigste Ort ist, möchten wir Familien besonders im Blick behalten und in ihrer Selbstverantwortung stärken. Ergänzend zur Familienarbeit möchten wir in diesem Sinne auch pädagogische und unterstützende Angebote und Einrichtungen fördern. Hier ist insbesondere die flächendeckende Professionalisierung der Jugendhilfeangebote in den Blick zu nehmen, um die individuelle Resilienz von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu unterstützen und zu befördern.

Als ein Element zur Stärkung der Krisenfestigkeit soll das derzeit entwickelte Rahmenkonzept Familienbildung ein verbindlicher Teil der Jugendhilfeplanung werden. Zu krisenfesten Rahmenbedingungen gehört auch eine resiliente Betreuungsstruktur: Ziel soll es sein, die Personal- und Betreuungsgengpässe bei den Kindertageseinrichtungen dauerhaft zu verbessern sowie den Ganztagsanspruch in der Grundschule in Form von rhythmisierten Ganztagschulen umzusetzen.

Eine krisenfeste Familienpolitik bedeutet aber nicht nur den Ausbau und den Erhalt der Kinderbetreuung, sondern auch die Etablierung zusätzlicher präventiver Angebote wie z. B. der Frühen Hilfen für Familien, da diese Form der Unterstützung für Familien aus sozial schwächeren Lagen lebensnotwendig ist und sie zu einem gelingenden Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen beiträgt.

Zu TOP I.2.
Antrag Nr. 1
18. EK KG / 13.10.2023

Lebenslang lernen geht aber auch über das Kindesalter hinaus und bedeutet, sich lebenslang Neues anzueignen und Wandel in der persönlichen Entwicklung, aber auch in Gesellschaft und Umwelt, mit Neugier und Wissenszuwachs zu begegnen.

Die Schaffung von Medien- und Demokratiekompetenzen sind für Lernende jeden Alters wichtig für die Prävention und um auf die Gefahren von Diskriminierung, Mobbing und Demokratiefeindlichkeit aufmerksam zu machen.

In verschiedenen Anhörungen wurde durch unterschiedliche Sachverständige auf die Notwendigkeit hingewiesen, bereits vor dem Eintritt einer Krise für ausreichend Personal zur Herstellung bzw. Bewahrung einer gefestigten Gesellschaft und resilienter Individuen zu sorgen. Diese Notwendigkeit ist für die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen verschieden stark ausgeprägt. Insbesondere junge und alte Menschen, aber auch Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte sind für die Entwicklung von Krisenfestigkeit darauf angewiesen, anhand ausreichend Personal fachlich übergreifend unterstützt zu werden. Verschiedene Sachverständige haben den akuten Personalmangel innerhalb des öffentlichen Sektors eindrücklich hervorgehoben. Deshalb sollen Maßnahmen ergriffen werden, die auf eine ausreichende Personalausstattung in allen Einrichtungen der öffentlichen Hand abzielen.

4. Repräsentation und Beteiligung

Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen und in die Legitimität politischer Entscheidungen ist in Krisen essentiell. Durch politische Repräsentation und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im politischen Prozess kann Vertrauen gefördert werden, indem der Entscheidungsprozess transparent und Entscheidungen nachvollziehbar kommuniziert werden. Die Erfahrung der Wirksamkeit im Sinne einer Berücksichtigung von Ergebnissen aus Beteiligungsverfahren durch Verwaltung und politische Gremien motiviert zusätzlich. Damit politische Repräsentation und Beteiligung auch in Krisen funktioniert, müssen die Strukturen bereits vor der Krise etabliert werden. Das Land hat mit der dialogischen Bürgerbeteiligung einen Weg eingeschlagen, der mehr Beteiligung ermöglicht und den demokratischen Diskurs in der pluralistischen Gesellschaft unterstützt. Bürgerforen, die gegebenenfalls online durchgeführt werden, können den Diskurs auch in Krisenzeiten aufrechterhalten und wichtige Entscheidungsgrundlagen liefern. Bedeutend für die Vertrauensbildung ist, dass den Teilnehmenden im Anschluss an das Verfahren Bericht erstattet und begründet wird, wie die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung aufgegriffen wurden.

Darüber hinaus sind Beteiligungsmöglichkeiten insbesondere dahingehend auszubauen, dass bisher unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen mehr Beteiligung ermöglicht wird, dass diese Gruppen gezielt aufgesucht und in einer aktiven Rolle eingebunden werden. Bestehende Strukturen der Kinder- und Jugendbeteiligung sollen nachhaltig gefördert und von den Kommunen bis zum Land auf allen Ebenen gestärkt werden.

Zu TOP I.2.
Antrag Nr. 1
18. EK KG / 13.10.2023

5. Bürgerschaftliches Engagement

Bürgerschaftliches Engagement leistet einen wertvollen Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Im Engagement werden gemeinschaftliche Werte wie Solidarität gelebt und gefördert. Soziale Fähigkeiten und Kooperation können erlernt und Selbstwirksamkeit erlebt werden. In der Fluchtmigration 2015/2016, der Coronapandemie und hinsichtlich der Zuwanderung von Geflüchteten aus der Ukraine in Folge des russischen Angriffskriegs wurde außerdem sichtbar, dass bürgerschaftliches Engagement auch zur konkreten Krisenbewältigung beiträgt. Die Anhörungen haben gezeigt, wie sich das bürgerschaftliche Engagement gewandelt hat und welchen Herausforderungen es gegenübersteht. Die Lebensgestaltung von Menschen, insbesondere von jungen Menschen, hat sich verändert, wodurch sich das Engagement dem neuen Alltag anpassen muss. Da die Einsatzmöglichkeiten hierdurch vielfältiger und flexibler werden, steigt der Bedarf an Vernetzung und Koordination. Der demografische Wandel und der Wechsel der Generationen wurden insbesondere im Nachgang der Pandemie deutlich spürbar als viele Ältere nicht mehr zurückgekommen sind und das Engagement aufgeben mussten. Neue Fähigkeiten im Zuge der Digitalisierung und verstärkten Präsenz in sozialen Medien werden gebraucht.

Das Ehrenamt ist zu erhalten und zu stärken durch Heranführen und Aktivieren aller Bevölkerungsgruppen mittels Ehrenamtslotsen in Vereine und ehrenamtliche Aufgaben. Die Einführung einer landesweiten, flächendeckenden Ehrenamtskarte sowie deren Ausgestaltung sollte zügig vorangetrieben werden mit einem spürbaren Mehrwert für ehrenamtlich Engagierte. Engagementnachweise dürfen nicht zu hochschwellig sein als zusätzliche Verwaltungsaufgabe für Verein etc. und sollten gleichzeitig Kurzzeitengagement oder Mitnahmeeffekt nicht bestärken. Damit bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt auch weiterhin den gesellschaftlichen Zusammenhalt befördern können, braucht es Unterstützung von der Landespolitik. Der Auf- und Ausbau von Strukturen zur Vernetzung, Koordinierung und Vermittlung bürgerschaftlichen Engagements wie zum Beispiel Freiwilligenagenturen sollte verstärkt gefördert werden. Die Stärkung und Förderung des freiwilligen Engagements ist wesentlich gemeinsam mit den Partnern im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (LBE) und der weiterentwickelten Engagementstrategie Ba.-Wü. anzugehen. Zur Fortsetzung und Verstetigung des LBE über das Jahr 2025 hinaus hat ein klares Bekenntnis zu erfolgen. Diese Weiterentwicklung ist angesichts der Auswirkungen der Coronapandemie auf das Ehrenamt fortzuschreiben und neue Bedarfe in den Blick zu nehmen. Darüber hinaus sollte auf niederschwellige und nachhaltige Finanzierungsprogramme geachtet und die Qualifizierung von Engagierten gefördert werden.

Der Beitrag der christlichen Kirchen und weiterer Glaubensgemeinschaften zu einer krisenfesten und resilienten Gesellschaft ist zu bedenken und zu fördern und deren seelsorgliches und diakonisches Handeln zu gewährleisten. Die Sicherstellung ihres spirituellen Beitrags und ihrer Bildungsarbeit in zukünftigen Krisen zu einer Krisenbewältigung sowie zur Motivation zum solidarischen Handeln wird ausdrücklich gewürdigt und soll durch weiteres Engagement gestützt werden.

Zu TOP I.2.
Antrag Nr. 1
18. EK KG / 13.10.2023

6. Kommunikation mit der Bevölkerung

Die Kommunikation mit der Bevölkerung in Krisen ist so zu gestalten, dass alle Bevölkerungsteile erreicht werden. Einerseits ist darauf zu achten, durch einfache Sprache in einer differenzierten Form sowie durch barrierefreie, mehrsprachige und audiovisuelle Angebote alle Bevölkerungsteile gezielt anzusprechen und unterschiedliche Behinderungsarten zu berücksichtigen (z. B. gehörlose und/oder blinde Menschen). Es ist unabdingbar, die deutsche Sprache alltagssicher zu beherrschen, um schnell und unmittelbar über wichtige Sachverhalte informiert zu werden. Bestehende Netzwerke in die migrantische Bevölkerung sollten genutzt werden, indem zum Beispiel Multiplikatorinnen und Multiplikatoren verstärkt und dauerhaft eingesetzt werden. Andererseits sollten zentrale, individuelle Fähigkeiten in der Bevölkerung zum Umgang mit Medien gefördert werden. Ein kritisches Urteilsvermögen bezüglich Medieninhalten ist in Krisen besonders wichtig, da die Bevölkerung hier verstärkt der Falschinformation und Desinformation ausgesetzt ist. Ein Fokus der Handlungsempfehlungen soll daher auf Medienbildung in jedem Alter unter besonderer Berücksichtigung sozialer Medien liegen und bei den Ausgangslagen jeweils spezifisch mitgedacht werden. Voraussetzung für eine Kommunikation mit und in der Bevölkerung insgesamt ist der qualifizierte und beschleunigte Breitbandausbau. Auch die Nutzung moderner KI-Systeme sollte in diesem Zusammenhang in Betracht gezogen werden.

Die soziale Funktion der persönlichen Kommunikation in der Bevölkerung, auch in digitaler und telefonischer Form, ist zu bedenken, um der Vereinzelung und Unverbundenheit entgegenzuwirken und alle Menschen in Krisen zu stärken, speziell Randgruppen. Diese Funktionen werden verdeutlicht durch den Zugang, den die Vielzahl an digitalen Angeboten zu sozialer Beteiligung ermöglichen. Apps oder soziale Medien beispielsweise, erlauben es Menschen, denen ein Zugang zu herkömmlichen Formaten der sozialen Teilhabe verwehrt bleibt, am gesellschaftlichen Alltag teilzuhaben. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt gilt es, diese Beteiligungsmöglichkeit mitzudenken und auszubauen, sowie systematisch zu fördern. Unter anderem kann der Ausbau digitaler Formate zur sozialen Einbindung in enger Verflechtung mit Informations- und Aufklärungskampagnen dazu beitragen, der Gefahr der gesellschaftlichen Polarisierung durch u. a. selbstständiges kritisches Urteilsvermögen der Bürgerinnen und Bürger entgegenzuwirken.

7. Antidemokratischen Einstellungen entgegenwirken

Antidemokratische Einstellungen wie Extremismus und Rassismus sowie Verschwörungserzählungen, die diese Einstellungen befördern, gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie gehen mit mangelnder demokratischer Unterstützung und der Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen einher. Krisen können Verschwörungserzählungen und antidemokratische Einstellungen befeuern, da sie einfache Antworten auf komplexe Fragen liefern und mit Feindbildern arbeiten, die vermeintlich Schuldige identifizieren. Aus Sicht des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) entstand in der Coronapandemie außerdem eine neue Erscheinungsform des

Zu TOP I.2.
Antrag Nr. 1
18. EK KG / 13.10.2023

Extremismus mit hoher Anschlussfähigkeit: die „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“.

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, sollen Handlungsempfehlungen erarbeitet werden, die den Fokus vor allem auf Deradikalisierung und Prävention antidemokratischer Einstellungen legen. Präventionsarbeit und Ausstiegskonzepte sollen strukturell gefördert, politische Bildungsangebote ausgebaut und für alle zugänglich gemacht werden. Das setzt eine auskömmliche und gesicherte Finanzierung der politischen Bildung voraus. Eine Fokussierung hat auf eine Prävention mit Bezug zu den Faktoren Kindheit und Erziehung insbesondere beim Kampf gegen Radikalisierung und Extremismus zu erfolgen. Diese stellen eine Herausforderung vor allem für die Kinder- und Jugendarbeit dar. Mit mehr dortigen Investitionen und Fördermöglichkeiten aus der Kinder- und Jugendhilfe sind diese besser für die Extremismusprävention aufzustellen.

Staatsfeindlichkeit ist durch demokratische Verantwortung als Gesellschaft und jedes Einzelnen ernst zu nehmen und im Rahmen des Auftrags des LfV „Beobachten - Informieren - Schützen“ sowie mit weiterem staatlichen Handeln konsequent anzugehen. Besonders auch Verwaltungen sind zu sensibilisieren und zu schulen im Umgang mit staatsfeindlichen Organisationen wie Reichsbürgern oder sogenannten Selbstverwaltern, um frühzeitig auf mögliche staatsfeindliche Umtriebe zu reagieren.

Außerdem empfiehlt es sich, die Forschung auf diesem Gebiet auszubauen, indem beispielsweise ein regelmäßiges Monitoring antidemokratischer Einstellungen im Land durchgeführt wird – auch um Präventionsarbeit auf eine gute Datenbasis zu stellen. Schließlich sollte den vielfältigen Programmen, die es bereits gibt, Unterstützung in der wissenschaftlichen Evaluierung und Weiterentwicklung ihrer Initiativen angeboten werden.

Begründung

Zum Abschluss des dritten Handlungsfelds „Berücksichtigung gesellschaftlicher Strukturen und Betroffenheiten bei der Krisenvorsorge und Krisenbewältigung“ werden Themenschwerpunkte aus den Anhörungen als erste Ansatzpunkte für Handlungsempfehlungen identifiziert. Zu den hier dargestellten Themenschwerpunkten sollen von der Enquetekommission in ihrer weiteren Arbeit Handlungsempfehlungen formuliert werden. Es handelt sich dabei nicht um eine abschließende Aufzählung und auch nicht um eine Vorwegnahme der konkreten Handlungsempfehlungen, welche erst zum Ende der Enquetekommission formuliert werden. Die Themenschwerpunkte können daher im weiteren Verlauf der Enquetekommission ergänzt oder verändert werden.